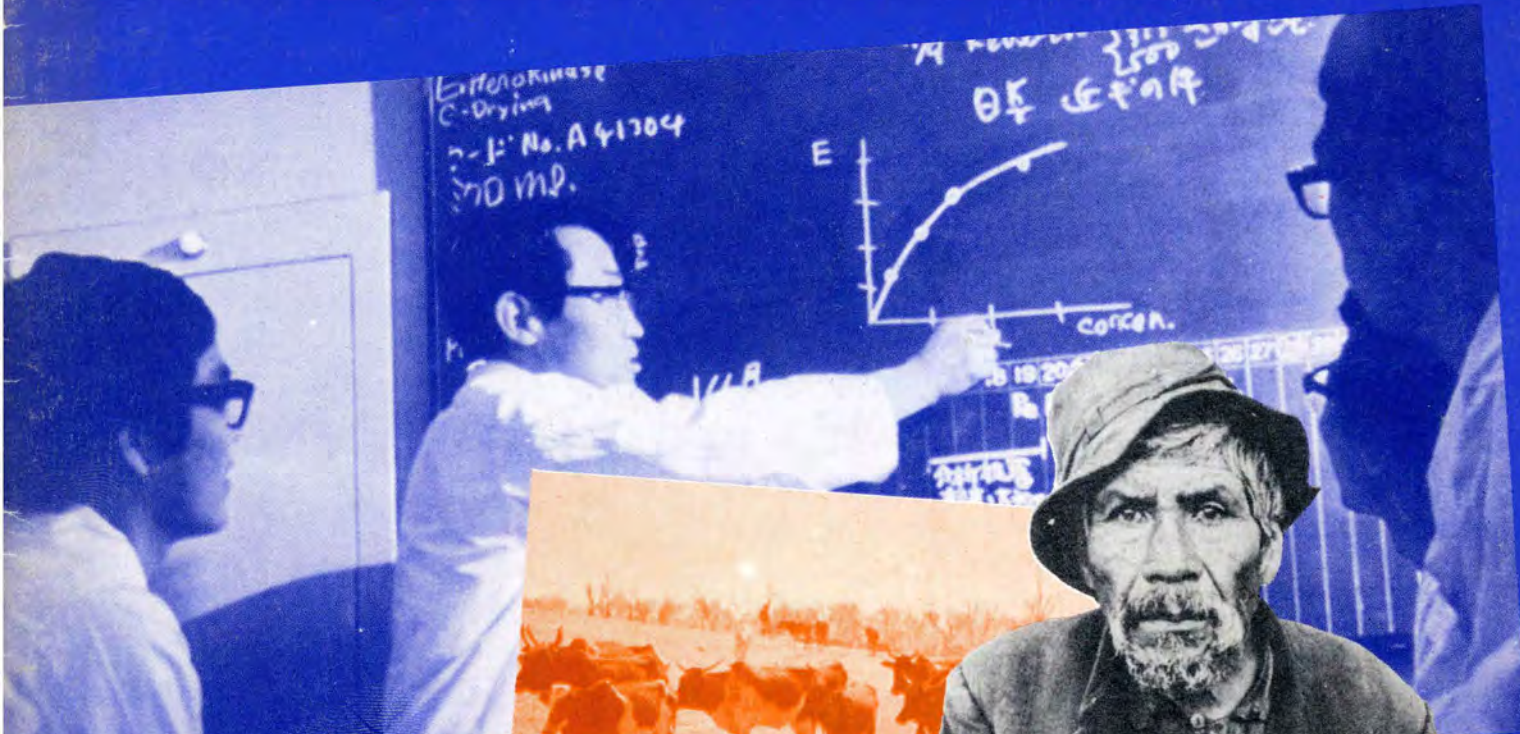


Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



DRITTE WELT IN DER KRISE

Krise der Entwicklungsstrategien

Abkoppeln?
Ansätze grüner Dritte-Welt-Politik

Immer noch von China lernen?



kultur · comics · Gitarrenkurs **Juli**. Der Hanauer „Erbsenkrieg“ — eine verhinderte US-Parade · Ein Versuch zum Verständnis von Fassbinders Filmschaffen · Goethe, Jünger, Bohrer und ein müder Kopf · Der Ball ist rund oder: Ist Fußball eine Wissenschaft? · Eine Musik, „außergewöhnlich, wild & seltsam“ Zur Geschichte des Blues · Sonne + H₂O = H₂ + ? Eine alternative Energiestrategie des AEG-Telefunken-Konzerns **August**. Aufruf des palästinensischen Künstlerverbandes · documenta 7 · Texte gegen den Krieg · „Der eine im Museum ist, den andern holt der Polizist“ — zu Wilhelm Busch · „Bei Nacht sind alle Katzen grau“ — Die Farbenlehre und ihre Anwendung · Über Fassbinders Filmästhetik · Profifußball und spielerische Notwendigkeiten — Bilanz zur Fußballweltmeisterschaft · magazin: Freiheit für alle Brokdorf-Angeklagten! · Videofilme gegen den Krieg · Zeitschriftenschau · Schulung · „Nordkurier“ · Button · „Technik“ der Karikatur · Gitarrenkurs · Beilage: Aus den Materialien des Seminars „Die Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss **September**. Documenta 82: Scherbenberg? Komposthaufen? · Versuch, die Welt zu bestehen. A. Mitscherlich · G. Anders: Die Antiquiertheit des Menschen · Die Verwertung der deutschen

Vor diesem Hintergrund braucht man nicht viel Worte. Es sei denn — für 1,40 DM in Briefmarken gibt's ein "Info-Paket" über diese marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft mit Probeheft etc. beim UMBRUCH, Mainzer Landstr.147, 6000 Ffm.

· Kulturpolitik in Frankfurt · Selbsthilfe im an: Ulysses von James Joyce · Schriftstellernt" · magazin: Palästina · Karikaturen II · ik **Oktober**. CDU-Schatten-KuMi: Gertrud neue Asylpraxis: Verfassungsbruch am laue? · Türkische Lieder · Zum letztenmal: E. Jünger · 2. UNESCO-Konferenz der Weltkultur · Barbusse: „Das Feuer“, Schriftsteller gegen den Krieg · magazin: „Der Gänseschrei“ · Bücher · Karikaturen · Grundlagenharmonik · material: Materialien zum Seminar „Peter Weiss — Ästhetik des Widerstands.“ **November**. Auseinandersetzungen im Verband deutscher Schriftsteller · Theater und Politik. Zur Geschichte der deutschen „Volksbühnenbewegung“ · Was soll das ganze Theater ... · Zum Treffen engagierter Theatergruppen in Recklinghausen vom 8.—10. Oktober · Augusto Boals „Theater der Unterdrückten“ · Gespräch mit dem Theaterhof Priessenthal · Alles Reale geht durch meine subjektive Erfahrung, bevor es zum Bild wird. Erfahrungsbericht über Bilder · Florenz. Ein Reisebericht · Karies. Wer bohrt hier wirklich bis auf den Grund · magazin: Bundeskongreß der Arbeitslosen · Bücher · Karikaturen · Zeitschriftenschau · Grundlagenharmonik · **Dezember**. „... wir fallen nicht aus Gottes Hand“ (N. Blüm) · »Zeitgeist« — eine Ausstellung · Freinet oder was sonst? · Referendarsausbildung einst und jetzt · Der Weg Makarenkos — ein Ausweg für uns? · Hausmüll: Zum Wegwerfen zu schade. Und zu schädlich · Die Kiener-Pyrolyse: Mehr als einen Versuch wert · Arno Schmidt: Ein deutscher Joyce? · Galerie für Realismus: „Galerie im Bunker“ · magazin: Karikatur · Neue Hanauer Zeitung · Video-Filme · Grundlagenharmonik · Seminare · **Januar '83**. Vor 50 Jahren. Und heute? Schwerpunkt Faschismus. Der „vergessene“ Jugendwiderstand im 3. Reich: z.B. die Edelweißpiraten · Bericht über die Ausstellung „Karlsruher Kinder im Dritten Reich“: Wieder keim Warum · Zum Buch „Männerphantasien“ von A. Theweleit · Das Frauenbild im Faschismus · Bericht über eine beispielhafte Belagerung der NPD-Zentrale in Bochum-Wattenscheid · Gedanken über die Musik im Dritten Reich und heute · Montag ist Schlachttag. Ein Metzger hat seinen Arbeitsplatz fotografiert · Neue Konzepte zur Deckung des Strombedarfs · Von Pestbeulen und Höllenvisionen. Eine Sozialgeschichte der Pest · Lyriklabor · magazin: Theater auf dem Arbeitslosenkongreß · Kulturzentrum Bochum · Yilmaz Güney — Regisseur von „Yol“ · Grundlagenharmonik · Karikatur · tv-Programm Januar · termine & tips · **Februar**: Zu

UMBRUCH

Simone de Beauvoirs 75. Geburtstag · Andrzej Wajdas Film „Danton“ · Der Nibelungen Not · Wevelsburg als SS-Burg und Konzentrationslager · Wasser — Lebensmittel Nr. 1 · Menschheit am Abgrund. Zur US-Studie „Global 2000“ · „Es gibt viele Gründe, sein Land zu verlassen ...“ Interview mit dem aus Sizilien stammenden Arbeiter Franco Messina · sprachlabor · Leserdiskussion · magazin: Polen-Broschüre · tv-Tips Februar · „Klärwerk“ · Zeitschriftenschau · Buch: „Tanz mir den Hitler“ · Grundlagenharmonik · Karikatur · termine & tips · Materialien aus dem Seminar zur „Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss · die meisten Ausgaben sind noch erhältlich

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Weder Blüthenräume noch Katzenjammer. Die Grünen im Hessischen Landtag	5
<i>Kommentar:</i> Keinerlei Qual der Wahl	7
<i>Gespräch mit den Grünen im Römer:</i> Ansätze für Alternativen	8
<i>Kommentar:</i> „Hamburger Verhältnisse“ — und was bleibt?	13
<i>Stahlindustrie:</i> Nur noch zwei große Stahlkocher? Die Bedeutung des Moderatorenmodells	15
<i>Grüne in NRW vor der Wahl:</i> Zahme Vögel reden von Freiheit ...	18
<i>Kommentar:</i> Abtreibung — Nein Danke?	21
<i>Beamtenrecht:</i> Streikrecht für alle — oder keinen?	22
<i>Italien:</i> Überkommene Strukturen erschweren „linke Alternative“	25
<i>Krach in der Nato:</i> Was dem einen die Abschreckung, ist dem anderen die Selbstabschreckung	31
<i>Kommentar:</i> Andropodisiakum	33

Schwerpunkt

Die Entwicklungsstrategien der Dritten Welt, der kapitalistischen Industrieländer und ihre Krise	35
Abkoppelung? Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte Welt-Politik	41
Chinas Aufbauerfahrungen. Immer noch von China lernen?	47

Dokumentation

<i>Interview von Rossana Rossanda mit Samir Amin:</i> Ist der Krieg unvermeidlich? Und wer bedroht am meisten den Frieden?	51
--	----

Feuilleton

<i>Reisebericht:</i> „Work harder, produce more“ — Grenada, vier Jahre Revolution	55
<i>Literarisches Porträt:</i> Literatur im neokolonialen Afrika — Ngugi wa Thiong'o	59
<i>Kommentar:</i> Stalingrad als Probe	62

Rubriken

Editorial	4
Impressum	4
Wirtschaft & Soziales	20
Gewerkschaften	24
Internationales	30
Rezensionen	63/64
Zeitschriften	65
Termine	66



Grüne Politik

Ob die Grünen in den Bundestag kommen, ist ungewiß. Doch so oder so ist die Lage verwickelt — hält man sich die möglichen Konstellationen und die Strategien der werbenden Parteien vor Augen.

Jan Kuhnert berichtet über die Erfahrungen der Grünen im Hessischen Landtag **S. 5**

Ein Gespräch mit den *Frankfurter Römer-Grünen* beleuchtet Handlungsspielräume und Grenzen gegenüber einer absoluten CDU-Mehrheit **S. 8**

Hans-I. Herbers beschreibt die Schwierigkeiten, in NRW glaubwürdige Alternativen zu traditionellen, reformistischen Lösungsvorschlägen zu finden **S. 18**

Schwerpunkt Dritte Welt

Was verstehen verschiedene Kräfte in der Dritten Welt, was die den Weltmarkt Beherrschenden unter Entwicklung? — Sind auch die arbeitenden Klassen in den Industrieländern an der Ausbeutung der Armen der Welt beteiligt? Was brächte die Einschränkung der Handelsbeziehungen?

Theo Mehlen verfolgt die Interessen und Strategien der Länder der Dritten Welt wie der Industrieländer im Verlauf der Entkolonialisierung **S. 35**

Joscha Schmierer setzt sich mit entwicklungspolitischen Konzepten der Linken auseinander — zugleich eine Polemik gegen Bahros Positionen von einst und heute **S. 42**

Wege und Irrwege, Mißerfolge und Fortschritte der Wirtschaftspolitik der VR China in den letzten 30 Jahren analysiert *Helmut Forster-Latsch* **S. 47**

Grenada — Reise in die Karibik

Grenada erlebte vor vier Jahren eine unblutige Revolution. Seitdem versucht es, möglichst aus eigener Kraft auf die Füße zu kommen. Von der Natur begnadet, teilt es doch mit den meisten Ländern der Region die Probleme einer wenig produktiven Subsistenzwirtschaft auf der einen und einer monokulturellen, exportorientierten Landwirtschaft auf der anderen Seite. *Enrico Demurray* berichtet **S. 55**



Die Aschermittwochsredner müßten ein bißchen warten, um nach vor Kundgebungsbeginn die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mitzubekommen. Pünktlich um 11.00 Uhr schritten die Richter zur Verkündung. Die Anträge gegen die Auflösung des Bundestages sind abgelehnt. Die Auflösung hätte im Ermessensspielraum des Bundespräsidenten gelegen. Obwohl das nicht anders zu erwarten war, wollten wir dies Heft der *Kommune* nicht vor dem Karlsruher Entscheid in Druck geben. Die Erklärung des Bundespräsidenten auch noch abzuwarten, haben wir uns nicht zugemutet.

Wenn es darum geht, eine Reform des § 218 noch weiter zu verwässern oder irgendwelche reaktionären Eckpfeiler der Verfassung wie den, daß die Bundesrepublik der Staat aller Deutschen sei, noch fester einzupflocken, scheint das Bundesverfassungsgericht durchaus eine eigene Stimme zu haben. Auch das ist eher Täuschung. Das Bundesverfassungsgericht hat nur geliehene Autorität. Wenn es sich auf große Teile des Parlaments und die reaktionären Parteien stützen kann, dann hat es einen juristischen Ermessensspielraum, der stets nach rechts genutzt wird. Wenn eine Entscheidung von Parlament und Parteien insgesamt getragen wird und wie mit dem jetzigen Wahlkampf bereits in die Praxis umgesetzt wird, ehe das Bundesverfassungsgericht überhaupt zum Zuge kommt, dann kann es die Entscheidung nur noch nachvollziehen.

Die zwielichtige und umstrittene Auflösung des Bundestages durch getürkte Vertrauensabstimmung ist wahrscheinlich von wenig Belang. Aber auch bei wichtigeren und gefährlichen Fragen sollte man auf das Verfassungsgericht nicht rechnen. Bei der Verhinderung und Entschärfung von Reformen immer.

Jedenfalls haben wir jetzt eine Wahl, für die die Exekutive das Datum gesetzt

hat. Das mag sich als weitere Stärkung ihrer Position auswirken. Am 6. März hat der Souverän das Wort. Die Bedingungen, unter denen er entscheidet, setzen andere. Was aus seiner Entscheidung wird, hat er nicht in der Hand, es sei denn, er nutzt sie und den Kopf nicht nur zur Stimmabgabe. Da das in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen ist, sind allerdings auch Wahlergebnisse nicht mehr so leicht vorausschaubar wie früher. Die Leute sind unberechenbarer geworden. Um so größer die Anstrengungen von seiten der Verfassungs- und sonstigen Staatsorgane, sie stets im Auge und unter Kontrolle zu halten. Volkentscheid ist nicht verfassungskonform. Dafür werden die Volksbefragungen lückenloser. Der bürgerlichen Demokratie ist die Angst vor der Masse immanent, denn als Masse ist die unterdrückte Mehrheit handlungsfähig. Dahin darf es auch gar nicht kommen. Wie weit diese Angst geht, zeigen die Kommentare über die Bundestagsauflösung. Der vorzeitige Appell an den Wähler erscheint da schon als plebiszitäre Fahrlässigkeit. Den schlafenden Löwen soll man nicht wecken. Noch in der gespaltenen Haltung des Bundesverfassungsgerichts kann man die qualvollen Drangsale der Bourgeoisie und ihrer Beamten erkennen.

In dieser Nummer der *Kommune* zeigt sich schon eher, daß die Zeitschrift ein Forum sein soll. In der Aufmachung sind wir am Experimentieren. Schwierig wird bleiben, die verschiedenen Interessen der Leser unter einen Hut zu bringen, Interessen nach leichter Lektüre einerseits und theoretischer Analyse andererseits. Zwischen diesen Interessen gibt es Widersprüche wie auch zwischen verschiedenen Lesergruppen. So gibt es auch Widersprüche in der Form der *Kommune*. Unter einen Hut bringen kann nicht heißen, über einen Leisten schlagen.

Die Übersetzung des Interviews von Rossana Rossanda mit Samir Amin stammt von Gerhard Fritz aus Innsbruck. Wir haben diesen Hinweis in der Dokumentation vergessen und tragen ihn hier nach.

Am 1. März, 20.00 Uhr, lädt die Redaktion zu einer Versammlung der Frankfurter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Mainzer Landstraße ein. Redaktionsschluß des nächsten Heftes ist der 7. März. Es erscheint am 18. März.

Frankfurt, den 16. Februar

Liebe Abonnentinnen/Abonnenten

Leider hat die Verschickung der ersten *KOMMUNE* nicht so gut geklappt. Von uns wurden zwar alle Hefte am 21.2.1983 zur Post gebracht, teilweise sind sie aber erst bis zu 6 Tage später bei Euch eingetroffen. Dies liegt daran, daß wir die Hefte als „Buchersendung“ verschicken mußten. Von der Post lag uns die „Vertriebsnummer“ noch nicht vor, die erst eine schnellere Versendungsart als „Postvertriebsstück“ ermöglicht. Dieses Heft habt Ihr jetzt hoffentlich schneller erhalten. Sollte die *KOMMUNE* einmal nicht innerhalb von ca. 3-4 Tagen nach Erscheinungstermin bei Euch sein, ruft uns bitte an.

Tel.: 0611/730234, 9-17 Uhr

Für die Bearbeitung von Neubestellungen und Verlängerungen brauchen wir etwa 2 Wochen. Für Abbestellungen 6 Wochen, da ansonsten bereits Zahlungsaufforderungen und Lastschriften geschrieben werden. Denkt also bitte daran, uns immer rechtzeitig zu schreiben.

Viele Grüße

Buchvertrieb Hager GmbH

Impressum

Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift

Herausgeber: M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sorje, B. Wagner, J. Walla

Redaktion: M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer

Gestaltung: M. Ackermann

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Adresse der Redaktion: Kommune-Redaktion, Postfach 11 1162, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/730236, Telex: 413080 kuehd d

Verlag und Anzeigenverwaltung: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 1162, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11

Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983

Satz und Druck: CARO-Druck GmbH, Frankfurt
Vertrieb, Bestellungen und Abonnements: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 1162, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/730234

Postcheckkonto Pösch A Ffm, Kto.-Nr. 18 7490-607 (BLZ 500 10060)

Bezugsbedingungen: Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung

Spendenkonto: „Kommune“, Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 90000)

Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Eigentumsverbehaltens. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden

ISSN 0723-7669



Von Jan Kuhnert

Die Grünen
im Hessischen
Landtag

Weder Blüenträume noch Katzenjammer

Laßt Hessen erGRÜNEN“, dieser Werbeslogan aus der Zeit der Landtagswahl kennzeichnet augenfällig den überschwenglichen Optimismus, mit dem Die Grünen-Hessen in den „Wahlkampf“ zogen. Ausgehend von einer – im Vergleich zu anderen Landesprogrammen der Grünen – ziemlich konsistenten programmatischen Grundlage und vertrauend auf eine enge Beziehung zwischen Partei und Bürger- sowie Basisinitiativen, zeigten Die Grünen ein so klares Profil, daß sich auch von der SPD abgrenzte, daß fast 300000 Wähler sie trotz des „Schmidtleideffekts“ angesichts des Bonner Kanzlersturzes mit 8% in den hessischen Landtag hineinwählten.

Der Auftakt

Schon in der ersten „Runde“, der Konstituierung des Landtages, haben wir Grünen im Landtag versucht, die entfreundenden und erstarrten Formen des Politikrituals zum Tanzen zu bringen. Und gleich der erste Versuch zeigte, wie enge Grenzen diesem Versuch gesteckt wurden. SPD – wie natürlich auch CDU – sahen, daß unsere Anträge zur Veränderung der Landtags-Geschäftsordnung ihre bisherigen Machtstrukturen gefährden würden: Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen, Stärkung der Immunität der Abgeordneten (= Schutz vor Strafverfolgung), paritätische Besetzung der Funktion des Landtagspräsidenten, Beteiligung der Grünen an allen Ausschüssen, Unterausschüssen, Kontrollgremien etc., Bürgerfragestunde u.v.a. wurde rigoros abgelehnt. Wir sind also gezwungen, unsere neuen Vorstellungen in alte, re-

pressive parlamentarische Formen einzubringen. Unsere Forderung nach einer neuen politischen Kultur hat also erstmal einen satten Dämpfer verpaßt bekommen. Die geringe Öffentlichkeit der Vorgänge im Parlament (im Plenum werden nur vorbereitete Showreden gehalten, die interessanten Vorgänge bleiben hinter verschlossenen Türen) raubt einem unserer wichtigsten Ziele im Parlament, den bisher unterdrückten Forderungen der Initiativen Gehör zu verschaffen, den Sinn. Was bringen da schon gute Redebeiträge im Plenum, wenn die „Besucher“ (meistens Schulklassen) nur eine Stunde zuhören und dann die nächste dran ist? Man sieht: Formen der Politik haben doch inhaltliche Bedeutung.

Parlamentarische Strategie

Die Grünen-Hessen hatten auf einer Landesversammlung nach der Wahl ihrer Landtagsgruppe klare Orientierungen für das Verhalten zu den anderen Parteien gegeben:

- Auf der einen – und wichtigsten – Ebene sollten Gespräche mit den anderen Parteien über politische Perspektiven der hessischen Landespolitik geführt werden, um mögliche Kooperations- und Konfliktfelder abzustechen. Eine Landesversammlung soll dann das Ergebnis prüfen, ob es als Grundlage reicht, daraufhin Verhandlungen über eine mögliche Tolerierung einer Minderheitsregierung aufzunehmen. Diese Gespräche sollen von einer zur Hälfte vom Landesverband und von der Landtagsgruppe zusammengesetzten Gesprächskommission geführt werden. (Die Landtagsgruppe besteht aus den neun Abgeordneten der Grünen, den neun Nachrückern und einem Mitarbeiter; in zwei Jahren werden die Funktionen gewechselt.)

- Auf der zweiten Ebene wurde – unabhängig von den Gesprächen – die Bereitschaft der Grünen erklärt, in einzelnen Sachpunkten mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten, d.h. vorgelegte Anträge sollen ernsthaft geprüft werden und wenn sie grünen Positionen entsprechen sollten, so würde ihnen auch zugestimmt.

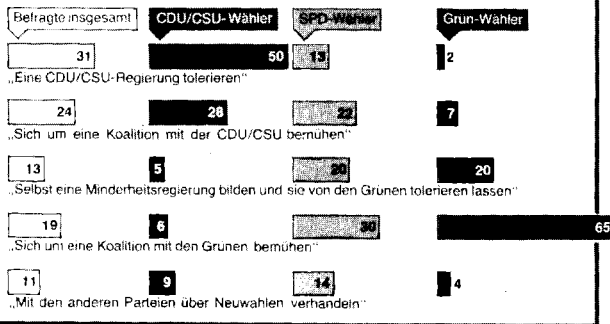
Die SPD reagierte mit einer nicht ungeschickten Taktik auf dieses Angebot (die CDU lehnte jeglichen Kontakt zu den Grünen ab und nannte uns erst kürzlich wieder „faschismusähnliche Gestalten“): Sie lehnten empört unser Gesprächsangebot ab, erst sollten wir mal unser Verhältnis zur Gewalt (Startbahn-Demos) und zum Parlamentarismus im SPD-Sinne „klären“. Gleichzeitig wurde mit einem sogenannten „Sofortprogramm für Arbeits- und Ausbildungsplätze“, später als „Teilhaushaltsgesetz“ bekannt geworden, ein auf Die Grünen gezieltes Kooperationsangebot auf den Tisch gelegt, was sich trotz traditioneller ideologischer Orientierung („Beschäftigungsprogramm“) zumindest thematisch auf grüne Positionen bezog (Umweltschutz, Wohnungsbau, Ausbildungsplätze, Energieeinsparung u.ä.). Die Auswahl der Punkte und der Verzicht auf Einbeziehung von Straßenbau und Atomprojekten sollte die Bereitschaft zum Kompromiß signalisieren und stellt so eine hessische Unterstützung des Brandt/Vogel-Kurses der SPD dar. Allerdings rechnete kaum einer in der traditionell rechts gestrickten SPD-Landtagsfraktion mit einem positiven Ergebnis; eigentlich sollten Die Grünen als (mit-)verantwortlich für die Arbeitslosigkeit abgestempelt werden, wenn sie die SPD-Vorschläge abgelehnt hätten.

Trotz grundsätzlicher Skepsis am Instrument „Beschäftigungsprogramm“ wurde vom Landeshauptauschuß der Grünen-

Jan Kuhnert ist Mitglied der Landtagsgruppe der Grünen im Hessischen Landtag

Patt nach der Wahl: Was soll die SPD tun?

Was soll die SPD tun, „wenn die CDU/CSU zwar stärkste Partei wird, aber nicht die absolute Mehrheit erhält“ und wenn zwar die Grünen, aber nicht die Freien Demokraten in den Bundestag kommen? Ennid nannte fünf Möglichkeiten, „die die SPD dann hat“. Ergebnis: Die SPD-Wähler denken darüber anders als die Wähler der anderen Parteien. Die SPD sollte bei einem Patt nach der Wahl am 6. März



ständnisse zu machen oder gar von ihren Machtpositionen abzurücken. Ihr Ziel war es, Die Grünen in die „Verweigerercke“ zu drängen und vorzuzeigen, daß die Anliegen der Grünen – z.B. Umweltschutz – bei der SPD doch besser aufgehoben wären. Nun, diese Karte hat die SPD verloren und Die Grünen haben zeigen können, daß – wenn auch nur in ersten Ansätzen – doch Bewegung in die Politik zu bringen ist. Einen hübschen kleinen Haken hat die SPD aus ihrer scheint unerschöpflichen Trickkiste doch noch dem „Teilhaushaltsgesetz“ beigemischt: Versteckt in juristischen Formeln wurde der geschäftsführenden Landesregierung die Ermächtigung gegeben, Bundesmittel „für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ anzunehmen und dazu notwendige Landesgelder als Kredite aufzunehmen. Dieser Paragraph, dessen Bedeutung uns zu spät für eine Änderung aufgegangen ist (oder wir hätten das Gesetz ganz ablehnen müssen), hat zu einigen Kontroversen innerhalb der Grünen (mit gehöriger Pressebegleitung) geführt, weil unter anderem auch der kommunale Straßenbau darunter versteckt ist, den Die Grünen ja in seiner heutigen Form ablehnen. Zwar ist ein Teil der Aufregung verfehlt, weil die Regierung die Gelder trotzdem auf der Grundlage des Haushalts von 1982 (der bis zur Verabschiedung eines neuen Haushaltes im wesentlichen weitergilt) bereitstellen könnte, aber es bleibt der schale Nachgeschmack, geleimt worden zu sein.

Hessen beschlossen, die SPD-Initiative nicht schlicht abzulehnen, sondern eigene Vorschläge zur Um- und Ausgestaltung der Initiative vorzulegen. Zusammen mit detaillierter Kritik an einem relativ pauschalen SPD-Papier, der Gesetzentwurf lag noch nicht vor, wurden also eigene Forderungen aufgestellt und signalisiert, daß ein so veränderter Entwurf unsere Zustimmung finden könnte. Die von der Landtagsgruppe daraufhin entwickelten Änderungsanträge zum Gesetzentwurf wurden vom Landeshauptauschuß als nicht weit genug gehend kritisiert und um weitere Forderungen ergänzt, die hier nur stichwortartig aufgeführt werden können: Einstieg in die 35-Stunden-Woche durch das Land Hessen im öffentlichen Dienst, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsstellen in selbstverwalteten Betrieben und Initiativen, ein Sofortprogramm gegen den „Sauren Regen“ und eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik.

Die von den Grünen geforderten, teils weitreichenden Änderungen des Entwurfs zum „Teilhaushaltsgesetz 1983“ sind allerdings nicht völlig umgesetzt worden. Die SPD gestand einige Punkte zu, die allerdings durchaus als „Tür öffnen“ für neue Wege anzusehen sind (so besonders im Umweltbereich und bei der Unterstützung regenerativer, dezentraler Energiequellen, im Wohnungsbereich und bei der „Dorferneuerung“), ohne daß sich jedoch gleichzeitig grundsätzlich die Position der SPD verändert hätte, was wohl auch nicht durch punktuelle Zusammenarbeit in Sachpunkten (wenn überhaupt) zu erreichen wäre. Allerdings ist über den kargen Gesetzestext hinaus (er enthält nur die Geldbeträge –

insgesamt rund 260 Mio. DM – und knappe Erläuterungen zur Verwendung der Gelder) abgesichert worden, daß auch das Verwaltungshandeln sich den erzielten Veränderungen anzupassen hat; die zum Gesetz notwendigen Ausführungsrichtlinien der Verwaltung sind in wesentlichen Punkten bereits während der Gespräche mit der SPD festgelegt worden.

Die Landesversammlung der Grünen-Hessen, die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung vorbehalten war, stimmte schließlich dem so veränderten Entwurf zu (90% Ja-Stimmen). Wesentlich wurde diese Entscheidung davon mitbeeinflußt, daß der SPD-Landesvorstand in letzter Minute den seit September 1982 geforderten Gesprächen zwischen SPD und Grünen endlich zustimmte. Sie sollen nach der Bundestagswahl beginnen.

Trickkiste der SPD

Schon bei den Gesprächen zwischen den Grünen im Landtag und der SPD-Landtagsfraktion sicherte aus rechten wie linken SPD-Kreisen durch, daß im Herbst 1983 Neuwahlen zum Hessischen Landtag kommen werden, egal wie mögliche Gespräche über den noch ausstehenden regulären Haushalt für 1983 ausgehen werden. Unter dieser Perspektive war und ist die hessische SPD nicht daran interessiert, substantielle Zuge-

Noch deutlicher wurde die Taktik der SPD bereits eine Woche nach der Verabschiedung dieses Gesetzes Ende Januar, die völlig verfehlt als „Unterstützung Börsers“ von der rechten Presse hochgejubelt wurde, als plötzlich Finanzminister Reitz, der auch noch das verwaiste Amt des früheren FDP-Wirtschaftsministers Hoffie verwaltet, den „Sofortvollzug“ für die umstrittene Ortsumgehung von Eltville am Rhein bekannt gab. Dieser „Sofortvollzug“ hat zur Folge, daß eine nach dem Hessischen Naturschutz vom Bund Umwelt und Naturschutz eingelegte Verbandsklage einfach ihrer aufschiebenden Wirkung beraubt wird. Nach die Woche vorher wurde von SPD-Ministern und -Sprechern die von der CDU verlangte Streichung eben dieses Rechts auf „Verbandsklage“ mit bewegten Worten abgelehnt.

Der Affront gegen Grüne Grundsatzzpositionen ist deutlich, durch eine solche gezielte Provokation sollen die vereinbarten Gespräche sabotiert werden. Es scheint offenkundig, daß



die hessische SPD in einem taktischen Wechselspiel zwischen „gesprächsbereiter“ Partei und brutal sich durchsetzender Regierung versucht, erst einmal bis zur Bundestagswahl zu überwinden.

Da wir Grünen im Landtag nicht bereit sind, dieses Spielchen mitzumachen, haben wir eine Sondersitzung des Parlaments verlangt, um über diese Politik und die unserer Meinung nach durch die geschäftsführende Landesregierung überschrittenen Kompetenzen, zumal ein entsprechender Antrag der CDU noch mitten im parlamentarischen Verfahren war, zu diskutieren und eine Aufhebung des Beschlusses zu verlangen. Die Sitzung wird voraussichtlich stattfinden: Die CDU hat Unterstützung signalisiert, auch sie will – wenn auch aus anderen Gründen – die SPD „vorführen“.

Klar ist dabei, daß sowohl seitens der SPD wie auch von uns aus einer – vereinzelt – gemeinsamen Sachabstimmung nicht eine längerfristige Kooperation erwachsen könnte. Nur in grundsätzlicheren Gesprächen zwischen SPD und Grünen ließe sich feststellen, ob seitens der SPD überhaupt ein Wille zu einer Kursänderung vorhanden ist. Mit dem Instrument der „Zusammenarbeit in Sachpunkten“ kommen wir da nicht weiter.

Daß für eine solche „Kooperation“ kaum Chancen bestehen, zeigt schon der nächste parlamentarische „Brocken“, der Entwurf zum Haushalt 1983. Dieser Entwurf trägt – soweit bis jetzt bekannt ist – völlig die Handschrift bisheriger verfehlter Politik. Da ein Großteil der von uns kritisierten Punkte bereits in früheren Jahren oder in Gesetzen verbindlich festgelegt worden ist, sehe ich auch keinen Weg für eine Übereinstimmung. Mit einzelnen Änderungsanträgen kann – im Unterschied zum „Teilhaushaltsgesetz“ – hier keine Neuorientierung erreicht werden. Bereitschaft der SPD, neue rechtliche und finanzielle Grundlagen für eine Politik, die Die Grünen vielleicht tolerieren können, zu legen, ist weit und breit nicht in Sicht. Und so werden die Neuwahlen wohl kommen, wie sie die Herren von der SPD und der CDU wollen, oder der Wahlausgang in Bonn zwingt die SPD gleich zu dem, was sie doch eigentlich lieber hätte: zur Großen Koalition.

Und nun?

Der „Integrationskurs“ der SPD, kurzfristig „grüne“ Themen zu besetzen zu versuchen, dabei langfristige Änderungen abzublocken, um dann nach – hoffentlich nicht – erfolgreichem „Abwerben“ grüner Wähler wieder im Vollgefühl der Macht zur alten Politik des „Modell Deutschland“ (Atomstaat) zurückkehren zu können, die-

Keinerlei Qual der Wahl

Wenn man Strauß glauben will, dann hat in den letzten dreizehn Jahren nicht nur Sozialismus geherrscht, sondern auch das Großkapital. Also Nationalsozialismus. Was aber hätte Strauß denn dagegen gehabt? Seine Widerstandstaten während der vergangenen Jahre nach 1969 waren beträchtlich, während man von solchen Taten während der Zeit nach 1933 wenig zu berichten weiß. Wenn während der letzten dreizehn Jahre aber außer Sozialismus auch das Großkapital geherrscht hat, woher dann die Befürchtung der CDU, bei einem „rot-grünen“ Wahlsieg seien Investitionsstopp und Kapitalflucht zu befürchten? Vogel tut ganz ernst und mahnt, solche Drohung, wirtschaftliche Macht in politischen Druck umzusetzen, sei verfassungswidrig. Gleichzeitig verfälscht er die Aussage. Kohl hatte von einem rot-grünen Wahlsieg gesprochen, Vogel spricht von einer Warnung vor dem SPD-Sieg. Sowiesso versucht die Sozialdemokratie, den Wahlkampf ganz auf die beiden großen staatstragenden Parteien zuzuspitzen. Ihre Führer verkünden bei jeder Gelegenheit, die Grünen kämen eh nicht ins Parlament. Mit Macht dramatisieren die großen Parteien den Wahlkampf dadurch, daß sie ihn zwischen sich polarisieren.

Wenn aber an diesem Wahlkampf es was dramatisch ist – und das merkt man ihm auf der Medienebene, aber auch sonst kaum noch an – dann ist es die Frage, ob die seit '68 neu herangewachsenen politischen Kräfte im Parlament Ausdruck finden werden oder nicht. Diese Frage subjektiver Entwicklung – haben diese Kräfte ausreichendes eigenes Gewicht oder werfen sie sich in übergroßer Zahl parlamentarisch wieder in die Arme der SPD – wird so oder so objektive Auswirkungen haben.

Kommen keine fünf Prozent oder mehr für die Grünen zustande, dann ist die „Wende“ wenigstens auf parlamentarischer und Regierungsebene etabliert.

Eine stabile Grundlage für einen rechten Durchmarsch bräuchte das noch nicht zu bedeuten. Die Welle sozialer und demokratischer Bewegung seit Ende der 60er Jahre ist trotz Krise und Wende nicht gebrochen. Das aber wäre die Voraussetzung für einen zügigen rechten Durchmarsch.

Parlamentarisch könnte destabilisierend wirken, daß dann eine CDU/CSU regiert, ohne überhaupt die Mehrheit der Wähler gewonnen zu haben. Dabei könnten bis zu neun Prozent der Wähler der Grünen und der FDP im Parlament gar nicht vertreten sein. Die SPD müßte ganz schön in Opposition machen, wenn sich

eine solche Entwicklung nicht gegen die Legitimitätsgrundlagen des parlamentarischen Systems selber wenden sollte.

Kommen die Grünen ins Parlament, dann könnte die CDU/CSU immer noch die absolute Mehrheit der Sitze haben und unangefochten die Regierung stellen. Wenn die FDP reinkommt, brauchen CDU/CSU die absolute Mehrheit der Sitze noch nichtmal. Trotz rechter Regierung könnte ein solches Ergebnis die Legitimität des Parlaments stärken, weil es seine Repräsentanz verbessert, die in den letzten Jahren arg unterhöhlt war.

So betrachtet wäre dies vielleicht die trübste Perspektive. Rechte Mehrheitsregierung und Grüne im Parlament, das könnte einen rechten Durchmarsch parlamentarisch verhüllen. Über Mangel an parlamentarischer Opposition bräuchte sich keiner zu beklagen. Die Grünen würden schon dafür sorgen. Ihre ungeklärten strategischen Probleme könnten sie bis auf weiteres auf sich beruhen lassen.

Ein wirklicher Wahlerfolg der Grünen und der Linken kann nur darin bestehen, daß die Grünen nicht nur ins Parlament kommen, sondern zusammen mit der SPD eine CDU/CSU-Regierung verhindern können. Viel gewonnen wäre damit immer noch nicht, weil diese negative Mehrheit halt kein Regierungsprogramm hätte und, wie die Dinge liegen, auch kurzfristig nicht entwickeln kann. Hier liegen eben unaufholbare und vielleicht unvermeidliche Versäumnisse, die sich hinter dem faulen Kompromiß der Tolerierungstaktik verbergen konnten. Die Grünen entwickeln so keine aktive mehrheitsbildende Kraft und lassen der Sozialdemokratie die Initiative. Die aber ergreift sie nicht.

Von daher enthält das wünschbare Ergebnis zwar die einzige Möglichkeit, der reaktionären Wende die parlamentarische Basis zu entziehen, aber auch die größte Gefahr, weil die dann bestehende Mehrheit nicht handlungsfähig sein wird. Diese Erfahrung aber könnte die immer noch wachsende Massenbasis der sozialen und demokratischen Bewegung anschlagen und einen ernsthaften, mehr als parlamentarischen Rückschlag nach sich ziehen. Auf einem Umweg könnte so erst recht der reaktionären Wende der Boden bereitet werden. Die Rache ist bekanntlich bitter, wenn es subjektive Bedingungen unmöglich machen, objektive Möglichkeiten zu nutzen. Mit gutem Gefühl kann man am 6. März kaum zur Urne schreiten, auch wenn man keinerlei Qual der Wahl hat. Damit aber könnten die Wahlen schon halb verloren sein. □

Ansätze für Alternativen

Zwischenüberschriften
wären gut gewesen

se Taktik muß natürlich konterkariert werden. Der Versuch, die Ebene der Politik auch für unsere (Alltags-)Interessen zu nutzen und uns nicht weiter unterdrücken zu lassen, sollte nicht wieder an der taktischen „Wende“ der SPD und dem kurzen Gedächtnis reformistischer Wähler scheitern.

Für Die Grünen bleibt die Aufgabe bestehen, unsere langfristigen Zielsetzungen in parlamentarische Initiativen zu „übersetzen“ und erste Schritte in die richtige Richtung zu gehen. Dabei können aber auch einzelne SPD-Anträge (von der CDU ist da nichts zu erwarten) durchaus punktuell zur Öffnung von Türen für neue Ansätze in der hessischen Landespolitik instrumentalisiert werden. Allerdings bestimmt sich unser Verhalten in konkreten Sachpunkten aus den Perspektivvorstellungen der Grünen und nicht – wie es die SPD immer aufzwingen will – aus irgendeiner „Machbarkeit“ heraus.

Die Entfaltung der Fähigkeit der Grünen, weitreichende Perspektivforderungen und fundamentale Neuorientierungen auch in einzelnen symbolischen und praktischen Schritten aufzuzeigen, ist notwendig, wenn die „Teilnahme“ am parlamentarischen Ritual nicht nur das Erheben von – ungehörig verhaltenden – Forderungen zur Folge haben soll.

Die SPD ist allerdings – und wen überrascht – angesichts ihrer offenkundig fehlenden Bereitschaft und Fähigkeit zu grundlegender Änderung ihrer Politik für die Umsetzung der politischen Vorstellungen der Grünen kein „Partner“. Allerdings liegt im Ausnutzen innerparteilicher Widersprüche innerhalb der SPD und im Fort-„denken“ positiver Ansätze sozialdemokratischer „Exoten“-Ideen (und was sind die SPD-Linken anderes als geduldet Randfiguren?) einige Sprengkraft, um die aus Machtinteressen und dem „Buhlen“ um Wählerstimmen geborene Pseudo-Integrationspolitik doch genau umzudrehen und die Notwendigkeit parlamentarischen Engagements der Grünen und Alternativen zu verdeutlichen.

Die jetzigen sozialdemokratischen „Sirenentöne“ in Richtung Grüne werden schlagartig – wie’s das Machtinteresse befiehlt – aufhören, wenn die Bonner Wahl – für klare Verhältnisse“ (für das Kartell der etablierten Parteien) gesorgt hat. Dann stehen auch Neuwahl oder (vorgeschaltet) Neuwahlen in Hessen an. Reich’t’s aber für die bürgerlichen Politiker nicht zu einer klaren Mehrheit in Bonn, dann wird die neue Bundestagsgruppe der Grünen dieselben taktischen Hinhaltespolicies der SPD erleben. Wir Grünen im Hessischen Landtag werden jedenfalls versuchen, alle Hoffnungen auf Höhenflüge eines (SPD-)Vogels zu dämpfen. □

Die CDU-Mehrheit im Frankfurter Stadtrat hat eben erst Walter Wallmann als Oberbürgermeister im Amt bestätigt. Im neuen Kommunalhaushalt diktiert sie den Tribut, den Größe und Pomp einer Metropole des kapitalistischen Geschäfts erst recht in schweren Zeiten erfordern. Mit zahlreichen Anträgen hat die Fraktion der Grünen versucht, Aus- und neue Wege zu weisen. Mit der SPD bilden sie die Minderheit im Römer, die Wahlen von 1985 könnten aber die Mehrheitsverhältnisse ändern.

KOMMUNE: Ihr habt zu dem *Haushalt*, der vom CDU-Magistrat in Frankfurt vorgelegt wurde, über einhundert Anträge gemacht. Was verspricht ihr euch von der ganzen Arbeit?

ZIERAN: Nun, da gibt’s wahrscheinlich mehrer Aspekte. Einer ist, daß diese Anträge zur Bewußtseinsveränderung beitragen können und versuchen, eine mögliche grüne Realpolitik aufzuzeigen: Was wäre, wenn wir in dieser Stadt Mehrheiten hätten? Welche ersten Schritte müßten gemacht werden? In diesem Rahmen haben wir unsere Anträge gestellt ... Dabei machen wir immer auch den Versuch, *Utopie mit Realpolitik zu vermitteln*.

Ein Beispiel: Im Verkehrsbereich deutlich zu machen: Einerseits Stopp bestimmter Sachen, die Gelder festlegen, wie U-Bahn-Bau, weil die jährlichen Betriebskosten verhindern, daß man weiterhin die ganzen sozialen Initiativen finanzieren kann, weil sie die Gelder eben aus diesem Bereich herausziehen.

Und gleichzeitig die Vermittlung der Forderung: Abbau des Miquelnotens, die wohl mehr utopischen Charakter hat, um deutlich zu machen, wenn man die Verkehrsverhältnisse wirklich ändern will, nützt es nicht, „Stopp dem Autobahnbau“ zu sagen, sondern ich muß auch bereit sein, die *bestehende Struktur in Frage zu stellen*, dort prinzipiell etwas zu ändern.

KOMMUNE: In dem Wirtschaftsprogramm, das auf Bundesebene verabschiedet worden ist, wird von einem *Investitionsprogramm* gesprochen. Läßt sich da auf Gemeindeebene nichts machen oder haltet ihr das für untauglich? Viele eurer Anträge sind Reaktion auf Maßnahmen des CDU-Magistrats, hat die Entwicklung einer selbständigen Politik praktisch erst begonnen?

ZIERAN: Nein. Wir haben einerseits Reak-

tion, Schutz von sozial Schwachen. Andererseits haben wir exemplarisch Konzepte entwickelt, die natürlich auch mit Investitionen verbunden sind, wo positiv sich das Stadtleben verändern soll. Da haben wir den Bereich Verkehr, das habe ich schon angedeutet. Das sind, wenn man das jetzt auf Ebene des Wirtschaftsprogramms sieht, das wir auf Bundesebene verabschiedet haben, Maßnahmen, die wir deshalb befürworten, weil sie sinnvoll sind für das Leben der Menschen in der Stadt, für ein humanes Leben. Andererseits zieht das aber auch Arbeitsplatzeffekte nach sich. Ist ja völlig klar, wenn ich die ganze Straßensituation verändere, wenn ich Straßenbahnbau fördere, wenn ich die Grünanlagen entsprechend verändere, wenn ich für eine alternative Kulturpolitik einträte, kriege ich ja *alternative Arbeitsplatzeffekte*, die sich an der Qualität festmachen und nicht, wie bei dem bisherigen Konjunkturprogramm, an der Quantität ... Diese qualitätslose, keynesianistische Politik, die nur nach der Quantität schielt – Erhöhung des Investitionsvolumens, dann läuft alles –, lehnen wir ab.

Wir kappen auf der einen Seite Investitionen. Die Veränderungen für eine lebenswerte Stadt schaffen aber auf der anderen Seite Investitionen, wo durchaus schon Arbeit für Leute auch ansteht. – Nun muß man aber dazu sagen, es ist *nicht ausreichend*. Wir haben auch auf Bundesebene klar gesagt, man kann nicht immanent durch die Erhöhung oder die Senkung des Investitionsvolumens Arbeit für alle schaffen, auch nicht sinnvolle Arbeit für alle. Sinnvolle Arbeit für alle heißt auch, daß die Irrationalität des heutigen Produktionsumfanges abgebaut wird. Das heißt, ich kann mit einem viel kleineren Teil von Produkten dieselbe Lebensqualität schaffen. Und das heißt, eine wesentliche Maßnahme

müßte die Verkürzung der Arbeitszeit sein, wo wir ja für die 35-Stunden-Woche eintreten.

KOMMUNE: Gibt es denn dafür auch Ansatzpunkte auf Ebene der Kommunen?

ZIERAN: Ansatzpunkte gibt es nur dann, wenn man in der Lage ist, Einfluß zu nehmen. Und das ist klar, es gibt die absolute Mehrheit der CDU. Wir werden jede gewerkschaftliche Aktivität, die auf die 35-Stunden-Woche hinielt, unterstützen, mit unseren Kräften auf der Straße ...

KOMMUNE: ... und auch vom Stadtrat her?

ZIERAN: Ja natürlich könnten die das, die könnten mit der Gewerkschaft aushandeln, wobei es dann eventuell Zoff geben könnte, weil es diesen kommunalen Verbund gibt, wo man ja versucht, das aneinander anzugleichen. Theoretisch ist das möglich ...

KOMMUNE: Ihr habt auf der Pressekonferenz gesagt, daß die CDU auch immer damit hausieren geht, daß sie weniger Staat haben will, daß dies aber was völlig anderes ist, was ihr anstrebt. Die CDU will zahlreichen Vereinen und Initiativen die Gelder streichen.

ZIERAN: Die CDU hat als Anspruch schon, weniger Staat. Sie hat ja ihr Subsidiaritätsprinzip, also Auslagerung auf Bereiche, die nicht staatlich sind. Diese Ideologie läuft in der Praxis darauf hinaus, daß sie sagen: weniger Staat gleich weniger Zuschüsse vom Staat. Das führt dann dazu, daß die selbstverwalteten Bereiche bei der CDU alles selbst machen und sich auch selbst finanzieren müssen, obwohl ganz klar ist, daß eine Selbstfinanzierung innerhalb dieses Staates, innerhalb des Kapitalismus, überhaupt nicht möglich ist - bei den Profitmechanismen, bei den Preismechanismen, bei den Lohnmechanismen usw., die natürlich Sachzwänge für freie Initiativen schaffen. Da kommt 'ne Differenz, daß die CDU dann diese des Selbst

Ideologie verantworten, das sozial den, ja renden nutzt, die sozierung und vom zuladen der



wortlichen, sich selbst Schützen Organisie dazu be letztendlich ale Verant von sich Staat ab und das dann in Tendenz zu einer Verelendung führendung führen muß - unter kapitalistischen Verhältnissen.

Während wir sagen, wir leben im Kapitalismus, und wir kommen nicht darum herum, zu kämpfen dafür, daß es nicht zu einer sozialen Verelendung kommt. Das heißt, es geht bei dieser ganzen Finanzierung von Staatsseite her für soziale Aufgaben irgendwo auch um Profitverteilung, um Abknapsen von bestimmten Profitanteilen, die man diesen Initiativen wieder zur Verfügung stellt, damit sie überhaupt arbeitsfähig unter kapitalistischen Bedingungen sind. Insofern gibt es weiterhin eine Staatsaufgabe, eine Aufgabe, dieses Geld rauszuziehen und dort reinzustecken, jetzt mal auf 'ner ganz reformistischen Ebene.

Aber wir sagen dann, und dies ist der Unterschied zur Sozialdemokratie, diese Geldumverteilung darf nicht zur Disziplinierung und zur Subsumierung unter die ideologischen Träger, unter die ideologischen Gedanken derjenigen führen, die eben in diesem Staatsapparat arbeiten, für diesen Staatsapparat tätig sind. Sondern die Gelder müssen Initiativen zur Verfügung gestellt werden, autonomen, freien Initiativen von Bürgern, die sich entsprechend ihrem Bewußtseinsstand organisieren und entsprechend ihren Bedürfnissen und Interessen die Gelder verwenden ...

KOMMUNE: In euren Anträgen befährt ihr euch auch besonders mit der Jugendarbeitslosigkeit ...

ZIERAN: Wir gehen davon aus, daß man das Problem Arbeitslosigkeit unter kapitalistischen Bedingungen nicht lösen kann. Zumindest nicht in der Strukturkrise, in der wir jetzt sitzen. Wir können eigentlich nur eine Politik machen - Politiker können eh grundsätzlich an diesen Geschichten nichts ändern, solange man nicht grundsätzlich das wirtschaftliche System ändert - wir können nur abmildernd wirken hinsichtlich sozialer und ökologischer Folgen. Und in diesem Zusammenhang ist es gerade wichtig, sich des Problems der Jugendarbeitslosigkeit anzunehmen, denn gerade bei Jugendlichen kommt erschwerend hinzu,

wenn sie aus der Schule kommen und dann keine Möglichkeit haben, das zu erlernen, wozu sie Lust haben, was sie gerne erlernen wollen, wenn sie nicht in der Lage sind, sich weiter zu qualifizieren, daß das zu Abqualifizierungsprozessen führt, die eben auch da enden können, daß diese Jugendlichen sehr stark vernehmbar sind für rechtsradikale Ideologien, daß sie anfällig werden für solche Geschichten. Und deswegen treten wir gerade in diesem Bereich verstärkt dafür ein, daß eben für diese Jugendlichen die Möglichkeit geschaffen wird, sich zu qualifizieren, daß sie zumindest 'ne Lehre machen können, irgendwelche technischen Fertigkeiten oder Verwaltungsfertigkeiten lernen können.

Dazu haben wir auch einen Antrag gemacht: Einerseits, daß die Stadtverwaltung da ihre Verantwortung wahrnimmt, und in dem Bereich kann sie wirken. Im Gegensatz zu der Arbeitsplatzsituation allgemein, kann sie im Jugendbereich schon eine Aufnahmefunktion haben, indem sie mal ein paar Millionen aus anderen Bereichen herausholt und die für Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Das ist der eine Teil.

Und der andere Teil, sagen wir, für den Teil der Jugendlichen, die so gebrochen haben mit den Wertvorstellungen dieser Gesellschaft, daß sie nicht mehr reingehen würden in so einen Zwangsapparat wie die Stadtverwaltung, die also nur in alternativen Betrieben arbeiten würden, die nur arbeiten wollen wegen der Sinnhaftigkeit der Arbeit, daß es mit ihnen irgend etwas zu tun hat, fordern wir, daß solche alternativen Ausbildungsplätze mit 50% von der Stadt bezuschußt werden.

In den Kommunen marschiert die Wende: Beschneidung der Sozialhaushalte zugunsten von Protzbauten und wahnwitziger Infrastruktur. OB Walter Wallmann kürzt bei den „freiwilligen Leistungen“ zwischen 19 und 45%. Das trifft Sozialhilfeempfänger (einmalige Beihilfen) ebenso wie Initiativen im Bereich der Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenarbeit. Mit ihnen zusammen haben die Grünen im Römer Gegenanträge entwickelt.

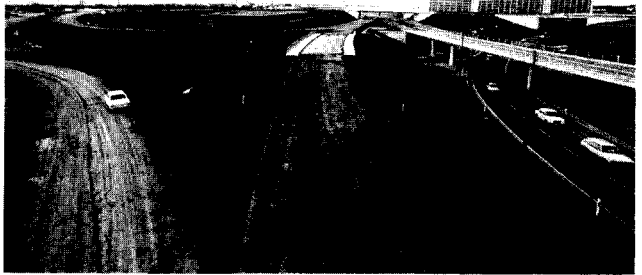


KOMMUNE: Seht ihr Möglichkeiten, Alternativbetriebe zu fördern, und welche Bedeutung meßt ihr denen bei?

ZIERAN: Die Auseinandersetzung auf Bundesebene zwischen den verschiedenen Strömungen der Grünen läuft ja da; was tue ich in bezug auf das *Arbeitslosenproblem*. Das ist die eine Strömung, die quasi neokeynesianistische Vorstellungen hat und der Meinung ist, ich kann genauso wie früher die Strukturkrise dadurch ausgleichen, indem ich die Staatsausgaben entsprechend erhöhe und da entsprechendes Investitionsvolumen schaffe, während wir sagen: Man kann das partiell tun. Soweit es mit einer sinnvollen Umstrukturierung gegen ökologische und soziale Katastrophen verbunden ist, haben wir da nichts gegen, aber wir sollten uns nicht belügen und immer wieder Illusion produzieren, von angepöblten Linken, würde ich mal sagen, die sich zwar linksradikal im Kopf gebärden, aber letztendlich ihre Politik doch bestimmen lassen und der Meinung sind, immanent dort des Arbeitslosenproblems Herr zu werden bzw. diese Illusion in den Köpfen der Menschen produzieren und verstärken. Und das wollen wir nicht.

Das heißt aber, und das ist jetzt der Hauptstrang der anderen Strömung innerhalb der Grünen, ich muß mir Gedanken machen über die *Organisierung der arbeitslosen Menschen*. Ich muß lernen aus der Geschichte der Weimarer Zeit. Die Arbeitslosen müssen sich organisieren können, man muß autonome Organisationsprozesse unterstützen, damit nicht der einzelne Mensch zerbricht in seiner Lebenssituation. Er darf nicht das Gefühl der individuellen Schuld haben, das darf sich nicht verstärken bei ihm, darf nicht zu psychischen Problemen führen, sondern ich muß es kollektiv auffangen, in solchen Prozessen, und muß versuchen, diese ganze Problematik zu politisieren, auch auf ein allgemeines Niveau zu heben, so daß diese Leute auch aktionsfähig werden, daß diese Leute auch für die Veränderung ihrer Situation überhaupt zu kämpfen fähig werden.

HORACEK: Noch ein paar Sätze zu dem Problem alternativer Betriebe oder *alternativer Arbeit*. Es ist natürlich so, im Vergleich, wenn wir zum Beispiel den kulturellen Bereich nehmen oder den Bildungsbereich, angefangen von alternativen Buchläden über den sozialen Bereich, Krabbelstuben, Kindertagesstätten, Kinderläden, bis zu Produktionsstätten, Schreinereien, Fahrradläden oder so was, da müssen wir folgendes sehen. Wenn jetzt Menschen sich selbst organisierend und unter anderen Bedingungen, auch selbstbestimmten Bedingungen, entwickeln, dann stehen sie dennoch in einer ungeheuren Konkurrenz ...



Der *Verkehrsbereich* ist einer der Schwerpunkte der Änderungsanträge, die die Grünen im Römer gestellt haben. Exemplarisch fordern sie den Abbau des Verkehrszubringers Miqueelknoten, der erst seit einigen Jahren in Betrieb ist und über den täglich zigtausende Fahrzeuge in die nördlichen Stadtteile einströmen. Im Zusammenhang damit steht ein Antrag, das Frankfurter Nordend zum Versuchsgebiet für beispielhafte Verkehrsberuhigung zu erklären (gemäß den Forderungen der Kommission für Verkehrssicherheit des Bundesministers für Verkehr vom 27.9.1982).

Wenn wir sagen, wenn man schon innerhalb dieses kapitalistischen Systems versucht, zum Beispiel bei so einer alternativen Fahrradwerkstatt einen Ausbildungsplatz zu schaffen, dann muß er natürlich ganz anders und viel höher gefördert werden als in dem traditionellen System. Das ist uns völlig klar, wir wollen das auch vertreten, denn das sind für uns dann auch die ersten Schritte dazu, daß die Leute, die dort ihre Ausbildung bekommen, bzw. sich durch sinnvolle Arbeit realisieren, einen anderen Zugang bekommen zu der Frage nach dem Sinn des Lebens, des Arbeitens, als wenn man in dem Mechanismus des Arbeitens, des Verdienens, Konsumierens, Wegwerfens drinsteckt.

ZIERAN: Wobei wir uns schon im klaren sind, daß es nie zum beherrschenden Prinzip werden kann, unter diesen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Nur vertreten wir die Theorie, daß es so einen *Bereich des Experimentierens*, des Ausprobierens und auch des Stabilisierens für Leute, die das psychisch nicht mehr aushalten in diesen traditionellen Gängen, geben muß, weil nur über solche sinnlich erfahrbaren Sachen langfristig eine grundsätzliche Veränderung möglich sein wird ...

Also ich persönlich bin der Meinung, daß die ganzen anderen Konzepte, ihr habt da ja auch Erfahrung mit, daß die einfach zu ungeduldig waren. Diese revolutionäre Veränderung über Agitation, über direkte Agitation und rein aufklärerisch im Sinne über die objektiven Fakten alleine, vernachlässigt zu sehr diese sozialpsychologische Seite. Und die Struktur des Bewußtseins der Menschen und dessen, wie sich objektive Realität in den Köpfen umsetzt. Ich glaube, daß wir da alle, ganz egal jetzt, nicht nur der KBW, sondern auch die andern Linken viel zu wenig auf diese Geschichte eingegangen sind, und das auch mit ein Punkt

ist, daß wir heute noch nicht weiter sind in dieser BRD-Realität.

Und daß das auch ein Ansatzpunkt grüner Politik sein muß, auf dieser Ebene anzufangen, dort verbreiternd zu wirken, so daß wir 'ne Realität kriegen, zunächst mal 'ne demokratische und soziale, ökologische Realität, die es überhaupt ermöglicht, in weiten Kreisen darüber nachzudenken, daß eine grundsätzliche Veränderung wieder denkbar wird. In dem Zusammenhang sind die Sachen zu sehen.

OSWALD: Aber das sind Sachen, die wahrscheinlich realistisch vor allem außerhalb des Produktionssektors stattfinden werden. Das spiegelt sich auch in unseren Anträgen wider, daß das hauptsächlich im sozialen und im Kulturbereich ist.

KOMMUNE: Im Kommunalprogramm hatten ihr vor zwei Jahren angekündigt, die parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, „die Strukturen in dieser Stadt so zu verändern, daß die Menschen in die Lage versetzt werden, an den Entscheidungen städtischer Politik teilzunehmen“. Was ist aus diesem Vorhaben geworden? Was aus den *Strukturveränderungen* und der Beteiligung der Initiativen?

ZIERAN: Ich habe vorhin schon das Beispiel gebracht, Basisdemokratie, also *Ortsbeiräte*, Kompetenzverlagerung vom Stadtparlament in die Stadtteile. Wir haben ja den Antrag gestellt, eine Million für jeden Ortsbeirat (es gibt in Frankfurt 16 Ortsbeiräte, d. Red.) bereitzustellen. Wir haben sogar 'ne Hessische Gemeindeordnung, die das zuläßt. Das wäre also möglich, wenn hier die Machtverhältnisse anders wären.

Und ich glaube, daß dann, wenn so ein Ortsbeirat die eine Million Mark hätte, die autonom verwalten könnte und die Grünen, also eine basisdemokratische Organisation, dann dort drin sitzen, daß man dann mit einer entsprechend anderen Poli-

tik vor Ort schon erreichen könnte, daß die Menschen dort sich beteiligen. Wenn der Ortsbeirat in der Lage wäre, Planung auch mit den Bürgern in den einzelnen Straßen vorzunehmen, dann könnte er ihr Interesse wecken, so rudimentär, von unten her angefangen, sich für die Probleme der Stadt überhaupt zu interessieren.

KOMMUNE: Hat der Ortsbeirat, wenn er die Million bekommt, überhaupt Rechte und Befugnisse, Entscheidungen zu treffen?

ZIERAN: Die Kompetenzen können relativ groß sein. Das Problem ist, daß sie jederzeit wieder zurückverlagert werden können. Aber hier steht in Paragraph 82 Absatz 3 HGO: „Die Gemeindevertretung kann dem Ortsbeirat ... bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten oder bestimmte „zur endgültigen Entscheidung übertragen, wenn dadurch die Einheit der Verwaltung der Gemeinde nicht gefährdet ist. Dem Ortsbeirat sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Das ist ein Paragraph, der so und so ausgelegt werden kann, und es hängt hier von den Mehrheitsverhältnissen und von den politischen Absichtserklärungen im Parlament ab.

KOMMUNE: Dann könnte also die Stadtverordnetenversammlung ohne weiteres den Beschluß fassen, daß die Einrichtung zum Beispiel von Kindertagesstätten Sache der jeweiligen Stadtteile, daß heißt der Ortsbeiräte ist, und dann eine Planung von den Ortsbeiräten vorgenommen wird?

ZIERAN: Bei Jugendzentren genauso. Alle stadtteilspezifischen Geschichten. Das sind kleine Brötchen, aber es wäre ein erster Schritt.

KOMMUNE: Wie verhalten sich denn die anderen Fraktionen dazu? Und gibt es da Unterschiede zwischen den Vertretern im Stadtparlament und in den Ortsbeiräten?

ZIERAN: CDU klar ablehnend, ob sie im Ortsbeirat oder im Stadtparlament sitzen. Für die sind die Ortsbeiräte Verschleierrungsmechanismen und Befriedungseinrichtungen. In der SPD gibt's schon einen Flügel, der sich überlegt, man sollte den Ortsbeiräten mal was übertragen ...

OSWALD: ... aber man soll's nicht übertreiben.

ZIERAN: ... man soll's nicht übertreiben. Und das ist die kleinere Gruppe, die schreckt immer wieder vor ihren eigenen Gedanken zurück. Man könnte vielleicht Hoffnung haben, wenn es '85 veränderte Mehrheitsverhältnisse gibt, glaub' ich schon, daß man da kleine Ansätze durchkriegen könnte, wenn auch von außen,

durch Bewegungen Druck ausgeübt wird. Und das ist immer das Entscheidende.

OSWALD: Da ist aber auch die Frage, was in den letzten zwei Jahren konkret gelaufen ist. Und da ist in bezug auf die Dezentralisierung der Entscheidung schon etwas real passiert, obwohl diese Anträge abgelehnt worden sind, die jetzt die Organisation der Arbeit der Ortsbeiräte betreffen. Und zwar in der Form, daß in den Ortsbeiräten, in denen wir drin sind, dadurch daß unsere Ortsbeiratsvertreter ihr Mandat verwendet haben, die Basisinitiativen anzusprechen, auf den Ortsbeirat hinzukommen, ein Basisdruck entstanden ist, der zu einer vollkommenen Veränderung der Ortsbeiratsarbeit geführt hat, obwohl das natürlich die CDU und die SPD-Vertreter nicht wollten. Aber der Druck ist auch psychologisch dann so

reitet, eine Haltestelle zu verändern – eine ganz primitive Sache, was ein Investitionsvolumen von vielleicht zehn- oder zwanzigtausend Mark ist – bis das alles recherchiert ist, was da alles dranhängt, daß die Haltestelle nicht genehmigt wurde vom Regierungspräsidenten, da geht Zeit drauf ...

KOMMUNE: Ich denke auch, daß die letzten zwei Jahre bestimmte Veränderungen durch die Arbeit der Grünen im Römer gebracht haben. Trotzdem ist es natürlich so, daß auf der parlamentarischen Ebene du sozusagen gegen die Wand schwätzt.

ZIERAN: Wir reden zwar gegen die Wand, was die Abstimmungen angeht im Parlament. Aber trotzdem haben diese Anträge auch jetzt schon ihre Auswirkungen auf die



In der Kulturpolitik fordern die Grünen die Förderung der zahlreichen Kulturinitiativen in den Stadtteilen, die bislang mit keiner Mark gefördert werden. Dafür sollen im staatlichen Kulturbetrieb (Städtische Bühnen, Alte Oper, aufwendiger Museumsausbau) die Etatansätze gekürzt werden.

groß, wenn wirklich die Betroffenen im Raum sind, daß teilweise die Ortsvorsteher Angst haben müssen, daß selbst ihre CDU-Leute aus der Fraktionsdisziplin ausbrechen. Zum Beispiel in Niederrad ist es schon vorgekommen, daß Sitzungsunterbrechungen notwendig waren, um die Leute dann wieder auf Linie zu kriegen ... Ich glaube, daß da in den letzten zwei Jahren schon real etwas geschehen ist.

ZIERAN: ... Was wir selbst wollten, viele *Bürgerversammlungen* machen, in die Stadtteile reingehen, haben wir nicht geschafft, weil wir hier auch ziemlich aufgefressen wurden von dem Umfang der Arbeit. Beispiel: Wenn da zwei alte Frauen an der Haltestelle Hauptfriedhof totgefahren werden, nur weil die Verwaltung nicht be-

Verwaltung. Zum Beispiel unser Grundsatzantrag zu „Ausländische Mitbürger“ – wo wir die inhumane Praxis der Ausländerbehörde aufgedeckt haben und die illegalen Praktiken der Ausländerbehörde – hat so viel Wirbel ausgelöst, daß heute die Abschiebung per Telefon nicht mehr läuft. Wir können zwar die Abschiebungen nicht verhindern, aber wir können zumindest erreichen, daß der bürokratische Ablauf dort in „ordentliche Bahnen“ gelenkt wird, so daß also einige ausländische Mitbürger zumindest die Chance haben, weiter hier zu bleiben.

KOMMUNE: Dazu vielleicht überhaupt die Frage, welche Möglichkeiten ihr vom Stadtparlament aus habt, auf die Verwaltung Einfluß zu nehmen, die Verwaltung zu

kontrollieren. Sind die Stadtverordneten, so eine Fraktion wie die Grünen, überhaupt dazu in der Lage?

ZIERAN: Das grundsätzliche Verhältnis Parlament und Verwaltung ist das, daß nicht wir die Verwaltung kontrollieren, sondern die Verwaltung das Parlament, wenn man's mal auf die Spitze treibt. Das muß man ganz cool sehen. Es gibt Beispiele, wo wir wissen, daß die Verwaltung selbst den Magistrat narren kann, wo man einen Vorgang von einer Abteilung zur anderen hin- und herschiebt, um Stellungnahme bitet und das sogar gegenüber dem Magistrat abschottet ... Und dieses Eigenleben der Verwaltung ist eben sehr stark. Und das heißt jetzt, perspektivisch gesehen, wenn man hier jetzt etwas verändern will, '85 auch, geht es nicht nur um Inhalte, es geht auch konkret um Strukturveränderungen dieser Verwaltung, das heißt auch, dieser *Verwaltung Kompetenzen wegnehmen* und in die Stadtteile hineinverlagern.

KOMMUNE: Welche Bereiche gibt es denn jetzt, zum Beispiel beim Haushalt, wo ihr euch vorstellen könntet, daß die SPD dort mit euch zusammen Sachen durchbringen will. Die haben ja im Sozialbereich offensichtlich 'ne ganze Reihe von Anträgen von euch abgeschrieben.

ZIERAN: Die Frage ist, ob sie das auch tun, wenn sie hier in der Regierung sind. Sozialdemokratie in der Opposition ist immer was anderes, wie Sozialdemokratie in der Regierung.

OSWALD: Es gibt aber ideologische Linien, die sich auch zeigen, wenn die SPD in der Opposition ist. Ein Beispiel ist die Diskussion im Schulbereich. Für die SPD ist die Vorstellung der freien Schule undenkbar. Für die SPD ist zwar denkbar, daß man mehr Lehrer einstellt, daß man mehr Geld ausgibt für Lernmittel usw., aber undenkbar, daß man an eine *Entstaatlichung* des Schulsystems im Hinblick auf eine selbstverwaltete Schulorganisation denkt. Das sind Dinge, die außerhalb des ideologischen Rahmens der SPD liegen. Das heißt, daß es auch innerhalb der sozialen und kulturellen Auseinandersetzungen, also nicht nur im engeren Ökologiebereich zu grundlegenden ideologischen Auseinandersetzungen kommen muß zwischen der Sozialdemokratie und den Grünen, wenn es zu einer Zusammenarbeit nach '85 kommen soll und nicht die grüne Politik zum Anhängsel der Sozialdemokratie werden soll.

KOMMUNE: Die andere Frage wäre, was sich geändert hat durch den *CDU-Magistrat* und die CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gegenüber der früheren SPD-Hochburg Frankfurt.

HORACEK: Also wir kennen die Kommunalpolitik erst seit '81 ein bißchen mehr von innen. Aber wenn man hier lange genug lebt und miterlebt hat, mit welchen rigorosen Mitteln das Westend zerstört wurde unter der SPD-Allein-Herrschaft, dann muß man natürlich fragen, was macht jetzt Wallmann, seit er dran ist? Alle Großprojekte, die in der Stadt laufen, sind eigentlich noch aus der SPD-Zeit. Er macht natürlich in bestimmten Formen und Erscheinungsformen diese Glanzpolitik noch um ein paar Grade höher. Denn wie er säubert oder wie er die Plätze gestaltet, zum Beispiel die Zeil oder den ganzen Innenstadtbereich, das grenzt schon an die *keimfreie Innenstadt*. Das hängt damit zusammen, auch ideologisch sauber und pflegeleicht sein zu wollen, mit dem Generalreiner ...

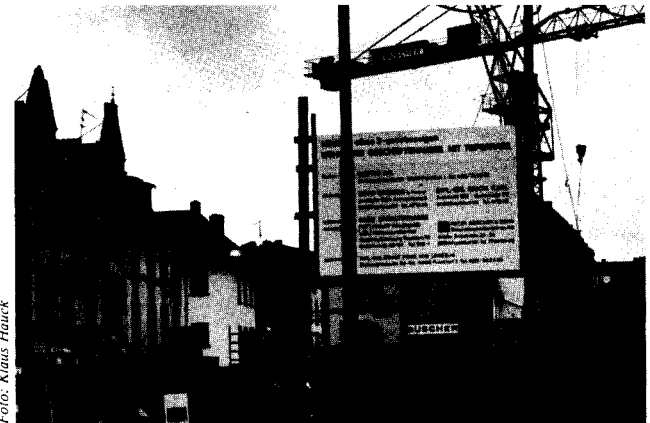
ZIERAN: Beseitigung auch der sozial Schwachen, deshalb beseitigt man auch gleichzeitig die Büsche ... Es ist eine besondere ideologische Variante, eine Innenstadt keimfrei zu machen und Büsche und

Kunstvorstellungen. Da sind ganze irre Parallelen zu damals in den Dreißigern. Und das ist schon ein Unterschied zur Sozialdemokratie.

HORACEK: Wobei ich eine kleine Anmerkung machen werde. Wir müssen daran denken, daß die Sozialdemokratie bei den meisten Abstimmungen der Magistratsvorlagen die Hand hebt und die sozialdemokratischen Dezernenten in vielen Punkten Sachen der CDU mitmachen, und das gilt nicht nur für diesen ganzen Bereich der Bauten, Museumsufer usw. Das geht bis zu unserem Konflikt um die *Ernst-Jünger-Preisverleihung*. Da hat der Hilmar Hoffmann, unser berühmter Kulturdezernent, in der Jury und im Magistrat ...

ZIERAN: Aber da mußst du auch sehen, daß die SPD das nicht mit unterstützt hat, das ist zwiespältig.

HORACEK: Wo beginnt die Grenze, daß der rechte Flügel der SPD oder die Mehrheit der SPD, deren Führungskräfte oder Dezernenten ...



Bei den Anträgen zum *Wohnungsbau* gehen die Grünen davon aus, daß auch in Frankfurt eine den menschlichen Bedürfnissen angemessene Wohnungsverordnung machbar sei. Sie fordern, den Bau preisgünstiger Wohnungen unter ökologischen Gesichtspunkten zu fördern. Wohnraumzweckentfremdung soll rückgängig gemacht und zukünftig verhindert werden. Die Stadt soll Mittel für Mietermodernisierung zur Verfügung stellen.

so was zu beseitigen, damit sich Nichtseßhafte hinter diesen Büschen bloß nicht hinsetzen und ihren Alkohol trinken oder sonst was machen, oder sich mal hinlegen können in der Sonne. Man will den ganzen „Unrat“ raushaben! Und das hat schon mit der Gestaltung zu tun. Die Gestaltung der Zeil oder der Messebau hat schon gewisse faschistoide Anklänge in der Architektur, in der ganzen Gestaltungsform; wenn du dir mal diese Prunk- und Protzbauten anguckst, die bestimmten Ordnungs- und

ZIERAN: Da ist gerade Ernst Jünger ein schlechtes Beispiel. Ich denke, daß bei Ernst Jünger der *Unterschied zwischen Sozialdemokratie und CDU* herauskommt. Der einzelne Hilmar Hoffmann ist nicht das Entscheidende. Ihr antifaschistisches Bewußtsein ist zwar verkommen, aber in dem Augenblick, wo es angerührt wird, ist doch eine Mehrheit quer durch die Flügel bereit, in so einer Frage Stellung zu beziehen. Und da muß man mal sagen: Im Gegensatz zum Sponti-Milieu, die da sehr viel

„Hamburger Verhältnisse“ – und was bleibt?

verschwommene und sehr viel schwierigere Vorstellungswelten haben als manche Sozialdemokraten auf diesem Sektor. Wenn ich da überlege, unsere Diskussion, die wie in der Batschkapp hatten ...

KOMMUNE: Speziell über Ernst Jünger?

ZIERAN: Ja, das ist ein spezieller antifaschistischer Bereich, da gab's ganz andere Fronten als in anderen politischen Bereichen.

OSWALD: Der Dany, der so ähnlich argumentiert hat, wie der Wallmann, und das bis in die Wortwahl hinein.

KOMMUNE: Gut, in der Kommunalpolitik, sonst wird das wahrscheinlich etwas anders aussehen, hinsichtlich der Alten Oper zum Beispiel?

HORACEK: Aber auch dort, auch da kann ich mich erinnern, daß ein Teil der Spontis gesagt hat: Was habt ihr denn, wenn die da ist, natürlich, alle werden hingehen und ein Pop-Star wird da sein und so.

KOMMUNE: Sie haben aber auch zu 'ner Demonstration aufgerufen, soweit ich mich erinnere ...

ZIERAN: Es gibt ja nicht die Spontis. Bestimme Anarcho-Flügel und Initiativen, sehr junge Spontis – Cohn-Bendit hat da nur ein zynisches Verhältnis zu gehabt.

KOMMUNE: Zur *Landespolitik* – ihr habt eine Pressekonferenz gemacht, wo ihr die Beschlüsse der Landesversammlung der Grünen in Kassel kritisiert habt. Die Beschlüsse betreffen die Zustimmung zum *Vorschaltgesetz* und die gemeinsame Verabschiedung mit der SPD. Hat sich eure Kritik jetzt mehr auf die Auswirkungen direkt auf eure Politik in Frankfurt bezogen, also bestimmte Verkehrsprojekte, die davon betroffen sind, oder hat sie sich auch gegen eine bestimmte Richtung der Politik, die dort insgesamt eingeschlagen worden ist, gewandt?

OSWALD: Beides. Da gibt es gar keine Trennung. Natürlich sind wir erst einmal betroffen, wenn wir hier gegen Straßen kämpfen, und die Bürgerinitiativen in Frankfurt gegen Straßen kämpfen, denen die Landtagsgruppe über den Paragraphen 4 zugestimmt hat.

Zweitens wird an dieser konkreten Sache 'ne sehr grundsätzliche Sache sichtbar durch die Frage, wieweit man aus taktischen Gründen bereit ist, *Grundsätze grüner Politik*, Lebensfragen über Bord zu schleifen und im Grund genommen genau das Gegenteil parlamentarisch zu beschließen, was man außerparlamentarisch machen will. Das ist ein ganz grundsätzlicher Punkt, und deswegen war es für uns auch entscheidend, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, d.h. diesen Konflikt über die en-

Erst wenige Monate ist es her, daß „Hamburger Verhältnisse“ die politische Szene in erhebliche Bewegung versetzt haben.

Doch was haben die neuen Verhältnisse gebracht, dort wo sie Wirklichkeit wurden? Ist jetzt auch in Hessen die Luft raus – hat uns schon der Kater ereilt?

Ob es richtig war, dem „Vorschaltgesetz“ zuzustimmen, ist wirklich schwer zu sagen. Die Frankfurter Grünen und die Römer-Fraktion haben jedenfalls gute Gründe für ihre Ablehnung, und sie haben auf manchen Pferdefuß hingewiesen, den die Landtagsfraktion übersehen hat.

Wahrscheinlich aber liegt der Fehler viel früher und etwas anders, wahrscheinlich wirkt sich jetzt nur aus, daß die „Tolerierung“ eine Sackgasse ist, daß der faule Kompromiß schon früher geschlossen wurde und nicht mit der SPD.

Lediglich „Gespräche“ mit der SPD hatten die hessischen Grünen – die in diesen Fällen die „Basis“ bilden – der grünen Landtagsfraktion genehmigt. „Verhandelt“ werden dürfe nicht. Hat man sich – und anderen – damit nicht am Ende bloß in die Tasche gelogen?

Den Sozialdemokraten haben diese Wendungen mehr genutzt als geschadet. Sie schoben erst mal das „Vorschaltgesetz“ vor, diktierten damit ein begrenztes Thema und konnten der Diskussion um ein Regierungsprogramm, damit auch ihrer Regierungspolitik und ihrer Stellung zur CDU, ausweichen. Wäre die SPD gleich gezwungen gewesen, Farbe zu bekennen, wären die Grünen damit erklärmaßen in den Wahlkampf gezogen, hätten sie dies *von sich aus* zum Gegenstand der Debatte gemacht, die SPD wäre viel mehr unter Druck gekommen. So aber konnte sich Börner über die Runden retten und Spuren verwischen. Nach Reitzens Sofortvollzug in Eltville rechnet auch die Landtagsgruppe der Grünen mit einem Ende der Zusammenarbeit spätestens beim Haushalt. Dann wäre lediglich der Zeitpunkt für Neuwahlen verschoben, und die grüne Taktik ist bereits etwas zerschissen, wie auch die bundesweite Krise des grünen Trends zeigt.

Worauf läuft das „Tolerieren“ überhaupt hinaus? Die hessische Landesregierung z.B. kann außerhalb des Vorschaltgesetzes tun und lassen, was sie will. Andererseits werden von der SPD Zugeständnisse verlangt, ohne daß sie weiß, wie weit die Unterstützung geht.

Daß das Ende dieser Fahnenstange gerade beim Haushalt sichtbar wird, ist kein Wunder. Da reicht es halt nicht, „al-

le Gesetzesinitiativen zu unterstützen, in denen sich eine vernünftige Richtung niederschlägt“, wie es immer wieder so schön heißt. Da geht es eben bereits der Sache nach um ein Regierungsprogramm. Da wäre auf Weichenstellungen an einigen entscheidenden Punkten zu drängen (nicht fallweise Zustimmung an zufälligen Nebenfronten), Trennendes bewußt offen zu halten und sicherlich noch ziemlich viel in Kauf zu nehmen.

Kein Mensch müßte deshalb den Kampf für seine Interessen aufgeben, weil die neun grünen Abgeordneten sie nicht durchsetzen können. Die Kritik, die den umgekehrten Zusammenhang nahelegt, geht letztlich selbst parlamentarischen Illusionen auf den Leim.

Alles Luftschlösser? Von der SPD ist Wandlung aus Überzeugung nicht zu erwarten, überhaupt scheinen weitreichende Einschnitte gegenwärtig weit entfernt, und das nicht wegen der Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Manche radikale Bewegung ist schon dadurch aufgelöst worden, daß sie sich von der SPD umgarren ließ. Vorsicht ist also geboten, die mancher der Befürworter einer „grün-roten“ Koalition hinter purem Opportunismus verschwinden läßt.

Andererseits nützt es eben auch nichts, der Koalitionsfrage ständig auszuweichen, und sich dann stets unverhofft wieder von ihr eingeholt zu sehen. Auch die Minimalkataloge sind nur scheinbar schlau. Auch sie laufen, wenn sie als Bedingung einer „Tolerierung“ dienen sollen, auf einen ansonstigen Blankoscheck hinaus, was bloß dadurch verdeckt bleibt, weil sie dem Inhalt nach meist Maximalkataloge sind, eher zum Beweis der Unbelehrbarkeit der SPD und der eigenen Wahrhaftigkeit geeignet, denn etwas ins Rollen zu bringen.

Weshalb nicht zur Kenntnis nehmen, wenn im Wahlprogramm der SPD im Unterschied zu 1980 steht: „... Voraussetzungen dafür zu schaffen, langfristige auf Kernenergie verzichtenden können.“ Lieber rein bleiben und zusehen, wie der saure Regen durch spritzende Atomreaktor bekämpft wird? In einer Punkt-für-Punkt-Koalition läßt sich das gar nicht mehr entscheiden.

Man mag sich am Wort stören, „mitregieren“ findet so und so statt. Und dazu sollte über die Unterschiede der „Altparteien“ nicht nur hinter vorgelagerter Hand gesprochen werden, ehe dann verfahrenere Situationen zu Zukunftsentscheidungen hochstilisiert werden. *fb*

geren Grünen Institutionen hinaus bewusst zu machen und die Betroffenen, also die Bürgerinitiativen, die kritischen Grünwähler und die Sympathisanten in die Auseinandersetzung über diesen Grundsatztreit einzubeziehen.

ZIERAN: Es gibt jetzt noch Leute aus der Landtagsgruppe, die halten, nachdem ihnen der Paragraph 4 bekanntgeworden ist, es immer noch für richtig, daß sie dieses Dingens gemacht haben. Ihre Begründung, taktisch, ist: Wir müssen in den Bundestag, wir müssen Wählerstimmen sammeln, da wir in der Defensivhaltung in der Öffentlichkeit sind, die bürgerliche Öffentlichkeit uns anschießt, daß wir nicht konstruktiv arbeiten, daß wir nur verweigern, deswegen müssen wir aus taktischen Gründen Ja-sagen. Und da ist die grundsätzliche Trennung zwischen dieser Linie und unserer Linie. *Wir sagen:* Natürlich muß ich sowas berücksichtigen, und Wähler haben ja auch etwas mit Bewußtseinsveränderung zu tun, insofern kann das nicht gleichgültig sein, aber es darf nicht das beherrschende Moment werden. Und Reformpolitik, Kompromisse in der Reformpolitik dürfen nicht so weit gehen, daß ich soziale Bewegungen, mit denen ich gemeinsam gegen etwas kämpfe, vernachlässige, in der Form, daß, was ich mit denen an der Basis ablehne, im Parlament dem dann zustimme und gegen diese Initiativen durchsetze.

Damit es für euch erfahrbar wird: Das sind ja nicht nur diese Straßenprojekte. Einerseits: es gibt ja dieses Vorschaltgesetz mit diesen 1,5 Milliarden Volumen, wo 216 Millionen für 1983 ausgegeben werden sollen. Und dann gibt's den Paragraphen 4, der 'ne besondere Ermächtigung ausspricht zur Aufnahme von Geldern, Verpflichtungsermächtigungen auch für die künftigen Haushaltsjahre, also Festlegungen für die nächsten Haushaltsjahre macht. Und das ist schon mal eine Volumenerweiterung, d.h. die Leute, die immer argumentieren, dieses Haushaltsgesetz bedeutet nichts, das sind nur zwei Prozent des Gesamthaushaltes, haben nicht bedacht, daß dieser Paragraph 4 zunächst und eine unbegrenzte, oder für uns im Augenblick nicht einschätzbare Öffnung, Erweiterung des Volumens mit sich bringt.

Ich weiß nicht, ob das deutlich ist. Im Augenblick kann man schon absehen, daß es für 1983 mindestens eine zusätzliche Milliarde ist, und es können noch mehr Projekte drinstecken: Straßenbau, U-Bahn-Bau aber auch Krankenhausfinanzierung, auch das ist nicht unproblematisch. Wir haben 'ne bestimmte Kritik an der herkömmlichen Psychiatrie. Aber die herkömmliche Psychiatrie wird gefördert über diesen Paragraphen, gefördert über Bundes- und

Landesmittel. Genauso gibt es Probleme mit der Freimachung von Bundesfernstraßen, d.h. Enteignung von Grundstücken, die da auch mit drinstecken. Es gibt Probleme mit der Flurbereinigung, die da auch mit drinsteckt. D.h., das, was ich in dem richtigen Haushaltsgesetz, diesem anderen Volumen, was ich dort an „Erfolgen“ erreicht habe, wird kaputt gemacht durch diesen Paragraphen 4.



Foto: Klaus Hauck

Anschaulich gesagt: Es ist toll, daß ich vier Luftmeßstationen rauskriege in Verhandlungen, das ist ein gewisser Erfolg, wo ich was gegen den Smog tue. Das ganze wird aber ad absurdum geführt, wenn ich auf der anderen Seite Straßenbau zustimme und dem Smogverursacher, dem Auto, freie Fahrt gebe, indem ich dem Finanzminister eine generelle Ermächtigung gebe, alles das weiterzumachen und alles das weiter kaputtzumachen, wo wir mit Bürgerinitiativen vor Ort gegen kämpfen. Das ist das eine. Das ganze geht aber auch noch weiter. Selbst in diesem 1,5 Milliarden-Gesetz, wenn es diesen Paragraphen 4 nicht gäbe, selbst da sind schon heikle Punkte drin. Kompromiß ja, aber nicht gegen soziale Be-

wegungen und soziale Initiativen. So ist unsere Position jedenfalls ...

Und da ist die Differenz, daß die einen sagen, es kann auch diese Möglichkeit geben aus taktischen Gründen, auch mal gegen solche Initiativen zu entscheiden, und wir sagen eben: Nein!


KOMMUNE: Nur, das Problem ist doch, daß das Parlament und eine Grüne Fraktion im Parlament immer hinter den Initiativen her ist. Die Sozialdemokratie wird sich auch auf ihre Initiativen berufen, z.B. Braunkohleabbau am Hohen Meißner oder sonstwas.

ZIERAN: Das ist völlig klar. Es geht nicht darum, daß wir eine Erfüllungspolitik im Landtag machen. Sondern, daß man bei den Kompromissen darauf achtet, daß man nicht Maßnahmen zustimmt, die generell gegen unsere Politik gerichtet sind. D.h. Reformpolitik muß sich orientieren an den Zielen, die ich erreichen will. Wenn ich Reformen zustimme, die diese Ziele verunmöglichen, dadurch, daß sie eine Struktur verfestigen helfen, die letztendlich im Hinblick auf unsere Politik rückschrittlich ist, dann ist das abzulehnen, das heißt: Kompromisse ja, man muß auch Abstriche machen in der parlamentarischen Zusammenarbeit im Verhältnis zu den Forderungen und Wünschen dieser Initiativen. Es darf aber nicht so sein, daß ich dann eine Politik gegen diese Wünsche und Bedürfnisse der Initiativen mache ...

OSWALD: Unterm Strich ist die Zustimmung zu dem Vorschaltgesetz keine grüne Realpolitik. Unterm Strich ist mehr *Kontraproduktives* geschehen als irgend eine Perspektive. Und dann ist noch 'ne zweite Sache, und das ist die langfristige Geschichte, vor der habe ich schon fast Angst, nämlich die Frage: Wenn man auf solche Art von Kompromissen, die eigentlich gar kein Kompromiß sind, eingeht, dann gibt es *irgendwann auch ideologisch keine Grenze mehr*. Für mich ist es dann unlogisch, wenn man sagt: Im Interesse des 6. März stimmen wir den und den Autostraßen zu. Wie soll ich dann in einer anderen Situation noch begründen können, warum ich im Interesse anderer machtpolitischer Konstellation nicht vielleicht dem Startbahnbau oder Biblis C zustimmen muß. Deshalb ist ein grundsätzlicher ideologischer Damm gebrochen, der denn gar keine Differenzierung mehr zuläßt, ja praktisch sogar in eine Situation führt, ideologisch, die zur Neutralisierung sämtlicher politischer Inhalte führt ... falls nicht eine Korrektur, ein Lernen aus diesen Fehlern eintritt. □

Für die Kommune führten das Gespräch Friedemann Bleicher und Willi Preßmar

Nur noch zwei große Stahlkocher?



„Im Januar 23% weniger Stahl produziert als im Vorjahresmonat“, so lautete die jüngste Hiobsbotschaft aus der Stahlindustrie — keinesfalls die letzte. Drei Moderatoren, Vertrauensleute des großen Geldes und des Bundes, haben ein Modell vergelegt, das die Kapazität der westdeutschen Stahlindustrie auf 30 Mio. Jahrestonnen reduzieren, gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit international weiter verbessern soll. Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall haben ein Gegenmodell entworfen, das „Dortmunder Modell“. Bernd Schliff beschreibt die Modelle und ihre möglichen Folgen.

Im neunten Jahr der weltweiten Stahlkrise, wobei diese Welt aus Westeuropa, Nordamerika und Japan besteht, wird es zu wesentlichen Veränderungen in der westlichen Stahlindustrie kommen. Wesentliche Veränderungen heißt:

- Der stattgefundenen Abbau von Produktionskapazitäten, vor allem durch Verringerung der Belegschaften, drängt auf eine neue Organisierung der Stahlunternehmen;
- für die geschätzten Produktionsmengen der 80er Jahre muß entschieden werden, welche Produkte an welchen Standorten, mit welcher Belegschaft hergestellt werden sollen.

Zur Lösung dieser Problematik liegen letztlich zwei Modelle vor:

- erstens das Konzept der drei Stahl-Moderatoren;
- zweitens das sogenannte Dortmunder Konzept.

Die drei Stahl-Moderatoren, auch Stahlweise oder Gurus genannt, wurden Mitte November 1982 vom Bundeswirtschaftsministerium berufen. Es sind: Günter Vogel-sang, Aufsichtsratsvorsitzender der Veba AG und früherer Krupp-Chef; Marcus Bierich, Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherung, früher im Vorstand der Mannesmann AG tätig; und Alfred Herrenhaus vom Vorstand der Deutschen Bank. Günter Vogelsang ist als Aufsichtsratsvorsitzender für die Thyssen AG im Gespräch.

Das Dortmunder Konzept wurde von den führenden Betriebsräten und Vertrauensleuten der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund bei maßgeblicher wissenschaftlicher Unterstützung durch Professor Willi Pöhler ausgearbeitet. Es hat wesentliche Elemente aus dem Stahl-Memorandum des alternativen Wirtschaftsgutachtens von 1981 aufgenommen.

Das Modell der Moderatoren zielt hauptsächlich auf Kapital-Sanierung

Die drei Moderatoren haben ihr Modell mit Verzögerung Ende Januar vorgestellt. Die Verzögerung wurde durch die Konkursanträge bzw. Vergleichsanträge der Korf-Gruppe hervorgerufen. Das waren, nach meiner Meinung, vor allem taktische Manöver von Korf, um entsprechende Änderungen des Moderatoren-Modells zu erreichen. Die Kernpunkte des Modells sind:

- erstens wird eine Gruppe Rhein aus Thyssen und Krupp gebildet;
- zweitens wird eine Gruppe Ruhr aus Hoesch, Salzgitter und Klöckner gebildet;
- drittens soll Arbed im Saarland weiterhin als Einzelproblem behandelt werden, und Korf sowie die Maxhütte von Klöckner sollen auf leichte Profile (Draht und Stahlmatten) spezialisiert bleiben bzw. werden.

Zur Durchführung dieses Modells halten die Gurus zwei bis drei Milliarden staatlicher Subventionen für notwendig. Die Bundesregierung hat diese Mittel bereits zugesagt.

Gruppe Rhein

Das Modell wurde eine Woche vor der offiziellen Pressekonferenz in der FAZ vorgestellt. Dabei wählte man den bildhaften und nicht unpassenden Titel: „Sonne, Mond und Sterne“, wobei jedes Gestirn jeweils einen Kernpunkt charakterisiert.

Die Zusammenfassung von Thyssen und Krupp ist nicht sonnig, sondern praktisch nur noch ein Vollzug dessen, was Thyssen seit einem halben Jahr praktisch betrieben hat.

Im Sommer 1982, als alle Welt von der Ruhrstahl (Hoesch und Krupp) sprach, wandte sich Thyssen an Krupp zwecks Zusammenfassung der beiden Edelstahlbereiche. Damit war Hoesch weg vom Fenster. Übrigens ein Vorgang, der wiederholte, was Ende der 60er Jahre schon einmal stattfand. Damals standen Gespräche zwischen Hoesch und Mannesmann kurz vor dem Abschluß, als Thyssen diese Zusammenarbeit durch einen Kooperationsvertrag plätzen ließ.

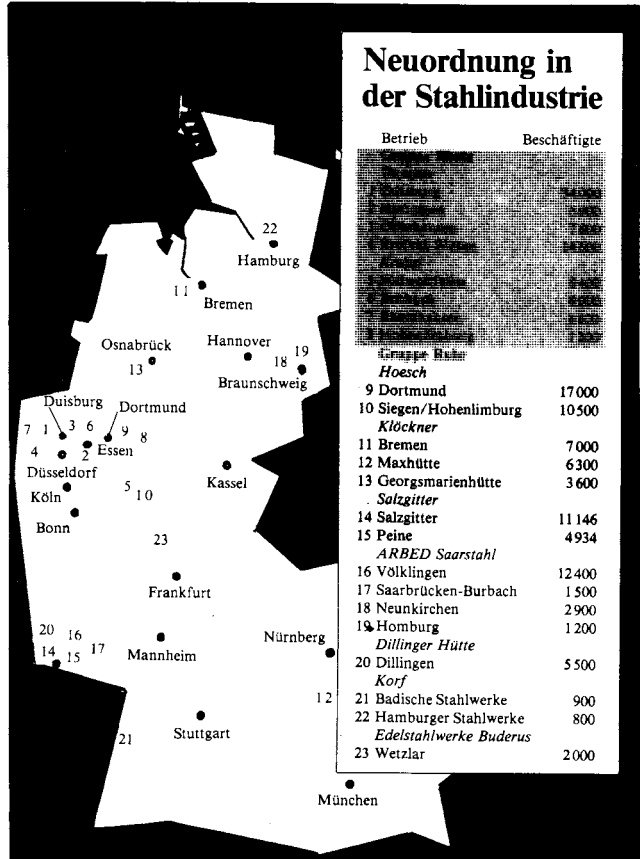
Die Zusammenfassung von Thyssen und Krupp liegt betriebswirtschaftlich auf der Hand:

- durch die Zusammenfassung der Edelstahlbereiche wird eine starke Monopolstellung auf dem westdeutschen wie europäischen Markt eingenommen;
- durch die Kooperation im Schmiedebereich wird auch hier eine dominierende Position eingenommen;
- durch die Zusammenfassung des Massenstahlbereichs in Duisburg soll der Standortvorteil optimal ausgeschöpft werden. Offensichtlich ist auch beabsichtigt, drei selbständige Gesellschaften entsprechend dieser Produktionsbereiche zu bilden. Da hier jeweils parallele Produktionsbereiche zusammengefaßt werden, wird der erste Effekt sein, daß Betriebe geschlossen werden, um die Produktion auf den betriebswirtschaftlich günstigen Standort bei möglichst hoher Auslastung zu konzentrieren.

Ein erwünschter Nebeneffekt dieser Konstruktion ist, daß die Montan-Mitbestimmung in den Sparten-Gesellschaften, die den Richtlinien des Montan-Vertrages unterliegen, erhalten bleibt, aber auf jeden Fall in der darüberliegenden Holding beseitigt sein wird.

Gruppe Ruhr

Der Grund, die HSK-Gruppe (Hoesch, Salzgitter und Klöckner) als Gruppe Ruhr zu bezeichnen, wird selbst dem Mann im



Mond ein Rätsel bleiben. Dortmund liegt an der Ruhr, und dortin soll der Sitz der Hauptverwaltung. Aber das ist auch alles. Wenn in dieser Gruppe betriebswirtschaftlich überprüft wird, wo parallele Produktionen zusammengefaßt werden können, läuft das auf Liquidierung eines großen Stahlstandortes hinaus. Hier ist die Auswahl zwar groß, aber letztlich muß die betriebswirtschaftliche Lösung heißen: volle Auslastung der Bremer Hütte und vor allem Warmbreitbandstraße und kein neues Stahlwerk nach Dortmund und Schließung der Dortmunder Warmbreitbandstraße. Damit wären in Dortmund binnen zehn Jahren mehr als 20000 Arbeitsplätze beseitigt, und es bliebe ein Kalzwerk, spezialisiert auf Oberflächenveredlung.

Die Zukunft von Arbed im Saarland, Korf und der Maxhütte bleibt nach dem Guru-Modell in den Sternen. Es wird wohl davon ausgegangen, daß sie sich regional-konzentriert bzw. als Spezialproduzent und -anbieter durchschlagen werden.

In gewerkschaftlichen Kreisen im Ruhrgebiet wird das Konzept der Stahl-Moderation als „Kahlschlag-Sanierung“ und „Thyssen-Lösung“ diskutiert, und das stimmt.

Worin besteht nun die Kapital-Sanierung?

Die Stahlkonzerne beziffern den „Substanz-Verlust“ aus der Stahlkrise auf zehn Milliarden für die westdeutschen Konzerne. Diese Substanz von zehn Milliarden floß hauptsächlich in Form von Zinsen an die Banken; Zinsen, die allerdings nicht aus dem Mehrwert der Stahlproduktion geschöpft werden konnten, sondern die die Stahlkonzerne aus ihren profitablen Bereichen (Edelstahl, Maschinen- und Anlagenbau) und durch den Verkauf von anderen Betrieben, Anteilen an Betrieben und Grundstücken aufbrachten.

Dieser „natürliche“ Prozeß der Kapitalvernichtung soll jetzt gezielter stattfinden: Die rentablen Produktionsbereiche bei Thyssen und Krupp, aber auch bei den Klöckner-Werken werden vom verlustreichen Massenstahl getrennt; die Verluste bei den Banken werden durch einen Ausverkauf von Betrieben und Grundstücken vor allem bei Krupp und Hoesch möglichst gering gehalten, wozu letztlich auch die drei Milliarden staatlicher Subventionen dienen. Und schließlich müssen natürlich auch

die entsprechenden Produktionsanlagen im Stahlbereich liquidiert werden, und das wird wesentlich in Duisburg und Dortmund passieren.

Unstrittig ist, daß die westdeutsche Stahlproduktion etwa auf eine Größenordnung von ca. 30 Mio. Jahrestonnen gestutzt werden muß. Der Fehler des Moderatoren-Modells ist, daß Stahlproduktion hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung, der betriebswirtschaftlichen Rentabilität, analysiert wird, und nicht berücksichtigt, daß die Stahlproduktion eine Produktionsstufe im stofflichen Geflecht der Metallindustrie insgesamt ist. Das Moderatoren-Modell zielt auf Entflechtung dieser verschiedenen Produktionsstufen, die der Kapitalismus in seiner Entwicklung zu diesen Großkonzernen selbst hervorgebracht hat.

Nebenbei möchte ich anmerken, daß diese Entflechtung der Konzerne der Montan-Industrie einen ersten Höhepunkt mit der Bildung der Ruhrkohle AG hatte. Und auch wenn die Stahl-Moderatoren jetzt heftig beteuern, daß eine (Massen)-Stahl-Einheitsgesellschaft kein Lösungsweg ist, bereiten sie diese Stahl AG praktisch vor. Praktisch werden bzw. sollen jetzt in Westdeutschland zwei Stahl AGs gebildet werden, die in wenigen Jahren noch an drei Standorten (Bremen, Duisburg und Salzgitter) produzieren. Erste Folge: Schließung weiterer Zechen im Ruhrgebiet und das Ende für zahlreiche weiterverarbeitende Betriebe im Sauer- und Siegerland. Nächster Schritt: Besonders für Bremen ist Kohle von der Ruhr unrentabel, weitere Zechenschließungen. Als Stahlstandort wird Salzgitter gegenüber Bremen und Duisburg betriebswirtschaftlich unrentabel ...

Dieser Rattenschwanz volkswirtschaftlicher Probleme ist nicht durch die isolierte Sanierung immer neuer Branchen zu lösen.

Gerade auch die Auseinandersetzung um Hoesch-Estel in Dortmund hat schnell zu den Vorstellungen von einer Verstaatlichung der Stahlindustrie geführt. Doch die Gesamtlage auf dem Stahlsektor hat zumindest die Problematik einer solchen Forderung verdeutlicht, die das Problem der Überkapazitäten noch lange nicht gelöst hat.

Das Dortmunder Konzept strebt eine Umstrukturierung der Stahlindustrie nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten an

Das Dortmunder Konzept ist zwar parallel zum Moderatoren-Modell erarbeitet worden, war aber praktisch schon eine Reaktion darauf. Konkret ist das so gelaufen, daß in der Monatszeitschrift *Capital* im Dezember ein längerer Artikel stand, welche Lösungsmodelle den Moderatoren zur Verfügung stehen. Der Artikel verriet geistige Nähe zu den Absichten der Moderatoren und deutete für den Stahlstandort Dortmund das Ende an.

Das hat die führenden Leute der IG Metall in Dortmund wachgerüttelt. Schon auf der Dezember-Vereiner-Versammlung für die gut 55000 IG Metall-Mitglieder in Dortmund wurde einstimmig (bei einer Enthaltung) gefordert, die Stahlindustrie in Gemeineigentum zu überführen. Über die Feiertage wurde studiert und diskutiert. Eine Delegation besuchte Betriebsräte und IG Metall-Funktionäre in Bremen, Salzgitter, in Duisburg und im Saarland.

Anfang Januar fand dann auf der Westfalenhütte eine Vertrauensleute-Vollversammlung mit 1000 Teilnehmern statt, auf der das Konzept ausführlich erläutert und diskutiert wurde. Betriebsräte und Mitglieder der VK-Leitung von Thyssen, Mannesmann und Klöckner nahmen an der Versammlung teil und unterstützten die Initiative.

Nach fünfständiger Diskussion wurde der Beschluß der Vertreterversammlung wiederum einstimmig (bei einer Enthaltung) gebilligt.

Die Kernpunkte des Konzeptes sind:

1. Die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum.
2. Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl AG.

3. Sicherung der regionalen Standorte.
4. Sicherung der Stahlstandorte durch eine demokratische Rahmenplanung.
5. Gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik.

Diese Konzeption wird mittlerweile durch ähnliche Beschlüsse der Vertreterversammlungen der IG Metall in Duisburg und Salzgitter ausdrücklich unterstützt.

Eine kleine Stahlkonferenz der IG Metall war wenig fruchtbar in dieser Richtung, vor allem der Vorstand der IG Metall gegenüber den dort anwesenden Betriebsratsvorsitzenden der Stahlwerke keine Begeisterung für diese Konzeption zeigte.

Das scheint sich jetzt allmählich zu ändern. Mitte Februar wird erneut eine (kleine) Stahlkonferenz der IG Metall stattfinden.

Die Stärke der Konzeption liegt darin, daß eine gesamtwirtschaftliche Lösung gesucht wird, die von den vorhandenen Strukturen und Verflechtungen ausgeht. Die Notwendigkeit der Kapazitätsverminderung wird betont. Die Durchsetzung dieser Konzeption wird auf zwei Wegen betrieben:

Erstens durch Verhandlungen und Druck auf die politischen Parteien, wo der laufende Wahlkampf nicht ungünstig ist; jedenfalls hat die SPD, wenn auch abgeschwächt, eine entsprechende Passage in ihr Wahlprogramm aufgenommen, und die CDU-Politiker hüten sich, jedenfalls im Ruhrgebiet, die Konzeption frontal abzulehnen.

Zweitens sollen Aktionen in den Betrieben und auf den Straßen verhindern, daß Maßnahmen im Sinne des Moderatoren-Modells durchgeführt werden; konkret soll jede weitere Stilllegung von Betriebsteilen verhindert werden.

Selbst wenn es nicht gelingt, diese Konzeption jetzt im ersten Anlauf durchzusetzen, so besteht doch Aussicht, daß zumindest weitgehende Kompromisse gegenüber dem Moderatoren-Modell erreicht werden, um den größten Schaden für die Arbeiter und die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt zu verhindern. □



Die kommende Wahl entscheidet viel – wenn sie auch kaum etwas lösen wird. Entschieden aber wird diese Wahl gerade für die Grünen trotz aller Dementis wohl in Nordrhein-Westfalen. Wer noch an den Chancen der Grünen zweifelt, tut dies meist mit Blick auf NRW. Große Erfolge sind den Grünen in NRW ja bisher auch kaum gelungen – 1979 der Einzug in einige Stadträte (z.B. Bielefeld, Münster, Leverkusen, Marl), 1980, wenige Monate vor der Bundestagswahl, 3% bei der Landtagswahl. Und obwohl die meisten Demoskopen bei genauerem Hinsehen Grüne in NRW zur Zeit stärker erscheinen lassen, als allgemein vermutet, bleibt hier doch die größte Schwachstelle.

Grüne sind schwach in NRW – das Land hat soviel Einwohner wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen, der grüne Landesverband aber nur halb soviel Mitglieder wie die süddeutschen. Zu groß sind die regionalen Unterschiede zwischen Eifel und Dortmund, Hochsauerland und Duisburg-Ruhrort, als daß es ein gemeinsames umfassendes Thema der Basisbewegungen in NRW geben könnte. So hat der grüne Landesverband NRW von Anfang an schlechte Startchancen gehabt. Überregional relevante Bewegungen gibt es in NRW praktisch nicht. Für den Widerstand gegen den Schnellen Brüter in Kalkar Unterstützung im Sauerland zu finden, ist äußerst schwierig. Praktisch nie ist ein Funke des Protestes landesweit übergesprungen – eine Bewegung wie die gegen die Startbahn West ist zwischen Rhein und Weser kaum denkbar.

NRW ist so ein Lehrstück für die Notwendigkeit dezentraler Politik. Die Landesebene ist hier kaum näher als der Bund, gerade in den Großstädten des Ruhrgebietes sind Projekte und Initiativen traditionell lokal orientiert (wo es ja auch genug zu tun gibt). Im Rahmen der Grünen findet dies seine Fortsetzung. So gibt es in NRW regional sehr unterschiedliche Grüne.

Bei alledem bietet NRW einer Partei, die nicht auf einer einheitlichen Gesellschaftsanalyse und einer einheitlichen Ideologie aufbaut, denkbar große Probleme. Eines der größten Industriegebiete der Welt, der gut 10 Millionen Einwohner zählende Kohle-Stahl-Gigant Ruhrgebiet, läßt eine Flucht in bloße Naturschutz-Idylle nicht zu. Gefragt ist hier eine alternative Strukturpolitik, verlangt sind Antworten auf die offenen Fragen eines kaum zu entflechtenden industriellen Ballungsraumes. Dabei ist die Massenarbeitslosigkeit natürlich nicht das Problem an sich – die Krise der Stahl-

Zahme Vögel reden von Freiheit . . .

Die Grünen NRW vor der Wahl
Probleme mit einer radikal-ökologischen Alternative

Von Hans-I. Herbers

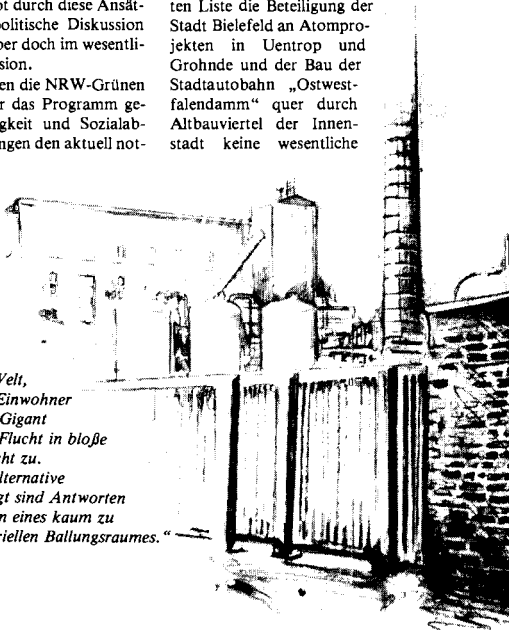
industrie zeigt überdeutlich die strukturelle Krise, die für manche Grüne zur Krise des Industriesystems geworden ist. Die lokale Ausrichtung vieler Alternativprojekte und -initiativen wird hier zum Problem. Während inzwischen die Grünen in vielen Kreisverbänden – auch außerhalb des Ruhrgebietes – intensiv über die ökonomischen Perspektiven gerade in NRW diskutieren, gibt es in den traditionell „grünen“ Basisbewegungen kaum Ansätze in dieser Richtung. Außerhalb etablierter und überholter politischer Gruppierungen von SPD über DS zur DKP gibt es bisher wenige, dafür aber um so hoffnungsvollere Ansätze einer alternativen Betriebsarbeit (so z.B. bei Opel in Bochum oder an verschiedenen Standorten von Hoesch). Belebt durch diese Ansätze ist die wirtschaftspolitische Diskussion der Grünen in NRW aber doch im wesentlichen eine Parteidiskussion.

Vordergründig fanden die NRW-Grünen in der Diskussion über das Programm gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau schon vor Sindelfingen den aktuell not-

wendigen Kompromiß. Das in Sindelfingen beschlossene Programm zu Arbeitszeiterkürzung, alternativen Investitionen und (sehr uneinheitlichen) Ansätzen zu einer längerfristigen Perspektive zeichnete sich schon im Dezember in der Wirtschafts-AG, Kreisverbänden und Landesverbänden ab. Die begründete Angst vieler Grüner vor allzu simplen Übertragungen traditioneller Rezepte auf grüne Politik fand ihren Niederschlag im perspektivischen Teil. Wie begründet diese Angst ist, zeigt das Beispiel der Hochburg traditionell orientierter linker Grüner in NRW, Bielefeld: In der Diskussion um den schließlich gemeinsam mit der SPD verabschiedeten kommunalen Haushalt spielte in der Buntten Liste die Beteiligung der Stadt Bielefeld an Atomprojekten in Uentrop und Grohnde und der Bau der Stadtautobahn „Ostwestfalendamm“ quer durch Altbauviertel der Innenstadt keine wesentliche

„Eines der größten Industriegebiete der Welt, der gut 10 Millionen Einwohner zählende Kohle-Stahl-Gigant Ruhrgebiet, läßt eine Flucht in bloße Naturschutz-Idylle nicht zu. Gefragt ist hier eine alternative Strukturpolitik, gefragt sind Antworten auf die offenen Fragen eines kaum zu entflechtenden industriellen Ballungsraumes.“

Hans-I. Herbers ist einer der Sprecher des Landesverbandes NRW der Grünen



Rolle. Diskutiert wurde der kommunale Einstieg in Arbeitszeitverkürzung und die eine oder andere finanzielle und materielle Reparaturmaßnahme zugunsten der Bielefelder Basisinitiativen. Nicht zuletzt der große Einfluß dieser traditionell orientierten Bielefelder Strömung, deren Liebäugeln mit der DS im Land ebenso mißtrauisch beobachtet wurde, wie z.B. die Merkwürdigkeit, friedenspolitische Grundbegriffe der Grünen, wie „blockübergreifend“, als Ostwestfalen-internes Stigma für friedenspolitisch Weiterdenkende zu verwandeln, läßt Grüne an Rhein und Ruhr zunehmend Befürchtungen in Richtung allzu traditionell reformfreudiger Politik hegen.

Bei der Wahl der Landesliste für den Bundestag fand dies angesichts der Kandidatenliste allerdings wenig Niederschlag – zu sehr herrschte der Wunsch nach „politikfähigen“ Akteuren vor, zu sehr auch die Absage an gänzlich unvermittelbare Konzepte etwa der FIU um Joseph Beuys, und nicht zuletzt zeigte sich die Effektivität einer gut organisierten politischen Strömung gegenüber anderen in der Durchsetzung der gewünschten ostwestfälischen Kandidaten vor und während der Versammlung.

All dies läßt deutlich werden, wie wenig immer noch inhaltlich über ökonomische Langzeitperspektiven diskutiert wird, wie wenig der Zusammenhang von Überlebensfragen im ökologischen und friedenspolitischen Bereich mit konkreter Wirtschaftspolitik reflektiert wird und wie sehr dafür die innergrüne Diskussion vor der Bundestagswahl notgedrungen oberflächlich bleiben mußte.

Auch in NRW ist kein Konzept einer radikalen ökologischen Alternative zum altlin-

ken Traditionalismus erkennbar, das die Spannung zwischen ökologischer Krise und realer Betroffenheit der Opfer von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau lösen könnte. Vor allem ist gerade aus grünem Selbstverständnis heraus deutlich: Ein solches Konzept kann nur aus der Synthese der Erfahrungen und Vorstellungen der Betroffenen in den Betrieben, der Erfahrungen auch der Arbeiterbewegung mit den verschiedenartigen traditionellen Konzepten und nicht zuletzt dann auch der ökologischen Zukunftsperspektiven resultieren. Dazu gehört natürlich wesentlich die Eigentumsfrage und dazu gehört die Frage der Selbstbestimmung. Daß aber das „was“ der Produktion und der Konsum von Waren und Dienstleistungen hier keine Rolle spielen, kann auch F. Bleicher in seiner Kritik am Sindelfinger Programm (vgl. *Kommune* Nr. 1/1983) nicht so durchhalten. Daher ist das beschlossene Sofortprogramm wichtig und notwendig, weist es doch zumindest in die Richtung eines selbstverwalteten und nicht entfremdeten Arbeitens in ökologisch tragbarem Rahmen.

Das Sofortprogramm ist es auch, woran die Grünen in diesem Wahlkampf gerade in den Industriestädten gemessen werden. Immer deutlicher wird aber auch, daß die Stärke der Grünen nach wie vor nicht hier, sondern in den Bereichen Ökologie und Frieden liegt – so unbequem das auch sein mag. Die Identität der Grünen und die Unterstützung, die die Basisbewegungen den Grünen zukommen lassen, hängt auch in NRW daran, daß Grüne nach wie vor glaubwürdig als tatsächliche Alternative im ökologischen Bereich auf radikalen Änderungen der Umweltpolitik bestehen und daß Grüne kompromißlos zur Ablehnung der „Nachrüstung“, zu Abrüstung und blockübergreifender Friedenspolitik stehen. Auch für richtige ökonomische Sofortmaßnahmen dürfen diese Bereiche nicht zur Disposition stehen. Diejenigen, die am 6. März in NRW Grüne wählen, werden sich zum Teil überlegen, aus arithmetischen Gründen nur mit einem grünen Kreuz den Rechtsruck stoppen zu können. Sie werden sich aber zum größeren Teil auf die Glaubwürdigkeit grüner Radikalität verlassen. Gerade da, wo die Massenarbeitslosigkeit nur die Spitze des Eisberges einer grundlegenden Krise dieses Wirtschaftssystems ist, sind auf die Dauer nicht linkssozialdemokratische Reformen sondern neue Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion gefragt. Wenn es uns gelingt, diese Wege zu finden, haben wir auch nach dem 6. März in NRW alle Chancen, auch für kritische Industriearbeiter eine positive Alternative zu werden. Sindelfingen war bei aller Widersprüchlichkeit dafür ein guter Ansatz. □

MITTELAMERIKA MAGAZIN



Ent-
hält Berichte und Ana-
lysen zu Mittelamerika, Ter-
mine und Nachrichten aus
der Solidaritätsbewegung.
Es tritt für die Rechte der
Völker Mittelamerikas ein
und unterstützt ihren Kampf
um Freiheit und Demokra-
tie.

**6 Hefte im Abo 15,- DM
Solidaritätsabo 20,- DM**

**Bestellungen an:
MAGAZIN VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL**



Neu in deutscher Sprache:

China — Ein Überblick

Broschüre, 270 Seiten, 9,00 DM

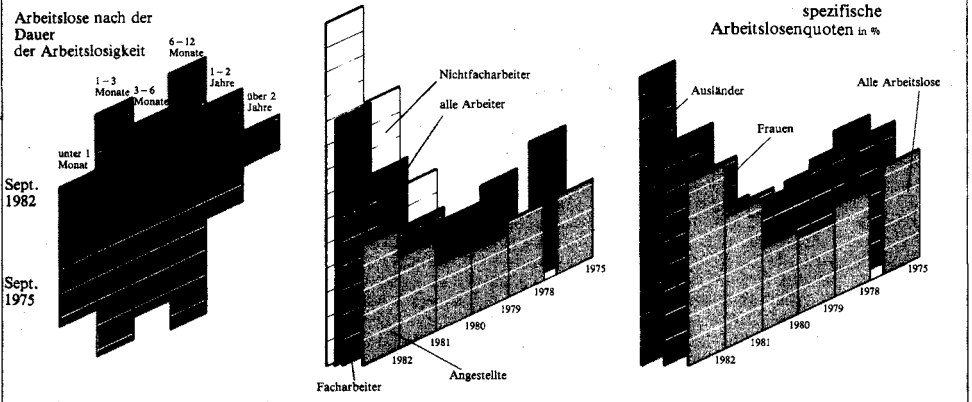
**Kurzer Abriss der
chinesischen Geschichte**

Broschüre, 280 Seiten, 6,00 DM

*Zu beziehen gegen Vorauskasse
(Scheck belegen) bei:*

Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

Arbeitslosigkeit '82



Mehr Ausgestoßene unter den Arbeitslosen

fb. Kurz vor der Veröffentlichung der Januar-Zahlen (2,5 Millionen Arbeitslose) hat die Bundesanstalt für Arbeit ihre letztjährige *Strukturerhebung* bekanntgemacht. Daraus geht hervor, daß sich mit der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit auch die Differenzierung unter den Arbeitslosen verschärft hat.

Insgesamt meldeten sich im abgelaufenen Jahr 3,7 Millionen Arbeitnehmer neu arbeitslos, 3,2 Millionen meldeten sich ab. Damit hat sich nicht nur die Zahl der Zugänge nochmals um 200000 erhöht, sondern auch die Zahl der Abgänge. Maßgebend hierfür ist, daß die Unternehmen bei Einstellungen häufiger aus der Reservearmee fischen. Bei einer geschätzten Größenordnung von etwa 5 Millionen neu begonnener Arbeitsverhältnisse im Jahr 1982, die gegenüber dem Vorjahr um rund eine halbe Million abgenommen haben dürften, entfielen etwa 2,2 Millionen Einstellungen auf Lohnabhängige, die zuvor arbeitslos waren. Damit konnten die Unternehmen bei 45% aller Einstellungen auf Arbeitslose zurückgreifen. 1981 war dies bei etwa 40% der Fall.

Im Gefolge von rund 5 1/2 Millionen beendeten Arbeitsverhältnissen im Jahr 1982 kam es zu etwa 2,9 Millionen Arbeitslosmeldungen. Das heißt, mindestens jedes zweite beendete Beschäftigungsverhältnis führte zu einer Arbeitslosmeldung. 1981 waren – bei knapp 6 1/2 Millionen Kündigungen – gut 40% mit Arbeitslosigkeit verbunden.

Im übrigen zeigen die Bewegungsdaten, daß die Unternehmen ihre Arbeitskräfte mehr als 1974/75 – und erst recht als 1966/67 – über Nicht Einstellungen als durch direkte Entlassungen vermindern. Bei Entlassungen spielen Konkurrenz und Stilllegungen nach wie vor eine untergeordnete Rolle; nur 6% aller Entlassungen waren damit begründet. Übers Jahr gerechnet waren etwa 130000 Arbeitslosmeldungen Folge von Konkursen und Stilllegungen; relativ häufiger hiervon waren ältere Lohnabhängige betroffen. Unter den im September Arbeitslosen erhielten lediglich 30000 Leistungen aus einem Sozialplan.

Wer erst mal arbeitslos ist, findet immer schwerer wieder Arbeit. 40% der Arbeitslosen fanden im letzten Jahr wieder eine bezahlte Arbeit, 1981 waren es 45% gewesen. So nimmt die Dauer der Arbeitslosigkeit zu. Die Ende September 1982 registrierten Arbeitslosen waren durchschnittlich 8,5 Monate arbeitslos, ein Jahr zuvor war der Durchschnitt 7,4 Monate. 400000 Arbeitslose sind jetzt mehr als ein Jahr arbeitslos. (Vgl. Schaubild oben)

Vor allem Arbeitslose ohne Berufsausbildung haben geringe Wiederbeschäftigungschancen. Zwar werden auch zunehmend beruflich qualifizierte Lohnabhängige arbeitslos. Rund die Hälfte der sich arbeitslos Meldenden hatte eine abgeschlossene Berufsausbildung (1981: 45%), die andere Hälfte keine. Berücksichtigt man, daß gut 1/3 der Beschäftigten eine Berufsausbildung haben und etwa 1/3 keine, so wird deutlich, daß auch 1982 unausgebildete Arbeitskräfte viel häufiger „freigesetzt“ werden. Sie stellen 61% aller Arbeitslosen.

Ähnliche Sortierungen verbergen sich hinter den unterschiedlichen Arbeitslosen-

quoten für Facharbeiter (6 1/3%), Nicht-facharbeiter (14%), gewerbliche Berufe (10%) und für Angestelltenberufe (5%), wie sie das Schaubild wiedergibt. Die Unterschiede waren nie so groß.

Bei den Frauen hat sich zwar die Arbeitslosenquote unterdurchschnittlich erhöht, sie bleibt aber mit 8,8% über der Quote für Männer (6,8% im September; im Januar '83 betragen die Quoten 10,5 und 10%). Allerdings konnten in den letzten beiden Jahren viele Frauen nur deshalb ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten, weil sie von einer Vollzeit- auf eine Teilzeitarbeit wechselten. Andererseits haben 13,2% der arbeitslosen Frauen ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bereits verloren, 15,8% hatten von vorneherein keinen Anspruch (Männer 5,4% und 10,7%). Frauen melden sich daher viel häufiger als Männer beim Arbeitsamt ab, ohne wieder eine Stelle gefunden zu haben, und verschwinden damit aus der Statistik.

Die Arbeitslosenquote für Ausländer belief sich Ende September 1982 auf 11,8% (Januar 15,1%); die Arbeitsämter erteilten 28% weniger Arbeiterlaubnis als im Vorjahr, fast nur an Ausländer, die schon länger in der BRD gelebt haben. Bezogen auf alle Arbeitslosen haben die 20- bis 25jährigen mit 11,5% die höchste Arbeitslosenquote, unterdurchschnittlich ist sie auch für die über 20jährigen und die Gruppe von 25 – 30 Jahre. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen nach einer betrieblichen Ausbildung hat sich in Jahresfrist mehr als verdoppelt. 3,2% (im September 60000) der registrierten Arbeitslosen sind Sozialhilfeeempfänger; zu 80% hatten sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Ihre Zahl stieg auf das 2,4fache von 1981.

Asbest: Besser krank als arbeitslos?

nia. Westberlin. Nachdem die Abteilung Gesundheitswesen im Bezirksamt Charlottenburg in der Antwort auf eine kleine Anfrage ausführlich auf die gesundheitsgefährdenden Wirkungen von Asbest eingegangen war und erklärt hatte, daß die einzige mögliche Prävention sei, die Verwendung von Asbest zu verringern, hatte die Fraktion der Alternativen Liste einen entsprechenden Antrag gestellt, zukünftig bei bezirklichen Aufträgen asbestfreie Materialien zu bevorzugen. Mit zwei CDU-Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Die Firma Eternit, einer der größten Hersteller asbesthaltiger Baumaterialien, reagierte darauf mit einem Brief an den Bezirksbürgermeister, in dem dieser aufgefordert wurde, dem Ersuchen der BVV nicht zu folgen. Nach dem Berliner Bezirksverwaltungsgesetz haben Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung gegenüber dem Bezirksamt nur empfehlenden Charakter, und das ist in keiner Weise gebunden, ihnen zu folgen.

In ihrem Schreiben erklärte Eternit: „Durch den Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg ist uns als Berliner Unternehmen ein schwerer psychologischer und wirtschaftlicher Schaden zugefügt worden, da derartige Beschlüsse aus Berlin auch erwarten lassen, daß sich andere Städte bei z.Zt. vergleichbaren Anträgen alternativer Gruppen ebenfalls für Verbote entscheiden und in diesem Zusammenhang auf die wegberaubende Rolle des Charlottenburger Beschlusses verweisen können. (...) Wir sehen in dem Charlottenburger Beschluß eine Gefahr des weiteren Verlustes von Arbeitsplätzen in Berlin. (...) Die ersten Reaktionen aus drei bundesdeutschen Großstädten lassen katastrophale Konsequenzen erwarten, ...“

Bei der Werksbesichtigung, zu der Eternit das Bezirksamt und die Fraktionen im Januar eingeladen hatte, erklärte die Geschäftsführung, daß ihr die mit Asbest verbundene Gesundheitsgefährdung durchaus bewußt sei und sie daher intensiv nach Ersatzstoffen forsche. Doch um diese Forschung zu finanzieren, bräuchten sie die Einkünfte aus der Asbestproduktion. Jede öffentliche Diskussion um Asbest würde ihre Marktchancen verringern und damit auch die Forschungsprogramme gefährden.

Ergebnis dieses Besuchs war, daß das Bezirksamt entschied, dem Ersuchen der BVV nicht zu folgen. Der Presse gegenüber erklärte der Bezirksbürgermeister gar, daß weder die Produktion bei Eternit noch die Größenordnung, mit der Asbest an Gebäuden frei würde, gesundheitsgefährdend sei.

Abtreibung – Nein Danke?

Daß die katholische Kirche gegen die Abtreibung ist – das ist nicht neu, und wir wußten es schon immer. Daß im Herbst 1982 die „Wende“ stattgefunden hat – auch daran haben wir uns schon fast gewöhnt. Und daß den bundesdeutschen Krankenkassen das Geld nicht mehr so locker sitzt, daß heute auch in diesem Bereich das Sparen großgeschrieben wird.

Zusammengenommen bilden jedoch diese drei Aspekte eine Mischung, die für Frauen in dieser Republik fatale Folgen haben wird.

Was ist geschehen? Im Herbst 1981 verklagte Ursula Zöller ihre zuständige Krankenkasse vor dem Sozialgericht Dortmund: Sie könne es mit ihrem Gewissen als gläubige Katholikin nicht länger vereinbaren, daß mit ihren Zwangsbeiträgen zur Krankenversicherung Abtreibungen finanziert werden. Sie wolle der Mittäterschaft an einem abscheulichen Mord nicht schuldig sein.

Das Gericht stimmte der Argumentation von Frau Zöller weitgehend zu. Nach seiner Auffassung sei der §200 der Reichsversicherungsordnung, der die Durchführung der Schwangerschaftsabbrüche und die in ihrer Folge notwendigen Pflegekosten dem Leistungskatalog der Krankenkassen zuordnet, als verfassungswidrig anzusehen.

Weil damit jedoch Verfassungsrecht berührt wird, liegt das Urteil als Vorlagenbeschluß beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Mit einer Entscheidung wird wohl erst nach dem 6. März 1983 zu rechnen sein.

Den Krankenkassen kommen diese Entwicklungen nur gelegen. Klagen sie doch schon seit längerem über leere Kassen und darüber, Leistungen auferlegt bekommen zu haben, die mit Krankheit nichts zu tun hätten. So wurde auf einer Vertreterversammlung des Landesverbandes der bayerischen Krankenkassen Anfang Dezember bekannt, daß über die Streichung von Leistungen für „soziale“ Abtreibungen, Mutterschaftsurlaub und ärztlich verordnete Verhütungsmittel bereits seit einiger Zeit mit dem Bundesgesetzgeber verhandelt würde, allerdings ohne bisher konkrete Ergebnisse erzielt zu haben.

Wir können wohl annehmen, daß folgende Äußerungen des Arbeits- und Sozialministers N. Blüm ganz im Sinne der Krankenkassen sein werden: „251 Millionen kostet der Schwangerschaftsabbruch die Krankenversicherungen, ein Teil davon ist sicherlich Teil der Krankenversicherungsaufgaben, aber aus beispielsweise sozialer Indikation, das muß mir jemand erklären, was das mit Krankenversicherung zu tun hat ... Ich bin je-

denfalls dafür zuständig, daß die Krankenversicherung finanzierungsfähig bleibt. Und mit Sicherheit ist die gesamte soziale Frage nicht Aufgabe der Krankenversicherung, sonst können wir alles gleich über den Krankenschein organisieren.“ (SFB II, 21.12.1982)

Norbert Blüm will somit Abtreibungen aus nichtmedizinischen Gründen aus Steuergeldern finanziert wissen. Daß die finanziellen Voraussetzungen für solche und ähnliche Ziele nicht existieren, das steht sogar im neuen Wahlprogramm der CDU/CSU.

Dies ist jedoch noch nicht alles, was uns Unionspolitiker zu sagen haben. Familienminister H. Geißler will das Problem folgendermaßen vom Tisch fegen: Zum einen gebe man der Frau ein Nadelgeld von – sagen wir – 300 DM pro Monat und nenne dies Familiengeld; sind auch hierfür die finanziellen Grundlagen nicht gegeben – die CDU wirds schon schaffen. Und den Frauen, die z.B. aus dem Grund einen Abbruch vornehmen lassen, weil sie ein Röteln-geschädigtes Kind auf die Welt bringen würden – diesen Frauen bietet die CDU „Maßnahmen ... zum Ausbau der Betreuung, der Versorgung von behinderten Menschen“. (s.o.)

Wer nun glaubt, dies sei alles zum Thema §218, die irrt. Mittlerweile geht es nicht „nur“ mehr darum, daß die Abtreibungsbedingungen über die kalte Küche, d.h. über die Finanzierungsfrage verschlechtert werden sollen. Es geht wieder einmal um den *Paragraphen selbst*.

CDU/CSU halten sich im Moment auffallend bedeckt in dieser Frage – wir haben Wahlkampf. Doch die Untertöne sind nicht zu überhören:

– Im neuen Wahlprogramm der Unionsparteien heißt es hierzu: „Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen.“ (FR, 3.2.1982) Und in der FR vom 20.1.1983 konnten wir es lesen, daß die CDU den „Mißbrauch“ abbauen will, der nach ihrer Meinung mit den Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch nach §218 getrieben wird. „Dabei will die CDU offenbar strengere Maßstäbe an die ‚soziale Indikation‘ anlegen ... Grundlage für eventuelle Änderungen beim Paragraphen 218 solle die Ende vergangenen Jahres eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe beim Bundesfamilienministerium sein.“

Angesichts dieser geballten Ladung ist es dringend notwendig, dafür zu kämpfen, daß uns wenigstens die halberzige Reform des §218 erhalten bleibt bei voller Finanzierung durch die Krankenkassen. *Evchen Humbrecht*



Streikrecht für alle — oder keinen?

Über die ötv-Grundsätze zur „Teilnahme von Beamten an gewerkschaftlichen Aktionen“

Der Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes zum Beamtenstreikrecht vom 23.11.82 (vgl. *ötv-magazin* 1/83) hat heftige Reaktionen bei CDU und Beamtenbund ausgelöst. Eine Säule des Rechtsstaates solle zerbrochen werden, so ihre sicher nicht ganz unrealistische Einschätzung. Die SPD, mit dem Problem aus ihrer Regierungstätigkeit, in der sie die Entrechtung der Beamten zu nützen wußte, wohlvertraut, hüllte sich angesichts von Wahlkampfproblemen lieber in Schweigen. Das taten auch die Grünen, wohl eher, weil sie mit der Frage zu wenig vertraut sind.

Neu an dem HV-Beschluß ist nicht die Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht mit voller Tarifautonomie und Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern daß ihre Durchsetzung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Obwohl aus gewerkschaftlicher Sicht das Beamtenstreikverbot verfassungswidrig ist, ging und geht die ÖTV zu Recht davon aus, daß weder durch höchstrichterliche Urteile noch durch Verhandlungen mit den Bundestagsparteien die elementaren Arbeitnehmerrechte für die Beamten erreicht werden können. In den Beschlüssen zum einheitlichen Personalrecht blieb jedoch weitgehend im dunkeln, wie denn dann das Beamten„recht“ gebrochen werden könnte.

Darauf gibt der jetzige Beschluß eine schlüssige Antwort: dadurch daß die Beamten streiken bzw. zunächst auch in streikähnlichen kollektiven Maßnahmen (legitimen, aber nicht legalen, wie der Kommentator der *FR* anmerkt) für ihre Interessen kämpfen. Zweifellos ist der dreiste Vorstoß der Regierung, mit einer 2%-Besoldungser-

höhung für Juni '83 allgemeine Lohnleitlinien zu setzen, der Anlaß zu diesem ÖTV-Beschluß.

Soweit sicher ein erfreulicher Schritt der ÖTV in einer nicht gerade ruhmreichen Tradition der DGB-Gewerkschaften in dieser Frage:

Bei Gründung der BRD war der DGB ja noch heftiger Verfechter des Beamtenstatus, in den 60er Jahren haben die Gewerkschaften noch freudig mitgemacht, als die Regierung vielen Angestellten den Beamtenstatus anbot. Mit der Forderung nach einem Status- und Folgerecht Anfang der 70er Jahre (nach diesem Konzept hätte sich am rechtlosen Zustand der Beamten nur hinsichtlich der Tarifautonomie etwas geändert) und dem Beschluß über die „Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst“ lag der DGB dann so richtig daneben, als es für die Gewerkschaften darauf angekommen wäre, im Kampf gegen den Radikalerlaß und seine Folgen deutliche Fortschritte gegen die Ausrichtung des Staatsapparates zu erzielen. Seitdem wendete sich der DGB in seinen Beschlüssen immer schärfer gegen die Entrechtung und Abspaltung der Beamten, allerdings immer nur als Reaktion auf Tatsachen, die die Regierung jeweils schon geschaffen hatte.

Die Forderung nach dem einheitlichen Personalrecht folgte auf die zahlreichen Nadelstiche, mit denen die sozialliberale Regierung die Beamten zu Opfern für die Staatsfinanzen zwang (z.B. Haushaltsstrukturgesetz). Nachdem im Poststreik die Beamten zu Streikbrechertätigkeiten herangezogen werden sollten, unternahm die darauffolgenden Gewerkschaftstage verbale Eierstände, mit denen Streikbrechertätigkeiten entschieden zurückgewiesen, vom Beamtenstreik aber nicht klar geredet wurde.

Nur die GEW tanzte ab und zu aus der DGB-Reihe, als sie bereits 1971 Streikrichtlinien für ihre beamteten Mitglieder beschloß und seitdem auch einige Male kleinere Streikmaßnahmen durchführte. Eine fühlbare politische Unterstützung durch den DGB hat sie erst 1979 anläßlich einer zweistündigen Arbeitsniederlegung in drei Landesverbänden für Arbeitszeitverkürzung bekommen. Heute ist die ÖTV — so könnte man sagen — mit ihrem Beschluß fast auf der Höhe der Zeit, fraglich ist allerdings, ob auch mit ihrem Handeln. Wieviel bringt ein Beschluß über Beamtenaktionen bei Tarifaufeinandersetzungen, wenn diese Tarifaufeinandersetzungen kaum vorbereitet werden?

Ist es Zufall oder nicht, wenn im Bericht des *ötv-magazins* nicht auf den Schlußabschnitt des HV-Beschlusses eingegangen wird, wo es am konkretesten um Handlungsperspektiven geht? Sicher sind die Kampfbedingungen für den öffentlichen Dienst in fast jeder Hinsicht ziemlich schwierig, aber sie werden weder von selbst günstiger noch durch die gegenwärtige ÖTV-Strategie, die vor allem aus Warten besteht: Warten auf den 6. März, Warten auf die IG Metall in der Lohnfrage, Warten auf die IG Metall in der Arbeitszeitfrage bis 1984. Das ist der potentiellen Kraft der ÖTV völlig unangemessen, das kann sie sich auch nicht leisten, wo doch die Regierung mit den Besoldungsgesetzen, der Rationalisierung und dem Stellenabbau ständig neue Fakten schafft. Der CDU-Mann Regenspurger hat der ÖTV schon entgegengehalten, daß vielmehr überlegt werden müsse, ob der mit Tarifautonomie/Streikrecht verbundene Status der Arbeiter und Angestellten überhaupt mit einem dem Gemeinwohl verpflichteten öffentlichen Dienst vereinbar sei. *Gerhard Gösebrecht*



Auszüge aus dem ÖTV-Papier

Die Gewerkschaft ÖTV fordert für den öffentlichen Dienst ein an einheitlichen Grundsätzen orientiertes Personalrecht, das nicht mehr zwischen den herkömmlichen Arbeitnehmergruppen unterscheidet und die Tarifautonomie auf alle Bereiche im öffentlichen Dienst ausdehnt. Es sind für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst einheitliche Rechtsverhältnisse zu schaffen. Diese gewerkschaftspolitischen Grundsätze gelten unabhängig von wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen. (...)

Um das einheitliche Personalrecht durchzusetzen, sind im Beamtenrecht entscheidende Veränderungen notwendig. Das ist nur möglich, wenn die Beamten selbst die Veränderungen verlangen, aktiv vorantreiben und dabei die Unterstützung der Arbeiter und Angestellten erhalten.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können ihre Interessen nur durch gemeinsames Handeln wirksam vertreten. Dieses Papier will aktuelle politische Rahmenbedingungen und gewerkschaftliche Konsequenzen für das gemeinsame Handeln der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes als *einen* Schritt zum einheitlichen Personalrecht aufzeigen. (...)

Die noch herrschende Meinung in Politik und Rechtsprechung schließt unter Auslegung von Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz den Beamtenstreik aus. Danach haben Beamte nicht das volle Koalitionsrecht aus Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz wie alle an-

te Strategie zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Rechte sein. Zur Änderung der herrschenden Meinung kommt es auch nicht auf das Handeln Einzelner, sondern auf kollektive Maßnahmen an. Erst das gemeinsame Handeln der Arbeitnehmer wird politische Entscheidungen herbeiführen, die deren Rechte anerkennen. Hier liegt der zentrale Punkt gewerkschaftlicher Strategie. (...)

Die gegenwärtige Lage läßt schon jetzt unterhalb der Schwelle von Streiks Aktivitäten der Beamten zu, die eine Verschiebung der von der Rechtsprechung gezogenen Grenzen in Richtung Tarifautonomie zum Ziel haben. Gewerkschaftliche Aktionen sind an diesem Ziel zu messen. Deshalb scheiden zum Beispiel grundsätzlich „Dienst nach Vorschrift“ oder andere individuelle Ausweichmaßnahmen aus. Sie können nicht verdeutlichen, daß eine Ausweitung gewerkschaftlicher Handlungsmöglichkeiten angestrebt wird.

In Tarif- und Besoldungsrunden geht es um gemeinsame Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Es kommt darauf an, eine Gewerkschaftsarbeit zu leisten, die schon im Vorfeld der Tarifverhandlungen auch die Beamten einbezieht. Um gemeinsames Handeln aller Arbeitnehmergruppen zu ermöglichen, müßten Tarif- und Besoldungsrunden zeitgleich verlaufen. Gesetzgeber und öffentliche Arbeitgeber verhindern dies. Die Besoldungserhöhungen werden immer erst nach Abschluß

„Die Frage, ob Beamte verhandeln und streiken dürfen, ist ein politisches und kein juristisches Problem“

deren Arbeitnehmer. Diese Interpretation von Beamtenrechten durch Politik und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland ist im internationalen Vergleich eine Minderheitsmeinung. (...)

Die Frage, ob Beamte verhandeln und streiken dürfen, ist ein politisches und kein juristisches Problem. Gelöst wird es deshalb durch gewerkschaftliches Handeln der Beamten und nicht durch Rechtsprechung. Dem werden die Verfechter der herrschenden Meinung erheblichen Widerstand entgegenzusetzen. Da sie sich auf die gegenwärtige Praxis und die Parlamente stützen können, müssen ihnen die vollen Arbeitnehmerrechte abgerungen werden. (...)

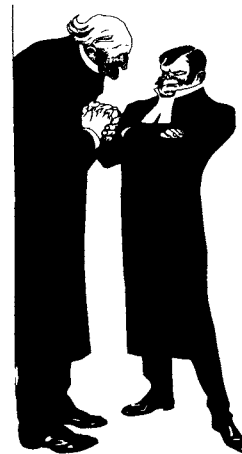
Es wird keinen Erfolg haben, wenn einzelne Beamte auf dem Rechtsweg die herrschende Meinung zu verändern suchen. Eine gerichtliche Klärung kann keine geeignete

der Tarifverträge oder vorab (wie 1982/83) festgelegt. Dadurch wird das gemeinsame Handeln der Arbeiter, Angestellten und Beamten erheblich erschwert, denn Angestellte und Arbeiter stehen während der Laufzeit der Tarifverträge in der Friedenspflicht.

Ziel der Beamtenpolitik ist es, gemeinsame Verhandlungen zu erreichen und die dazu notwendigen Zwischenschritte zu entwickeln. In Besoldungsrunden gilt es, durch Aktionen den Handlungsspielraum der Beamten zu erweitern. Aktionen von Beamten können nur das Ziel haben, die Ergebnisse der Tarifrunden zeit- und inhaltsgleich in die Besoldungsgesetze zu übertragen. Dazu genügen verbale Erklärungen nicht. Durch die Mobilisierung der Beamtenschaft muß erheblicher Druck erzeugt und in Aktionen umgesetzt werden.

ROTE ROBE

21. Februar 1983 Heft 1/1983 5 DM



Gotteslohn oder Arbeitslohn

Das Arbeitsrecht der kirchlichen Mitarbeiter

Heft 1/1983

Stephan Baier: Gotteslohn oder Arbeitslohn — Das Arbeitsrecht der kirchlichen Mitarbeiter

Michael Höfler, Hajo Köppen, Georg Legde: Auf dem Rückmarsch zur Elite-Universität

Bernhard Gerth: Gesetz zum Abbau des Mieterschutzes und zur Erhöhung des Vermietergewinns

Annemarie Nikolaus: Genossenschaft ... GmbH ...; mieten ... kaufen ... oder was sonst? Möglichkeiten der Legalisierung besetzter Häuser am Beispiel Westberlin

Eberhard Reinecke: Was damals Recht war, kann heute nicht unrecht sein! — 2. Teil

Eberhard Kempf: Rechtsstaat, Freistaat und KOMM

Dokumentation: Verfassungsgerichtsanhtrag der Grünen gegen die indirekte Parteienfinanzierung

Klaus Croissant: Die sogenannten Terroristenprozesse und -gesetzgebung. Zur Position der Verteidigung im Stammheimer Verfahren.

Einzelheft 5 DM
Jahresabo (6 Ausgaben) 30 DM

Zu beziehen (gegen Bargeld oder Verrechnungsscheck) bei

Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

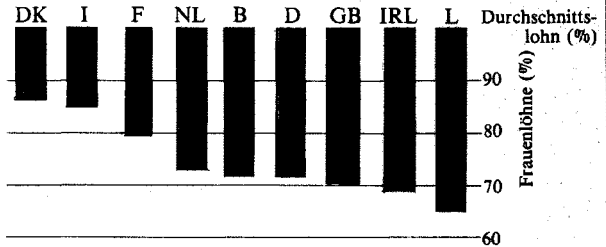
Rentenbeiträge rauf – Leistungen runter!

In der Rentenversicherung werden 1983 mindestens 5 Mrd. DM fehlen unter der Annahme, daß die Löhne um mindestens 3,5% steigen und die Arbeitslosenzahl bei 2,35 Mio. stagniert, beides eher zu positive Annahmen. Der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) sieht die Rentenversicherung bei Beibehaltung der alten Rentenformel über kurz oder lang in den Ruin treiben. Sein Vorschlag, damit dies nicht passiere, müßten die Versicherten etwas näher an den oder auch etwas tiefer in den Ruin getrieben werden. Notwendig sei erstens, die Rentenbeiträge von heute 18,0% über die schon geplante Erhöhung am 1.9.1983 (18,5%) auf 19,4% zu erhöhen. Weiter sei es notwendig, die zeitverzögerte Anpassung der Rentenhöhe zugunsten einer engeren Bindung an die Löhne zu ändern. „Timelag (Zeitverzögerung) bei der Anpassung der Altersruhegelder paßt nicht.“ Er spekuliert auf eine Erinnerungs-„Lag“. Heute sollen die Renten um 5,6% steigen, da paßt es nicht – noch vor wenigen Jahren, als die Renten geringer als die Löhne stiegen, da „paßte“ es gut. Erwerbsunfähigkeitsrenten sollen nicht mehr gezahlt werden, wenn die Arbeitskraft dauerhaft nicht mehr vermittelt werden kann. gh

IG Chemie will folgenschweren Deal mit der Arbeitszeit

Hurra! Gleich zwei Tabus der Kapitalisten hat die IG Chemie, jedenfalls nach ihrer Ansicht, bei ihrer jüngsten Vereinbarung über die Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten gebrochen. In Betrieben über 700 Beschäftigten dürfen, wengleich außerhalb der Arbeitszeit, gewerkschaftliche Vertrauensleute gewählt werden. Mehr nicht, aber ausreichend, sich selbst ein Tabu-Brecher-Abzeichen zu verleihen. Weiter wurde vereinbart, in Betrieben mit betrieblichen Vertrauensleuten parallel auch gewerkschaftliche Vertrauensleute wählen zu lassen, auch während der Arbeitszeit. Gelegenheit für Tarifexperten Mettke, sich mit einem zweiten Tabu-Brecher zu schmücken. – Weiter wurden mit den Chemie-Kapitalisten Gespräche über eine vorgezogene Regelung einer Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten über 55 Jahre verabredet. Um hier nach der Blamage mit der Tariffrente im letzten Jahr eine Weichenstellung für eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verhindern, ist der Hannoveraner Vorstand zu erheblichen Zugeständnissen bereit: auf erhebliche Lohnerhöhungen diesmal zu verzichten und außerdem den Manteltarifvertrag über 1984 hinaus bis 1986 oder gar 1987 zu verlängern. Solange wäre dann auch die 40-Stunden-Woche fest. gh

Frauenlöhne: wachsende Differenz zu den Männerlöhnen



Quelle: EUROSTAT 81 Pfeile geben die Entwicklungstendenz der letzten 5 Jahre an.

Lehrstellen-Wechselreiter

Es gab nur strahlende Gesichter. Die schlechten Meldungen über steigende Arbeitslosenzahlen waren weg und vergessen. Ein „außergewöhnliches und sehr ermutigendes Ergebnis“ wurde im Fernsehen zelebriert. Neben Kohl waren auch sein Schelm Blüm und die Bildungsministerin Wilms in die Pressekonferenz geeilt und drängelten sich zum Abendessen in deutsche Wohnzimmer.

Was sollten wir da feiern? „Die führenden Persönlichkeiten der im Kuratorium für Berufsbildung zusammengeschlossenen Verbände der Wirtschaft“ hatten versprochen, für alle Jugendlichen, die „ausbildungsbereit sind“, Ausbildungsplätze anzubieten. Konkret garantierten sie, über den geschätzten Bedarf von 655 000 weitere 30 000 Ausbildungsplätze bereitzustellen. Damit sei, so das lustige Trio, zum ersten Mal die Berufsausbildung gesichert. „Für jeden ist eine Lehrstelle da“. Vielleicht ist es ein wenig kleinlich, an den Einschränkungen „ausbildungsbereit“ und „ausbildungsfähig“ herumzumäkeln, obwohl beides bisher die Legitimation für die Begrenzung der Lehrstellen durch die Kapitalisten hergab.

Diese Garantie ist von den Kapitalisten gegeben. Was ist dieser Wechsel jedoch wert? In Sachen Lehrstellen sind die Kapitalisten notorische Wechselreiter, und regelmäßig sind ihnen die Wechsel geplazt. 1974 hatten sie mit dem Versprechen von 40 000 zusätzlichen Lehrstellen der Regierung für die Pläne eine Reform abgekauft. Der Lehrstellenmangel nahm jedoch immer weiter zu. Die nicht eingehaltenen Versprechen wieder-

holten sich mit schöner Regelmäßigkeit Jahr für Jahr. Wenn die Regierung keine Arbeitsplatzabgabe beschließt, werde die Wirtschaft für genügend Ausbildungsplätze sorgen. Scheinbar deckte sich die Zahl der Ausbildungsplätze mit der der Ausbildungssuchenden, doch immer blieben mehrere hunderttausend Jugendliche auf der Strecke, die keinerlei Ausbildung erhielten. 1982 waren dies nach Schätzung des DGB 260 000. Diese werden auch mit den 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen nicht versorgt sein. „Jeder kriegt also *keine* „Lehrstelle“!

Ohnehin wird der Bedarf nach den BAföG-Streichungen nochmal stark ansteigen.

Seitlos waren die Kapitalisten sowie nicht. Zwar wollten sie die sachlichen und personellen Voraussetzungen bereitstellen, doch gezahlt werden soll dies von der Bundesanstalt für Arbeit und der Bundesregierung. Millionen habe die neue Regierung dafür bereitgestellt, so Blüm.

Diese Feder in Blüms buntschillerndem Putz hat allerdings eine rosa Färbung, denn die 205 Millionen waren noch von der alten Regierung beschlossen worden.

Lehrstellen sind nicht Lehrstellen. Im letzten Jahr hatten die größten Steigerungsraten die Fleischer mit 31%, Bäcker mit 26% und das Gaststättengewerbe mit 20%. Da in diesen Bereichen nicht gleichzeitig die Arbeitsplatzzahl gesteigert wurde, liegt auf der Hand, daß hier mit Lehrlingen ausgebildete Arbeiter und Angestellte ersetzt werden. Kam aus dieser Ecke nicht das Geschrei gegen die „ausbildungshemmenden Vorschriften“? gh

Pleiten, Entlassungen, Kurzarbeit, Verelendung und Verwahrlosung auch hier. Doch die Gegensätze und Zerklüftungen in der Gesellschaft sind tiefer als in manchen der „älteren“ Industrieländer. Die Linke in Italien, auch die Gewerkschaften und die PCI, suchen schon lange nach einer gesamtgesellschaftlichen Lösung. Mancher Vorschlag ist in der Vergangenheit gescheitert, hat alte Spannungen noch vertieft und neue nicht aufheben können.

Von Cornelia Falter



Am 18. Januar lagen Produktion und Verkehr in ganz Italien still – nach zahllosen spontanen Aktionen Generalstreik gegen das Sparprogramm der Regierung, in der auch Sozialisten sitzen. Um trotz vorhandener Differenzen gewerkschaftliche Einheit zu demonstrieren, waren Schweigemärsche angesagt.

Italien: Überkommene Strukturen erschweren „linke Alternative“

Die *scala mobile* darf nicht angetastet werden“, das war jahrelang die Forderung der italienischen Gewerkschaften, vor allem der kommunistisch-sozialistischen CGIL. Ein Symbol fast für all das, was die Arbeiter- und Massenbewegung seit dem „heißen Herbst“ 1968 erkämpft hat: die Beseitigung der „Lohnkäfige“, Angleichung und beträchtliche Anhebung der Löhne, das „Statut der Rechte der Arbeitnehmer“ von 1970, das gewerkschaftliche Freiheiten sichert und weitgehenden Kündigungsschutz bietet, Verbesserungen im Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungswesen, eine Rentenreform und einiges mehr.

Seit Jahren laufen die Kapitalisten Sturm gegen die Sicherungen vor allem der gut organisierten Belegschaften in den großen Fabriken Norditaliens (die aber auch in den industriellen Enklaven Süditaliens Anwendung finden), weil sie ihnen die Lust zum Investieren und die Profiterwartung vergällen.

Mit dem Abkommen, das am 23. Januar vom Industriellenverband Confindustria und den Gewerkschaften unter Vermittlung vom Arbeitsminister Scotti unterschrieben wurde, ist eine Schranke gefallen. Der vier-teljährlich zu zahlende Inflationsausgleich

soll um 15, 18 oder gar 25% verringert werden – genaueres scheint noch nicht bekannt, Confindustria wollte um 30% senken – und Spielraum für die Ausdehnung der Lohnunterschiede geschaffen werden, die sich durch den Mechanismus der *scala mobile* in den sieben Industriearbeiterkategorien auf 20% vermindert hatten. Die Aufsplitterung der gewerkschaftlichen Interessen, die an dieser Nivellierung schon seit längerem aufgebrochen ist, war und ist jedoch nicht das einzige Problem, mit dem italienische Linke klarkommen müssen, wenn sie erreichte Positionen verteidigen und zu einer demokratischen Alternative fortschreiten wollen.

Uneinheitlich, disgregiert sind Wirtschaft und Gesellschaft in Italien. Der Kapitalismus – obwohl herrschende und beherrschende Produktionsweise – hat hier in seiner Entwicklung alte Gegensätze überdeckt und dabei einen ganzen Sack voll neuer Zerklüftungen hervorgebracht, die eine gesamtgesellschaftliche Strategie seiner Überwindung enorm erschweren. Die düren Zahlen des statistischen Vergleichs verdecken das ebenso sehr, wie Bilder des kämpferischen Proletariats, von landbesetzenden Bauern oder schwarzen Kopftü-

chern vor verwitterten Kirchen immer nur Ausschnitte der komplizierten Wirklichkeit darstellen.

Krise mit Verspätung

Italien zählt zu den Industrienationen, zu den „Reichen“ also. Mit ihnen teilt es den durch die Ölpreiserhöhungen entstandenen Preisdruck und die Absatz- und Produktionseinbrüche infolge der weltweiten Marktstockungen sowie die wachsende Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Binnennachfrage, dazu die Krise der Staatsfinanzen.

In den Jahren nach dem II. Weltkrieg bis in die 70er Jahre verzeichnete Italien ein Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP), anfangs über, später ungefähr parallel zu dem der Bundesrepublik. 1980 rangierte Italien unter den europäischen Industrieländern hinsichtlich des Produktionsvolumens nach der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien an vierter, unter den Industrienationen der westlichen Welt an sechster Stelle. Mehr als ein Zehntel der westeuropäischen Produktion ist italienischer, (ein Viertel, also mehr als das Doppelte westdeutscher) Herkunft.

Gemessen am BSP pro Kopf verändert sich das Bild schon etwas: Hier liegt Italien knapp hinter Großbritannien am unteren Ende der westeuropäischen Skala (vor Spanien, Irland, Griechenland und Portugal); in der BRD war es doppelt so hoch. Die Wirtschaft Italiens ist mehr landwirtschaftlich und weniger industriell geprägt als die der „älteren“ Industrieländer: 1980 wurden 7% des BSP in der Landwirtschaft, rund 43% in der Industrie und etwa 50% im Dienstleistungssektor erarbeitet (BRD: 2,5:53,5:44), wobei immer noch rund 13% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt sind.

Was die Produktpalette und die Außenhandelsstruktur betrifft, so bestehen keine



Rund 350 Großbetriebe mit jeweils über 1000 Beschäftigten sind ganz ungleichmäßig verteilt. Hochkonzentriert ist die Arbeiterklasse im Norden. In Mittelitalien herrschen traditionell mittlere Betriebe vor, während im Süden und auf den Inseln überhaupt erst nach dem II. Weltkrieg Industrie angesiedelt wurde. Der beabsichtigte Entwicklungsprozess kam so aber nicht in Gang. Kleine Betriebe wurden ruiniert. Doch eine Umwälzung gab es wohl, die PCI und in jüngster Zeit die Sozialisten sind auch hier präsent, während der Einfluss der Christdemokraten und der Pfarrei zurückgeht.

qualitativen Unterschiede zu anderen Industrieländern: Den größten Teil macht die verarbeitende Industrie aus, hier dominiert die Eisen- und Metallverarbeitung einschließlich des Maschinenbaus, gefolgt von Elektrotechnik, Automobilherstellung und Chemie. Hochentwickelt sind auch die Textil-, Schuh- und die Bekleidungsindustrie. Stahlwerke und Erdölraffinerien wurden an den Küsten errichtet. 95% der Exporte bestehen aus Industrieerzeugnissen, auf der Einfuhrseite machen indu-

strielle Produkte etwa 60% aus, ein Drittel entfällt auf Roh- und Brennstoffe, die restlichen 10% sind Nahrungsmittel.

In den Aufschwungjahren 1973/74 und 1978/79 konnte die passive Handelsbilanz durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, Frachteinahmen und die Rücküberweisungen der im Ausland Beschäftigten (zwischen 800000 und einer Million Menschen) ausgeglichen werden. Seit 1980 aber ist die Leistungsbilanz wieder defizitär. Sie mußte durch Abgaben aus den Währungsreserven und durch die Aufnahme von weiteren Auslandskrediten ausgeglichen werden. Das hatte in den letzten beiden Jahren erneut einige währungs- und kreditpolitische Maßnahmen zur Folge: Erhöhung der Mindestreserve für zusätzliche Auslandskredite, mehrere Lira-Abwertungen, und für alle Importe – ausgenommen für Öl und Getreide – wurde eine 30prozentige Bardepotpflicht eingeführt, was als protektionistische Maßnahme auf den Widerstand der übrigen EG-Länder stieß und vor einem Jahr wieder aufgehoben wurde.

Mit einiger Verzögerung macht sich seit zwei Jahren die weltweite Krise auch in Stagnation und Rückgang von Industrie- und Bruttosozialprodukt bemerkbar, nachdem noch 1980 ein im EG-Vergleich überdurchschnittliches Wachstum gemessen wurde. Soweit im Durchschnitt also alles „normal“.

In Italien ist manches anders

Doch nun zu den Besonderheiten, die die uneinheitliche Entwicklung und damit die Strukturprobleme Italiens illustrieren sollen. Vergleichen wir (immer noch im nationalen Durchschnitt) die Quote der Erwerbstätigen und darunter wieder die der abhängig Beschäftigten, so fällt ein beträchtlicher Unterschied zur BRD ins Auge:

Erwerbstätige in % der Bevölkerung	Italien		BRD	
	1960	1981	1960	1981
	41	36	47	42
darunter Lohnabhängige in %	Italien		BRD	
	1960	59	77	88
	1981	72	88	

Dabei ist allerdings die Arbeitsemigration nicht berücksichtigt. Auffallend ist weiterhin der relativ geringe Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen (26% gegenüber 33% in der BRD) sowie die ständig hohe Arbeitslosigkeit, registriert sind derzeit etwa 2,3 Mio. oder 12%, tatsächlich sind es weit mehr.

Ganz unterschiedlich ist auch die Struktur der Betriebe, sowohl nach Größe wie

nach Besitzverhältnissen. Die Betriebszählung von 1971 ergab:

Beschäftigte	Zahl der Betriebe
über 1000	351
500 – 999	629
250 – 499	1571

Von den erfaßten 836781 Unternehmen arbeiteten 80% mit weniger als 10 Beschäftigten. Die großen Konzerne wie Fiat, Olivetti, Pirelli, Snia Viscosa, die Nahrungsmittelindustrie oder AGIP konzentrieren sich im wesentlichen in den Nordregionen, umgeben von einem Kranz von mittleren und kleineren Zulieferern.

Staatsbetriebe

Ein großer Anteil der Industrie- und Dienstleistungsproduktion befindet sich in Staatshand: Hier wird von einer knappen Million Beschäftigten ein Viertel der gesamten Wertschöpfung erarbeitet und nahezu die Hälfte aller Anlageinvestitionen getätigt. In staatlichem Besitz befinden sich nicht nur Post und Bahn sowie die Elektrizitätsgesellschaft ENEL. Die großen Staatsholdings, darunter IRI, ENI und EFIM, vereinigen mehr als tausend kleine und große Firmen, alle Werften und großen Reedereien, die Fluggesellschaft, die meisten Banken und Versicherungen, fast die gesamte Eisen- und Stahlherzeugung, den größten Teil der Mineralölbranche, Chemiekonzerne, Hotel- und Einzelhandelsketten, Süßwaren- und Speiseeishersteller bis hin zum Automobilwerk Alfa Romeo. Die in Staatsbesitz befindlichen Firmen wurden teils aus der Konkursmasse des faschistischen Staats übernommen, teils gezielt aufgekauft, teils – unter gewerkschaftlichem Druck – konkursreif übernommen, um Arbeitsplätze zu retten. Zu letzterem Zweck wurde eine spezielle Aufgangsgesellschaft (GEPI) gegründet, die heute etwa 170 Krisenbetriebe mit rund 40000 Beschäftigten verwaltet.

„Untergetauchte Wirtschaft“

Ein von der Statistik nicht erfaßter Bereich, der von den Ökonomen gern als gleichwohl bedeutender dynamischer und flexibler Faktor der italienischen Wirtschaft bezeichnet wird, ist die „untergetauchte Wirtschaft“ (*economia sommersa*).

„In den letzten Jahren ist der Eindruck einer wachsenden Diskrepanz zwischen der offiziell registrierten und der zugrunde liegenden realen Wirtschaft entstanden ... Um Flexibilität zu gewinnen und die Profitabilität wiederherzustellen, hat sich ein wachsender Teil der Produktionsaktivität vor den Statistiken versteckt, um sich vor den Gesetzen zu verstecken. ‚Schwarze‘ und ‚graue‘ Märkte sind überall im terti-



„Noch mehr Besetzungen mit der Kooperative“ – Hirten auf Sardinien haben sich gegen die Landeigentümer zusammengeschlossen. Heute sind viele Kooperativen von finanzieller Austrocknung bedroht.

ren Bereich aufgeblüht, haben sich aber auch im industriellen Sektor ausgebreitet in dem Maße, wie relevante Teile der Produktion von den großen Unternehmen zu den mittleren und von den mittleren und kleinsten dezentralisiert wurden. In dieser Fähigkeit, sich nicht nur den statistischen Regeln, sondern auch den fiskalischen Normen, den Sozialbeitrags- und Arbeitsschutzbestimmungen zu entziehen, liegt sicher eine der wichtigsten Erklärungen für die unvermuteten Margen der Vitalität der italienischen Wirtschaft in diesen Krisenjahren“, so umschrieb das Dreijahresprogramm der Regierung Andreotti im Januar 1979 Triebkräfte und Struktur dieses Sektors.

Werte und Dienstleistungen in der Größenordnung von 20 bis 30% des erfaßten BSP werden hier schätzungsweise erarbeitet – die teils oben angeführten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden dadurch in ihrer Aussagekraft beträchtlich relativiert.

Ohne die Last von Steuern und Lohntarifverträgen beschäftigen diese Kleinunternehmen nicht nur Mitglieder der weitverzweigten Familie (z.B. im Fremdenverkehr), sondern auch zahllose Heimarbeiterinnen und Schwarzarbeiter – auch Arbeiter mit einem „festen“ Arbeitsplatz sind oft aufgrund der niedrigen Reallöhne gezwungen, mittels Zweit- oder Drittjobs das Familieneinkommen aufzubessern.

Der Mezzogiorno

Die aufgezeigten Differenzierungen der gesellschaftlichen Reproduktion werden überlagert von dem bekannten Nordsüdgefälle. Die Rückständigkeit des noch vor 30 Jahren nahezu rein agrarischen Mezzogiorno einschließlich der Inseln reicht Jahrhunderte zurück. Im 19. Jahrhundert wurden die feudalen französischen oder spanischen Herrscher abgelöst von einer aufsteigenden Agrarbourgeoisie, die auch heute noch – wenngleich in veränderter Form – die Fäden des Klientelismus oder auch der Mafia in Händen hält. Obwohl im Rahmen der Entwicklungshilfeprogramme, getragen von der 1950 gegründeten Cassa per il Mezzogiorno, hier Bewässerungsanlagen, Staudämme, Bodenverbesserungen, Straßen, Aufforstungen gefördert, mit Steueranreizen und Subventionen Industrien angelockt und der Tourismus gepöppelt wurde (die wenig wirkungsvollen, weil wenig arbeitsintensiven Großbetriebe, die zwar Arbeitskräfte anziehen, aber nicht das zu ihrer Beschäftigung nötige Netz von Arbeitsstätten schufen, sind genügend bekannt) und sich so das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen seit 1951 verdreifachte, liegt es immer noch ein Drittel unter dem in Nord- und Mittelitalien; gegenüber 1951 hat sich der Abstand noch nicht mal um 10% verringert. Bezieht man die Abwanderung von über 4 Mio. Arbeitskräfte in den Norden

mit ein, so hat sich der Entwicklungsrückstand eher noch vergrößert. Nach wie vor sind Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Kinderarbeit im Süden weit stärker verbreitet als in den übrigen Regionen.

Auch die Landreform ist im großen und ganzen gescheitert. Zwar konnte durch Bewässerung und andere Maßnahmen in den fruchtbareren Küstenregionen vom extensiven Anbau von Weizen, Saubohnen, Viehfutter, Öl- und Mandelbäumen auf Tafeltrauben, Obst, Frühgemüse und Blumen sowie Zitrusfrüchte umgestellt werden, doch fehlten den Bauern, früheren Halbpächtern oder Neubauern in weiten Landstrichen der Anschluß an Bewässerungssysteme, das nötige Kapital zur Mechanisierung und nicht zuletzt die abgewanderten Arbeitskräfte. So wird aufgeteiltes Land inzwischen wieder an Grundbesitzer und Spekulanten „vor“verkauft und oft in der alten, verbotenen Form der Halbpacht bearbeitet. Auch die staatlich geförderten Genossenschaften stehen oft nur auf dem Papier, und die existierenden sind teilweise instrumentalisiert worden zu Empfangseinrichtungen von staatlichen Geldern, die ein dominierender Familienverband, ein Provinzpolitiker (meist Christdemokrat, manchmal auch Sozialist) oder ein örtlicher *notabile* einsackt. Von den *padroni* sind die Bauern auch bei Absatz und Weiterverarbeitung ihrer Produkte abhängig, denn jene monopolisieren die Verbindungen zu den

Zentren wirtschaftlicher und politischer Macht und wissen sich so die politische Gefolgschaft zu sichern, die notfalls auch durch mafiose Einschüchterung erzwungen wird.

Hemmnisse einer Strukturreform

Ein Moment der Immobilität und Stagnation ist das viel beklagte, aber offenbar kaum auszurottende Geflecht von Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption, das – wie regelmäßige Skandalmeldungen beleuchten – von den Amtsstuben und Pfarreien bis in höchste Finanz-, Partei- und Regierungskreise reicht. Teilweise aus den feudalen Beziehungen übernommen, fand und findet dieses System in einer übersichtlichen Bürokratie und erst recht im Zusammenhang mit den Staatsbetrieben ein breites Betätigungsfeld. Das *sottogoverno*, diese Form der Untergrundregierung, konterkariert, solange beispielsweise Staatsholdings wie ENI und IRI als „Lehen“ der Sozialisten bzw. der Christdemokraten behandelt werden, oft genug eine effektive Kontrolle der dunklen Bank-, Spekulations- und sonstigen Geschäfte, wie sie vom ebenfalls sozialistischen Minister für Staatsbeteiligungen verbal angestrebt wird. Das nicht in vollem Umfang der kapitalistischen Konkurrenz ausgesetzte Staatsmonopol in diesem Bereich begünstigt nicht nur Fehlinvestitionen, beispielsweise in nie ausgelastete Großprojekte, sondern verhindert auch Anpassungsprozesse und Modernisierungen, die zur Steigerung der Produktivität seit Anfang der 70er Jahre fällig gewesen wären.

So wirkten u.a. die erfolgreichen Kämpfe der Arbeiterbewegung, als Folge der im Aufbruch der Nachkriegsjahre stattgefundenen Umwälzungen und Verzerrungen der Lebensbedingungen, nicht oder nur begrenzt in dem Sinne, wie Marx einst – am Beispiel der Fabrikgesetzgebung – den Kampf um soziale Reformen und ihre doppelt progressive Funktion beschrieb: Sie waren nicht verallgemeinert, das Kapital fand in der unausgeglichenen Produktionsstruktur und aufgrund der industriellen Reservearmee eine Masse von Ausweichmöglichkeiten, um kostengünstiger produzieren zu lassen, und wirkten u.a. deshalb auch weniger als Stachel zur Konzentration in den fortgeschrittensten Industrien, schließlich bremsen sie – aufgrund sinkender Profitraten bei steigenden Lohnstückkosten und stagnierender Produktivität – die Investitionsquote, die mit 17 bis 19% des BSP im EG-Vergleich am unteren Ende liegt.

Natürlich spielten auch äußere Faktoren wie Öl- und Rohstoffpreise, Wechselkurse, Auslandsnachfrage und die staatliche Kredit- und Währungspolitik hierbei eine Rol-

le, was im Moment vernachlässigt werden muß. Zu nennen ist hier nur die durch niedrige Profiterwartung und hohe Inflationsraten bedingte Kapitalflucht, die trotz verschiedener Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen nach wie vor ins Gewicht fällt und den Investitionsspielraum im Land zusätzlich verringert.

Lösung à la Kapital

Da nun im Anblick der weltweiten Krise, der sinkenden Nachfrage im In- und Ausland, schließlich der wachsenden Konkurrenz für eine Reihe traditioneller Exportgüter durch Produkte aus der Dritten Welt die eingetretenen Pfade italienischer Wirtschaftspolitik nicht mehr viel hergeben, drohen die Ergebnisse der Arbeiterkämpfe ausgehöhlt zu werden. Das jüngste Abkommen ist ein erster Schritt dazu. Jede „Reform“, wie sie derzeit von Leuten wie dem berühmten-berühmten ehemaligen Notenbankpräsidenten und heutigen Präsidenten der Europäischen Industriellenvereinigung Carli vertreten wird, geht in diese Richtung: Wandel der staatlichen Haushaltspolitik, „die ihren Einfluß auf die Wirtschaft auf den Schutz eines bestehenden Beschäftigungsniveaus beschränken sollte, die Investition fördert und die privaten Kapitalgeber nicht wegen der eigenen Kapitalbedürfnisse von den Kapitalmärkten verdrängen sollte.“ Denn „die verstärkte Tendenz zur Inflation, bestimmt durch das Defizit der öffentlichen Hand, ihren Finanzbedarf, die Lohnindexierung zusammen mit institutionellen Beschränkungen, die Beschäftigungsstruktur zu verändern (spricht: Kündigungsschutz u.ä., Red.), und mit nachlassender Investitionsneigung aufgrund von Gewinnrückgängen und der Verringerung des Kapitalangebotes, machten ... eine Reaktion im Sinne einer Produktivitätssteigerung zur Illusion.“

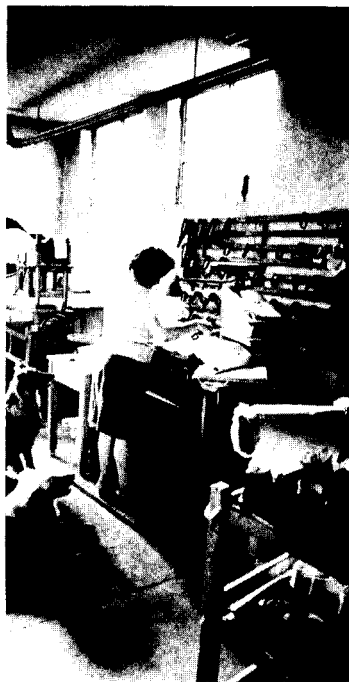
Die „demokratische Alternative“ der PCI ...

Was bleibt aber nun den Gewerkschaften und linken Organisationen in einer Lage, wo sie gezwungen sind, entweder weitere, radikalere, in die gesellschaftliche Substanz eingreifende Maßnahmen folgen zu lassen oder der sozialen Errungenschaften wieder verlustig zu gehen? Gescheitert ist die Austeritätspolitik, die Regierung des „nationalen Notstands“ genauso wie der „historische Kompromiß“, einmal am Widerstand der „Partner“ – die Gegenleistungen für jede Zurückhaltung blieben regelmäßig aus –, und außerdem mußten faktisch alle Organisationen mit einem Verlust an Mitgliedern und Aktivitäten der eigenen Reihen dafür bezahlen, während die an den Rand Gedrängten sich auf eigene spontane, auto-

nome Initiativen in voneinander isolierten Kleingruppen zurückzogen, Politik auf nationaler Ebene und Wahlen aber mehr und mehr ignorierten (Wahlboykott). Seit Mitte der 70er Jahre traten nicht nur die Frauenscharenweise aus den linken Organisationen aus.

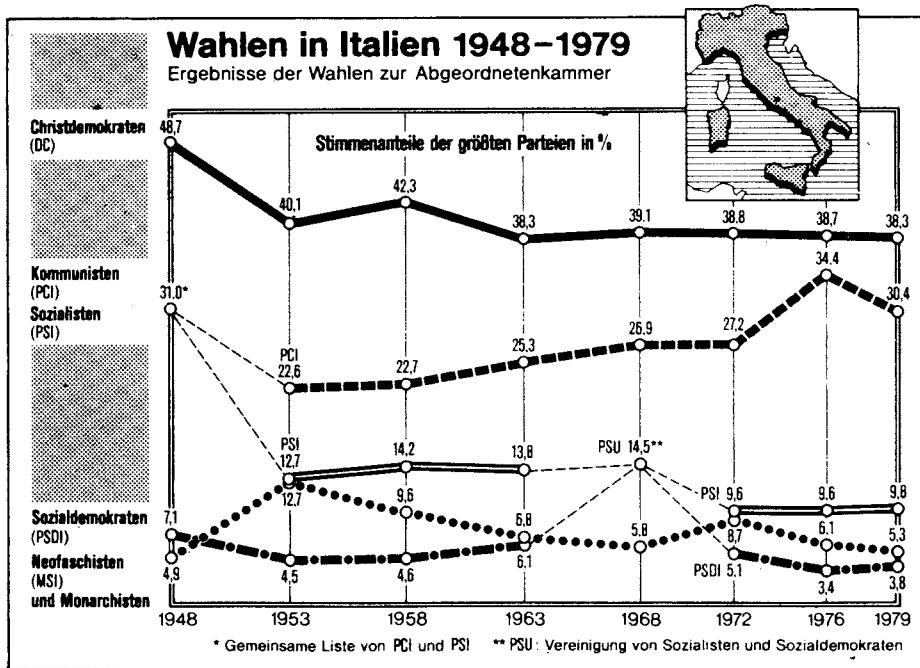
Seit dem Scheitern der Notstandskoalition vor vier Jahren und der erneut aufgebrochenen Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung wird in der PCI und der von ihr beherrschten CGIL die „Linie von Eur“, das im Februar 1978 in einem Vorwort von Rom von den drei Gewerkschaftsverbänden unterzeichnete gemeinsame Programm, allgemein der Kritik unterzogen. Nach dieser Linie wurde eine Umstrukturierung der italienischen Industrie in Richtung auf technologisch auf dem Weltmarkt führende, expansionsträchtige Produktionsbereiche mit dem Mittel einer gewerkschaftlichen Investitionskontrolle gefordert, d.h. kurz- und mittelfristige Unter-

Eine Schuhfabrik in Mailand. Was in den letzten Jahren erkämpft worden ist, gilt hier kaum etwas.



Wahlen in Italien 1948–1979

Ergebnisse der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung



nehmenspläne, eine staatliche Gesamtplanung und Subventionen abhängig von der Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Prioritäten.

Hieran wie auch an dem mit gewerkschaftlicher Zustimmung verabschiedeten Regierungsdekret zur Einrichtung eines Solidaritätsfonds zur Unterstützung gefährdeter Betriebe und Kooperativen wird kritisiert, daß tatsächliche gewerkschaftliche Kontrollrechte sich so nicht verwirklichen ließen, ja, daß auch die Zielsetzung: Akkumulation und Produktivität einer sich zum Staat machenden Gewerkschaft in Gegenüberstellung zu den konkreten Kämpfen um Lohnsicherung und Beschäftigung für die Entfremdung zwischen Gewerkschaftsführung und den Mitgliedern, der Klasse überhaupt geführt habe.

Pietro Ingrao faßte Erfahrungen und aktuelle Aufgaben auf einem Seminar des Gramsci-Instituts so zusammen: „Heute reicht die typische Kette Fabrik-Gewerkschaft-Partei, aus der wir einmal unsere Stärke schöpften, nicht mehr aus ... Ich gehöre zu denjenigen, die überzeugt sind, daß die sozialen, politischen und menschlichen Erfahrungen im Produktionsprozeß einen verbindenden Wert darstellen. In der heutigen Dimension des Produktionsprozesses zählt auch sicher die Fabrik; aber der Sinn dessen, was produziert wird, kann nicht mehr nur hinter den Fabriktofen ausgemacht werden ... Wenn wir also nur auf der traditionellen Kette (...) verharren, sie nicht erweitern, wird der Gegner unsere Front durchbrechen und in unsere Reihen eindringen. Deshalb ist das, was wir vor allem brauchen, eine Reform der Arbeiterbewegung, die in der Lage ist, die Forderungen nach Erneuerung und die neu auftretenden Subjekte der letzten Jahrzehnte voll einzubeziehen ... Was benötigt wird, sind neue Formen einer dauerhaften Verbin-

dung zu jenen Bereichen der marginalen, unsicheren, prekären oder auch nur potentiellen Arbeit, in denen die Arbeitslosen, Frauen, Jugend, Teilzeitbeschäftigte, Schwarzarbeiter vertreten sind. Deshalb ist heute von ‚Neugründung‘ der Gewerkschaft die Rede ...“ Eine neue Art des „Wirtschaftsverständnisses“ müsse sich durchsetzen, die Verbindung des sozialen Momentes mit einer effektiven Dezentralisierung, der Einsatz von Ressourcen, deren Lenkung nicht von Apparaten und Köpfen betrieben werden darf, die dem Süden fern sind oder sogar fremd gegenüberstehen, was die kritische Überprüfung des bisherigen Konzepts von Partizipation einschließt.

Inhalt und Formen dieser „Demokratischen Programmierung“ finden sich in der entsprechenden Resolution des 10. CGIL-Kongresses vom November 1981 und, daran angelehnt, in den „Materialien und Vorschlägen für ein Programm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur Wirtschaftssteuerung“, das die PCI im vergangenen Sommer vorgelegt hat. Neu sind weniger die Forderungen zur qualitativen Veränderung des Akkumulationsprozesses (darunter Förderung zukunftsorientierter Branchen, Landwirtschaft, Transport, Umwelt, Forschung und Technologie sowie der Infrastruktur und kleinerer und mittlerer Betriebe im Süden), als vielmehr die institutionellen Hebel, die zu ihrer Durchsetzung erkämpft werden sollen: Eine Staats- und Verwaltungsreform soll regionale und kommunale Entscheidungszentren entstehen lassen, wo die Gewerkschaften mit eigenen, branchenübergreifenden Konzepten und über demokratische Strukturen (Fabrikräte u.a.) mit anerkannten Verhandlungsrechten und allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes in die Programmierung eingreifen sollen. Sie sollen das Recht

haben, detaillierte Pläne, die vorzulegen die Unternehmen gesetzlich verpflichtet würden, zu genehmigen, zu verändern oder abzulehnen.

... und die Probleme ihrer Verwirklichung

Dabei kommt es vor allem darauf an, diese, wie gesagt nicht neue, Debatte herunterzuziehen von der Führungs- und Kongreßebene, damit die angestrebte „organische Verbindung“ zwischen dem betrieblichen Kampf gegen die Ausbeutung, um die Verteidigung der sozialen Reformen mit dem Kampf um eine andere Wirtschaftsentwicklung mit dem Ziel der Beschäftigungsausweitung herzustellen.

Auf der politischen Ebene stellt sich das Problem, das auch den Parteitag der PCI Anfang März beschäftigen wird, ob und inwieweit die entwickelten Vorschläge die Basis für ein gemeinsames Programm aller Kräfte, die an einer demokratischen Alternative interessiert sind, abgeben kann. Schwierig wird es hier allemal mit den Sozialisten von der PSI um die Craxi-Führung. Denn die streben an, eine dritte Kraft zwischen DC und KPI zu werden und – nach französischem Vorbild – allmählich eine führende Rolle einzunehmen und die Kommunisten zurückzudrängen. Die Ausgangslage ist hier zwar um einiges anders als in Frankreich, aber daß ein linkes Bündnis innerhalb der PSI eher weniger als ein taktisches Zusammengehen mit den Christdemokraten beliebt ist, zeigen jüngste Veränderungen auf kommunaler und regionaler Ebene: Hier ließen die Sozialisten einige gemeinsame linke Verwaltungen platzen.

Auf gewerkschaftlicher Ebene ist ein Streitpunkt neben anderen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die zumindest bislang von der CGIL mit erheblichen Vorbehalten im Hinblick auf die Erschwernis der Kapitalverwertung betrachtet wurde. Und was die „neuen sozialen Bewegungen“ betrifft, so scheint es im Rahmen der Friedensbewegung und auch der Frauenbewegung erst zarte neue Berührungspunkte zwischen den Traditionsparteien und Resten der Autonomen, die sich auf Parlamentsebene teilweise in der *Partito Radicale* (3,4% bei den Wahlen von 1979) repräsentiert sehen, zu geben.

Die Initiative für eine „direkte und organisierte und damit innerhalb der Gewerkschaft zu verwirklichende Beziehung zu den großen Massen der Arbeitslosen, der Unterbeschäftigten, der Gelegenheitsarbeiter, der Jugendlichen, damit diese in erster Person an der Festlegung der Linie, der Entscheidungen, der Ziele der Gewerkschaft teilnehmen“, wie eine der Thesen der CGIL die Aufgabe beschreibt, erfordert jedenfalls die Überwindung noch vieler Gräben.

Juden gegen israelische Politik

Juden, die sich weigern, sich zum verlängerten Arm der israelischen Politik machen zu lassen, veröffentlichten folgende Erklärung: „Am 28./29./30. Januar 1983 haben sich ... über 60 Juden aus der BRD getroffen. Anlaß der Zusammenkunft waren der Einmarsch in den Libanon und die fortwährende Okkupationspolitik Israels. Die Mehrzahl der Teilnehmer gehörte zu den Unterzeichnern von Protestresolutionen gegen den Einmarsch. Dies hatte zu heftigen Auseinandersetzungen in der jüdischen Gemeinschaft geführt, die bis hin zu diskriminierenden Reaktionen seitens der offiziellen jüdischen Körperschaften führte. (...)

Die Teilnehmer haben sich die Aufgabe gestellt:

1. die israelische Friedensbewegung in ihrer ganzen Breite zu unterstützen und deren Positionen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen;
2. innerhalb der jüdischen Gemeinden offene Diskussionen über alle Probleme und Aspekte des Nahostkonflikts zu ermöglichen;
3. mit in der BRD lebenden Palästinensern und deren Vertretern, insbesondere der PLO, in einen Dialog einzutreten. (...)

Zum Abschluß der Tagung sandten die Teilnehmer folgendes Telegramm an den „Rat für israelisch-palästinensischen Frieden“ und an die PLO:

„Die Teilnehmer der Tagung jüdischer Oppositioneller in der BRD begrüßen das Treffen zwischen den Vertretern des „Rates für israelisch-palästinensischen Frieden“, Uri Avneri, Mattityahu Peled und Yaakov Arnon, mit Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der PLO, in Tunis. In diesem Treffen sehen wir einen mutigen und konstruktiven Schritt in diesem lebenswichtigen Dialog zwischen beiden Völkern.“

Jüdische Gruppen in der BRD

Erfolge der Alternativen in Österreich

In Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, wurde am 23. Januar der Gemeinderat neu gewählt. Die erstmals kandidierende „Alternative Liste Graz“ erhielt 7% der Stimmen und zieht mit 4 Mandaten in den Gemeinderat ein. Die Wahlen brachten eine schwere Niederlage für die jahrelang regierende rechte ÖVP-FPÖ-Koalition, die SPÖ gewann ein Mandat dazu. Vor zwei Monaten hatte bereits in der Stadt Salzburg eine Bürgerliste 7 Mandate erhalten und stellt seither einen Stadtrat.

Die ALG hat mit ihrem Erfolg die Parteienlandschaft in Graz erstmals in der 2. Republik wesentlich verändert. Sie erhebt Forderungen vor allem in den Bereichen Energiepolitik und Umweltschutz (Demon-

stagen des AKW Zwentendorf, Baustopp für Fernheizkraftwerk Mellach ...), Verkehr (bundesweites LKW-Nachfahrverbot, Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene, Verbilligung der öffentlichen Verkehrsmittel), Abbau der Poli-

Wahlergebnisse

	1983		1978	
	Mandate	%	Mandate	%
ÖVP	18	32,4	18	31,3
SPÖ	24	42,0	23	41,3
FPÖ	9	15,5	14	24,9
KPÖ	1	1,8	1	2,0
ALG	4	7,0	-	-
GMÖ	0	1,3	-	-

kerprivilegien und Förderung der Basisdemokratie.

Für die etablierten Parteien ist dadurch in Graz eine komplizierte Situation entstanden. Die SPÖ will keine „Hamburger Verhältnisse“, aber eine große Koalition, die vielfach in der Presse gefordert wird, scheiterte bisher daran, daß sowohl SPÖ als auch ÖVP Anspruch auf den Bürgermeistersessel erheben. Die SPÖ bräuchte dazu zumindest die Stimmhaltung der ALG, die SPÖ ihre Unterstützung. Sie werden sich daher schwer tun, die ALG weiterhin links liegen zu lassen. Die ALG machte in Verhandlungen ihre Unterstützung für den Bürgermeisterkandidaten der SPÖ von einer weitgehenden Erfüllung ihres Forderungspaketes abhängig.

Christine Recht, Wien

Ausländerfeindlich und Juntafreundlich

In Abstimmung mit den Innenministern der Länder hat Zimmermann die türkischen Organisationen *Devrimci Sol* und *Halk Der* verboten. Als Begründung wurde unter anderem genannt die Beteiligung an der Besetzung des türkischen Generalkonsulats am 3. November 1982 im Köln. *Devrimci Sol* arbeite konspirativ. Hierfür weiß die FAZ ein besonderes Indiz zu vermelden: weil die Organisation keine Mitgliedsausweise ausgegeben hätte.

Der Wahrheit über die Motive dieses Verbotes nahe kommt dann eher die Erklärung des Innenministeriums, sicherheitsgefährdende Aktivitäten seien im wesentlichen von extremistischen Organisationen ausgegangen, deren Agitation sich zunehmend gegen die Bestandteile deutscher Politik richte: gegen die Bundesrepublik als Nato-Partner der Türkei, gegen die deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für Ankara sowie gegen die Ausländerpolitik.

Das Verbot ist nicht zufällig nach dem Besuch des türkischen Außenministers Türkmens Anfang Februar in Bonn erfolgt. Die Organisationen unterstützen von hier aus, wie auch andere Organisationen, den Kampf gegen die Militärregierung. Ein nur scheinbar zu reaktionären Ausländerpolitik im Widerspruch stehendes Liebeswerben um die türkische Militärregierung hat die Kohl-Regierung ergriffen. Um die Wiederausreise von

Türken voranzutreiben oder für ihre Pläne, die Zugzugsfreiheit für türkische Kinder auf eine Altersgrenze von sechs Jahren zu beschränken, braucht sie ein gutes Einvernehmen mit der türkischen Regierung. Vor allem aber liegt der Bundesregierung das von der EG mit der Türkei abgeschlossene Assoziationsabkommen im Magen, nach dem ab Dezember 1986 die Freizügigkeit der Lohnabhängigen zwischen der Türkei und der EG garantiert sein wird. Diesen EG-Vertrag kann die BRD nicht ohne weiteres kündigen, obwohl auch das kein entscheidendes Hindernis wäre. Aber bevor es dazu kommt will die Kohl-Regierung lieber auf bilateralem Wege ein Abkommen über Beschränkungen des Zuzugs von Türken auch nach 1986 schließen.

Im Türkei-Bericht Genschers vom vergangenen Jahr war dies eine der Hauptbegründungen für die Gewährung der Türkei-Hilfe, die 1981 noch wegen der Verletzungen demokratischer Rechte ausgesetzt worden war.

Für die türkische Regierung ist das Assoziationsabkommen ein willkommenes Mittel, um der Bundesregierung die größtmögliche Unterstützung abzuverlangen. Sie ist zum Schacher bereit, will aber für sich möglichst viel dabei herausholen. Das Verbot der beiden türkischen Organisationen paßt sicher ins Konzept der jetzigen Regierung Kohls, erst recht, wenn es der Verbesserung ihrer Beziehungen zur Türkei dient.

tm

10 Monate vor dem offiziellen Beginn der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. Die Nato zerfällt noch nicht, und schon gar nicht von allein. Aber Gräben gibt es zwischen den USA und der BRD auch auf militärpolitischem Gebiet. Andropow versuchte, sie zu vertiefen — und Bushs Mission war, sie zuzuschütten. Was ihm sicher nicht gelungen ist. Auch die Friedensbewegung hat ein Interesse, die Gräben zu vertiefen. Dazu muß aber ihr genauer Verlauf bekannt sein.

Von Günther Kruse



Fünfunddreißig Jahre nach Inkrafttreten des Marshall-Plans, dreiunddreißig Jahre nach Gründung der Nato und siebenundzwanzig Jahre nach Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das Atlantische Bündnis stellt sich die Nato dem Betrachter in der Tat in einem recht traurigen Zustand dar. Kommentatoren und amtliche Quellen beiderseits des Atlantik bestätigen privat und öffentlich, daß die bündnisinternen Beziehungen, insbesondere aber die deutsch-amerikanischen, den tiefsten Stand in der Nachkriegszeit erreicht haben.¹ Robin Beard, der dies im Sommer des vergangenen Jahres geschrieben hat, ist US-Kongreßabgeordneter.

Gegenwärtig ist kaum eine Handlung einer der beiden Supermächte auf militärpolitischem Gebiet denkbar, die nicht in der einen oder anderen Weise auf diesen „traurigen Zustand“ gemünzt wäre. Zuletzt die Vorschläge Andropows für die Abrüstungsverhandlungen und die „good-will“-Tour des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vor wenigen Tagen durch Europa. Und die Bewertung ist dementsprechend. Christoph Bertram, Leiter des International Institute for Strategic Studies (IISS) in London, leitartikelte in der *Zeit*: „Vieles, was sich in der Diskussion der letzten Jahre verrenkt hat, bog der Gast aus Washington in seiner Berliner Rede wieder zurecht. Er stellte klar, daß Atomwaffen nicht, wie manche frühere Äußerung der Reagan-Administration vermuten ließ, dazu bestimmt sind, einen Krieg zu führen, sondern ihn abzuschrecken. Er machte deutlich, daß Amerika eben nicht daran denke, einen Nuklearkrieg auf Europa zu beschränken; und er korrigierte den Eindruck, daß Washington von dem Nato-Doppelbeschuß

nur den einen Teil, die Rüstung, wirklich will, den anderen aber, die Rüstungskontrolle, in Wahrheit ablehne. Das sind wichtige, längst überfällige Klarstellungen.“²

Die offizielle Nato sieht die Probleme ähnlich auf psychologischer Ebene.³ Klargestellt, deutlich gemacht, korrigiert — sind damit die Widersprüche innerhalb des westlichen Bündnisses beseitigt? Eine genauere Analyse tut not vor der Beantwortung dieser Frage. Dabei will ich mich hier auf die militärische Seite der Entwicklung der Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa, vor allem der BRD, beschränken⁴, nachdem sich Theo Mehlen in der letzten Ausgabe der *Kommune* mit der ökonomischen Seite befaßt hat.

Ein Problem der Kernwaffen?

Bundy, Kennan, McNamara und Smith, alle während bestimmter Zeit in führenden Funktionen der US-Administration, hatten im April letzten Jahres einen wichtigen Beitrag zur Diskussion geleistet. Ihr Ergebnis:

„Ein wichtiges Element jeder dieser Doktrinen war, daß die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft erklärten, zur Abwehr einer Aggression in Europa als erste Kernwaffen einzusetzen — und auch wirklich Pläne ausarbeiteten, sie notfalls als erste einzusetzen. Dieses Element verlangt heute nach einer Revision. Sowohl seine Nachteile für den Zusammenhalt des Bündnisses als auch seine Bedrohlichkeit für die Sicherheit der Welt nehmen zu, während seine Glaubwürdigkeit als Abschreckung nachläßt.“⁵

Und sie liefern auch die Gründe dazu, weshalb in den vergangenen Jahren jegliche Diskussion um die Strategie der nuklearen Abschreckung, egal von wem und in welcher Absicht begonnen, zu immer größerer Angst und Ablehnung dieser Nuklearstrategie geführt hat: „Jede seriöse Analyse und jede militärische Übung im Laufe von mehr als 25 Jahren haben demonstriert, daß selbst der behutsamste Gefechtsfeldinsatz zu enormer Vernichtung von Leben und Eigentum von Zivilisten führen würde . . . Je-

Was dem einen Abschreckung, ist dem anderen Selbstabschreckung



Die Militärblöcke und ihr Kernwaffenpotential

Dritte Welt

Nukleare Trägersysteme (Raketen, Flugzeuge)

- ☐ = 1000 Stück
- a strategische Waffen
- b Mittelstreckenwaffen (Reichweite über 1000 km)
- c Kurzstreckenwaffen

Quelle: The Military Balance 1980/81, International Institute for Strategic Studies (IISS), London
Karte: Weißbuch 1979 der Bundesregierung

der Einsatz von Kernwaffen in Europa, sei es durch das Bündnis oder gegen es, schafft ein hohes und unentrinnbares Risiko der Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg, der allen den Ruin und keinem den Sieg bringen würde.“⁶

Was hat dies mit den Widersprüchen zwischen USA und BRD zu tun? Letztere wäre, wie McNamara und die anderen ausführen, das „erste Schlachtfeld“. Die BRD sei zusätzlich exponiert dadurch, daß sie keine Atomwaffen hat, auch nicht darüber verfügt und schließlich habe sie eine lange gemeinsame Grenze mit dem Machtbereich der Sowjetunion, sei mithin in dreifacher Weise exponiert.

So weit wäre den Autoren der Studie zuzustimmen, wenn sie nicht bei der Analyse der Atomwaffen und ihres Ersteinsatzes Halt gemacht hätten. Ihre Konsequenz ist: Die konventionelle Rüstung muß gestärkt werden. McNamara hat zusammen mit McGeorge Bundy diesen Gedankengang in einer weiteren Studie erhärtet. Vor allem geht es in dieser um die Widerlegung der These von der konventionellen Unterlegenheit der Nato.

Tatsächlich ist die Kritik halbherzig. Die Befürworter der Nato-Doktrin werfen den Autoren denn auch vor, damit sie das Kriegsrisiko für die Sowjetunion geringer geworden, denn größere Gefährdungen ihres eigenen Herrschaftsgebietes stünden bei einem Angriff nicht zu befürchten. Und der notwendig mit größerem Materialeinsatz geführte Krieg werden eben dennoch Mit-

teleuropa, die BRD, verwüsten. Ihre Konsequenz: die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen diene ja gerade der Abschreckung, und diese sei notwendig, denn der Krieg überhaupt müsse verhindert werden. Nun ist diese Kritik der Nato-Militärs nicht einfach von der Hand zu weisen. Ist das Problem nicht zu lösen?

Die Faktoren, die die Widersprüche bestimmen

1. Die Unterschiede in der politischen und ökonomischen Stellung. Die USA als Supermacht hat weltpolitische Interessen und kann sie, wenn auch durch die Völker vor allem der Dritten Welt und die andere Supermacht etwas eingeschränkt, im wesentlichen durchsetzen. Sie hat die Nato aus ihrem Interesse heraus aufgebaut und kann deren Politik und Strategie in weitem Rahmen bestimmen. Anders die BRD, weltpolitische Interessen kann sie zumindest nicht alleine durchsetzen und schon gar nicht militärisch.

2. Unterschiede, die aus geographischer Lage und Ausdehnung resultieren. Die USA relativ groß, auf beiden Seiten von Meer umgeben, praktisch nur durch strategische Waffen verwundbar. Die BRD dagegen: klein, im Herzen Europas, an der Grenze zum Machtbereich der anderen Supermacht, sie gäbe in erster Linie das Territorium für Kampfhandlungen ab. Unter diesen Punkt müßten die unterschiedlichen Ressourcen an Rohstoffen fallen.

Zu den beiden vorgenannten Punkten kommen zwei wichtige Entwicklungen auf militärischem Gebiet, die die auf Grund der ersten beiden Punkte bestehenden Unterschiede verstärkt und in Widersprüche verwandelt haben.

3. Rasche Entwicklung der Nuklearwaffen. Von einer zwar verfügbaren, aber relativ zielgenauen Waffe zu einer Waffe mit höchster Treffsicherheit und -genauigkeit, von verschiedensten Systemen abschießbar, miniaturisiert, Neutronenbombe, das Ziel selbst suchend etc.

4. Verfeinerung und Präzisierung der konventionellen Waffen, elektronisch gesteuert.

Noch zwei weitere Faktoren sind zu beachten:

5. Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten. Von einer deutlichen Überlegenheit der USA auf nuklearem wie technologischem Gebiet hin zu einem ungefähren Patt.

6. Eine enorm gesteigerte ökonomische Verflechtung, die sich besonders bei der BRD auswirkt.

Von „Massiver Vergeltung“ bis „flexible response“

Wie hängen nun diese verschiedenen Faktoren und die Verteidigungsdoktrinen der Nato zusammen?

Die Strategie der massiven Vergeltung, wie sie noch Anfang der 50er Jahre gegolten hat, berücksichtigte die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie genauso, wie sie

Andropodisiakum

für die Supermacht USA durchführbar war. Denn solange die SU nicht über einsatzbereite Atomwaffen verfügte, ging die USA mit der Androhung eines vernichtenden Nuklearschlags bei einem Angriff der SU auf Westeuropa kein Risiko ein (solange von den politischen Auswirkungen abstrahiert wird, die wohl in Wirklichkeit die USA von der Anwendung dieser Doktrin abgehalten haben). Da sie kein (militärisches) Risiko einging, wäre ihr Interesse an der Erhaltung der Vorherrschaft über Europa und die BRD auch ausreichend gewesen, um einen solchen Schlag auszulösen. Für die BRD ihrerseits hätte ein solcher Schlag keine negativen Folgen haben können. Aus den Punkten 1 und 2 ergab sich also nicht notwendigerweise eine Interessensdivergenz für eine Verteidigungsdoktrin.

Schon anders sah die Sache zu dem Zeitpunkt aus, als die Sowjetunion ebenfalls über einsetzbare Atomwaffen verfügte und damit ihrerseits die USA bedrohen konnte. Die „massive Abschreckung“ – jede Supermacht konnte die andere mit ihren Interkontinentalraketen bedrohen – mag vielleicht für Konflikte zwischen den beiden Supermächten „abschreckend“ gewirkt haben (obwohl, wie schon angedeutet, die „Abschreckung“ sicher nicht in erster Linie oder alleine eine Frage der Waffen ist), aber warum z.B. sollte die USA ihre strategischen Waffen einsetzen, solange es „nur“ um Europa ging, und damit ihre Existenz aufs Spiel setzen? Die Kritik an dieser Strategie wurde z.B. 1960 von Helmut Schmidt in seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ geführt.

Die Antwort der Nato war die „flexible response“, die als Verteidigungsdoktrin noch heute gültig ist. Wie würde unter den geänderten Bedingungen also heute ein „Szenario“ aussehen?

Ein konventioneller Krieg, soll er durchgefochten werden bis zum Sieg einer Seite, würde in Mitteleuropa und damit vor allem in der BRD weit größere Vernichtung anrichten als der II. Weltkrieg. Nimmt man die inzwischen noch weit gesteigerte ökonomische Verflechtung hinzu, so kann man wohl sagen, daß selbst unter der Annahme „kein Atomwaffeneinsatz“ das, was verteidigt werden sollte, vernichtet ist. Diese Art der Verteidigung wäre also „irrational“. Für die USA dagegen könnte sich das ganze dennoch lohnen, denn ihr eigenes Land bliebe verschont. Sie (wie auch die Sowjetunion) entwickelt also ein Interesse, einen solchen Konflikt zu begrenzen.

Nun geht die Nato davon aus, daß sie einem konventionellen Angriff des Warschauer Paktes nicht standhalten könnte ohne den Einsatz von Nuklearwaffen. Die Nato-Doktrin „flexible response“ lebt da-

Manchmal nimmt die Argumentation von Teilen der Friedensbewegung doch irrationale Züge an. Da kommt Reagan von Kohl flankiert und sagt, wenn die Sowjetunion ihre SS 20 verschrottet, dann stationieren wir keine Mittelstreckenwaffen. Eigentlich müßte jetzt der Ruf kommen, prima, sind wir sofort dafür, daß sowieso weder in Ost noch in West diese Dinger stationiert sind. Aber weit gefehlt. Heftig kritisiert wird es. Die Argumentation läuft in verschiedenen Schattierungen darauf hinaus, daß damit der SU eine Unterlegenheit im atomaren Bereich in Europa zugemutet wird. Daraus folge, daß der Null-Vorschlag vollständig unrealistisch sei und somit nur die Heuchelei der USA enthülle. Um gleich keine Mißverständnisse hervorzurufen, ich halte diese Kritik für richtig. Die Friedensbewegung darf die Verhinderung der Nachrüstung auf keinen Fall an Zugeständnisse der SU koppeln. Doch nun kommt der Gegenpart.

Die Sowjetunion weist diesen Vorschlag zurück und macht das Gegenangebot, ihre SS 20 auf die Zahl der französischen und britischen Trägersysteme herunterzusetzen. Es soll sogar ein Teil verschrottet werden. Ein anderer Teil soll über den Ural. Von da aus wären die Raketen im Konfliktfall aber schnell, weil mobil, wieder zurückzuschaffen. Sodann haben die SS 20 mehr Sprengköpfe als die europäischen. Sodann sind die SS 20-Abschußrampen nachladbar im Gegensatz zu den französischen und britischen. Vor allem aber sind die französischen und britischen Raketen aus politischen Gründen für die Nato nicht in demselben Maße einsetzbar wie die sowjetischen Raketen für die SU. Die Briten und Franzosen werden es sich dreimal überlegen, ob sie gegebenenfalls ihre Raketen einsetzen, wenn die SS 20 zunächst „nur“ auf die BRD fallen.

Wer nun aber argumentiert, daß der sowjetische Vorschlag ähnlich wie der amerikanische nur auf die verhandlungsmäßige Absicherung einer Überlegenheit abzielt, daß es ja auch zu verstehen ist, wenn die SU etwas gegen die Aufrüstung ihres imperialistischen Rivalen hat, der Vorschlag also sowieso nur „propagandistischer oder marginaler Art“ (Mechtersheimer) ist, darf sich auf einige wütende Reaktionen von Teilen der Friedensbewegung gefaßt machen.

Wo liegen die Grundlagen für die Wirkung des der Friedensbewegung von Andropow eingeträufelten Aphrodisiakums?

Die Nato und die USA haben sich in Europa auf die Herstellung einer atomaren Macht konzentriert. Dies folgte aus

der sowjetischen konventionellen Überlegenheit, die von einem schwachen Europa und einem weit entfernten Amerika bis heute nicht konventionell ausgeglichen werden konnte. Die SU ihrerseits gründet ihre europäische Macht vor allem auf die konventionelle Bewaffnung, und die atomare war immer darauf ausgerichtet, ihre Panzer- und Truppenmacht ausspielen zu können. So erscheint die Nato viel mehr als der Warschauer Pakt als atomare Macht und somit Hauptübeltäter, obwohl die Gesamtlage in Europa aus der Rivalität der beiden Supermächte entspringt. Da sowieso die Friedensbewegung, auch schon in den fünfziger Jahren, auf die atomare Abrüstung beschränkt ist, haben sich Teile von ihr sofort einseitig auf die USA gestürzt. Da die SU aufgrund ihrer strategischen Lage viel eher Zugeständnisse bei atomaren Waffen machen kann, erscheint sie der Friedensbewegung leicht als potentieller Freund.

Außerdem erscheint der sowjetische Vorschlag realistischer als der amerikanische, weil die Friedensbewegung hier durch Kämpfe Einfluß nehmen kann auf eine Nichtstationierung, auch wenn eine SS 20 Überlegenheit bleibt. Umgekehrt hat sie von hier aus weder Einfluß darauf, daß die SU gegebenenfalls auf ihre SS 20 verzichtet, noch gibt es in der SU eine entsprechende Friedensbewegung wie hier.

Damit zusammenhängend kommt hinzu, daß sich ja Ansatzpunkte ergeben, um aufgrund der offensichtlichen Wirkung des sowjetischen Vorschlags vor allem in der SPD, in den Debatten in der Bevölkerung und in den Parteien ein Stück weiterzukommen. Von solchen Auswirkungen wird dann umstandslos auf angebliche positive Absichten des Verursachers kurzgeschlossen.

Beklemmend ist dabei vor allem, wie bei positiven Ansätzen einer blockfreien Friedensbewegung eine Borniertheit gegenüber den Aufgaben in Osteuropa gefördert wird. Was soll die dortige Friedens- und oppositionelle Bewegung davon halten und wie unterstützt muß sie sich vorkommen, wenn hier ein Taschenspielertrick der russischen Großmachtdiplomatie hochgejubelt wird. Kaum ein Gedanke wird darauf verschwendet, wie die östliche Friedensbewegung auch auf dem Gebiet der Abrüstung unterstützt werden kann, vor allem in Zeiten, wo USA und SU sich gegenseitig in Propagandamanövern überbieten. Für die östliche Friedensbewegung dürfte weniger die SS 20 als die konventionelle Übermacht der SU in Osteuropa das Hauptproblem darstellen. tm

von, daß dem Gegner bei einem Angriff angedroht wird, auf gleicher oder auf eskalierter Stufenleiter zu antworten. Die Eskalation soll für ihn nicht kalkulierbar sein. Will der Gegner sein Ziel erreichen, würde und müßte er auf eine solche Eskalation antworten, evtl. mit einer neuen Eskalation. Die Strategie beruht also auf einem Mechanismus, der, wenn er einmal ausge-

ausschließen. Für die USA rationale Optionen begrenzter konventioneller oder begrenzter atomarer Kriege andererseits führe aber in Europa zu der Befürchtung, Schlachtfeld und Opfer kommender Kriege zu werden. So erfüllte gerade die Unentschiedenheit der zwischen Kriegführungsoption (Verteidigung) und Abschreckung hin und her interpretierten flexible response jahrelang die *politische Funktion*, den geographisch bedingten Interessengegensatz in der Nato zu verhüllen.⁷

Seitdem dies geschrieben wurde, haben die USA verstärkt versucht, die Rüstung auf eine Begrenzung eines Krieges auf Europa auszurichten. Die Mittelstreckenraketen sind das jüngste Beispiel. Dies müßte die vorhandenen Widersprüche verschärfen.

Nur kurz soll noch auf einen weiteren wichtigen Punkt hingewiesen werden: Raketen oder Konzentrationen von konventionellen

Waffen ziehen Atomraketen an, sie sind bevorzugte Ziele. Die USA ist in ungleich geringerem Maße davon betroffen als die BRD. Ihre strategische Streitmacht ist großenteils auf U-Booten stationiert und ansonsten hat sie immer noch die Weite des Landes auf ihrer Seite.

Die Positionen von SPD und CDU

Es ist die letztere Erkenntnis, weit verbreitet und seitens der SU unverhohlen zur Drohung benutzt, die die SPD vor allem davon reden läßt, die Mittelstreckenwaffen dürfen nicht alleine in der BRD stationiert werden, es dürfe keine „Singularität“ geben (wobei die Pershing II auf jeden Fall ausschließlich in der BRD stationiert werden sollen). Sie greift aber auch weitere Widersprüche im Hinblick auf die Nato-Doktrin auf. Anzeichen hierfür sind die Forderungen nach Atomwaffenfreier Zone oder der Ausspruch Bahrs in einer Fernsehdiskussion, das Wichtigste sei, die Nachrüstung *unnötig* zu machen. Entspannungspolitik, Vertrauensbildende Maßnahmen etc. sind ihre Antwort auf die Widersprüche. Eine Kritik dieser Konsequenzen ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich.

Die CDU ihrerseits betont den Gedanken der Abschreckung und applaudiert jedem Vorschlag der USA, sollte er auch morgen von dort schon widerrufen werden. Dregers Stellungnahme, der den von Bush in Westberlin vorgetragenen „offenen Brief“ an die Europäer als „klare und umfassende Abrüstungsinitiative“ Reagans begrüßte

und gleichzeitig die Vorschläge Andropows als „bewußt unscharf“ geißelte, entbehrt schon nicht mehr gewisser Peinlichkeiten. Gegen Bahr vertrat Barzel in der erwähnten Fernsehdiskussion, das Wichtigste sei die Beseitigung der sowjetischen Mittelstreckenraketen. Und da das irrational ist, wie Franz Joseph Strauß schon feststellte, wird auf jeden Fall nachgerüstet.

Was für Konsequenzen kann die Friedensbewegung daraus ziehen?

Zuerst, so meine ich, daß sie sich Kenntnisse über die Widersprüche aneignet. Denn es sollte nicht unterschätzt werden, daß einige höherrangige Bundeswehroffiziere über diese Kritik schließlich zur Friedensbewegung gestoßen sind. Sollte es nicht auch möglich sein, innerhalb der SPD die Kritik an der Nato-Doktrin zu stärken und so vielleicht einen Beitrag zur Verhinderung des Nato-Doppelbeschlusses zu leisten?

Kenntnis und Darlegung dieser Widersprüche könnte zum zweiten all den Menschen, die vielleicht moralischen Zweifel an der Atomwaffe haben, deutlich machen, daß das Problem tiefer liegt, radikaler die Frage nach der Nato überhaupt gestellt werden muß. Die Forderung nach Austritt aus der Nato erhält so Nahrung.

Und drittens, und dies scheint mir das Wichtigste, obwohl hier noch am wenigsten entwickelt: Aus dieser Kritik lassen sich bestimmte, wenn auch noch nicht ausreichende Bestimmungsmomente für eine *andere* Verteidigungspolitik ziehen. Zum Beispiel eine Verteidigungspolitik, die nicht darauf ausgerichtet ist, eine Schlacht zu schlagen, die daher auch ganz andere Waffen benötigt, die sich nicht auf ein Bündnis mit der einen Supermacht verläßt. All das, wie gesagt, nur einige Stichpunkte, über die es sich lohnt, weiter zu arbeiten, und deren Beantwortung schließlich auch erst die Chance gibt, Mehrheiten in der Bevölkerung zu gewinnen. □

1 Beard, Robin: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in einem uneinigen Bündnis, in: Europäische Wehrkunde 6/1982, S. 241
 2 Betram, Christoph: Werbetrommler oder Pfadfinder, in: Die Zeit, 4. Februar 1983
 3 Rogers, Bernard W.: Das Atlantische Bündnis: Rezept für ein schwieriges Jahrzehnt, in: Europa Archiv 12/1982, S. 369
 4 Wenn ich mich im folgenden meistens auf die Annahme beschränke, es handle sich bei der Nato um ein Verteidigungsbündnis, der mögliche Angreifer sei die Sowjetunion, so sollen andere Absichten der USA damit nicht besprochen werden. Allerdings würden hierdurch die dargestellten Widersprüche nur noch weiter verschärfen.
 5 McGeorge Bundy, Georg F. Kennan, Robert McNamara, Gerald Smith: Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: Europa Archiv 7/1982, S. 184
 6 ebenda, S. 187
 7 Aheldt, Horst: Verteidigung und Frieden, Politik mit militärischen Mitteln, München 1976. Das Buch ist nicht nur eine sehr gute Kritik der Nato-Doktrin, sondern enthält auch diskussionwürdige Vorschläge für Alternativen.



löst ist, von keiner Seite beherrscht werden kann. Nach Ansicht der Nato ist das die Strategie innewohnende Abschreckung. Aber wer wird abgeschreckt? Horst Afheldt schreibt dazu: „Das Dilemma ist unauflöslich, denn es beruht darauf, daß die Zerstörungsmittel auf beiden Seiten unbegrenzt sind, das Toleranzniveau der BRD aber *sehr* viel niedriger ist als das der USA oder der Sowjetunion. Wird diese Struktur aber transparent, schreckt die Strategie daher die Europäer mehr ab als die Sowjetunion. Will man diese Konsequenz vermeiden, muß man Eskalationsschritt für Eskalationsschritt die *Hoffnung* (Hervorhebung d. Verf.) einbauen, der Gegner werde die Niederlage im begrenzten Krieg (Rückzug) weiterer Eskalation vorziehen ... Rationale, steuerbare Kriegführungsoptionen, if deterrence fails, oder Doomsday-Maschine (die automatische vollständige Vernichtung, d. Verf.), unsteuerbare Katastrophe zur Abschreckung – zwischen diesen beiden Interpretationen der flexible response mußte man sich schließlich doch einmal entscheiden. Trifft man aber diese Entscheidung, fallen die Interessen der USA und der europäischen Partner auseinander. Denn die Doomsday-Maschine wirklich für einen Konflikt in Europa auszulösen, wäre vom amerikanischen Standpunkt aus keine rationale Option. Die neue amerikanische Sicherheitspolitik will deshalb diesen Weg

Dritte Welt in der Enge Bloße Eingriffe in die Weltmarkt- beziehungen reichen nicht

Die Lage der Dritten Welt hat sich relativ eher verschlechtert. Und doch sind auch tiefgreifende Änderungen festzustellen. Lebenserwartung und Durchschnittsbildung steigen, und die Kindersterblichkeit sinkt. Bei diesen zentralen Daten über die Lebensverhältnisse der Dritten Welt findet eine Annäherung an die entwickelten Länder statt. So verschärfen sich nicht nur die Widersprüche der Entwicklung der Dritten Welt, sondern es verbessern sich auch elementare Bedingungen der Emanzipation. In einem Abschnitt ihres Programms gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau schreiben die Grünen, sie seien der Auffassung, „daß Reformen der Weltmarkt-

beziehungen nicht in der Lage sind, die Probleme der Dritte-Welt-Länder langfristig zu lösen, sondern nur kurzfristige Verbesserungen bedeuten“. Aber über Eingriffe in den Weltmarkt geht die Perspektive doch nicht hinaus: „Daher unterstützen wir alle Bestrebungen, die zur Verminderung der Abhängigkeit vom Weltmarkt oder – im weitestgehenden Fall – zur Abkoppelung führen.“ In unserer Kritik vertreten wir die These, daß Umwälzungen in den entwickelten Ländern wie in den Ländern der Dritten Welt entscheidend sind, um die Lage der Dritten Welt und ihre Stellung in den internationalen Beziehungen zu ändern.

Theo Mehlen

Die Entwicklungsstrategien der Dritten Welt, der kapitalistischen Industrieländer und ihre Krise

Mit der Dekolonisierungsbewegung Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren schien das entscheidende Hindernis für eine aufholende Entwicklung der ehemaligen Kolonien zu fallen: das Fehlen einer staatlichen Souveränität. Hoffnungsfroh ließ auch stimmen, daß die lateinamerikanischen Länder, die im großen und ganzen ja schon seit dem 19. Jahrhundert souveräne Staaten waren, sich anläßlich zweier Weltkriege und der großen Weltwirtschaftskrise mit der Strategie einer Ersetzung bisher importierter Güter durch eine eigene Industrieproduktion auf dem Wege der Industrialisierung zu befinden schienen. Das Credo der kapitalistischen Industrieländer unter Führung der USA war der Freihandel, der durch die GATT-Konferenz 1944 eingeleitet und durch weitere Konferenzen, vor allem der Kennedy-Runde Anfang der sechziger Jahre vorangetrieben wurde. Gegenüber den Entwicklungsproblemen der Dritten Welt argumentierten die Industrieländer, daß unter den Bedingungen des Freihandels und wenn jedes Land sich auf die Produktion seines jeweils produktivsten Bereiches konzentriert, im Falle der Entwicklungsländer also zunächst einmal die Rohstoffproduktion, alle Nationen sich zu ihrem Vorteil entwickeln würden. Die bürgerlichen Theorien hatten und haben dabei ihre Grundlagen in dem von Ricardo entwickelten Theorem des komparativen Kostenvorteils.

Ricardo stellte dabei zwei Länder gegenüber, wobei das eine Land in allen Bereichen produktiver produziert.¹

Produktionsdauer in Arbeitstagen

Land	Wein	Tuch	Summe
Portugal	80	90	170
England	120	100	220
Summe	200	190	390

Jedes der beiden Länder solle sich nun auf die Produktion der Ware konzentrieren, die es am produktivsten herstellen kann. Portugal also auf Wein, England auf Tuch. Beide tauschen dann auf dem Weltmarkt aus.

Produktionsdauer in Arbeitstagen nach der Spezialisierung

Land	Wein	Tuch	Summe	Arbeitszeit- ersparnis für das Land
Portugal	160	—	160	10
England	—	200	200	20
Summe	160	200	360	30
Ersparnis pro Produkt	40	—10	30	

Die Weltbank und der Hunger

Zwischen 1970 und 1980 fiel in 37 Ländern der untersten Einkommenskategorie die Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion. Von 84 Entwicklungsländern mit über einer Million Einwohnern waren 44 im Jahre 1980 nicht in der Lage, ihren Nahrungsmittelbedarf zu decken. Grund genug für die Weltbank, sich um diese Entwicklung zu sorgen. Denn wenn auch für die Industrieländer durchaus ein Interesse am Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte in der Dritten Welt besteht, so kann ihnen am Zusammenbruch der dortigen eigenständigen Nahrungsmittelversorgung nicht gelegen sein. Gerade die vor allem von ausländischen Konzernen getragene Industrialisierung in städtischen Ballungsgebieten erfordert sowohl höherwertige Nahrung für die Industriearbeiter wie auch eine höhere Produktivität der Landwirtschaft aufgrund der bestehenden Landflucht und Überfüllung der Städte. Teurere importierte Nahrungsmittel sind zudem ungünstig für das Halten niedriger Löhne. Doch wie sieht die Agrarpolitik der Weltbank aus?

Während anfangs die Weltbankdarlehen nur für „Hardware“-Projekte (umfangreiche öffentliche Bauten, Ausrüstungsgegenstände) mit hohem technologischen Aufwand vergeben wurden, wendete sich Anfang der siebziger Jahre das Blatt: Ein Drittel der gesamten Kreditsumme wird heute für den Landwirtschaftssektor ausgegeben.

Gemäß ihrer Satzung ist die Weltbank verpflichtet, nur „produktive“ Projekte zu unterstützen. Nicht vom objektiven Bedarf der Armutsbevölkerung wird ausgegangen, sondern die betriebswirtschaftliche Rentabilität des privaten Bauernhaushaltes muß gewährleistet sein. Für die Landlosen, die Kleinbauern, deren Äcker kein hinreichendes Wachstumspotential ausweisen, und für die landlosen Erwerbspersonen, wie Saison- und Wanderarbeiter, ist daher keine Lösung vorgesehen; d.h. nur ca. 30 bis 40% der ländlichen Armutsgruppen sind kreditwürdige Gruppen. Die Kreditpolitik bewirkte im Gegenteil eine stärkere Diversifizierung der Landbevölkerung: „Bei der Verteilung von Krediten haben die größeren Farmen das meiste erhalten. Außerdem haben einige Kreditprogramme die Stellung kleinerer Bauern unterminiert. Zum Beispiel in Kolumbien, Äthiopien und Pakistan hat die neue, über Kredite finanzierte Technologie zur Vertreibung kleinerer Bauern geführt.“ (Weltbank, Washington 1975)

Die Kreditvergabe der Weltbank ist an einen hohen *Eigenbeitrag* der lokalen ländlichen Kreditinstitute und der Endverbraucher in den Empfängerstaaten gebunden. Damit sind in den meisten Fällen die Projektnutznießer die größeren Farmer, die eh schon Zugang zu anderen Finanzierungsquellen hatten.

Die von der Weltbank angebotene Saatgut-Dünger-Technologie entspricht oft nicht den lokalen Produktionsbedingungen und den ökologischen und klimatischen Besonderheiten einer Anbauregion: Die ländlichen Entwicklungsprogramme bedeuten für die Kleinbauern durch (nicht seltene) schlechte Vorbereitung und Durchführung ein hohes *Existenzrisiko*. Das finanzielle Risiko seitens der Weltbank wird auf die Regierungen der Empfängerländer, die die Kredite zurückzahlen müssen, und auf die unmittelbaren Produzenten abgewälzt.

Gegenüber der Frage von Landreformen nehmen die Weltbankstrategen eine flexible Haltung ein: Als notwendige Voraussetzung für die Rentabilität der Programme und Präventivmaßnahmen zur Vermeidung sozialer Konflikte mit eventuellen revolutionären Auswirkungen sind sie willkommen. Im Konflikt zwischen einer Reformpolitik, die die Besitzverhältnisse antastet, und den Verwertungsbedürfnissen des Gläubigerkapitals scheidet in der Regel der politische Pragmatismus.

Ohne die direkte Partizipation der betroffenen Masse der Bauern kann langfristig keine erfolgreiche ländliche Entwicklung in der Dritten Welt eingeleitet werden. Gerade diesen entscheidenden Punkt spart die Weltbank bei der Konzeption ihrer Landwirtschaftsprojekte aus.

D.S.
Name

Die Kritik der „Gruppe der 77“

Es dauerte nicht lange, bis die Entwicklungsländer sich zusammenschlossen, weil sie offensichtlich mit ihrer Entwicklung in Probleme kamen und die heile Welt des Freihandels durchaus nicht zu

der schnellen aufholenden Industrialisierung führte. 1964 wurde die 1. Welthandelskonferenz (UNCTAD) einberufen. Die Dritte Welt nutzt seitdem diese Konferenzen, um ihre Forderungen gegenüber den Industrieländern zu formulieren. Auf dieser 1. UNCTAD-Konferenz schlossen sich 77 Entwicklungsländer zur „Gruppe der 77“ zusammen, die innerhalb dieser Konferenzen seitdem diese Forderungen erhebt. Zum Generalsekretär der 1. UNCTAD-Konferenz und später auch der zweiten wurde Raul Prebisch gewählt, theoretischer Kopf der „Gruppe der 77“. Prebisch kritisiert die klassischen Außenhandels-theorien folgendermaßen: „Es trifft zu, daß das Argument der ökonomischen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung theoretisch richtig ist, aber gewöhnlich wird dabei vergessen, daß es auf einer Annahme beruht, die sich durch die Tatsachen als falsch erwiesen hat. Nach dieser Annahme werden die Vorteile des technischen Fortschritts gleichmäßig über die ganze Gemeinschaft verteilt, sei es durch niedrigere Preise oder durch steigende Einkommen. (entsprechend der obigen

Darstellung bei Ricardo, d. Verf.) ... Der Fehler in dieser Annahme besteht in der Verallgemeinerung einer Besonderheit. Wenn mit der ‚Gemeinschaft‘ nur die großen Industriestaaten gemeint sind, trifft es tatsächlich zu, daß die Vorteile des technischen Fortschritts allmählich unter alle sozialen Gruppen und Klassen verteilt werden. Wenn jedoch der Begriff der Gemeinschaft auf die Peripherie der Weltwirtschaft ausgedehnt wird, stellt die Verallgemeinerung einen ersten Irrtum dar. Die enormen Profite aus der gesteigerten Produktivität haben die Peripherie nicht in einem Ausmaß erreicht, das mit demjenigen verglichen werden kann, welches die Völker der großen Industriestaaten erhalten haben. Das ist die Ursache des gewaltigen Unterschieds zwischen dem Lebensstandard der erstgenannten und der letztgenannten sowie der ausgesprochenen Diskrepanz zwischen ihren jeweiligen Fähigkeiten zur Kapitalakkumulation, da die Sparrate in erster Linie von der höheren Produktivität abhängt.“² Damit die Entwicklungsländer ebenfalls in den Genuß der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung kommen können, müßten sie sich industrialisieren und dazu die Produktivität heben, die vor allem durch Beschäftigung von Arbeitslosen und unzuweckmäßig Beschäftigten zu erzielen sei.

Das Hauptproblem hierbei ist für Prebisch aber die Kapitalbildung. „All dies setzt jedoch, insbesondere soweit dadurch der Be-

darf an ausländischen Investitionen reduziert werden soll, eine wesentlich größere anfängliche Kapitalbildung voraus . . .³ Diese sei aber wiederum durch die Ordnung der Weltwirtschaft behindert. Für Prebisch folgt also die Notwendigkeit einer Reform der Weltwirtschaftsordnung, um die Kapitalbildung für die Entwicklungsländer zu ermöglichen, um hierdurch eine Industrialisierung zu erreichen, die erst die Erringung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung entsprechend der klassischen Handelstheorie für die Peripherie-Länder ermögliche.

Im konkreten kritisierte Prebisch und die „Gruppe der 77“ zur Zeit der 1. UNCTAD-Konferenz folgende Umstände, aus der sich ihre Forderungen ergaben, die direkt in den 70er Jahren zu den Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung führten.

1. Es war eine Handelslücke entstanden („trade gap“). „Die Entwicklungsländer müssen, wollen sie ihr langsames Aufbautempo beschleunigen, ihre Einfuhren an Investitionsgütern, Zwischenprodukten und Konsumgütern schnell steigern. Die Einfuhren können sie aber nur mit Hilfe ihrer Ausfuhren bezahlen. Sie können unmöglich ständig von Unterstützung oder Finanzhilfe leben, sondern müssen ihren Lebensunterhalt mit dem Handel verdienen.“⁴ Die Entwicklungsländer führten aber im wesentlichen Rohstoffe aus. Deren Export stagnierte oder wuchs nur langsam. Ursachen sind für Prebisch zum einen der wachsende Ersatz von Rohstoffen durch Kunststoffe usw., auf der anderen Seite Protektionismus, unter anderem der EG bei landwirtschaftlichen Rohstoffen. „Somit ergibt sich in zunehmendem Maße eine internationale Disparität zwischen dem sehr langsamen Wachstum der Rohstoffausfuhren und dem starken Emporschnellen des Einfuhrbedarfs der Entwicklungsländer.“⁵

Hieraus entwickelte sich eine erste Kategorie von Forderungen der Entwicklungsländer; zum einen Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Rohstoffausfuhren der Dritten Welt. Prebisch ging aber davon aus, daß selbst eine Steigerung der Rohstoffausfuhren nichts am „trade gap“ ändern würde. Daher die zweite Forderung: Entwicklung einer Fertigwarenproduktion der Entwicklungsländer für den Export und Öffnung der Märkte der Industrieländer für diese Produkte. Da die Entwicklungsländer aber nicht einfach auf eine Ebene mit den Industrieländern gestellt werden könnten, müßten die Industrieländer ihnen erst einmal Zollpräferenzen einräumen, während die Entwicklungsländer ihrerseits eine Zeitlang gewisse Schutzzölle aufrechterhalten.

2. Terms of Trade. „Es geht in wenigen Worten um folgendes: Während einerseits die Preise für die von den Entwicklungsländern ausgeführten Rohstoffe nach unten tendierten, haben sich andererseits die Preise für die von ihnen eingeführten Fertigwaren im allgemeinen nach oben bewegt.“⁶ Prebisch gibt als Begründung für diese tatsächliche Entwicklung an, daß erstens die Einkommen der Unternehmer der Industrieländer sich erhöhten, was im Grunde auf eine Monopolpreistheorie hinausläuft; zweitens der Umfang der Produktionsfaktoren gestiegen sei; drittens die Löhne in den Industrieländern stärker gestiegen seien als die Produktivität, während viertens umgekehrt die Löhne in den Entwicklungsländern langsamer gestiegen seien als die Produktivität in diesen Ländern.

Ohne hier selber eine Kritik dieser Theorie der Terms of Trade bzw. eine andere Erklärung vorlegen zu können, bleibt die Tatsache, daß es diese Verschlechterung gibt. Hieraus entstand eine zweite Kategorie von Forderungen nach Stabilisierung und Erhöhung der Rohstoffpreise sowie nach Koppelung der Rohstoffpreisentwicklung an die der Investitionsgüter.

3. Für Prebisch spielt die Kapitalbeschaffung über Kredit oder ausländische Direktinvestitionen eine große Rolle. In bezug auf die wachsende Kreditverschuldung der Entwicklungsländer plädiert er für bessere Kreditbedingungen, geringere Zinslasten usw. Was die privaten Direktinvestitionen betrifft, spricht er sich für joint ventures aus, also für gleichberechtigte Gemeinschaftsunternehmen von ausländischen Kapitalen und heimischem Staat. Hieraus entstand die ganze Palette von Forderungen gegenüber dem Kreditssystem bis hin zu Verhaltensmaßregeln für multinationale Konzerne.

Schließlich kommt Prebisch aber auch darauf zu sprechen, daß die Umwälzung in den Entwicklungsländern selber von entscheidender Bedeutung ist. Doch der Charakter dieser notwendigen Umwälzungen bleibt bei ihm verschwommen und hat auch in den ganzen Debatten unter den Regierungen der Dritten Welt immer nur eine verbale Rolle gespielt. Das Entwicklungsproblem der Dritten Welt ist von den herrschenden Klassen der meisten Entwicklungsländer im wesentlichen als Problem der Umwälzung der Weltwirtschaftsordnung auf die Tagesordnung gebracht worden, und als Subjekt dieser Umwälzung wurde die internationale Bürokratie der UNO und anderer Weltorganisationen vorgeschlagen.

Kampf um die Durchsetzung des Entwicklungskonzeptes der „Gruppe der 77“

Die folgenden UNCTAD-Konferenzen II und III blieben ohne große Fortschritte. Bis 1972 kam es lediglich zu einer weiteren Ausformulierung der Forderungen der Dritten Welt, aber zu keinen substanziellen Zugeständnissen der Industrieländer. Lediglich wurde sich auf die Grundlagen für die Vorbereitung eines allgemeinen Rohstoffabkommens geeinigt sowie auf die Schaffung eines allgemeinen Zollpräferenzsystems. Schließlich schritt eine Gruppe der Entwicklungsländer zur Tat. Nach dem Nahostkrieg verhängten mehrere der in der OPEC zusammengeschlossenen Erdölförderländer Lieferboykotte und nahmen im Kartell gewaltige Preiserhöhungen vor. Als Reaktion hierauf und von seiten der Dritten Welt im wesentlichen, um eine Spaltung zwischen Erdölförderländern und nichtölfördernden Entwicklungsländern zu vermeiden, fand im Frühjahr 1974 eine Sondertagung der Vereinten Nationen über Rohstoff- und Entwicklungsprobleme statt.

In der Folge der OPEC-Aktion kam es zur weitgehenden Ausformulierung der Forderungen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung, dargelegt in einer „Erklärung über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ auf der oben erwähnten 6. Sondergeneralversammlung, in einer „Entschließung über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ auf der 7. Sondergeneralversammlung 1975, in der von der 29. Generalversammlung angenommenen „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten.“

Zwei wesentliche Erweiterungen der Forderungen gegenüber UNCTAD I bis III seien erwähnt. Vor allem ein Paragraph schmerzte die kapitalistischen Industrieländer besonders, nämlich die Betonung der uneingeschränkten Souveränität jedes Staates über seine natürlichen Hilfsquellen und der gesamten Wirtschaftstätigkeit einschließlich, und das bedeutete eine Radikalisierung, des Rechtes auf Nationalisierung ausländischer Unternehmen. In bezug auf die Stabilisierung und Erhöhung der Rohstoffpreise wurde nun die Verwirklichung eines integrierten Rohstoffprogramms gefordert, das durch einen gemeinsamen Fonds Ausgleichlager einer ganzen Reihe von Rohstoffen finanzieren soll, um Marktschwan-

kungen auszugleichen und über ein „zweites Fenster“ Mittel zur Entwicklung einer Weiterverarbeitung der Rohstoffe in den Förderländern bereitstellen soll. Die Verhandlungen darüber war der Schwerpunkt von UNCTAD IV 1976.

In der Durchsetzung ihrer Forderungen sind die Entwicklungsländer bis heute weitgehend gescheitert. Sehen wir uns die wesentlichsten Punkte an. Zwar räumte die EG den Entwicklungsländern 1971 Zollpräferenzen für industrielle Halb- und Fertigwaren ein. Da hierbei jedoch Höchstmengen (Plafonds) vorgeschrieben sind, kann von einem freien Zugang zu den Märkten der Industrieländer keine Rede sein, da die Entwicklungsländer diese Höchstmengen schnell erreichen und dann doch wieder vor zollgeschützten Grenzen stehen. Das gilt erst recht für landwirtschaftliche Produkte. Zwar wurde inzwischen ein Abkommen für einen Rohstofffonds abgeschlossen, doch sind die Anfangsmittel noch nicht einmal halb so hoch, wie ursprünglich eingefordert, und ist das Inkrafttreten des Fonds bis heute nicht gesichert, weil die notwendige Mindestzahl von Unterzeichnern dieses Abkommens bisher nicht erreicht wurde und es auch zweifelhaft ist, ob sich demnächst überhaupt genügend Industrieländer zur Unterzeichnung bereit finden werden. Von der Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialproduktes sind die Industrieländer meilenweit entfernt. Ein gleichberechtigtes Mitspracherecht der Entwicklungsländer in entscheidenden Organisationen wie dem IWF konnte bisher nicht durchgesetzt werden genauso wenig wie ein verbindlicher Verhaltenskodex für die multinationalen Konzerne.

Der Pearson Bericht

Gegenüber den Entwicklungsschwierigkeiten der Dritten Welt in den schziger Jahren und den daraus folgenden Aktivitäten für eine neue Weltwirtschafts-

ordnung blieben die kapitalistischen Industriestaaten natürlich nicht passiv. 1967 rief die Weltbank eine Kommission ins Leben mit dem Auftrag, eine Bestandsaufnahme der Wirkung von 20 Jahren Entwicklungshilfe vorzunehmen. Diese Kommission veröffentlichte 1969 den Pearson-Bericht. Der Bericht ging von einer Krise der Entwicklungshilfe aus und empfahl, die Entwicklungshilfe mit einer Handels- und Investitionspolitik zu einer einheitlichen Strategie zu verknüpfen.

Die Empfehlungen der Pearson-Kommission sahen etwa folgenden Rahmen aus: Die Finanzierung von Pufferlagern für bestimmte Rohstoffe sollte als vollwertiger Zweig der Auslandshilfe anerkannt werden. Die Industrieländer sollten Schritt für Schritt die Zölle für Einfuhren der Entwicklungsländer senken und die mengenmäßigen Beschränkungen aufheben. Die Entwicklungsländer müßten Hindernisse für Auslandsinvestitionen beseitigen und ihr Steuersystem für Reinvestitionen ausländischer Gesellschaften günstig gestalten. Die Industrieländer sollten Förderungsmaßnahmen für Investitionen in den Entwicklungsländern verstärken, die Kreditnahme der Entwicklungsländer auf den internationalen Kreditmärkten erleichtern, andererseits sollte ein „Frühwarnsystem“ für zu hohe Schulden bestimmter Entwicklungsländer eingerichtet werden. Die Industrieländer sollten die Entwicklungshilfe bis spätestens 1980 auf 0,7% des Bruttosozialproduktes anheben. Die Bedingungen für die Tilgung von Krediten sollten erleichtert werden. Die Geberländer sollten den Empfängerländern gestatten, die mit Auslandshilfemitteln zu beschaffenden Waren auch in Entwicklungsländern zu kaufen. Ansonsten wurde eine Reihe von Empfehlungen gegeben, die die Wirkung der Entwicklungshilfe verbessern sollten.

Auch wenn die Empfehlungen des Pearson-Berichtes nicht insgesamt den Wünschen der Dritten Welt entsprachen, so enthielt er doch wesentliche Zugeständnisse. Das Interesse daran formulierte er so: „Eine möglichst vollkommene Ausnützung aller Ressourcen der Welt, der menschlichen wie der materiellen, die nur durch internationale Zusammenarbeit zu erreichen ist, hilft nicht nur den wirtschaftlich schwachen Ländern, sondern auch denjenigen, die stark und wohlhabend sind. Solche Vorteile ergeben sich einmal aus bilateralen Hilfsbeziehungen und zum anderen – was noch wesentlicher ist – durch die Steigerung des Welthandels als eine Folge der internationalen Wirtschaftsentwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder bringt jedoch normalerweise keine unmittelbaren Vorteile und Gewinne für die Geberländer, und man sollte solche daher auch nicht von ihr erwarten.“⁸

Der Pearson-Bericht nimmt den Standpunkt eines, wenn man davon sprechen kann, Weltkapitals (hier als Kapital der entwickelten kapitalistischen Länder gemeint) ein. Diesem Kapital kann nicht daran gelegen sein, die Entwicklungsländer in einer Stagnation zu sehen. Ihm ist an einer Entwicklung des inneren Marktes dieser Länder gelegen wie auch an der Nutzung verschiedenerer für seine Profitrate günstiger Faktoren, u.a. der billigen Arbeitskraft. Die Strategie, die der Pearson-Bericht vorschlug, lief darauf hinaus, eine Industrialisierung vor allem im arbeitsintensiven Bereich zu fördern, dadurch den Markt für Industriegüter zu erweitern, die Kapitalexporte mit günstigen Profitraten voranzutreiben und das Kreditgeschäft auszuweiten. Das erforderte auf der anderen Seite konsequenterweise Maßnahmen wie die Öffnung der Märkte der Industrieländer, gezielte Finanzspritzen an die Entwicklungsländer, Stabilisierung ihrer Exporteinnahmen.

Die Forderungen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung widersprachen also durchaus nicht den Interessen des entwickelten Weltkapitals, zumindest nicht in Zeiten der Prosperität. Allerdings wurden lange nicht alle Vorschläge der Pearson-Kommission gegenüber den Interessen der nationalen Kapitale umgesetzt. Jedes nationale Kapital versucht, sich einer Umstrukturierung der Beziehungen auf dem Weltmarkt und der Weltproduktion so weit zu widersetzen, wie es davon nachteilig betroffen ist. So ist bis heute nicht die angestrebte Öffnung der Märkte erfolgt, um die nationalen Industrien vor Konkurrenten aus den Entwicklungsländern zu schützen. Gegenüber dem Interesse an stabilen Rohstoffeinnahmen der Entwicklungsländer und damit günstigeren Bedingungen für die Entwicklung der Märkte und z.B. einer sicheren Rückzahlung der Kredite steht das Interesse an möglichst billigen Rohstoffeinfuhren. Die Interessen des Weltkapitals setzen sich nur tendenziell und in schweren Wirtschaftskrisen durch.

Der Brandt-Report

Wie weitgehend sich die weltwirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen der Dritten Welt mit dem Interesse des entwickelten Weltkapitals vereinbaren lassen, zeigte dann der Brandt-Report, der noch viel weitgehend eine Reform der Weltwirtschaftsordnung ins Auge faßte. Angesichts des wachsenden und radikaleren Drucks in den UNO-Organisationen versuchten sich die kapitalistischen Industrieländer in Verhandlungen mit ausgewählten Entwicklungsländern im kleinen Kreis außerhalb der UNO. Von 1975 bis 1977 fand die Konferenz über internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) statt, die schließlich scheiterte. Die beteiligten Entwicklungsländer beschlossen, künftig nur noch über UNO-Organisationen zu verhandeln. Aufgrund des Scheiterns der KIWZ erklärte der Vorsit-

Vertiefte Kluft

Der Widerspruch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zeigt sich grundlegend in den globalen Daten über Produktion und Einkommen, was sich schon darin erweist, daß die materielle Produktion das Leben in den zurückgebliebenen Ländern viel direkter bestimmt. Trotz einer Verdreifachung der jährlich geschaffenen Gebrauchswerte – der realen Weltproduktion – in den 25 Jahren von 1955 bis 1980, trotz einer Verdoppelung der Pro-Kopf-Produktion weltweit hat sich in diesem Zeitraum die relative Stellung der Entwicklungsländer nicht verbessert. Die ärmsten Länder sind sogar noch weiter abgesunken, die fortgeschritteneren unter ihnen haben ihre Stellung in etwa gehalten.

Ende der 70er Jahre standen den reichsten 15% der 4,4 Milliarden Erdbewohner fast 2/3 des Welt-Sozialprodukts zur Verfügung; dagegen entfielen auf die 47% der Weltbevölkerung, die in „Ländern mit niedrigem Einkommen“ leben, lediglich 4,8% der in Dollar bewerteten Weltproduktion (nach anderen Berechnungsmethoden der UNO bestenfalls das Zweibis Dreifache), viel weniger als 25 Jahre zuvor. Und dabei sind noch die Unterschiede innerhalb der Länder unberücksichtigt; diese sind nochmals beträchtlich.

Auch pro Kopf betrachtet hat sich die relative Armut der Ärmsten vertieft. 1955 belief sich das Pro-Kopf-Produkt im Durchschnitt aller Entwicklungsländer auf 8,2% des Niveaus in den marktwirtschaftlichen Industrieländern. 1980 erreichten die Entwicklungsländer auf dieser Meßlatte nur noch die Marke 7%. Und die ärmsten Länder sind sogar von 4,9 auf 2,4 Hundertstel des Industrieländer-Niveaus abgerutscht.

Für den Entwicklungsgang der Dritten Welt gilt, daß die Landwirtschaft die Grundlage und die Industrie der führende Faktor ist. Zwar hat sich zwischen 1960 und 1980 der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen von 77% auf 71% vermindert, in den Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen von 61% auf 44% (Industrieländer 6%). Der Aufholprozeß in der Industrie ist aber gering geblieben.

Ein Viertel der Industrieproduktion des Jahres 2000 soll der Dritten Welt entstammen, hat die UNIDO 1975 zum Ziel

gesetzt. Angesichts der vergangenen zwei Jahrzehnte eine illusorische Marke: Von 1960 bis 1980 hat sich der Anteil der Entwicklungsländer an der weltweiten industriellen Wertschöpfung gerade von 8,2% auf 10,9% erhöht. Und selbst dieser bescheidene Zugewinn konzentriert sich auf ganz wenige Länder, die sogenannten Schwellenländer. Ganze neun Länder vereinigen 70% des Industrieprodukts der Dritten Welt auf sich. Deren Produktion ist stark auf Export ausgerichtet, weshalb der – geringe – Anteil der Entwick-

Mehrerausgabung von Industriearbeit in den Entwicklungsländern steht aber keine entsprechende Zunahme des Anteils am Industrieprodukt gegenüber. Gemessen an der Veränderung des Arbeitsvolumens seit 1960 hätte der Anteil der Entwicklungsländer am Industrieprodukt der Welt bis 1980 von 8,2% auf 13,5% steigen müssen; er hat sich aber nur auf 10,9% erhöht.

Trotz niedrigem Niveau sind die Entwicklungsländer bezüglich der Arbeitsproduktivität noch weiter zurückgefallen.

Bevölkerung, Bruttosozialprodukt (BSP) und BSP pro Kopf

Ländergruppe	Anteil an der Weltbevölkerung		Anteil am Welt-BSP* in % d. Industrieländer		BSP pro Kopf*	
	1955	1980	1955	1980	1955	1980
Entwicklungsländer insges.	68,1	73,6	20,7	21,5	8,2	7,0
mit niedrigem Einkommen	44,7	47,1	8,1	4,8	4,9	2,4
China	22,0	22,2	4,7	2,5	5,9	2,7
Indien	14,4	15,2	2,2	1,6	4,2	2,4
Sonstige	8,3	9,7	1,2	0,7	3,8	1,9
mit mittlerem Einkommen	23,4	26,5	12,6	16,7	14,8	14,9
Bedeut. Fertigwarenexport.	7,1	7,3	5,1	7,7	19,6	24,9
Sonstige Ölimporteure	6,7	8,0	3,8	4,0	15,4	11,9
Ölexporteure	9,6	11,2	3,7	5,0	10,6	10,6
Ölexporteure mit hohem Eink.	0,2	0,3	0,1	1,4	14,8	104,4
Planwirtschaftl. Industriel.	12,4	10,7	8,6	12,4	19,0	27,2
Marktwirtschaftl. Industriel.	19,3	15,4	70,6	64,8	100,0	100,0
Europa	9,2	6,5	26,6	27,9	79,0	101,1
Japan	3,3	2,6	2,4	9,5	20,1	84,9
Vereinigte Staaten	6,0	5,1	40,3	23,7	182,8	108,9
Welt	100,0	100,0	100,0	100,0	27,2	23,6

* Zu lfd. Preisen und Wechselkursen, Quelle: Weltbank, a.a.O.

lungsländer am Weltmarkt für Industriewaren viel schneller gewachsen ist als ihr Anteil an der Produktion.

Entwicklung der Dritten Welt verlangt die Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit, Herstellung von mehr Gebrauchswert in kürzerer Zeit. Da aber sind die Fortschritte am geringsten und der Abstand zu den Industrieländern hat sich durch die Bank erweitert; lediglich die Verschiebung von der landwirtschaftlichen zur industriellen Produktion hat dennoch für ein deutliches Wachstum des Pro-Kopf-Produkts gesorgt.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat sich die Zahl der Industriebeschäftigten in den Entwicklungsländern in etwa verdoppelt; dagegen betrug die Zunahme in den Industrieländern in den 60er Jahren lediglich etwa 15% und seither gab es sogar einen Rückgang. Dieser starken

In den 60er Jahren ist die statistisch erfaßte Arbeitsproduktivität in der Industrie der Industrieländer um 50%, in den Entwicklungsländern um 20% gestiegen. In den Jahren 1970–77 betragen die jeweiligen Erhöhungen 24% bzw. 3%.

Bei alledem sind die Krisenfolgen der letzten beiden Jahre unberücksichtigt.

Für die Zusammenstellung auf diesen Seiten wurden folgende Quellen verwendet: Weltbank (Hrsg.): Weltentwicklungsbericht 1980 u. 1982, Washington (USA) UNCTAD, Trade and Development Board: Protectionism and Structural Adjustment. Trends in World Production and Trade (TD/B/887), Genf 1982; UNCTAD: Fibres and Textiles: Dimensions of Corporate Marketing Structures (TD/B/C.1/219), Genf 1980; OECD: International Investment and Multinational Enterprises, Paris 1981; IAO-Nachrichten vom 4. Oktober 1981; Survey of Current Business, Washington, April 1982. fb

zende der Weltbankgruppe, McNamara, daß es in den laufenden Verhandlungen nicht weitergehe und schlug wie zehn Jahre zuvor bei der Pearson-Kommission die Bildung einer unabhängigen Gruppe vor. Damit nahm die sogenannte Brandt-Kommission ihre Arbeit auf. War die Pearson-Kommission noch von der Weltbank finanziert worden, so erhält die Brandt-Kommission ihre Gelder von verschiedenen Ländern und wahrt damit zumindest nach außen eine größere Unabhängigkeit. Außerdem spiegelt sich in ihr eine Neugruppierung der Kräfte wider, indem die Entwicklungsländer nun mit mehr Vertretern mitarbeiten und die USA nicht mehr in so großem Maße in die Arbeit hineinwirken kann. Ziel der Kommission ist es, Vorschläge für eine Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu machen, sprich eine Kompromißformel für die Differenzen in der internationalen Wirtschaftspolitik zu finden. 1980 veröffentlichte die Kommission ihren ersten Bericht mit den Vorschlag eines Gipfeltreffens von einigen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Entwicklungsländer selber hatten Globalverhandlungen aller Staaten verlangt. Als diese Forderungen der Dritten Welt in der UNO auf Ablehnung stießen, ergriffen Österreich und Mexiko die Initiative für das von der Brandt-Kommission vorgeschlagene Gipfeltreffen. Dies fand im Oktober 1981 in Cancun statt, was allerdings ohne konkrete Fortschritte endete. Angesichts der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise scheinen die kapitalistischen Industriestaaten, allen voran die USA unter Reagan, seitdem einen schärferen Kurs gegen die Dritte Welt zu fahren, der den Vorschlägen der Brandt-Kommission direkt zuwiderläuft.

Die Brandt-Kommission schlug u.a. folgende Maßnahmen vor:⁹ 4 Mrd. Dollar pro Jahr für die kommenden zwei Jahrzehnte für ein Entwicklungsprogramm für die ärmsten Entwicklungsländer; die Nahrungsmittelversorgung der Dritten Welt soll verbessert werden. „Bei jedem Angriff auf die internationale Armut müssen soziale und wirtschaftliche Reformen innerhalb der Entwicklungsländer die entscheidende Rolle ergänzen, die das internationale Entwicklungsumfeld spielt – welches selbst günstiger gestaltet werden muß.“ Zu diesen Reformen gehören für den Brandt-Report die obligatorische Landreform und besseres Erziehungswesen. Aus obiger Formulierung folgt aber schon, daß solchen Reformen ein geringeres Gewicht zugemessen wird als dem internationalen Feld, das die „entscheidende Rolle“ spielt. Sodann soll die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern forciert werden. Der Rohstofffonds soll verwicklicht werden, wobei größeres Gewicht auf das „zweite Fenster“ gelegt wird. Die Industrialisierung der Entwicklungsländer müsse „als ein Anliegen der internationalen Politik gefördert werden“. „Protektionismus gefährdet die Zukunft der Weltwirtschaft“, die Industrieländer sollen ihre Zölle gegenüber den Entwicklungsländern abbauen. Der Brandt-Report ist für „eine zwischen Heimat- und Gastländern koordinierte Gesetzgebung, welche die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen in Fragen wie moralischem Verhalten, Offenlegung von Information, wettbewerbsbeschränkenden Geschäftspraktiken und Arbeitsbedingungen regelt ... Die ständige Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen ist das Recht aller Länder. Notwendig ist jedoch, daß bei Verstaatlichungen eine angemessene und wirksame Entschädigung gewährt wird ...“ „Die Beteiligung von Entwicklungsländern am Personal, der Leitung und den Entscheidungen des IWF sollte erweitert werden.“ Die Entwicklungshilfe soll bis 1985 auf 0,7% und bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,0% angehoben werden.

Erfolgreiche Entwicklungsstrategien?

Sieht man sich das zu diesem Artikel zusammengestellte Zahlenmaterial an, so wird einigermaßen deutlich, daß sich der Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht verringert hat. Ein gewisses Maß an Industrialisierung hat sich im wesentlichen auf die Länder konzentriert, die in den Genuß der höchstmöglichen Förderung über Kapalexporte und Kredite durch die Industrieländer gekommen sind. Das Kapital hat versucht, seine Produktionsweise auf die Gesellschaften der Dritten Welt aufzupropfen und den Markt dieser Länder zu entwickeln. Das ist ihm ausgehend von der im Pearson-Bericht beschriebenen Strategie in gewissem Umfang gelungen, und es wäre hier zu noch weiteren Fortschritten gekommen, wenn Maßnahmen, wie sie der Brandt-Report vorschlägt, ergriffen worden wären. Der freie Lauf des Kapitals und die kapitalistische Form der internationalen Arbeitsteilung hat aber bis heute nicht das Problem der Unterentwicklung auflösen können, im Gegenteil verstärken sich jetzt wieder die Tendenzen zu einem weiteren Auseinanderklaffen des Entwicklungsstandes in der Welt.

An diesem Ist-Zustand hätte auch eine Durchsetzung der Forderungen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung nichts Grundlegendes geändert. Dies hat seine Grundlage in falschen theoretischen Voraussetzungen, wie sie von Prebisch formuliert wurden. Für ihn war das Hauptproblem eine sich selbst tragende Kapitalakkumulation und ein größerer Anfangsschub von Kapital. Anstatt aber die Bedingungen für eine Kapitalakkumulation im Inneren der Entwicklungsländer zu klären, sah er die Ursachen für eine Unfähigkeit zur selbsttragenden und aufholdenden Kapitalakkumulation auf dem Weltmarkt. Die Reform des Weltmarktes sollte den Entwicklungsländern einen kräftigen Anfangsschub geben wie auch die Menge an Profiten erhöhen. Wenn aber im Inneren die Fähigkeit zur selbsttragenden Akkumulation fehlt, ändern daran weder die nationale Verfügung über die Ressourcen noch höhere Einnahmen auf dem Weltmarkt noch bessere Zugänge zu den Märkten der Industrieländer etwas Grundsätzliches. Deshalb ist diese Entwicklungsstrategie der Dritten-Welt-Regierungen nicht nur in der Krise, weil sie bisher ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten und weil mit der Weltwirtschaftskrise die Industrieländer zu einer härteren Gangart übergehen, sondern diese Strategie ist gescheitert. Andererseits war und ist diese Strategie die einzige, auf der sich ein politischer Zusammenschluß der Dritten Welt herausbilden konnte, weil die Bedingungen für eine innere revolutionäre Umwälzung dieser Gesellschaften entweder noch nicht herangereift ist oder sich als sehr unterschiedlich für die einzelnen Länder darstellen.

1 Die folgende Darstellung nach: Schoeller, Wolfgang: Weltmarkt und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt (EVA) 1976, S. 43 – 44
 2 Prebisch, Raul: Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, Berlin 1968, nach: W. Bartschi, H.-D. Jacobsen, Kritische Einführung in die Außenhandels-theorie, Reinbek (rororo) 1976, S. 150 – 152
 3 ebenda
 4 Prebisch, Raul: Eine neue Politik für Handel und Entwicklung, in: Europa Archiv, 1965 (20. Jg.) Nr. 15
 5 ebenda
 6 ebenda
 7 Die Sondertagung der Vereinten Nationen über Rohstoff- und Entwicklungsprobleme, in: Europa-Archiv, 1974 (29. Jg.) Nr. 13 (Dokumente)
 8 Der Pearson-Bericht, Wien-München-Zürich (Molden) 1969, S. 27 – 28
 9 Der Brandt-Report, Frankfurt (Ullstein) 1981, S. 352 – 362

Joscha Schmierer

Abkoppelung? – Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte-Welt-Politik

Für die Grünen steht die Haltung gegenüber der Dritten Welt im Zentrum ihrer Weltanschauung. Das gilt für alle Strömungen. Eine Diskussion über die Entwicklungstendenzen und -perspektiven der Dritten Welt hat sich unter den Grünen aber bisher kaum entwickelt. Der Hinweis auf die Lage der Dritten Welt dient als Beweis für die Unhaltbarkeit der Zustände in den Industrieländern. Insoweit hat die Dritte Welt ideologische Konjunktur. Damit hat es sich auch schon fast. Die Reise geht nach innen. Soweit sich Vorstellungen über eine Politik gegenüber der Dritten Welt entwickelt haben, kristallisieren sie sich um das Stichwort Abkoppelung, ein Stichwort, das hinreichend unbestimmt ist, um die verschiedenen Strömungen innerhalb der Grünen nicht auseinanderzuidividieren. Zu unbestimmt aber, um sich damit ernsthaft begnügen zu können.

Herkunft der Abkoppelungs- strategie

Das Schlagwort Abkoppelung ist nicht im Diskussionszusammenhang der Grünen entstanden, sondern sehr viel früher. In Westdeutschland und Westberlin ist es vor allem durch Dieter Senghaas in die Debatte geworfen worden. In seinem „Plädoyer für Dissoziation“¹ versuchte er unter diesem Stichwort eine alternative Entwicklungsstrategie zu entwerfen, die sich gegen die vorherrschende Meinung richtete, daß die Entwicklung des Weltmarktes auch die Entwicklung der Dritten Welt optimal fördere. Wie die lateinamerikanischen Vertreter der „dependencia“-Theorie (Frank, Cardoso u.a.) und Samir Amin geht Senghaas davon aus, daß die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes in der Dritten Welt nicht Entwicklung, sondern trotz Wachstum in einzelnen, auf den Weltmarkt bezogenen Bereichen, Unterentwicklung hervorbringe. Eine allseitige, „autozentrierte“ Entwicklung der Länder der Dritten Welt sei im Rahmen des Weltmarktes nicht möglich, da er die „strukturelle Heterogenität“² der dortigen Ökonomien verfestige. Vorbedingung einer eigenständigen Entwicklung der Länder der Dritten Welt sei eine zeitweilige Abkoppelung vom Weltmarkt (Imperativ der Dissoziation), die Entwicklung einer allseitigen und ausgewogenen Produktionsstruktur (Imperativ der Restrukturierung) und die Entwicklung von selbständigen Beziehungen unter den Ländern der Dritten Welt (Imperativ der neuen Arbeitsteilung zwischen den Ökonomien der Dritten Welt).

An dem Plädoyer für Abkoppelung fallen einige Implikationen auf, die von Senghaas nicht ausgesprochen oder jedenfalls nicht reflektiert werden, unter dem Stichwort „Abkoppelung“ aber auch in der heutigen Debatte unter den Grünen fortwirken.

Das Plädoyer für Abkoppelung wird nicht als Teil einer sozial- und weltrevolutionären Strategie vorgetragen, sondern als Kernpunkt einer alternativen „Entwicklungspolitik“. Eine revolutionäre Theorie wird immer von den Interessen bestimmter Klassen und Völker ausgehen und von den Widersprüchen, auf die sie mit ihren Aktionen antworten. Aus der unter unseren Augen sich entwickelnden Bewegung wird sie die Inhalte und die Formen herauszufinden suchen, die diese Bewegung zu verwirklichen anstrebt. Das Plädoyer für Dissoziation geht von dem Gegensatz von autozentrierter Entwicklung der entwickelten und struktureller Heterogenität der unterentwickelten Länder aus und behauptet, Vorbedingung einer autozentrierten Entwicklung der Länder der Dritten Welt sei eine zeitweilige Abkoppelung. Die Frage nach den Trägern einer solchen Abkoppelung stellt sich bestenfalls nachträglich.

Das Plädoyer für Dissoziation versteht sich nicht als Plädoyer für eine internationalistische Aktion bestimmter Klassen und Klassenbündnisse, die nationale Formen annimmt, sondern als Plädoyer für im wesentlichen gleichartige Aktionen der Nationalstaaten der Dritten Welt. Agentur der Abkoppelung sind die Staaten der Dritten Welt. Damit ist die Frage nach den Trägern der Abkoppelung freilich bloß scheinbar gelöst.

Ziel der Abkoppelung ist nicht eine bestimmte Gesellschaftsformation, in der die Masse der Produzenten, der Arbeiter und Bauern, über ihre Arbeit und deren Produkte frei verfügt, sondern eine ausgewogene Produktionsstruktur, wie sie die entwickelten Länder angeblich bereits auszeichnet.

Ausgangspunkt der Abkoppelung sind nicht die je konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse, die aus dem Zusammenstoß zwischen kapitalistischer Produktionsweise und vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen in den Ländern der Dritten Welt entstanden sind, sondern die allen Ländern der Dritten Welt gemeinsame strukturelle Heterogenität und Unterentwicklung als Ergebnis der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt.

Die je spezifische Art und Weise der Integration in den Weltmarkt und die darauf beruhenden Unterschiede in den Bedingungen für eine unabhängige Entwicklung verschwinden in dem Plädoyer für die allfällige Abkoppelung.

Der konkrete Gang und die Ergebnisse der bisherigen Revolutionen in Ländern des „peripheren“ Kapitalismus bleiben unberücksichtigt. Aus der Tatsache, daß diese Revolutionen bisher stets von den kapitalistischen Ländern boykottiert und abgekoppelt worden sind, wenn anfängliche militärische Interventionen keinen Erfolg hatten, wird pauschal auf die Abkoppelung als notwendiges Durchgangsstadium der Entwicklung geschlossen.

Fortschritt für die Multis

Herausragendes Merkmal in der Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen westlichen Industrieländern und Entwicklungsländern im vergangenen Jahrzehnt dürfte die Zunahme des Kapitalexports in die Entwicklungsländer gewesen sein. Während die Direktinvestitionen der OECD-Länder in den 60er Jahren mit einer Jahresrate von 7% stiegen, nahmen sie ab den frühen 70er Jahren jährlich um knapp 20% zu und damit viel schneller als die Industrieproduktion in den Entwicklungsländern (5 - 6%).

Nach offiziellen Angaben der EG stammen rund 45% der Entwicklungsländer-Exporte aus den Niederlassungen ausländischer Konzerne in diesen Ländern. Die UNCTAD hat ermittelt, daß der Handel mit Nahrungsmitteln, mit landwirtschaftlichen Rohstoffen, Erzen, Mineralien und Metallen - je nach Produkt -

zu 75 bis 95% von „Multis“ kontrolliert wird.

Rund die Hälfte der Kapitalanlagen befinden sich in US-Besitz, wobei in letzter Zeit die Anteile einiger europäischer Kapitalexporteure und Japans steigen. 1977 hatten die US-Töchter im Bereich der Industrie 1,7 Millionen Beschäftigte, 300000 in Brasilien, 205000 in Mexiko, 85000 in Argentinien, 67000 auf den Philippinen, 60000 auf Taiwan und jeweils um die 30000 in Indien, Singapur, Hongkong, Malaysia und Kolumbien, 18000 in Südkorea.

Das stimmt in etwa überein mit Angaben der ILO, wonach im Jahre 1980 alle internationalen Unternehmen in den Entwicklungsländern rund 4 Millionen Lohnabhängige für sich arbeiten ließen. Seit 1960 ist ihre Zahl auf das Zweieinhalbfache gestiegen, während die Gesamtzahl

der Industriebeschäftigten in diesen Ländern nur etwa auf das Zweifache gestiegen ist. In noch relativ agrarischen Ländern wie Thailand und Philippinen beschäftigten ausländische Tochterunternehmen der verarbeitenden Industrie nur 2 bzw. 7% der Arbeitskräfte; in stärker industrialisierten Ländern, wie Argentinien und Südkorea, erreicht dieser Anteil 10% und in Brasilien und Mexiko, wo „die Multis viel günstigere Bedingungen vorfinden“, ist der Anteil doppelt so hoch. In Kenia, dem amerikanischen Einfallstor auf dem schwarzen Kontinent, ziehen ausländische Konzerne 35% aller Arbeitskräfte in der verarbeitenden Industrie auf sich, in Singapur fast 70%.

Fast überflüssig der Hinweis, daß sich diese Investitionen auf die fortgeschrittenen Teile der Industrie konzentrieren und in den Flächenstaaten zu einem großen Teil durch Aufkauf oder Ruinierung bestehender inländischer Produktionsstätten zustandekommen. /b

Aus der Tatsache der weltweiten Ausdehnung des kapitalistischen Weltmarktes wird darauf geschlossen, daß es nur noch Kapitalismus gebe, den „autozentrierten“ Kapitalismus der Metropolen und den „peripheren“ Kapitalismus der Länder der Dritten Welt. Damit wird aus der Beherrschung des Weltmarktes durch das Kapital auf den Charakter der Produktionsweisen zurückgeschlossen, die in diesen Weltmarkt einbezogen sind. Gleichzeitig ist das Gegensatzpaar von autozentrierter kapitalistischer Entwicklung und peripherem Kapitalismus fragwürdig, weil in seinem Rahmen nicht geklärt werden kann, wie die autozentrierte Entwicklung der Metropolen zur Ausbildung eines peripheren Kapitalismus führt. Die kapitalistische Entwicklung ist gerade nicht autozentriert, sondern von vornherein propagandistisch und expansionistisch auf Totalität gerichtet. Es ist sehr die Frage, wer der Form nach weltmarktabhängiger ist, der Kapitalismus der Metropolen oder der „periphere“ Kapitalismus der Dritten Welt.

Aus einem Moment außenwirtschaftlicher Politik sozialer Revolutionen wird Abkoppelung zum strategischen Ersatz der sozialen Revolution. Im Rahmen der sozialen Revolution wird Kontrolle der außenwirtschaftlichen Beziehungen das Wesentliche sein, nicht ihr Abbruch.

Ungleicher Tausch?

Die Abkoppelungsstrategie steht in engem Zusammenhang mit der Theorie eines ungleichen Tausches, der zwischen dem Kapitalismus der Metropolen und

den Ländern des peripheren Kapitalismus stattfindet. Es gibt verschiedene Versionen der Theorie des ungleichen Tausches. Letzten Endes gehen sie alle auf die Behauptung zurück, daß der Produktivitätsunterschied zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den unterentwickelten, „peripheren“ kapitalistischen Ländern sich in einem ungleichen Tausch zwischen diesen Ländern, d.h. einem systematischen Werttransfer aus den unterentwickelten Ländern in die entwickelten Länder niederschlägt, von dem auch das Proletariat in den Metropolen profitiere. Wahr ist daran soviel:

Auf dem Weltmarkt, auf dem sich Waren unterschiedlich produktiver Arbeit austauschen, werden diese als Produkte durchschnittlich produktiver Arbeit gleichgesetzt, so daß die unterdurchschnittlich produktive Arbeit im Austausch weniger erhält als die durchschnittlich produktive Arbeit und die überdurchschnittlich produktive Arbeit mehr. Aber dies ist gerade Folge des Austausches zu Werten, in dem Arbeiten ganz unterschiedlicher Produktivkraft einander als durchschnittliche Arbeit gleichgesetzt werden. Ungleicher Tausch findet nur dort statt, wo sich die Warenproduktion noch nicht verallgemeinert hat und Produkte zwischen verschiedenen Gesellschaftsformationen nur sporadisch ausgetauscht werden und der wechselseitige Gebrauchswert der Produkte noch ihre Austauschrelation bestimmt, so daß sich Glasperlen gegen Gold tauschen lassen.

Wo solch sporadischer Austausch noch vorherrschen sollte, würde es sich jedenfalls gerade nicht um Austauschbeziehungen zwischen entwickeltem und „peripherem“ Kapitalismus handeln, die

Zuwachsraten der Nahrungsmittelproduktion nach bedeutenden Weltregionen (ohne China) 1960 bis 1980

Region und Ländergruppe	Insgesamt		Pro Kopf	
	1960-70	1970-80	1960-70	1970-80
Entwicklungsländer	2,9	2,8	0,4	0,4
mit niedrigem Einkommen	2,6	2,2	0,2	-0,3
mit mittlerem Einkommen	3,2	3,3	0,7	0,9
Afrika	2,6	1,6	0,1	-1,1
Naher Osten	2,6	2,9	0,1	0,2
Latein Amerika	3,6	3,3	0,1	0,6
Südostasien	2,8	3,8	0,3	1,4
Südasien	2,6	2,2	0,1	0,0
Südeuropa	3,2	3,5	1,6	1,9
Marktwirtschaftl. Industriel.	2,3	2,0	1,3	1,1
Planwirtschaftl. Industriel.	3,2	1,7	2,2	0,9
Welt	2,7	2,3	0,8	0,5

Quelle: FAO, nach: Weltentwicklungsbericht 1982

sich ja nicht sporadisch, sondern systematisch entfalten, sondern um Beziehungen zwischen verschiedenen Produktionsweisen, die noch keinen einheitlichen Markt bilden. Die Regel auf dem Weltmarkt ist nicht ungleicher Tausch von Produkten gleicher durchschnittlicher Arbeit, sondern gleicher Tausch ungleich produktiver Arbeit. Sofern hier Ungerechtigkeit herrscht, besteht sie nicht in ungleicher Behandlung von Gleichen, sondern in gleicher Behandlung von Ungleichem. In der bisherigen Betrachtung findet dabei auch kein Werttransfer statt, das heißt Übertragung von *durchschnittlich* verausgabter Arbeitszeit aus der Dritten Welt in die Metropolen, sondern Übertragung von *individuell* unterdurchschnittlich produktiv verausgabter Arbeit gemäß ihrer Gleichsetzung zu Werten mit *individuell* überdurchschnittlich produktiver Arbeit oder jedenfalls produktiverer Arbeit. Der *gleiche* Tausch nach Werten wirkt bereits zuungunsten der Länder der Dritten Welt und *nicht erst* der ungleiche. Dieser Mechanismus wird dadurch verstärkt, daß im entwickelten Kapitalismus und auf entwickeltem kapitalistischem Weltmarkt die Waren nicht zu ihren Werten ausgetauscht werden, sondern zu ihren Produktionspreisen. In dem Maße, wie sich auch auf dem Weltmarkt eine Durchschnittsprofirate und Produktionspreise, d.h. Kostpreise plus Durchschnittsprofit auf das vorgeschossene Kapital, ausbilden, findet auf Basis des Wertgesetzes tatsächlich eine systematische Wertübertragung aus arbeitsintensiven Branchen in kapitalintensive Branchen statt und damit aus den Ländern der Dritten Welt in die Metropolen, insofern die wichtigsten Exportbranchen der Dritten Welt verglichen mit den Exportbranchen der Metropolen *arbeitsintensiv* sind.

Gleicher Tausch unter Kapitalisten muß gewährleisten, daß die Kapitalisten entsprechend der Größe ihres vorgeschossenen Kapitals an der gesellschaftlich produzierten Mehrwertmasse in gleichem Umfang teilnehmen. Eben dies gewährleistet der Austausch zu Produktionspreisen. Zu ungleichem Tausch führt der Tausch zu Produktionspreisen statt nach Werten nur dann, wenn sich auf dem kapitalistischen Weltmarkt Kapitalisten und Arbeiter (seien es nun selbständige Bauern oder Bauern- und Arbeitergenossenschaften) begegnen. Diesen Tausch kann man *nicht* als ungleich bezeichnen, *weil* die Waren zu ungleichen Bedingungen *getauscht* werden, *sondern weil* sie unter prinzipiell verschiedenen Bedingungen *produziert* worden sind, aber getauscht werden, als wären sie alle unter kapitalistischen Bedingungen produziert worden. Die Ungleichheit entspringt also daraus, daß es sich im einen Fall um Produkte eige-

ner Arbeit handelt, denen die Preisbildung nach Kostpreis plus Durchschnittsprofit nicht angemessen ist, im anderen Fall um die Waren nichtarbeitender Eigentümer, deren Produktionsweise mit ausgebeuteter fremder Arbeit diese Preisbildung verlangt. Zwei unterschiedliche Produktionsweisen stoßen auf einem Markt zusammen, der vom Kapital beherrscht wird, und werden den Gesetzen des Kapitals gemäß gleich behandelt. Zuungunsten der Kapitalisten könnte dieser Preisbildungsmechanismus in solchen Fällen nur wirken, wenn sie auf ein kapitalintensiveres und produktiveres Genossenschaftswesen auf dem Markt stießen, statt auf arbeitsintensiv und unterdurchschnittlich produktiv produzierende Bauern. Dieser Sorte von ungleichem Tausch kann nicht durch irgendwelche Änderungen auf dem Markt begegnet werden, sondern nur durch die Beseitigung der Herrschaft der Kapitalisten über den Markt, das heißt durch die Errichtung einer Produktionsweise, auf deren Grundlage die assoziierten Arbeiter ihre eigenen Produkte austauschen als Arbeitsprodukte und nicht als Produkte des Kapitals.

Das setzt eine Veränderung der Subjekte der Marktbeziehungen voraus, aber nicht das Ende von Beziehungen, selbst wenn diese noch Marktbeziehungen bleiben. Soweit die Arbeiter an den Vorteilen der Austauschbeziehungen der Metropolen mit der Dritten Welt über ihre Reallöhne teilnehmen sollten, tun sie dies über die höhere Produktivkraft und den entsprechend höheren Ausbeutungsgrad ihrer Arbeit und nicht über Teilnahme an der Ausbeutung der Dritten Welt.

**Abkoppelung
als Strategie
der
entwickelten
Länder**

Zeitweilige Abkoppelung vom Weltmarkt wurde im Zusammenhang der developmentpolitischen Debatte als Strategie für die Länder der Dritten Welt entworfen. Durch Abkoppelung sollen sich die Länder der Dritten Welt die Bedingungen verschaffen, um eine

Entwicklung nachzuholen, die die entwickelten Industrieländer (ob kapitalistisch, sozialistisch oder staatsmonopolistisch) bereits vollzogen haben. Über die Vision von auf dem Weltmarkt gleichberechtigt verkehrenden Industrienationen, die wie unterschiedlich ihre gesellschaftliche Formation auch sei, doch eine gleichartige Produktionsstruktur haben, reicht die Perspektive dieser Strategie nicht hinaus.

Entwicklungstendenzen bei Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Alphabetismus 1950 bis 1979

Ländergruppe	Lebenserwartung (in Jahren)				Kindersterblichkeit*				Alphabetenquote (in %)			
	1950	1960	1970	1979	1950	1960	1970	1979	1950	1960	1970	1979
Entwicklungsländer insgesamt	43	48	54	58	28	22	16	12	33	38	46	56
mit niedrigem Einkommen	41	47	53	57	28	22	16	12	20	27	29	51
Afrika	35	39	43	46	44	38	32	27	..	17	17	29
Asien	41	48	53	58	27	21	15	11	20	28	31	52
mit mittlerem Einkommen	46	50	55	59	28	22	16	11	48	49	64	68
Afrika	37	41	46	50	42	35	27	22	16	22	37	..
Asien	42	47	53	59	28	22	14	9	54	54	69	75
Latein Amerika	51	56	60	64	23	17	12	8	57	65	72	78
Nord Afrika**	42	47	52	57	40	36	27	15	19	19	24	40
Nahe Osten	..	48	53	57	..	30	18	16	..	17	35	49
Südeuropa	59	62	66	68	10	7	5	3	75	80	85	85
Ölexporture im hohem Einkommen	..	46	51	57	..	35	20	11	..	14	26	32
Marktwirtschaftliche Industrieländer	68	70	71	74	3	2	1	1	95	97	98	99

* Sterbefälle je Tausend Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren — ** 1950 einschließlich Nahe Osten — Quelle: Weltentwicklungsbericht 1982

Innerhalb der Diskussion der Grünen wird das Schlagwort der Abkoppelung dagegen in einen anderen Zusammenhang gestellt. Die Abkoppelung vom Weltmarkt wird nicht als Problem der Dritten Welt aufgeworfen, sondern als Problem der entwickelten Industrieländer speziell der BRD als entwickeltem kapitalistischen Land. Trotz des gleichen Schlagworts ist damit der Ort des strategischen Ansatzes vollständig verlagert. Der Ausplünderung der Dritten Welt soll nicht durch eine Abkoppelungsstrategie der Dritten Welt zu Leibe gerückt werden, sondern durch eine Abkoppelungsstrategie der ausplündernden kapitalistischen Länder. Abkoppelung vom Weltmarkt heißt dann, weitgehender Verzicht auf Rohstoffzufuhren der BRD aus der Dritten Welt und Reduktion der Industrieproduktion in der BRD, speziell der Ausführproduktion.

In doppelter Weise geben ökologische Gesichtspunkte den Ausschlag: Die Rohstoffplünderung verarmt und verwüstet die Dritte Welt, beraubt sie ihrer Naturschätze und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und vernichtet von dieser Seite her das ökologische Gleichgewicht der Erde. Gleichzeitig wird mit Hilfe der Rohstoffplünderung der Dritten Welt in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Industrieproduktion künstlich in die Höhe getrieben, weit über den eigenen Bedarf hinaus werden Natur, sinnvolle Arbeit und Gesundheit vernichtet. Ausgangspunkt dieser Version von Abkoppelung ist nicht die Notwendigkeit einer nachholenden Entwicklung der Dritten Welt, sondern die Notwendigkeit, die industrielle Entwicklung in den Industrieländern zurückzuschrauben, weil sie in globalem Umfang das ökologische Gleichgewicht und damit Mensch und Natur zerstört. In ihrer radikalisierten Form intendiert diese Abkoppelungsstrategie den „Ausstieg“ aus der ganzen bisherigen Entwicklung und den Aufbau von selbstversorgenden Gemeinden, die aus der Sackgasse herausführen sollen, in die die europäischen Industriezivilisationen mit ihren Ursprüngen in Spätmittelalter und Renaissance die ganze Welt getrieben habe. So lautet ungefähr die immer entschiedener vorgetragene Argumentation Rudolf Bahros.

Einwände gegen die gemäßigte Version

Auch die gemäßigte Fassung dieser Abkoppelungsstrategie läuft Gefahr, sich pauschal gegen internationale Verflechtung und Arbeitsteilung zu wenden, statt gegen Inhalt und Form der Arbeitsteilung, wie sie die kapitalistische

Produktionsweise vermittelt über den Weltmarkt hervorbringt.

Gefährlich ist, daß die *Änderung von wechselseitigen Beziehungen* zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und der Dritten Welt wie auch zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern selber in einem Begriff einseitiger Aktion als Abbruch von Beziehungen gefaßt wird, ohne daß die konkreten Bedingungen und wechselseitigen Interessen, die eine Umwälzung und Änderung der Beziehungen notwendig und möglich machen, auch nur annähernd untersucht und reflektiert wären. In den Ländern der Dritten Welt herrscht eben nicht mehr einfach Subsistenzwirtschaft und auch keine Bevölkerungsstruktur, die eine Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft – selbst wenn sie wünschbar wäre – ohne weiteres zuließe. Abstrahiert man von Inhalt und Form der kapitalistischen Produktionsweise, dann ließe sich eine Abkoppelung von der Dritten Welt viel eher für die entwickelten kapitalistischen Länder denken als für die Länder der Dritten Welt, weil durch die Entwicklung des Kapitalismus auch die menschliche Produktivkraft, die Potenzen der Arbeit, viel höher entwickelt sind als in der Dritten Welt. Auch sind die produzierten, durch Umwandlung der Natur

bereits geschaffenen Verwirklichungsbedingungen dieser Potenzen viel günstiger als in der Dritten Welt. Einsparung von natürlichen Ressourcen, zum Beispiel Erdöl, braucht ja noch gar nichts mit Abkoppelung von den Erdölländern zu tun zu haben und kann dennoch für einzelne Erdölländer verheerend wirken, wenn ihre Entwicklungsstrategie kurzfristig von kontinuierlichem Erdölabsatz abhängig ist. Allein schon die vom befreiten Nicaragua inspirierte Kampagne, nicaraguanischen Kaffee zu kaufen, kann einen nachdenklich stimmen. Nach anfänglichen Versuchen, unmittelbar auf eine allseitige Entwicklung der Produktion abzustellen, hat Kuba einen Entwicklungsweg eingeschlagen, der von der vorhandenen Zuckerproduktion ausging, um nach und nach über Export/Import eine breitere Produktionsstruktur zu entwickeln.³ Die USA dagegen haben eine Abkoppelungsstrategie gegenüber Kuba eingeschlagen, die Kuba daran hinderte, den amerikanischen Zuckermarkt für seine innere Entwicklung zu nutzen und es weitgehend vom Handel mit der Sowjetunion und dem Comecon abhängig machte.

Abkoppelung als Prinzip der außenwirtschaftlichen Beziehungen der entwickelten Länder könnte nur auf Kosten der Dritten Welt gehen.

Ausstieg aus dem Industriesystem und Abkoppelung vom Weltmarkt

Konsequent ergibt sich eine Abkoppelungsstrategie gegenüber dem Weltmarkt, und zwar gegenüber den entwickelten Industrieländern wie der Dritten Welt allerdings dann, wenn die Absicht besteht, überhaupt aus dem „Industriesystem“ auszusteigen und die bestehende internationale Arbeitsteilung nicht umzuwälzen, sondern rückgängig zu machen. Daß dabei dann auch die gesellschaftliche Kooperation, innerhalb deren die Arbeitsteilung stattfindet, rückgängig gemacht wird, ist selbstverständlich. Wenn sich die nationale Produktion in einer Serie selbstgenügsamer Kommunen auflösen ließe, wie Bahro wünscht, würden sich natürlich die Beziehungen zwischen den Ländern erst recht erledigen. Kooperation wie Arbeitsteilung wären auf die weitgehend selbstgenügsamen Kommunen beschränkt. Zwar will Bahro nur die gesellschaftliche Arbeit auf die Kommunen reduzieren und nicht die sonstigen gesellschaftlichen Beziehungen, insbesondere nicht die wechselseitige Information, doch würde diese, ihrer Interessengrundlage in der gesellschaftlichen Arbeit beraubt, ziemlich belanglos.

Da aber selbst bei weitgehend selbstgenügsamen Kommunen eine gesellschaftliche Kontrolle der natürlichen und allgemeinen Bedingungen der Produktion nicht auf die Kommunen beschränkt bleiben könnte, könnten Bahros in der Arbeit selbstgenügsame, in den Naturbedingungen und allgemeinen Bedingungen der Produktion aber von einander abhängigen Gemeinden gerade in ihrer Zersplitterung zur Grundlage einer neu aufgelegten „ökonomischen Despotie“⁴ werden, die immer schon aus der zersplitterten Gemeindestruktur entsprang. Weil es keine Vergesellschaftung der Arbeit über die zersplitterten Gemeinden hinaus gab, konnten die dennoch verbleibenden gesellschaftlichen Aufgaben nur in der Hand einer zentralen Bürokratie konzentriert werden. Die kommunale Perspektive als politische Form der Befreiung der Arbeit ist heute bloß deshalb keine reaktionäre Utopie, weil die gesellschaftliche Kooperation und Arbeitsteilung durch die Entwicklung des Kapitalismus nicht nur über die Kommune sondern auch über das einzelne Land hinaus Beziehungen gesellschaftlicher Arbeit hergestellt hat, die den Boden abgeben können für eine freie Assoziation nicht nur in den

Kapitalexport schafft neue Handelsströme

Drei Elemente in der Entwicklung des *Welthandels* verdienen zunächst Beachtung. Erstens haben die westlichen Industrieländer als Exporteure trotz der wertmäßigen Ausdehnung der Ölexporte in den 70er Jahren immer noch das Gewicht von Anfang der 60er Jahre. Zweitens bleibt der RGW-Block auf dem Weltmarkt von geringer und schwindender Bedeutung. Drittens haben die Entwicklungsländer als Gesamtheit ihren Anteil an den Weltexporten nach Verlusten in den 60er Jahren im letzten Jahrzehnt merklich erhöhen können; allerdings beschränkt sich dies ausschließlich auf die Ölexporteure unter ihnen.

Was die Handelsströme angeht, so ist vor allem von Interesse, wie sich der Süd-Süd-Handel und wie die Warenstruktur im Nord-Süd-Handel entwickelt hat.

Süd-Süd-Beziehungen zurückgeht. Einmal haben nicht nur die Lieferungen der Ölproduzenten in die anderen Entwicklungsländer an Gewicht zugenommen, sondern auch die Warenbezüge der Ölländer in umgekehrter Richtung. Zum anderen haben sich vor allem die Bezüge der fortgeschrittensten Entwicklungsländer an agrarischen und mineralischen Rohstoffen erhöht und im Austausch hierfür die Fertigwarenlieferungen von „Schwellenländern“ in andere Entwicklungsländer.

Überhaupt gleicht die Warenstruktur des Handels der Entwicklungsländer untereinander eher der Struktur des Nord-Süd-Handels als des Handels der Industrieländer untereinander, wobei die Einseitigkeit der Güterströme entscheidend ist.

ländern in den Norden zu 60% auf ganze fünf Länder und Gebiete: Süd-Korea, Hongkong, Brasilien, Mexiko und Singapur, in dieser Reihenfolge. Mithin sind die Veränderungen in den Handelsströmen der letzten zwei Jahrzehnte eher Folge des Kapitalexports denn auf die eigenständige Entwicklung in der Dritten Welt zurückzuführen.

Dies wird auch nochmals aus anderem Blickwinkel beleuchtet. Wie bemerkt hat die *Industriewarenausfuhr für die Entwicklungsländer* an Bedeutung gewonnen, auch im Handel der Entwicklungsländer untereinander. Trotzdem geht heute ein viel größerer Teil (nämlich fast $\frac{3}{4}$) der Industriewaren der Entwicklungsländer in Richtung Norden als dies noch vor 20 Jahren der Fall war. Auch hier also bleibt die alte Ausrichtung erhalten.

Anteile am Weltexport von Industriewaren und an der Wertschöpfung in der Industrie(Produktion) (in %)

	1960		1970		1980	
	Exp.	Prod.	Exp.	Prod.	Exp.	Prod.
Westl. Industrieländer	83,8	77,8	84,9	72,6	82,9	65,3
Entwicklungsländer*	3,9	8,2	5,0	8,8	9,0	10,9
RGW-Block	12,4	14,0	10,1	18,6	8,1	23,8
Welt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* ohne China — Quelle: UNCTAD

Anteile am Weltexport (in %)

Ländergruppe	1960	1970	1979
Westl. Industriel.	66,8	71,3	65,8
Entwicklungsländer	23,1	18,9	25,9
davon: Ölexporteure	6,8	6,2	13,4
RGW-Block	10,1	9,8	8,3
Welt	100,0	100,0	100,0

Quelle: UNCTAD

Regionale Verteilung der Ausfuhren und Einfuhren von Entwicklungsländern nach Ländergruppen

Prozentanteile am Gesamtexport bzw. -import

	Ausfuhr			Einfuhr		
	1963	1973	1981	1963	1973	1981
<i>Aus- und Einfuhr erdölimportierender Entwicklungsländer in bzw. aus</i>						
Industrieländer	68	69	59	66	65	55
Ölexportländer	2	3	7	7	10	17
eigene Gruppe	19	18	25	16	15	18
<i>Aus- und Einfuhr aller Entwicklungsländer in bzw. aus</i>						
Industrieländer	70	72	67	69	68	62
eigene Gruppe	21	21	28	21	23	30

Quelle: GATT, nach: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5.8.1982

Ausweislich den internationalen Statistiken scheint der *Süd-Süd-Handel* für die Entwicklungsländer seit Beginn der 70er Jahre an Gewicht gewonnen zu haben, wengleich immer noch $\frac{1}{4}$ der Exporte in die Industrieländer gehen. Doch selbst diese bescheidene Veränderung ist eingeschränkt. Es scheint nämlich so zu sein, daß diese Ausweitung des Warenaustausches auf die partielle Übertragung traditioneller Nord-Süd-Beziehungen auf die

Im *Export der Entwicklungsländer in die Industrieländer* hat sich zwar der Anteil der Industrieprodukte von 1960 bis 1979 mehr als verdoppelt, beläuft sich aber trotzdem auf nur 17%. Der Anteil am gesamten entsprechenden Import der Industrieländer ist verschwindend gering und auf die bekannten „arbeitsintensiven“ Bereiche beschränkt. Und wiederum konzentriert sich der Zuwachs der industriellen Lieferungen von Entwicklungs-

Anteil der Entwicklungsländer am Industriewaren-Import der Industrieländer (OECD)

Anteile in Prozent

Importe von:	1963	1970	1979
Schwellenländer*	2,6	4,4	8,9
Fernost**	1,2	2,5	5,3
Andere Entwicklungsländer	2,3	1,8	2,6

* Brasilien, Mexiko, Jugoslawien, Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Griechenland, Portugal, Spanien

** Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea
Quelle: OECD: *The Impact of the Newly Industrialising Countries. Updating of Selected Tables from the 1979 Report*, Paris 1981

Wenig beachtet bleibt meist der Handel mit „*Dienstleistungen*“, obwohl er mittlerweile im Nord-Süd-Austausch einen Umfang von $\frac{1}{4}$ des Warenhandels erreicht. Hierunter fallen Transportleistungen, Lizenzen, Beratungsverträge, Kapitalerträge usw. Das Defizit der Entwicklungsländer in diesem Bereich ist von 1967 bis 1980 von 14 Mrd. auf 80 Mrd. Dollar gestiegen — mit einer Jahresrate von 24% also.

fb

Kommunen, sondern auch über die Kommunen hinaus, nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch zwischen den einzelnen Ländern. Zu Bahros selbstgenügsamen Gemeinden würden die Zentralbürokratie und der Weltstaat die Entsprechung bilden; statt den Staat zu ersetzen, würden die selbstgenügsamen Kommunen den Staat geradezu verlangen, weil aufgrund des Mangels an Vergesellschaftung der Arbeit anders kein gesellschaftlicher Zusammenhalt geschaffen werden könnte. Für die meisten Länder der Dritten Welt liefe dies auf eine Wiederherstellung der asiatischen Produktionsweise und der „orientalischen Despotie“ hinaus; für die europäischen Länder zwar auf den Ausstieg aus der industriekapitalistischen Entwicklung, dafür aber auf den Einstieg in die Sackgasse stagnerter Produktionsverhältnisse und politischer Despotie, die sie aufgrund spezifischer Bedingungen vermeiden konnten.

Stagnation und ökonomische Despotie als Selbstschutz?

Ihren moralischen Anspruch ziehen die Bahroschen Gedankengänge einerseits aus dem Hinweis, daß die gesamte Entwicklung der europäischen Völker nur auf Kosten der Dritten Welt gegangen sei und andererseits aus der Behauptung, daß dieser Weg mit Naturnotwendigkeit im allseitigen Untergang enden würde. Das eine ist eine unzulässige Verabsolutierung einer Seite der widersprüchlichen kapitalistischen Entwicklung, das andere die Reduktion, der Alternative Sozialismus oder Barbarei auf die Alternative Rückkehr zu vorkapitalistischen und vorindustriellen Zuständen oder Untergang. Da Bahro nicht erst heute einen geschichtsphilosophischen Wurf landet, sondern mit „Die Alternative“ schon einmal einen zu landen versuchte, mag es sinnvoll sein, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Etappen seiner Gedankenführung zu untersuchen.

Seine Kritik des „real existierenden Sozialismus“ unternahm Bahro eher in geschichtsphilosophischer denn in analytischer Absicht. Von der Tatsache ausgehend, daß das Ergebnis der russischen Revolution nicht ein Sozialismus ist, wie ihn Marx in den Verhältnissen der europäischen kapitalistischen Länder heranreifen sah, sondern eine Form von Staatsmonopolismus, und daß viele Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen den kapitalistischen Imperialismus einen Weg zum Sozialismus suchen, ohne eine Etappe des entwickelten Kapitalismus durchgemacht zu haben, kommt Bahro in seinem Buch „Die Alternative“ zu der Auffassung, im Widerspruch zu Marx sei nicht der Kapitalismus die vorbereitende Entwicklungsphase des Sozialismus, sondern der Staatsmonopolismus. Diesen nennt er „Protosozialismus“ oder Sozialismus in Larvenform. Diesen geschichtsphilosophischen Gedankengang beschränkt Bahro keineswegs auf die nichtkapitalistisch entwickelten Länder, sondern faßt ihn allgemein. Nicht nur die nichtkapitalistischen Länder müßten auf ihrem Weg zum Kommunismus durch den Staatsmonopolismus hindurch, sondern auch die kapitalistischen Länder. Der Unterschied ist nur, daß der Staatsmonopolismus in den nichtkapitalistischen Ländern in ihrer Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Imperialismus die unvermeidbare Form der unumgänglichen Industrialisierung ist, während er in den kapitalistischen Ländern aus dieser kapitalistischen Industrialisierung selber entspringt. Diese geschichtsphilosophische Konstruktion liest sich so:

„Die Staatsfunktion ist ursprünglich, in der alten Ökonomischen Despotie, nahezu identisch mit der Leitung der großen Kooperation und mit der Leitung des gesellschaftlichen Gesamtlebens. (...)

Der allgemeine Typ dieses Herrschaftsverhältnisses ist dem real existierenden Sozialismus gleich, und es handelt sich dabei nicht um eine oberflächliche Analogie, sondern um eine substanziale Verwandtschaft in der Grundstruktur der Produktionsverhältnisse. Bei dem großen zeitlichen und historischen Abstand und bei dem eklatanten Unterschied der technischen Basis mag dies zunächst verwundern. Ich erinnere aber an den bekannten Marxschen Gedanken, daß der moderne Kommunismus eine Art Rückkehr auf höherer Stufe sein würde. In dieser Perspektive rücken frühe und die späte Klassengesellschaft großen Stils *in ihrer Eigenschaft als Übergangsperioden* einmal am Eingang und einmal am Ausgang der Klassengesellschaft logisch zusammen.

Man soll sich auch erinnern, daß sich Marx die Entwicklung der Produktionsweisen nicht zuletzt am geotektonischen Modell verständlich machte, als einen Übersichtsprozess. Die *Urgemeinschaft* war ihm die *primäre Formation*. Darüber liegen sekundäre und tertiäre Gesellschaftsformationen. In diesem Sinne sind die Verhältnisse der alten Arbeitsteilung und des Staates *sekundäre Formation*. Sie stellen das älteste, fundamentalste und allgemeinste *klassengesellschaftliche Produktionsverhältnis* dar. Es zieht sich als Ur- und Grundbestand aller Unterdrückung, aller Ausbeutung, aller Entfremdung der Individuen vom Gemeinwesen seit Ausgang der Urgemeinschaft bis in unsere Tage. Erst über dieser Schicht erheben sich die spezifischen entwickelten Klassengesellschaften *tertiärer Formation*, mit dominierendem Privateigentum an den Produktionsmitteln, also Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus. (...)

Inzwischen ist offensichtlich, daß mit dem Privateigentum nur die tertiäre Formation abgeräumt ist, während die gemeinsame Grundlage aller Herrschaftsverhältnisse noch einmal für sich allein Epoche macht.“⁵

Sicherlich hat diese geschichtsphilosophische Konstruktion gegenüber dem sowjetischen Staatsmonopolismus einen gewissen kritischen Gehalt, insofern er als Gesellschaftsformation erscheint, die auf dem Weg der Emanzipation überwunden werden muß. Gegenüber der *Ausbildung* des Staatsmonopolismus in der Sowjetunion ist sie aber nicht kritisch, sondern apologetisch, wie auch gegenüber den staatsmonopolistischen Tendenzen innerhalb des Kapitalismus und den darauf basierenden staatsmonopolistischen Strategien der Eroberung der politischen Macht und der Verstaatlichung der Produktion.

Staatsmonopolismus erscheint am Ende der Entwicklung als notwendige Durchgangsstufe zur klassenlosen Gesellschaft wie er am Anfang angeblich notwendige Durchgangsstufe bei der Ausbildung der Klassengesellschaft gewesen ist. Dagegen erscheinen antike Produktionsweise, Feudalismus und Kapitalismus, die Produktionsweisen also, die sich an Stelle der asiatischen Produktionsweise unter bestimmten Bedingungen in Europa herausgebildet haben, und die Formen der *Vergesellschaftung* der Arbeit, statt ihrer *Verstaatlichung* auf Basis gesellschaftlicher Zersplitterung sind, als von Marx überschätzte Nebenlinien der Entwicklung des von Marx ebenfalls in seiner Bedeutung überschätzten Privateigentums. Dabei sind es gerade diese Produktionsweisen, speziell die bäuerliche Produktionsweise im Feudalismus und die Lohnarbeit im Kapitalismus, in denen die Auflösung der Gentilgesellschaft *nicht* in einer stagnanten Klassengesellschaft endete, sondern eine Dynamik entfaltete, die die Befreiung sowohl von den Menschen äußerlich bleibenden Naturzwängen als auch von abgepreßter Mehrarbeit erst materiell und subjektiv vorbereitet. Die propagandistische Kraft

Helmut Forster-Latsch

Chinas Aufbauerfahrungen

Immer noch von China lernen?

Mit einem Nationaleinkommen von 390 Yuan pro Kopf (1 Yuan entspricht ungefähr 1,20 DM; nach westlichen Berechnungen einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von 243 US-Dollar) im Jahre 1981 gehört die VR China an der internationalen Einkommensskala gemessen zu den „lower middle income developing countries“. Damit stellt sie ein „normales“ Entwicklungsland dar und liegt eine Stufe über den „low income countries“ der sogenannten Vierten Welt. Die chinesische Selbstbeschreibung: „Wir sind ein armes Land mit beginnendem Wohlstand“ dürfte damit in etwa zutreffend sein.

Wider- sprüchliche Ergebnisse der Entwicklung

Nach über 30 Jahren „sozialistischen Aufbaus“ versorgt sich die VR China heute im wesentlichen selbst mit Getreide. Ca. 350000 Industriebetriebe decken das gesamte Spektrum industrieller Produktion ab. Daneben gibt es auf dem Lande 767000 Kleinbetriebe, die in einigen Bereichen wie z.B. Baumaterialien, Textilien oder auch der Goldproduktion nicht unbedeutend am Gesamtausstoß beteiligt sind (Xu Dixin, 1982, S. 74).

der kapitalistischen Produktionsweise trug ihrerseits zur Auflösung der asiatischen Produktionsweise bei, die trotz aller Entwicklung nur Zyklen von Herstellung und Verfall des Zentralstaats zuließ und setzte damit die revolutionären und kollektiven Potenzen der bäuerlichen Massen der Dritten Welt frei – oder unterwarf sie der ursprünglichen Akkumulation. Sollte es so sein, wie Bahro in „Die Alternative“ deduziert, daß die staatsmonopolistische Tendenz als Wiederherstellung der „alten Despotie“ auf höherer Stufe, die allgemeine Tendenz im Weltmaßstab bildete, dann wäre dies jedenfalls keine Tendenz zum Sozialismus und zur Emanzipation der Arbeit. Aber so schlichtweg hat sich ja die Tendenz zum Staatsmonopolismus in der Sowjetunion oder anderswo nicht durchgesetzt. Seine Etablierung verlangte neben der Entmachtung der Arbeiter die gewaltsame Enteignung und Unterwerfung der Bauernmassen, die gerade erst der Oktoberrevolution ihre Stoßkraft verliehen hatten und in der neuen ökonomischen Politik zu den massenhaften Trägern der ökonomischen Entwicklung geworden waren. Einen vergleichbaren Vorgang, den „Stalinismus“, gibt es in der chinesischen Revolution nur als umstrittene Tendenz. Entsprechend gibt es auch keine Festigung des Staatsmonopolismus auf Basis der Enteignung und Entmachtung der bäuerlichen Massen wie der Arbeiterklasse. Die staatsmonopolistische Tendenz hat sich nur im von der Sowjetunion beherrschten Bereich durchsetzen können und welche Gegentendenzen sie dort noch wachrufen wird, muß man sehen nach den Entwicklungen in Ungarn, der CSSR und Polen. Jedenfalls ist nicht ausgemacht, ob die Entwicklung zum Staatsmonopolismus oder die Entwicklung zur freien Assoziation auf Basis vergesellschafteter Produktion die Haupttendenz dieser Epoche bildet.

Wie nun hängen die seinerzeitigen Überlegungen Bahros mit seinen jetzigen zusammen? Seinerzeit schätzte er die emanzipatorischen Potenzen gering, die der Kapitalismus entwickelt und freisetzt, und erklärte den Staatsmonopolismus als am Anfang und am Ende doppelt unvermeidliche Durchgangsstufe zum Sozialismus.

Dementsprechend gering schlug er die Bedeutung der europäischen Entwicklung, die den Staatsmonopolismus vermied, für die Befreiung der Menschheit an. Heute erklärt er schlichtweg die gesamte europäische Entwicklung seit dem Spätmittelalter und der Renaissance als einen Irrweg und will zur selbstgenügsamen Gemeinde zurückkehren. Die selbstgenügsame Gemeinde bildete aber immer schon die Grundlage der alten ökonomischen Despotie. Aus einer Apologetik des modernen Staatsmonopolismus als unvermeidbarer Durchgangsstufe der Emanzipation der Menschheit droht jetzt eine Verherrlichung der selbstgenügsamen Dorfgemeinde zu werden, wobei die „ökonomische Despotie“ unter der Hand zum Haltepunkt der Menschheitsgeschichte erklärt werden könnte, da allein stagnante Produktionsverhältnisse die Menschheit vor ihrer Selbstvernichtung bewahren.

Die leichthin gesagten Wörter von Abkoppelung geben den günstigen Boden dafür ab, daß mit dem „Ausstieg aus dem Industriesystem“ gleich allen Tendenzen der Vergesellschaftung im Weltmaßstab eine Absage erteilt wird, und damit auch der Möglichkeit, daß an die Stelle der Herrschaft des Kapitals nicht Zersplitterung und neue Herrschaft, sondern Assoziation der Menschen und Völker treten kann.

1 Dieter Senghaas: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/M. 1977; zur Kritik vgl. Thomas Hurttienne, Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung, in: Prokla 44 (Jg. 1981), S. 105 ff. und Michaela von Freyhold, Dependenztheorie/Dissoziationstheorie – oder Theorie der Produktionsweisen / Theorie der sozialen Kämpfe, in: Peripherie 5/6 (1981), S. 49 ff.

2 Damit ist der Bruch zwischen Exportsektor und dem Rest der Ökonomie gemeint.

3 Eine kritische Zusammenfassung einiger Studien der Senghaas-Schule über konkrete Entwicklungswege Chinas, Nordkoreas, Albanien und Kubas bietet Thomas Hurttienne in: Friedensanalysen 15, Frankfurt/M. 1982, S. 307 ff.; Hurttienne meint, die Ergebnisse dieser Studien müßten eigentlich zu einer Revision der Abkoppelungsstrategie führen.

4 Bahros Begriff zur Charakterisierung der „asiatischen Produktionsweise“ und des Staatsmonopolismus in: Die Alternative, Frankfurt/M. 1977

5 Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Sechs Vorträge über das Buch „Die Alternative“, in: Rudolf Bahro, „Ich werde meinen Weg fortsetzen“, Frankfurt/M. 1977, S. 22 f.

Andere Entwicklungsindikatoren machen deutlich, daß die VR China hinsichtlich des physischen Lebensstandards im Durchschnitt über dem Niveau der Länder der gleichen Einkommenskategorie liegt.

Die Lebenserwartung bei Geburt in der VR China stieg von 1949 mit 36 Jahren bis 1979 auf 64 Jahre, während das Durchschnittsland mit mittlerem Einkommen im Jahre 1950 bei 48 Jahren lag, also eine bessere Ausgangsbasis hatte, heute aber niedriger als China liegt. Dieser Erfolg Chinas ist auf verbesserte Leistungen im Erziehungswesen, Gesundheitswesen und vor allem auf die Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung zurückzuführen.

Die genauere Untersuchung einiger weiterer Kennziffern läßt jedoch erkennen, daß die Entwicklungsbilanz nicht so eindeutig positiv ist. So entsprach die Erhöhung des Getreideertrages in etwa nur dem Bevölkerungszuwachs, und zwar erhöhte sich der durchschnittliche pro-Kopf-Getreideertrag von 209 kg im Jahre 1949 auf 307 kg im Jahre 1956. 20 Jahre später lag er immer noch bei 307 kg. 1978 lag er bei 318 kg. Die Produktion an Baumwolle und an Pflanzenölen sank von pro Kopf 2,5 kg bzw. 6,6 kg im Jahre 1957 auf 2,3 kg bzw. 5,4 kg im Jahre 1978.

In den Jahren 1956–1976 stagnierte das Einkommen der Bauern, es wuchs insgesamt um 10,5 Yuan, d.h. weniger als 1 Yuan jährlich pro Kopf. 1978 lag es bei 74 Yuan, bei einem Viertel der Bauern unter 50 Yuan (Zahlen nach Beijing Rundschau 4/1983, S. 14).

Im gleichen Zeitraum hat sich die Produktivität der Landwirtschaft nur unwesentlich geändert. Betrug der output pro in der Landwirtschaft arbeitender Person im Jahre 1952 946,5 kg, so waren es 1957 1010 kg und 1977 1063 kg.

Nicht nur auf dem Lande, auch in den Städten stagnierte der Lebensstandard zwischen 1957 und 1977. Im Jahre 1977 waren die Reallohne um 6,6% unter dem Niveau von 1965 (Xu Dixin, 1982, S. 114).

Ein weiteres Indiz für das bis 1978 stagnierende Lebensniveau großer Teile der städtischen Bevölkerung in China nach dem 1. Fünfjahrplan (1953–1957) ist die Versorgung mit Wohnraum. Eine im Jahr 1978 durchgeführte Untersuchung in 182 Städten ergab, daß bedingt durch den Rückgang des Wohnungsbaus die Wohnfläche von pro Kopf 4,5 m² im Jahre 1952 auf 3,6 m² im Jahre 1978 fiel (Xu Dixin, 1982, S. 99).

Noch immer besteht ein großer Unterschied zwischen den entwickelten Regionen an der Küste im Osten und den weniger entwickelten Regionen im Westen, z.B. Tibet, Guizhou, Xinjiang. Vom 1981 erreichten industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoertragswert von 749 Milliarden Yuan (pro Kopf: 757) entfielen auf Shanghai 8,6% (pro Kopf: 5558 Yuan), während der Provinz Guizhou nur ein Anteil von 303 Yuan (1%) zukam. Shanghai liegt mit einem BSP pro Kopf von 1458 US-Dollar ganz oben, gefolgt von Tianjin mit 801 und Beijing mit 730 US-Dollar, während das Ende die Provinzen Guangxi mit 144, Tibet mit 133 und Guizhou mit 99 US-Dollar bilden (Machetzki, 1982, S. 649).

Zwar hat sich das Einkommensgefälle pro Kopf der Bevölkerung zwischen den entwickelten Schlüsselregionen und den großen hinterländischen Rückstandsgebieten absolut gesehen wesentlich langsamer als in vergleichbaren Entwicklungsländern vergrößert, doch weisen die Schlüsselgebiete Pro-Kopf-Einkommen auf, die international oberhalb der „take-off“-Grenze von 1000 US-Dollar liegen, während in den Rückstandsgebieten ein Pro-Kopf-Einkommen

von rund 200 US-Dollar (oder darunter) erzielt wurde. In der VR China variiert somit die Einkommenskala von „high development country“ bis „low income development country“ (vgl. Machetzki, 1980, S. 38).

Ende 1979 (einem Rekorderntejahr) wurden 12,4% der rund 2300 Kreise in China als „arme Kreise“ eingestuft, d.h. als Kreise mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen unter 50 Yuan je Kopf der Bevölkerung. Diese 283 Kreise, in denen der offiziell definierte Mindestversorgungsstandard seit Jahren nicht erwirtschaftet werden konnte, umfassen eine Gesamtbevölkerung von rund 99 Millionen. 81 Kreise mußten sogar als extrem arm eingestuft werden. Sie wiesen ein durchschnittliches Jahreseinkommen pro Kopf von weniger als 40 Yuan auf, d.h. es erfolgte in der Regel keine Bargeldauszahlung (vgl. Machetzki, 1982, S. 645). Schätzungsweise dürften 130–150 Millionen der chinesischen Gesamtbevölkerung nicht auf dem Niveau der Mindestversorgung leben. Nach parteiinternen Schätzungen aus dem Jahre 1980 galten ca. 200 Millionen in diesem Sinne als arm.

Als weiteres Problem kommt hinzu, daß sich in einigen Gegenden die ökologischen Ungleichgewichte infolge übermäßigen Abholzens von Wäldern, unsinnigen Urbarmachens von Weideland sowie unzumutbarer und rücksichtsloser Industrieansiedlung verschärften. Um nur ein Beispiel zu nennen: In der Provinz Yunnan ist die Waldfläche seit den frühen 50er Jahren von rund 50% auf 24% gesunken. Dies führte für Gebiete mit einer Gesamtbevölkerung von 4 Millionen zu örtlicher Klimaverschlechterung, Bodenerosion und Trinkwasserproblemen. Auch in den Provinzen Sichuan, Heilongjiang, Hainan, Ningxia Qinghai und Guangdong ist die Waldfläche zurückgegangen (vgl. dazu Machetzki, 1982, S. 643).

So bietet das Entwicklungsmodell China nach über 30 Jahren ein widersprüchliches Bild: zum einen durchaus beachtliche Ergebnisse, zum anderen wurde ein hoher Preis dafür bezahlt. Es drängt sich die Frage auf, ob dies unvermeidlich war. Meine These ist, daß dies der Preis war, den das chinesische Volk zahlen mußte für Übernahme des sowjetischen Industrialisierungsmodells, d.h. einseitig forcierte Entwicklung der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft. Nicht der 1. Fünfjahrplan 1953–1957 entsprach dem sowjetischen Entwicklungsweg, sondern der Große Sprung nach vorn (1958–1960), die Kulturrevolution einschließlich der Politik Hua Guofengs (1966–1978). Mao Zedongs chinesischer Weg des sozialistischen Aufbaus war nichts anderes als der Moskaus, die von Mao Zedong propagierte „ununterbrochene Revolution“ war nichts anderes als eine „linke“ Variante des stalinistischen Industrialisierungsmodells.

Ausgangsbedingungen und strategische Entscheidungen

China war 1949 mit einem BSP pro Kopf von ca. 50 US-Dollar eines der ärmsten Länder der Welt. In der Landwirtschaft herrschten feudale Besitzverhältnisse vor. Die Ausbeutungsrate war extrem hoch, und die Landwirtschaft konnte kaum ein nennenswertes Mehrprodukt erwirtschaften. Industrie und Handwerk trugen nur mit ca. 15% zum Sozialprodukt bei, die Landwirtschaft mit 65%. Die moderne Industrie bildete 1949 nur einen kleinen Prozentsatz der Volkswirtschaft. Vor allem mangelte es an einer eigenen schwerindustriellen Basis (1949 wurden 158000 t Stahl produziert). Dominierender Sektor innerhalb

der Industrie war die Leichtindustrie, die, überwiegend in ausländischem Besitz, vorwiegend in den Küstengebieten angesiedelt war. Die Produktion der Industrie war auf die Bedürfnisse imperialistischer Staaten ausgerichtet. In der chinesischen Volkswirtschaft herrschten große Ungleichgewichte. Es existierte ein Dualismus von moderner und traditioneller Produktion, der Fortschritt geballt in den Küstenstädten, das Land extrem rückständig. China war allerdings nie eine Kolonie mit Monokultur. Vor 1949 importierte China im wesentlichen Konsumgüter und exportierte Primärprodukte (vgl. Kraus, 1978, S. 28 f.; Xu Dixin, 1982, S. 2 f.).

Mehrere Entwicklungsmöglichkeiten waren nach 1949 denkbar: a) vorrangige Entwicklung der Landwirtschaft und Konzentration auf den Export von Agrargütern; im Austausch wären dann die industriellen Konsumgüter importiert worden; b) vorrangige Entwicklung der Leichtindustrie und Export von leichindustriellen Gütern, um im Austausch industrielle Ausrüstungen und Landwirtschaftsprodukte zu erhalten. Da diese beiden Entwicklungsmodelle Chinas Abhängigkeit vom Weltmarkt nicht aufgehoben, sondern verstärkt hätten und damit auch die Lösung des Ernährungsproblems fraglich erschienen wäre, galten diese Strategien innerhalb der KP China als unrealistisch. Zudem hätten sie die erreichte politische Unabhängigkeit nicht ökonomisch untermauert. „Die einzige Antwort bestand darin, die eigene Landwirtschaft zu entwickeln, um unsere eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Darüberhinaus hätten wir ohne Schwerindustrie nicht unser eigenes einheimisches Angebot an industrieller Ausrüstung entwickeln können, das für die technologische Transformation der Wirtschaft benötigt wurde; noch hätten wir eine eigene Verteidigungsindustrie errichten können. Kurz, wir konnten uns nicht auf den Außenhandel als Hauptquelle von Nahrungsmitteln, Rohmaterialien und industriellen inputs verlassen. Wären wir so verfahren, hätte dies unsere Fähigkeit zu einer unabhängigen Industrialisierung beeinträchtigt.“ (Xu Dixin, 1982, S. 57)

Zu Beginn des ersten Fünfjahrplans im Jahre 1953 gab es innerhalb der KP China Positionen, die meinten, daß angesichts der Existenz der Sowjetunion und der anderen Volksdemokratien eine rasche Industrialisierung nicht vonnöten sei. Dies wurde von der Mehrzahl der Mitglieder der KP China mit der Begründung abgelehnt, daß nur eine sozialistische Industrialisierung, d.h. Transformation der Produktionsverhältnisse bei gleichzeitiger Schaffung einer eigenen Schwerindustrie, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit garantieren könne.

Diese strategische Entscheidung ermöglichte es der VR China, bis heute allen ausländischen Pressionen standzuhalten und jetzt mit beiden Supermächten auf gleichberechtigter Grundlage verhandeln zu können. Zum Problem wurde jedoch die Entscheidung, wie diese Industrialisierung durchzuführen sei. Um die Schwerindustrie zu entwickeln, mußte ein innerer Markt geschaffen werden. Da die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Lande lebte, konnte dieser nur dort entstehen. Die zersplitterten kleinbäuerlichen Bodenbesitzverhältnisse, die die im Jahre 1953 beendete antifeudale Landreform als Ergebnis hatte, konnten weder ein entsprechendes Mehrprodukt für die Akkumulation in der Schwerindustrie zur Verfügung stellen, noch bildeten sie einen Absatzmarkt für schwerindustrielle Güter. Aus diesem Grunde mußte die Industrialisierung von vornherein von einer sozialistischen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande begleitet sein. Im Kern ging es (und geht es auch heute noch) darum, ein solches Verhältnis der drei großen volkswirtschaftlichen Sektoren zueinander zu fin-

den, das eine Industrialisierung ermöglicht, die die nationale Unabhängigkeit garantiert und dabei nicht auf Kosten der Bauern geht, sondern im Gegenteil mit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität auch das Einkommen der Bauern fördert. Die richtige Anordnung der verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren zueinander entsprechend den konkreten wirtschaftlichen Gegebenheiten ist damit gleichzeitig auch entscheidend für die Herstellung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern auf einer neuen Grundlage. Dieses Bündnis ist der eigentliche Garant der politischen Unabhängigkeit.

Großer Sprung ins Mißverhältnis

Im 1. Fünfjahrplan (1953 – 1957) wurden die Grundlagen für die schwerindustrielle Basis gelegt, deren Kern 156 mit sowjetischer Hilfe errichtete Großprojekte waren. Gleichzeitig damit wurden die Industrie, das Handwerk und die Landwirtschaft sozialisiert. Hierdurch war Ende 1957 die Basis für die zukünftige Industrialisierung gelegt. Im 1. Fünfjahrplan herrschte ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion (24,5% respektive 75,8% des Nationaleinkommens). Die Wachstumsraten der Industrie betragen 18%, der Landwirtschaft 4,5% und der Leichtindustrie 11%. Eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards war die Folge. Auch die Verteilung der Investitionen war aus heutiger Sicht betrachtet angemessen: 71,7% für die Produktion, während 28,3% auf die nichtproduktive Sphäre und 9,1% auf den Wohnungsbau entfielen. (Erst 1979 stieg der Anteil für den Wohnungsbau auf 14,8% und 1980 auf 20%.)

Gegen Ende des 1. Fünfjahrplans wurde es notwendig, die Schwerindustrie insgesamt auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft auszurichten, denn diese war (China produzierte den ersten Traktor 1958!) hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben und nicht in der Lage, die anderen Sektoren mit Rohstoffen bzw. Lebensmitteln entsprechend zu versorgen. Die Ausrichtung des schwerindustriellen Sektors auf seine eigenen Bedürfnisse mußte aufgegeben werden. Auf dem 8. Parteitag 1956 wurde für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ein Industrialisierungsmodell festgelegt, welches Mao folgendermaßen umriß: „Ist euer Wunsch, die Schwerindustrie zu entwickeln, echt oder vorgetäuscht, ist er brennend oder lau? Falls euer Wunsch nur vorgetäuscht oder lau ist, dann geht ihr auf die Landwirtschaft und die Leichtindustrie los und investiert weniger in sie. Wollt ihr aber wirklich die Schwerindustrie entwickeln, ist dies euer brennender Wunsch, dann werdet ihr der Landwirtschaft und der Leichtindustrie große Aufmerksamkeit schenken, damit mehr Getreide da ist und die Leichtindustrie noch mehr Rohstoffe zur Verfügung hat, damit noch mehr akkumuliert wird. Dann werden in Zukunft auch mehr Mittel in die Schwerindustrie investiert werden können.“ (Mao, Werke V, S. 323) Dieses Modell bildete die Grundlage für den 2. Fünfjahrplan (1958 – 1962). Es beinhaltete der Konzeption nach bereits die Idee des „Auf-beiden-Beinen-gehens“, der Simultanentwicklung der verschiedenen Bereiche. Das dann aber 1958 im wesentlichen von Mao Zedong entwickelte Konzept des Großen Sprungs nach vorn, das zum einen eine sprunghafte Entwicklung des schwerindustriellen Sektors und zum anderen eine rasche Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in Richtung Kommunismus ungeachtet der materiellen Basis beinhaltete, sollte zwar die endlich gefundene Alternative zum sowjetischen Entwicklungsmodell darstellen. Es blieb mit kürzeren Unterbrechungen 1964 – 65 bis zum Jahre 1978

gültig. In Wirklichkeit stellte es eine Neuauflage des sowjetischen Modells dar. Dies geht aus folgenden Punkten hervor.

1. Bei der Verteilung des Nationaleinkommens lag das Schwergewicht auf der Akkumulation zuungunsten der Konsumtion. Im 2. Fünfjahrplan stieg die Akkumulationsrate auf 30,8% (1959 und 1960 sogar auf 40%). Im 1. Fünfjahrplan lag sie bei 24,8%. Angesichts des insgesamt niedrigen Niveaus der chinesischen Volkswirtschaft bedeutete dies einen überhöhten Abzug an Konsumtionsmitteln. Zwischen 1970 und 1978 betrug die Akkumulationsrate im Durchschnitt 33%, 1978 allein über 36%.
2. Die Planung ging nicht von den Konsumtionsbedürfnissen der Bevölkerung aus, sondern von der Heraufsetzung einer bestimmten Anzahl von Hauptprodukten. Im Zentrum standen dabei die Kennziffern der Schwerindustrie. Zuerst kamen Schwer- und Leichtindustrie und dann erst die Landwirtschaft und nicht umgekehrt, wie es noch der 8. Parteitag gefordert hatte.
3. Die Verwendung des Akkumulationsfonds betonte die produktive Akkumulation und vernachlässigte die nichtproduktive. Zwischen 1966 und 1978 stiegen die Investitionen im produktiven Bereich auf über 85%, entsprechend fiel der Anteil für den nichtproduktiven. Die Folgen waren eine Überlastung des öffentlichen Verkehrs, Wohnungsnot etc.
4. Bei der Verteilung der produktiven Akkumulation wurde das Schwergewicht auf die Schwerindustrie gelegt. Von den akkumulierten Investitionen zwischen 1952 und 1979 in Höhe von ca. 630000 Millionen Yuan erhielt die Landwirtschaft nur 12%, die Leichtindustrie 5%, die Schwerindustrie jedoch über 50%. Der Metallurgie kamen allein 10% zu gute, doppelt so viel wie der Leichtindustrie insgesamt.

Die innere Struktur der Schwerindustrie war dazu auch noch auf ihre eigenen Bedürfnisse ausgerichtet.

1978 gingen 29% der Stahlerzeugnisse an den Maschinenbau, 15,5% an die Landwirtschaft und in Landmaschinenreparaturen, 11,7% in die Leichtindustrie. 11,5% des Stromverbrauchs entfielen auf die Landwirtschaft, 12,8% auf die Leichtindustrie und 53,7% auf die Schwerindustrie. 1972 gingen nur 6,1% aller von der Schwerindustrie hergestellten Maschinen in die Leichtindustrie, 1976 sogar noch weniger: 2,1%. Obgleich die von der Schwerindustrie der Leichtindustrie zur Verfügung gestellte Rohstoffmenge in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat (1978 war ihr Anteil am Produktionswert der Leichtindustrie 30% gegenüber 15% in den ersten Jahren) deckt sie nicht den Bedarf.

5. Infolge des überzentralisierten Verwaltungssystems und der ausschließlichen Rechenschaftspflicht nach oben kümmerten sich die meisten Betriebe nur um die mengemäßige Planerfüllung, nicht jedoch um die Qualität.

Krise und Kurskorrektur

Die Überakkumulation in der Schwerindustrie führte periodisch zu krisenhaften Einbrüchen, und zwar 1959–1961, 1967–1969, und vor allem 1974 und

1976. 1976 war das Jahr der schwersten ökonomischen Krisen der VR China seit 1949. Dies bildete auch den Hintergrund für den Sturz der „Viererbande“, welche die Hauptexponenten dieses Industrialisierungsmodells waren.

Die „neue Qualität“ gegenüber dem stalinistischen Industrialisierungsmodell bestand darin, daß auf dem Land Privatparzellen, diversifizierter Anbau, ländliches Nebengewerbe als kapitalistisch galten, ebenso Prämien und Leistungsentlohnung in den Betrieben.

Dies lief auf eine direkte Senkung des Konsumtionsniveaus der Bevölkerung hinaus.

Nach dem Sturz der Viererbande im Jahre 1976 versuchte die Fraktion um Hua Guofeng aus dem ökonomischen Krise just mit dem Konzept herauszukommen, das zu ihr geführt hatte: subjektivistisch hohe Festlegung von Plankennziffern und einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie.

Die Neuerung gegenüber dem Großen Sprung nach vorn (1958–1960) bestand darin, daß man sich dieses Mal im wesentlichen auf den Import ausländischer Technologie stützen wollte. Daraus wäre nicht nur eine erneute Krise infolge Überakkumulation bei der Schwerindustrie gefolgt (die sich bereits 1979 abzeichnete), sondern auch eine zunehmende Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung vom Ausland. Zudem hätten der Lebensstandard und die Konsumtion der Bevölkerung, insbesondere der Bauern, weiterhin stagniert. Die Hua-Guofeng-Gruppe, welche die politische und wirtschaftliche Linie des Großen Sprungs fortsetzen wollte, konnte bei der Bevölkerung auf keine Unterstützung mehr rechnen. Die Deng-Xiaoping-Gruppe innerhalb der KP China setzte sich durch. Sie machte mit dem ernst, was schon 1956 gefordert worden war: Die gesamte Volkswirtschaft sollte auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Bauern ausgerichtet werden, was vor allem beinhaltet, daß der Produktionsmittel produzierende Sektor auf den Bedarf der Landwirtschaft zuzuschneiden ist. Hierauf basierend werden Reformen durchgeführt, welche die negativen Auswirkungen des sowjetischen Industrialisierungsmodells während des Großen Sprungs und der Kulturrevolution (bürokratische Überzentralisierung, übertriebener Kollektivierungsgrad etc.) aufheben sollen. Mit diesem neu definierten Entwicklungsziel kann das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern wieder konsolidiert und können die vielen noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und großen Rohstoffquellen mobilisiert werden. Zudem kann auf dieser Grundlage eine Außenhandelsstrategie verfolgt werden, die zum einen Technologie-Importe in den Bereichen vorsieht, die hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben (das sind gegenwärtig vor allem der Energie- und Transportsektor; in beschränktem Umfang auch Konsumgüter) und zum anderen auch eine Steigerung des Exportwachstums, um die notwendigen Importe finanzieren zu können. Die Alternative kann nicht die völlige Autarkie sein, ein Abkoppeln vom Weltmarkt oder andererseits eine vollständige Öffnung zum Weltmarkt hin, sondern eine Entfaltung von außenwirtschaftlichen Beziehungen auf der Basis einer an den Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere der Bauern, orientierten Entwicklung.

Vielleicht sollte ausgehend von dieser Überlegung auch die inzwischen in weiten Teilen der westdeutschen Linken vorherrschende theoretische Abstinenz gegenüber der VR China aufgegeben werden. Die VR China als Beispiel dafür, worauf bei Untersuchungen von Entwicklungsmöglichkeiten von Ländern der Dritten und Vierten Welt zu achten ist, und nicht, wie zuvor häufig gedacht, als hundertprozentig nachzuahmendes Vorbild!

Angeführte Literatur:

- Kraus, Willi: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China, Berlin/Heidelberg/New York, 1979
- Machetzki, Rüdiger: Entwicklungsmacht China, Hamburg 1980
- Machetzki, Rüdiger: Natürlicher Wirtschaftsraum und Regionalwirtschaften in der VR China, in: China aktuell, November 1982, S. 642–654
- Mao Zedong: Über die zehn großen Beziehungen (25. April 1956), in: Ausgewählte Werke Band V, Beijing 1978, S. 320–346
- Xu Dixin + Others: China's Search for Economic Growth, Beijing 1982

Ist der Krieg unvermeidlich? Und wer bedroht am meisten den Frieden?

Interview von Rossana Rossanda mit Samir Amin

Dieses Interview wurde in der Zeitung *il manifesto* am 7./8.10.1981 veröffentlicht. Amin entwickelte seine Vorstellungen über die beiden Supermächte, die von ihnen ausgehende Kriegsgefahr und die Chancen einer von den beiden Supermächten unabhängigen Politik Europas und der Dritten Welt. Samir Amin ist einer der bekanntesten afrikanischen Ökonomen und Politologen. Veröffentlichung u.a.: *Die ungleiche Entwicklung*, Hamburg 1976.

Samir Amin: Ich würde vorschlagen, das Gespräch nach drei Punkten zu strukturieren: 1. Wie ist der Freiraum der Nationen und Völker gegenüber den beiden Hegemonisten zu vergrößern; und in diesem Rahmen: Analyse der Zweideutigkeiten der Rechten und Linken. 2. Ist der Krieg heute unvermeidlich? Und wenn nicht, was tun? 3. Welche Politik könnte Europa heute machen, um seiner Autonomie einen konkreten Inhalt zu geben und um die Autonomie anderer, besonders von Ländern der Dritten Welt, zu fördern? Als erstes müßte man vielleicht klarstellen, ob wir uns darüber einig sind, daß in der jetzigen Phase die Linke im Weltmaßstab – und damit meine ich nicht nur die erklärten Sozialisten – sich als Hauptziel setzen muß, die Freiräume zwischen den Supermächten zu vergrößern, trotz aller sozialer Widersprüche, die eine solche Sphäre der Autonomie mit sich bringen kann. Und zwar meine ich: Autonomie gegenüber USA und Sowjetunion, die ich damit auf die gleiche Ebene stelle.

Rossanda: Mit „der Linken“ meinst Du also einen im wesentlichen demokratischen Block, der die nationale Unabhängigkeit verteidigt, und nicht einen Block, der sich auf den Standpunkt einer Klasse stellt?

Richtig, obwohl meiner Meinung nach die Vergrößerung jener Freiräume eine der Bedingungen, vielleicht die wichtigste, für die Entwicklung der Klassenkräfte ist, und zwar im Westen wie in Osteuropa wie auch in der Dritten Welt. Was ich unbedingt sagen will, ist dies: Man darf nicht mehr an die Illusion glauben, eine der beiden Supermächte wäre irgendwie besser, strategisch oder traktisch gesehen, als die andere, aufgrund einer fiktiven Klassifizierung des Charakters, der Qualität oder der Schwächen der einen oder anderen. Man muß aufhören – das sage ich ganz absichtlich – die Sowjetunion zu betrachten als Träger von Veränderungen, die in irgendeiner Weise noch sozialistischen Charakter hätten. Man muß aufhören zu glauben, im sowjetischen System gäbe es noch irgendeine Spur von Sozialismus.

Daß dem nicht mehr so ist, zeigen im übrigen überdeutlich die Ereignisse in Polen: auf der einen Seite steht eine Arbeiterklasse, ein Volk, und auf der anderen Seite eine Partei mit ihren Verbündeten, die sich ganz offen als Besitzer der Produktionsmittel und als Arbeitgeber darstellen und die sich zu fragen scheinen, aufgrund welcher bizarren Überlegungen diese verdammten Arbeiter ausgerechnet die Macht wollen. Also: Hängen wir nicht mehr der Nostalgie nach,

verwischen wir nicht mehr den sozialen Charakter der UdSSR, halten wir uns an die Abschlußbilanz, die insgesamt negativ und nicht positiv ausfällt. Wenn es Unterschiede gibt – und es gibt sie tatsächlich – zwischen der sowjetischen Gesellschaft und der Gesellschaft des traditionellen Kapitalismus, dann heißt das nicht, daß die Sowjetgesellschaft deswegen sozialistisch ist.

Darf ich Dich unterbrechen? Ich stimme Deiner Meinung über die SU zu. Aber ist Dein Urteil über die Rolle, die sie insgesamt im sozialen Leben seit 1917 gespielt hat, auch so drastisch?

Ich sage nicht, daß die SU niemals sozialistische Charakteristika oder Zielsetzungen gehabt hätte. Ich rede von der jetzigen Lage, die ja übrigens schon irreversibel scheint. Die letzten Reformversuche gehen auf Chruschtschow zurück, darüber hat man sich viele Illusionen gemacht, sie sind aber nicht zufällig gescheitert. Das sowjetische System hat nicht mehr die Möglichkeit, sich in Richtung auf Sozialismus zu verändern. Zusammenfassend: Es ist Unsinn, die eine oder andere Supermacht unter Berufung auf globale, strategische oder taktische Ziele für besser oder schlechter zu erklären. Die eine wie die andere zielt ausschließlich daraufhin ab, ihre Herrschaft über die Völker ihres Lagers aufrechtzuerhalten bzw., wenn möglich, dieses Lager zu vergrößern.

Noch eine Klarstellung. In der jungen italienischen Linken wie auch in der Dritten Welt wird häufig die Position vertreten, daß die SU – auch wenn man sich keine Illusionen über ihren sozialistischen Charakter machen darf – aufgrund ihres Widerspruchs zu den USA objektiv die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen würde.

Darauf wollte ich eben zu sprechen kommen. Denn wir sind heute, meiner Einschätzung nach, in einer Phase, wo die Frage, wer der unmittelbare Hauptfeind ist, abhängig von den konkreten und örtlichen Bedingungen im einen oder anderen Teil der Welt. Es ist ja offensichtlich, daß die polnischen Werktätigen jetzt von der SU und nicht von den USA bedroht werden, während die Bauern von Nicaragua jetzt nicht von sowjetischer Beherrschung bedroht sind, sondern sich von der amerikanischen befreien. In Westeuropa ist die Situation komplizierter. Die Beherrschung erfolgt in der Form nationaler kapitalistischer Machtbeziehungen, es gibt nicht die Bedrohung einer globalen amerikanischen Herrschaft und auch nicht die unmittelbare Gefahr eines sowjetischen Einmarsches. Das Bild ist komplizierter und gleichzeitig auch konfuser, in dem Sinn, daß

für Europa der eine wie der andere als Feind erscheint, und gleichzeitig in Wirklichkeit weder der eine noch der andere; wenigstens kurzfristig gesehen. Das sollte nicht heißen, daß Europa nicht äußerst wachsam sein müßte, sowohl gegenüber Reagans Versuch, aus Europa einen Vorposten zu machen, als auch gegenüber Breschnews Versuch, die Kräfte, die sich dem entgegenstellen, für seine eigenen Ziele einzuspannen. Wenn ich die Telegramme sehe, die Breschnew an die westlichen Friedensbewegungen schickt, dann muß ich mich schon fragen, welche Fehler diese begangen haben oder zumindest welche taktischen Schwächen sie haben. Und außerdem muß ich mich fragen: Wie wird das auf die polnischen Arbeiter wirken, wenn sie hören, daß der, der sie direkt bedroht, ein Verbündeter der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte im Westen ist, oder sich als solcher ausgibt oder als solcher ohne Widerspruch eben dieser demokratischen Kräfte auftreten darf. Verstehen wir uns richtig: Ich will damit nicht sagen, die Bewegung für den Frieden und gegen die Nato-Nachrüstung müßte aufhören. Ich sage schlicht und einfach, es ist wirklich schwierig, mit klarem Bewußtsein und ohne jeden Zynismus einen Kampf gegen beide Hegemonisten zu führen – und nicht nur gegen einen – zum, wenn auch ungewollten, Nutzen des anderen.

Das trifft auch, wenn auch unter geänderten Vorzeichen, auf die Länder der Dritten Welt zu. Wenn einzelne Völker sich gegen die amerikanische Beherrschung erheben, dann können sie dazu verleitet werden – das ist psychologisch und moralisch verständlich – die SU für einen ehrlichen Verbündeten zu halten. Und gleichermaßen könnten sich die polnischen Werktätigen und die afghanischen Bauern Illusionen über die Ehrlichkeit eines Freundes wie Reagan machen. Es ist fast unvermeidlich, daß die sich entwickelnden Widersprüche im Inneren der beiden Blöcke Illusionen dieser Art nähren; es bleibt zu hoffen, daß nicht gerade die bewußtesten politischen Kräfte darauf hereinfallen.

Was die SU betrifft und die Linke, so gibt es da eine lange Geschichte; über die man einmal abrechnen muß.

Ja, man muß sich fragen, warum wir heute an diesem Punkt sind. Das war ein halbes Jahrhundert lang nicht so. Ein halbes Jahrhundert lang sind – unabhängig von der inneren Entwicklung der UdSSR – die Konflikte zwischen den Staaten wenigstens bis zu einem gewissen Punkt zusammengelassen mit dem Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Das war

mehr oder weniger so bis in die sechziger Jahre. Daher die Tatsache – die uns damals ganz normal schien –, daß die Linke in ihrer Gesamtheit philosophisch und zumindest antiamerikanisch war und die Rechte das Gegenteil.

Ich denke da an die Argumentation Sartres in „Die Kommunisten und der Frieden“.

Genau. Aber heute hat das Zusammenfallen der beiden Lager aufgehört. Und so kommt es vor, daß es in der Rechten und in der Linken philosophische oder antiamerikanische Standpunkte gibt und umgekehrt. Warum ist dieses Schema, das ein halbes Jahrhundert lang Bestand hatte, geplätzt? Ich glaube, die korrekteste Antwort ist die: Weil beide Hegemonismen in die Phase des Abstiegs eingetreten sind. Der doppelte Monolithismus, der das Ende der Fünfzigerjahre kennzeichnete, mit der härtesten Zeit des kalten Krieges, zwang alle, ob sie wollten oder nicht, für das eine oder andere Lager Stellung zu beziehen. Man war für Stalin oder McCarthy, etwas anderes gab es nicht. Aber das war deswegen so, weil jede der beiden Großmächte eine wirkliche Hegemonie über ihren Block hatte: nicht nur militärisch, sondern politisch, wirtschaftlich, ideologisch. Heute unterliegen beide Monolithismen einem Zersetzungsprozeß. Was den westlichen Block betrifft, so ist auch Europa nicht mehr in jenem Zustand der absoluten Abhängigkeit, in dem es sich gegenüber den USA befand, es hat gewisse Möglichkeiten für eine eigenständige Politik auf allen Gebieten, es gibt Interessenkonflikte zwischen seinem Kapitalismus und dem amerikanischen (und das trifft auch auf Japan zu), die wirklich sind. Ganz zu schweigen von den Konflikten zwischen den Nationen im Zugang zu den Rohmaterialien und zur Energie und von den grundlegenden Interessen der Völker. (...)

Schauen wir uns jetzt aber kurz an, wie sich der Niedergang des anderen Lagers, der SU, darstellt. Bis vor kurzem hätten sich nur wenige darauf zu wetten getraut: wenn irgend etwas nach Mao ein für alle mal begraben schien, dann der Maoismus. Aber ganz im Gegenteil, genau heute bricht die Volksrevolte im Osten aus, in unerwartetem Maßstab, mit den Ereignissen in Polen, und der Revisionismus ist in die Defensive gedrängt. Übersieh nicht, daß die Ereignisse in Polen das ganze System betreffen: Die osteuropäischen kommunistischen Parteien, die zwar schon eine ganze Zeit lang keine Arbeiterparteien waren, konnten doch glauben, die Arbeiterklasse zu vertreten – die selbst noch jung, schwach, unfähig zur Vertretung ihrer eigenen Interessen sein sollte –, und heute stehen sie ihr direkt gegenüber und müssen sich offen darstellen als Vertreter einer herrschenden Schicht. Daher kommt der ideologische und politische Bruch dieses Systems, der sich sehr rasch entwickeln wird. Die Krise des Revisionismus ist äußerst tiefgehend und wird meiner Meinung das charakterisierende Element in den nächsten Jahren sein.

Wie ist es Deiner Meinung nach zu diesem Umbruch gekommen?

Ich glaube, das sowjetische soziale System hat sich in einer ersten Phase der Akkumulation als relativ effizient erwiesen; nicht nur aus sozusagen technischen Gründen (das Modell der Indu-

strialisierung bestand ja schon, man mußte nur in der UdSSR das in Gang setzen, was der Kapitalismus anderswo schon geleistet hatte), sondern aus politischen Gründen. Genauer gesagt: Es bestand die Möglichkeit, diese Entwicklung durch brutale Tributzahlungen der Bauern zu finanzieren, mit Zustimmung einer Arbeiterklasse, die sich erst kürzlich gebildet hatte, und deren Niveau nur wenig höher lag als das des Landes, von dem sie gekommen war. In dieser ganzen Zeit tolerierten die Arbeiter, daß die kommunistische Partei und der Staat in ihrem Na-

„Wenn ich die Telegramme sehe, die Breschnew an die westlichen Friedensbewegungen schickt, dann muß ich mich schon fragen, welche Fehler diese begangen haben oder zumindest, welche taktischen Schwächen sie haben.“

men sprach. Später wurden sie dann nicht mehr gefragt. Aber später zeigte sich auch, daß dieses System unfähig war, zu jener intensiven Akkumulation überzugehen, die etwas mehr, ich sage nicht: Konsens, sondern auch Teilnahme der Arbeiter, gebraucht hätte. Es bedurfte eines Arbeiterstaates, getragen von einer reifen Arbeiterklasse. Daran sind Chruschtschows Reformen gescheitert: eine wirkliche Reform hätte eine tiefgreifende Umwälzung der politischen und sozialen Strukturen des Landes bedeutet, das Ende des früheren Kompromisses, die Abschaffung der Ausbeutung und Entfremdung. Allerdings hat man auch noch nie von einer herrschenden Klasse gehört, die kollektiv Selbstmord begangen hätte. Und daher ist der Revisionismus heute in einer ökonomischen Zwangsjacke und einem inneren, politisch nicht ausgedrückten Widerspruch befangen, die ihn blockieren. Er steckt in einem äußerst gefährlichen Teufelskreis. Denn das drängt ihn zu brutalen Lösungen militärischer Art als die wahrscheinlich einzigen Antworten, die dieses System noch geben kann.

Die Krise der beiden Blöcke ist also etwas Positives und gleichzeitig eine Gefahr?

Mittel- und langfristige ist sie außerordentlich positiv, denn sie wird im Weltmaßstab, und speziell in Europa, eine Paralyse beenden, die schon viel zu lang gedauert hat. Es war in der Tat unmöglich, für den Sozialismus zu kämpfen, ohne sich früher oder später auf die SU zu stützen, und das wiederum bedeutete gleichzeitig eine grundlegende Beschränkung im Aufbau des Sozialismus. Das trifft zu auf die Kämpfe der westlichen Arbeiterbewegung wie auch auf die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt: Auch für

sie gab es keinen Weg zu einer konsequenten antiimperialistischen Aktion, ohne daß sie sich schließlich im sowjetischen Lager gefunden hätten, dessen Unterstützung sie explizit anfordern mußten – und dafür erhielten sie dann einen Abklatsch des innenpolitischen Modells sowie Marschbefehle in der internationalen Strategie.

Aber kurzfristig schaut die Sache anders aus. Es ist gerade die Zersetzung der beiden Blöcke, die, kurz gesagt, eine wirkliche Kriegsgefahr bringt, und zwar, ich sage das ganz deutlich, erstmals seit 1945. Ich glaube nämlich nicht, daß eine wirkliche Kriegsgefahr in der Zeit des Kalten Krieges bestand: Damals hauierten die beiden Großen mit dem Gespenst des Krieges in der Form der Aggression des jeweils anderen, um die eigenen Truppen zu disziplinieren, aber der *modus vivendi* war klar abgesteckt auf der Karte von Jalta, da gab es nichts zu rütteln. Folglich war die Gefahr eines großen Krieges in Wirklichkeit sehr klein. Heute dagegen führt der Verlust der Kontrolle über die gesellschaftlichen Ereignisse in jedem der beiden Blöcke dazu, daß die beiden Hegemonialmächte fürchten, der jeweilige Gegner würde die Widersprüche und Risse im eigenen Block zu seinem Vorteil ausnützen. In ihrer Logik sehen sich die Sowjets bedroht von einem eventuellen Verlust Polens, so wie Reagan durch die mögliche Entwicklung eines Landes wie Nicaragua.

Oder durch den Verlust der relativen Kontrolle über Europa?

Sicher. Aber noch eine Bemerkung. Es gibt keine genaue Symmetrie im Prozeß der Degeneration der beiden Hegemonismen, weil es sich eben nicht um ganz ähnliche Gesellschaftssysteme handelt, die nicht auf dem gleichen Entwicklungsstand stehen und nicht von der gleichen politischen Ordnung aufrechterhalten werden. Mir scheint, der amerikanische Niedergang zeichnet sich gerade erst ab, ist noch lange nicht vollendet – man kann sagen, er ist eine grundlegende historische Tendenz und wird sich in den nächsten Jahrzehnten abspielen – aber er bedroht noch nicht die lebenswichtigen Ganglien (Nervenzentren) des Systems. Die wirtschaftliche Überlegenheit der USA, ihre Fähigkeit, ihre Interessen in großen Gebieten wie in Lateinamerika stark und effizient zu vertreten, sorgen dafür, daß das amerikanische Imperium den Beginn seines Niedergangs im Weltmaßstab mit relativem Phlegma betrachten kann. So wie das England des ausgehenden 19. Jahrhunderts, das seinen Niedergang erlebte, ohne deswegen zum hauptsächlichsten Kriegstreiber zu werden. Das ist natürlich eine optimistische Sicht der Dinge, behaftet mit einigen Unsicherheitsfaktoren: gewisse Reaktionen der Reagan-Regierung, ihre Versuche, die uneingeschränkte Hegemonie sofort wiederherzustellen, können zu Konflikten und Reaktionen führen, die den Übergang zu einer multipolaren Welt verzögern. Aber, kurz gesagt, die USA haben verschiedene Strategien, aus denen sie auswählen können, ihre Stärke ermöglicht ihnen das.

Der Niedergang der UdSSR dagegen scheint mir viel gefährlicher, weil die Krise des Revisionismus viel schwerwiegender ist. Und weil es keinen Ausweg gibt, kann die herrschende Klasse der SU nicht einmal auf dem Status quo stehen bleiben. Sie ist unfähig, eine Lösung für die

grundlegenden inneren Probleme zu finden, gleichzeitig ist sie militärisch äußerst stark und das kann sie dazu verführen, kurzfristig den einzigen Vorteil, den sie hat, auszuspielen: eben die militärische Karte. Andre hat sie nicht: Die ideologische Attraktivität hat sie seit langem verloren, ihre Fähigkeit zur wirtschaftlichen Unterstützung der Verbündeten und Vasallen hat sich als offensichtlich mickrig erwiesen.

Um so mehr, als ja nicht gesagt ist, daß dieser militärische Vorteil immer bestehen bleibt.

Genau. Heute wird viel darüber geschwafelt, ob die SU nun den USA militärisch überlegen sei oder nicht. Meiner Meinung nach lenkt das vom Hauptpunkt der Überlegungen ab. Denn die beiden Streitparteien sind sich einig darin, anzuerkennen, daß spätestens seit den Sechzigerjahren die UdSSR einen militärischen Gleichstand mit den USA erreicht hat: diese beiden Mächte sind die einzigen, die eine sozusagen planetarische Militärpolitik verfolgen können, und die einzigen, die einander direkt und global bedrohen können. Auf dem einen oder anderen Gebiet mag die eine sektorale Überlegenheit über die andre haben – aber insgesamt, und das ist die neue Erscheinung in den letzten 20 Jahren, hat die SU so aufgerüstet, daß sie sich zuallermeinst auf gleicher Ebene mit ihrem Partner/Gegner befindet. Aber gerade die Tiefe ihrer Krise, viel schwerwiegender als die der USA, führt dazu, daß die SU nicht glauben kann, diesen Vorteil ewig zu behalten. Langfristig wird die SU im Rüstungswettlauf unterliegen. Daher ist die Versuchung groß, sofort den einzigen Vorteil auszuspielen, den sie hat.

Also ist der Krieg, wenn schon nicht unvermeidlich, so doch sehr wahrscheinlich?

So kann man es sehen. Die Chinesen sehen es seit einiger Zeit so. Wenn in der UdSSR die militärische Logik bereits die Oberhand hat, wenn die Sowjetgesellschaft keine im wesentlichen bürgerliche Gesellschaft mehr ist, sondern ein System staatlicher Allmacht (statocrazia) mit einem starken Zug zur Militärdiktatur, und wenn auf der anderen Seite Reagan sich dafür entschieden hat, mit allen Mitteln die teilweise verlorene Vorherrschaft wiederherzustellen, dann folgt daraus: Der Krieg ist unvermeidlich. In den sechziger Jahren hatten die Chinesen eine Zweifrontenpolitik gegen beide Hegemonialmächte versucht, die sie auf gleiche Ebene stellten; die erwarteten sich allerdings meiner Meinung nach ein Echo im Weltmaßstab, das irgendwie an den tiefgehenden Bruch herankommen sollte, den die Dritte Internationale im I. Weltkrieg hervorrief. Daß also die Arbeiterklasse im Westen und die kommunistischen Parteien sich gegen das eine wie das andere Imperium erheben würden und daß die Dritte Welt – die in Beijing damals als „Sturmzone“ definiert wurde – sich in einer Reihe von revolutionär-sozialistischen Befreiungskriegen erheben würde. Nichts davon ist eingetroffen, in den sechziger Jahren, trotz 1968 und dem Sieg der indochinesischen Völker 1975. Und dieser Fehlschlag führte dazu, daß China sich zu Beginn der siebziger Jahre für das Bündnis mit den USA entschied: Die Ursache ist, daß der Kampf für den Frieden gescheitert war und daß die fehlende Reaktion der Arbeiterklasse im Westen sowie der Dritten Welt jede andere Politik unmöglich machte.

Allerdings – und das ist eine ganz schwierige Prophezeiung, die man schwer in einer nicht überstürzten Form darstellen kann – beginnt jetzt vielleicht das Heranzureifen, was in den sechziger Jahren nicht reif war. Jetzt zerfällt der amerikanische Block, das sieht man an so unterschiedlichen aber doch entscheidenden Beispielen wie dem Iran und Nicaragua. Jetzt ist die polnische Revolte ausgebrochen, und die UdSSR wird die nicht leicht niederschlagen können. Eben jene Elemente, die die Imperien nervös machen, machen eine Kampfstrategie möglich, die aufbaut auf die Möglichkeit – ich sage nicht die Sicherheit, sondern die Möglichkeit –, jedenfalls auf die erstmals objektiv gegebene Möglichkeit, den effektiven Freiraum zwischen den beiden Supermächten zu vergrößern und damit die Tendenz zum Krieg nicht mehr irreversibel und unausweichlich zu machen.

An was für sich bereits abzeichnende und sichtbare Freiräume denkst Du?

Ich denke zum Beispiel an Frankreich, das mit der jetzigen Regierung ziemliche Fortschritte in dieser Richtung machen könnte, auch ohne gleichzeitig die anderen Regierungen mit sich zu ziehen. Das ist schwierig, das ist zerbrechlich,

„Ich bin immer noch zutiefst überzeugt, daß es für die Länder der Dritten Welt keinen anderen Weg gibt, als eine sehr radikale soziale Arbeiter- und Bauernrevolution ... Ich sehe keine Alternative zu jenem Entwicklungsweg, den ich ‚populär‘ nannte, also noch nicht sozialistisch, aber geleitet von einem Block von Kräften, der sich auf das Arbeiter- und Bauernbündnis stützt.“

aber es ist nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall möchte ich eines klarstellen: Ich halte nichts vom Argument, daß die Mondialisierung ein unüberwindbares Hindernis darstellt, aber ich leugne nicht, daß sie wirkliche Auswirkungen hat; aber auf jeden Fall muß man die Schüchternheit, die Unbestimmbarkeit, den Krämergeist kritisieren, von dem die europäische Haltung gegenüber den USA charakterisiert war, die Augen starr gerichtet auf den Dollarkurs und den Zinssatz; ebenso

scharf zu kritisieren ist die Haltung gegenüber der Dritten Welt, die von Europa bisher nur als Ausbeutungsgebiet für die Konkurrenz mit den USA betrachtet wurde. Auf diesem Gebiet wird Europa sicher geschlagen werden, und zwar diesmal von der Sowjetunion.

Ganz abgesehen von jeder Polemik über den heutigen Zustand Europas kann man an einige Anzeichen für seine Autonomie denken, auch wenn das noch nicht mehr als Anzeichen sind: Ich unterstreiche, daß der Haupthebel eine Initiative gegenüber der Dritten Welt ist. Eine solche Initiative muß mehr sein als nur verbal oder karitativ-solidarisch – wie gegenüber Nicaragua oder El Salvador, was zwar besser als Nichts ist, aber noch weit davon entfernt, eine echte Unterstützung zu sein – sie muß darin bestehen, einen anderen Entwicklungsweg, einen sozusagen „autozentrierten“, national-populären Weg der Länder der Dritten Welt zu fordern und zu unterstützen. Ich sage „national“, weil es auch in der Dritten Welt Widersprüche gibt zwischen den Bedürfnissen der nationalen Entwicklung und der Mondialisierung, wie sie die koloniale und neokoloniale Politik, die Europa bisher betrieben hat, mit sich bringt. Und ich sage „populär“ (was noch nicht „sozialistisch“ heißt), weil die Partner einer solchen neuen Politik nicht die Bourgeoisien der Dritten Welt sein dürfen, die sich im allgemeinen entschieden haben für die Mondialisierung, für die transnationalen Gesellschaften, für die Unterordnung der eigenen Wirtschafts- und Sozialpolitik unter fremde Ziele und Zwänge.

Ich glaube, eine solche europäische Initiative wäre das wichtigste; doch ist Europa noch weit davon entfernt, sie zu entwickeln, und auch die Linke hat dazu wenig auf programmatischer Ebene ausgearbeitet: Sie hat vielleicht die Bedeutung der Sache noch zu wenig begriffen und auf jeden Fall zu wenig unter ihrer Basis bekanntgemacht.

Ich erinnere mich an die Diskussion über den „nichtkapitalistischen“ Entwicklungsweg für die Dritte Welt. Du warst gegen diese Hypothese und hast die Ansicht vertreten, daß sich diese Länder nicht in irgendein Schema eines „guten“ Kapitalismus entwickeln könnten, sondern nur durch eine radikale Revolution und ein nichtkapitalistisches Entwicklungsmodell maoistischen Typs. Wie vereinbarst Du Deine damalige Position mit dem, was Du jetzt den „national-populären Entwicklungsweg“ nennst? Oder sind wir vielleicht bei einem Punkt angekommen, oder dorthin zurückgekehrt, wo die Gefährlichkeit der Supermächte einen „national-populären“ Block zusammenschweißt, dessen sozialer Inhalt zwar nicht so klar definiert ist, der aber entschiedenes Interesse daran hat, sich den Supermächten entgegenzustellen?

Ja, das glaube ich wirklich. Ich habe meine Meinung über den „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“ nicht geändert: Der ist eine ideologische Verkleidung, er ist nichts anderes als ein taktisches und provisorisches Bündnis mit der Strategie der UdSSR, das hat die Geschichte gezeigt. Kurz: Er ist ein kapitalistischer Weg, der sich statt auf die USA auf eine andere imperialistische Supermacht stützt. Und ich bin immer noch zutiefst überzeugt, daß es für die Länder der Dritten Welt keinen anderen Weg gibt als ei-

ne sehr radikale soziale Arbeiter- und Bauernrevolution (vor allem der wirklichen Bauernmassen) und die Errichtung eines Staates neuen Typs, sehr dezentralisiert, was die Machtstrukturen betrifft, nach maoistischem Muster. Aber der wird nicht von heute auf morgen passieren, in den meisten Fällen fehlen dafür noch die objektiven und subjektiven Bedingungen.

Die Frage ist, ob man an einen kapitalistischen Entwicklungsweg denken kann, der dennoch autonom wäre?

Sagen wir es klarer: Ob es in der Dritten Welt einen bürgerlichen Staat gibt oder geben kann – und ich unterstreiche „bürgerlich“, auch wenn er sich „progressistisch“ oder „sozialistisch“ nennt – der eine konsequente bürgerliche (bourgeoise) Perspektive entwickeln kann, die in Konflikt mit dem Imperialismus steht, also innerkapitalistische Widersprüche hervorbringen kann. Vor wenigen Tagen hat das Theotonio dos Santos für Lateinamerika bejaht, besonders für einige große Staaten wie Mexiko, Brasilien, Venezuela, Peru, später vielleicht auch Argentinien; also dort, wo es eine stärkere industrielle Entwicklung gibt und wo sich eine ausreichend solide politische Struktur als Ausdruck eines nationalen Entwicklungswillens bilden kann. Was mich betrifft, so zweifle ich daran sehr. Sicher ist, daß wir in der arabischen Welt das genaue Gegenteil erleben. Die Versuche, einen nationalen und bürgerlichen Staat aufzubauen – deren Konsequenter der Nasserismus war – sind gescheitert oder scheitern gerade, und diese Länder unterwerfen sich wieder den Imperativen der Mondialisierung. Nicht zufällig ist Sadat auf Nasser gefolgt. Das war kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern hat seine innere Logik, wenigstens, was Asien und Afrika betrifft; das scheint mir die Tendenz zu sein. Zusammengefaßt: Ich sehe keine Alternative zu jenem Entwicklungsweg, den ich „populär“ nannte, also noch nicht sozialistisch, aber geleitet von einem Block von Kräften, der sich auf das Arbeiter- und Bauernbündnis stützt und in der Lage ist, eine ganze historische Etappe lang wirkliche Bündnisse mit anderen Schichten, der Bourgeoisie oder dem Kleinbürgertum, zu schließen, auf einer antimperialistischen und nationalen Grundlage.

Wer wird so einem Staat Unterstützung und Waffen liefern?

Die UdSSR nicht. Die SU kann nur Waffen und Unterstützung an eine Fraktion der Bourgeoisie gegen die andere liefern, vielleicht an jene, die sich radikaler gibt. Aber darüber hinausgehen kann sie nicht.

Warum?

Weil die Klassen oder Klassenblöcke, die einen solchen Staat bilden können oder wollen, stark wären, organisiert, fähig, auf die eigene Kraft zu vertrauen, und daher nicht manövrierbar. Versuchen wir, die Frage umzudrehen: nicht welche Art von Bewegung die UdSSR zu unterstützen bereit wäre, sondern welche Art von Bewegung sich zwangsläufig auf die UdSSR stützt. Ich antworte: Eine revolutionär-populäre Bewegung, die sich auf das Arbeiter-Bauern-Bündnis stützt, hat einzig und allein dadurch, daß sie sich herausbildet, heute (und nicht gestern) eine sehr starke autonome „Ladung“.

Eine Bewegung dagegen, die aufgrund ihrer

Klassenbasis von Geburt auf schwach ist, die nur Ausdruck eines Flügels der Bourgeoisie ist, wenn auch eines radikalen, würde fatal dazu neigen, sich auf eine ausländische Macht zu stützen. Nehmen wir Angola und Nicaragua: Aufgrund der Schwäche ihrer Klassen- und Volksbasis ist die MPLA schnell ins Gravitationsfeld der SU gestürzt, während die Stärke ihrer Klassenbasis die Sandinisten zu einer sehr großen Autonomie

befähigt. Das gleiche gilt übrigens für Osteuropa. Noch mehr: Keine Bewegung, die sich von der sowjetischen Beherrschung befreien will, kann auch nur zu existieren hoffen, wenn sie nicht die Arbeiterklasse und einen breiten sozialen Block als Grundlage hat. Ausländische Unterstützungen könnten sie nicht am Leben erhalten, doch gerade ihre Schwäche würde sie dazu treiben, auf diese zu bauen.

pogrom

Zeltschrift für bedrohte Völker

Ulrich Delius Tahiti/Französisches Polynesien Südseeparadies unter dem Atompliz

Seit 15 Jahren testet Frankreich in seiner Kolonie Polynesien / Tahiti Atombomben, die das Leben im pazifischen Raum bedrohen. Polyneesiens Unabhängigkeitsbewegung bekämpft die Atomversuche.



Vorwort von Robert Jungk, Gemeins. herausgeg. von Gesellschaft für bedrohte Völker, Greenpeace, Aktion Sühnezeichen, BBU.

Reihe pogrom Nr. 93/94, Oktober 1982, 176 S. mit 38 Photos, 14 Graphiken und 7 Karten, DM 7,80

John Mercer

Die Haratin — Mauretaniens Sklaven

Mauretaniens 100 000 Sklaven, die Haratin, kämpfen um ihre Befreiung unter ihrer Bürgerrechtsbewegung EL HOR. Die britische Anti-Slavery-Society legte diesen Bericht den 'Vereinten Nationen' vor. Mauretaniens Regierung hat die Existenz der Sklaverei nicht bestritten.



Reihe pogrom Nr. 91, September 1982, 112 S., DM 6,80

Einzel- und Abo-Bestellungen bei: Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation für Minderheiten
Gemeinnütziger Verein
Postfach 159 3400 Göttingen
Tel.: pogrom-Versand 0551/55822
Redaktion 55823
Postscheck Hamburg 297793/207

'pogrom' informiert über die Situation diskriminierter und verfolgter ethnischer Minderheiten (Mehrheiten) in aller Welt.

Vielvölkerstaat Afghanistan Okkupation und Widerstand

Der bewaffnete Widerstand der afghanischen Stammesvölker der Hazara, Nuristanis, Paschtunen, Brahui, Turkmenen, Tadschiken, Usbeken, Aimaq, u.a. gegen die sowjetische Okkupation wird von der deutschen Rechten zur antikommunistischen Propaganda mißbraucht, von der dogmatischen Linken diffamiert. Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' legt eine umfassende Darstellung der Situation der afghanischen Widerstandsbewegung vor und fordert zur Solidarität auf.



Vorwort von Freimut Duve
pogrom Nr. 87, Febr./März 1982, 80S., DM 4,80

Nordamerikas Indianer

Letzter Angriff auf unser Land

Beiträge zur Frage indianischer Landrechte in den USA und Kanada mit Artikeln von und über die Lakota, Western Shoshone, Pit River, Inuit (Eskimo) u.a.; Interview mit Leonard Peltier; Abschlußresolution der Arbeitsgruppen der 2. NGO-Konferenz über die Eingeborenenvölker und ihr Land/Genf 1981; Frauen und weibliche Spiritualität; Rohstoffausbeutung der kanadischen Arktis; Botschaften des Traditional Elders Circle, der Hopi und der Lakota Nation; u.v.m.



Vorwort von Claus Biegert,
pogrom Nr. 89/90, Juni/Juli 1982, 120 S. mit vielen Photos, Karten, Graphiken und Literaturliste, DM 5,80

Eine auf Pfählen stehende Hütte inmitten kleiner bis winziger Felder, die neben Unkraut auch mit Mais, Kohl, Kürbis, Wassermelonen und hauptsächlich Auberginen bepflanzt sind, das ist die Paradise Cooperative im Nordwesten Grenadas. Mit 8 acres (1 acre = 0,4 ha) Fläche liegt sie etwas über dem Landesdurchschnitt pro Farm von 4,2 acres und bietet fünf Menschen Arbeit.

Vom nahen Atlantik her weht eine leichte Brise, die angenehm die tropische Mittagshitze lindert. Die jungen Leute, die auf der Cooperative arbeiten und zwischen 14 und 20 Jahre alt sind, führen mich durch das Gelände, während sie mir in einer leisen und schüchternen Art die Pflanzen erklären. Gearbeitet wird um diese Tageszeit nicht, dazu ist es einfach zu unerträglich heiß. Die Stunden des Schaffens sind auf den frühen Morgen und den späteren Nachmittag gelegt; sechs Tage die Woche für achteinhalb East Caribbean Dollars (EC\$) pro Tag, was dem gleichen Wert in D-Mark entspricht. Das ist nicht viel; eine

Flasche Rum kostet 10, ein kleines Bier 1,50, und ein Paar Schuhe ist auch nicht unter 50 EC\$ zu kriegen. Doch das Essen auf der Cooperative kostet nichts. Man kommt dann schon über die Runden. Dazu kommt noch, daß fast jeder Grenadier Verwandte im Ausland hat, die gelegentlich etwas Geld schicken, sonst wären für viele die oft sehr hohen Lebenshaltungskosten kaum aufzubringen.

Einer der jungen Männer, der ein rotes Barett trägt, antwortet mir auf meine Frage, warum er auf einer Cooperative arbeitet, daß er sich und seinem Land helfen will. Es klingt wie auswendig gelernt. Ich merke, wie er sich konzentriert, er will mir, dem Fremden gegenüber, nichts Falsches sagen. Später erfahre ich, daß er ein guter Mitarbeiter ist und neben dem Manager der einzige, der einen der drei Monate dauernden Kurse zur Vorbereitung auf die Coop.-Arbeit durchlaufen hat. In den Kursen werden den Teilnehmern neben landwirtschaftlichen Kenntnissen und Fertigkeiten Buchführung und etwas Marketing vermittelt.

Dahinter steht der Gedanke, daß jeder, der auf einer Cooperative arbeitet, zumindest fähig sein sollte, die Bücher zu lesen und zu führen. In der Praxis bleibt das aber meist beim Manager hängen, der auch der Ansprechpartner der NACDA, der staatlichen Agentur für den Aufbau und die Betreuung von Cooperativen, ist. Mindestens einmal die Woche werden die 27 Cooperativen, die seit dem unblutigen Staatsstreich vom 13. März 1979, der zur Revolution wurde, entstanden sind, von NACDA-Fachleuten besucht.

Jamail und Malon sind beide ca. 25, sie arbeiten im Hauptbüro der NACDA und sind dort verantwortlich für agro-technische und wirtschaftliche Beratung. Bei ihrem heutigen Routinebesuch auf der Paradise Coop. konnte ich sie begleiten.

In Grenada fällt einem immer wieder auf, daß relativ junge Leute wichtige Funktionen übernehmen. Es ist auch nicht so verwunderlich, denn zwei Drittel der 110000 Einwohner sind unter 25, und viele, die eine qualifizierte Ausbildung hatten,

„Work harder, produce more“

Grenada, vier Jahre Revolution

Ein kleines Land in der Karibik mit seinen 110000 Einwohnern erkämpft sich ein besseres Heute und ringt um eine erfolgreiche Zukunft.

Die Besonderheiten dieser karibischen Revolution prägen die Eindrücke von Enrico Demurray, der uns diesen Reisebericht schrieb



haben es früher vorgezogen, im Ausland tätig zu sein, weil sie unter der alten Regierung, der Gairy-Diktatur, keine Möglichkeiten für sich im eigenen Land mehr sahen. Leute mit Erfahrung und Fachkenntnis sind daher in Grenada Mangelware. Doch die Jugend, die an der Revolution beteiligt ist, arbeitet mit viel Elan und Engagement – nur kann das Fehlen der Erfahrung nicht immer dadurch ausgeglichen werden. Doch sind sie zuversichtlich; sie wissen über die Möglichkeit ihrer Fehlerhaftigkeit, sind einer sachlichen Kritik aufgeschlossen, sie wollen lernen.

Die beiden NACDA-Experten Jamail und Malon machen auf mich, den Laien, den Eindruck, daß sie ihr Handwerk verstehen. Seit einer halben Stunde führen sie ein sehr lebhaftes Gespräch separat mit dem Manager, der mir in einer etwa bedrängten Situation zu sein scheint. Ich verabschiede mich von meinen Begleitern, springe über ein paar Bewässerungsgräben und geselle mich zu ihnen. Jamail wirft mir beim Näherkommen ein paar Guaven entgegen, seine Lieblingsfrüchte, die hier zwar überall wachsen, aber leider nicht die Qualität besitzen, um vermarktbar zu sein, doch zur Auflockerung des Gespräches gut dienen können.

Es geht vor allem um den Verkauf der Erzeugnisse, der, wie die NACDA-Leute meinen, einfach sträflich vernachlässigt wurde. Der Manager nimmt die Vorwürfe hin, versucht aber zu erklären, daß sie am Anfang eben alle so begeistert waren, wie alles wächst, und daß sie über die Freude darüber ganz den Verkauf vergessen hätten, es gehe jetzt aber schon besser. Zusätzlich kommt noch hinzu, so der Manager, daß es ihnen allen an Erfahrung fehle, dadurch oft die Qualität der Produkte zu schlecht sei, um verkauft zu werden, oder zumindest sei dann kein guter Preis mehr zu erzielen. So hatte er einmal 50 Wassermelonen zum Markt gebracht, die allesamt unreif waren, keine konnte verkauft werden. Aber es gehe allmählich aufwärts, sagt er in einem selbstkritischen, aber zuversichtlichen Ton, in der Absicht, die NACDA-Leute zu beruhigen, durch bereitwillige Einsicht dem lästigen Gespräch ein Ende zu machen. Doch so schnell geht es nicht. Jamail und Malon erinnern daran, daß die Paradise bereits 21 000 EC\$ in Anspruch genommen hat von den 31 000, die sie als Darlehen für den Aufbau der Kooperative bekommen. Das Geld muß ja wieder zurückgezahlt werden. Zwar muß NACDA im Endeffekt erhalten, falls eine Kooperative pleite macht, doch mit den verfügbaren 100 000 EC\$ kann sich NACDA keine großen Pleiten leisten.

Malon schärft dem Manager in einer ein-



Klassentrennung beim Tourismusgeschäft. Die Schwarzen dürfen nicht auf das Ausflugsboot

dringlichen Sprache ein, daß NACDA nicht für alle Fehler der Coop.-Leute die Verantwortung übernehmen wird, daß die Haltung, der große Bruder und in diesem Fall die NACDA würde zwar gelegentlich ein erstes Wort reden, am Ende aber doch wieder aus der Patsche helfen, überlebt sei. Die Revolution kann sich diese im Kolonialismus geprägte Einstellung der Anlehnung an big brother nicht mehr erlauben, die Verantwortlichkeit jedes/jeder Einzelnen für den Aufbau des Landes muß entwickelt werden. Jamail will in den nächsten Tagen nochmals vorbeikommen wegen der Fruchtfolge, der Düngung und um den anderen Coop.-Mitgliedern das mit dem Manager geführte Gespräch auf eine möglichst einfache und einsichtige Art und Weise zu vermitteln.

Als wir uns verabschieden, ist keine der üblichen Phrasen „cool it“ oder „no problem“ zu hören wie sonst im Touristenghetto Grand Anse Beach. Es ist in der Tat ein Problem, eine einigermaßen kohärente Wirtschaft aufzubauen.

Grenada bemüht sich seit der Absetzung der Gairy-Diktatur 1979, eine Verbindung zu schaffen von landwirtschaftlicher Erzeugung, agro-industrieller Weiterverarbeitung, Versorgung der Bevölkerung mit eigenen Produkten (vorwiegend auf dem Nahrungsmittelbereich) und Belie-

ferung des touristischen Sektors mit eigenen Erzeugnissen.

Während der Gairy-Zeit war Grenada landwirtschaftlich fast nur auf den Export von Kakao, Bananen und Muskatnuß orientiert. Die meisten Lebensmittel mußten importiert werden – in einem Land, wo nahezu alles wächst. Aber auch diese Export-Früchte, die neben dem Tourismus die einzige Quelle für harte Währungen darstellten, waren vernachlässigt zur Zeit der Regierungsübernahme. Landarbeit war damals stigmatisiert als quasi Sklavenarbeit und für junge Grenadier unattraktiv. So belief sich das Durchschnittsalter der Ackerbaubetreiber 1979 auf 62 Jahre. Dazu kam noch, daß nötige Investitionen in die Kultivierung der Pflanzen nicht getätigt worden waren, die Qualität der Produkte fiel. Die 26 staatlichen Farmen, welche die People's Revolutionary Government (Revolutionäre Volksregierung – PRG) von Gairy übernahm, waren in einem derart desolaten Zustand, daß trotz beträchtlicher Investitionen erst 1985 damit gerechnet wird, aus dem defizitären Bereich zu rutschen. Doch gelang es, obwohl die Weltmarktpreise für Kakao, Bananen und Muskatnuß sanken, die Exporterlöse von 44,6 Mio. EC\$ 1980 auf 51,1 Mio. EC\$ 1981 zu erhöhen, aber dem stand immer noch ein Nahrungs- und Genußmittelimport im Wert von 57,5 Mio. EC\$ gegenüber.

Für Grenada heißt das erste wirtschaftli-



die Touristen.

che Ziel: Erhöhung und Differenzierung der landwirtschaftlichen Erträge und Produkte, um höhere Exporterlöse zu erreichen und sich bei der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung so weit wie möglich von Importen unabhängig zu machen.

Diesen zweiten Teil der Aufgabe sollen einmal die Kooperativen in einem großen Maß übernehmen. Mittlerweile werden bereits Hotels direkt von Kooperativen versorgt und neben dem öffentlichen Markt, wo die besten Preise zu erzielen sind, auch staatliche Verkaufsgagenturen beliefert. Doch das 1981 erzeugte Produkt der Kooperativen von 70.000 EC\$ ist einfach noch zu gering, um der ihnen zugeordneten Rolle gerecht zu werden.

Die 8.000 unabhängigen Kleinbauern erwirtschaften in ihrer meist sehr rückständigen Anbauweise auf kleinsten Feldern immer noch den größten landwirtschaftlichen Erlös. Staatliche Agenturen wie NACDA oder das National Marketing and Importing Board (NMIB) versuchen, den Bauern neue Anbaumethoden, eine größere Differenzierung ihrer Produkte, um damit eine bessere Vermarktung und höhere Erträge zu erreichen, nahezubringen. Doch das stellt sich als schwierig heraus, wie Bob Gordon, der Generalsekretär der NACDA, meinte, „... because you're dealing with traditions“ (Du hast es mit Traditionen zu tun), und das ist nie unproblematisch.

Bei all dem Engagement, das die PRG

auf dem Lande einleitete, geht es nicht nur um eine Steigerung der Produktion – auch der massiven Arbeitslosigkeit soll damit begegnet werden, denn nur in der Landwirtschaft sind massenhaft Arbeitsplätze zu schaffen. Um die Jugend wieder aufs Land zu bringen und dort zu halten, muß die Vernachlässigung und Diskriminierung des Ländlichen verschwinden; die PRG versucht das auch mit viel Anstrengung zu erreichen.

Im gesamten ländlichen Bereich wurde die medizinische Versorgung stark verbessert, und vor allem wurde sie kostenlos. Alphabetisierungskampagnen wurden durchgeführt, Gemeinschaftshäuser meist unter starker Beteiligung der dortigen Bewohner errichtet, das Straßen- und landwirtschaftliche Zubringerstraßensystem erweitert bzw. repariert, House Repair Programms gestartet etc., das ist praktisch gemachte Politik, die sich niederschlägt im Bewußtsein der Menschen.

Die Menschen auf Grenada haben ein feines Gespür für Ernstgemeines: ob es sich auch wirklich beweist oder ob es nur aus Phrasen besteht, was gesagt wird. So gehören die überall im Land sichtbaren Stelltafeln, die dem Zweck der Hebung der Arbeitsmoral dienen sollen, mit Aufschriften wie „Work Harder, Produce More“ oder „Not a Second Wasted Today“ eher zur letzteren Kategorie, und entsprechend ist auch die Wirkung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand im tropischen Grenada, inspiriert durch solche Appelle, seinen Schritt auch nur minimal beschleunigen wird. Das aus den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ abgegrackte „Emulation“ (Wettbewerb), die Kürung der besten Arbeiter, wird wohl auch eher Probleme schaffen oder bestenfalls ignoriert werden, aber sich nicht merklich im Arbeitsergebnis niederschlagen.

Tatsächlich stellt die Haltung der Grenadier zur Arbeit ein gewisses Problem dar. Für mich auch nicht sehr erstaunlich, wenn man auf einer fast paradiesischen Tropeninsel lebt, auf der niemand verhungern kann, weil einfach zuviel wächst, das Essen an den Bäumen hängt. Außerdem hat fast jeder Haushalt eine kleine Scholle Land oder zumindest einen Garten; Subsistenzwirtschaft ist in Grenada immer noch lebendig. Den wirklich von allem „befreiten“ Lohnarbeiter gibt es auf Grenada kaum. Das ist auf der einen Seite durchaus positiv, weil das Individuum den wirtschaftlichen Schwankungen nicht so ausgeliefert ist, aber für den Aufbau einer vom Ausland relativ unabhängigen Wirtschaft hinderlich. Eine gewisse Skepsis der Arbeit gegenüber und eine größere Bereitwilligkeit, sich den

Annehmlichkeiten des Lebens zu widmen, ist ein Bestandteil der karibischen Mentalität, und ich kann es keinem Menschen übelnehmen, wenn er nicht die abendländische Arbeitsdisziplin verinnerlicht hat. Es gilt mit dieser Haltung zu leben, Propaganda ändert auf jeden Fall nichts.

Neben der Landwirtschaft und der jetzt angelaufenen manufakturrellen Weiterverarbeitung von Früchten und Gewürzen ist vor allem der Flughafen (Belebung des Tourismus!) der PRG liebstes Kind. Mit einem gesamten Kostenvolumen von 190 Mio. EC\$ und allein 1982 aufzubringenden Mitteln von 60,3 Mio. EC\$ stellt er das größte Einzelprojekt Grenadas dar. Das gesamte staatliche Investitionsvolumen beläuft sich 1982 auf 102 Mio. EC\$, wovon die Landwirtschaft als der zweitgrößte Haushaltsposten 31,6 Mio. EC\$ absorbiert.

Stellenweise ist auf den Straßen eine gewisse Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik zu spüren. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird für viele einfach zu langsam gelöst, obwohl hier wirklich schon beträchtliche Erfolge erzielt wurden. So konnte die Arbeitslosenquote in der vierjährigen Revolutionszeit von 50% auf etwas über 20% gesenkt werden, aber sie wird immer noch als zu hoch wahrgenommen. Die gewaltigen Ausgaben für den Flughafen sind keineswegs unumstritten, das Geld könnte für anderes vielleicht besser verwendet werden, angesichts dessen, daß die Wasser- und Stromversorgung oft zu wünschen übrig läßt.

Grenada lief durch die linke Presse als ein revolutionäres Land, welches die Basisdemokratie tatsächlich zur Praxis erheben würde. Die Grenadier selbst bezeichnen ihr politisches System nicht als eine Basisdemokratie, sondern nennen es eine partizipierende Demokratie. In Grenada gibt es kein gewähltes Parlament, keine Westminster-Demokratie, und das wird auch immer wieder als Vorwand genommen, um zu versuchen, es wirtschaftlich wie politisch von den übrigen Karibik-Staaten zu isolieren. Gleichwohl will ich behaupten, daß es ein größeres Maß an tatsächlicher Demokratie gibt als in den Staaten, die den Formalia der Westminster-Demokratie gerecht werden.

Die große Politik wird in der Partei, dem New Jewel (Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation) Movement (NJM) gemacht. Sie ist eine Kaderpartei; um Mitglied zu werden, muß man sich seine Sporen erst einmal auf untergeordneteren gesellschaftlichen Ebenen verdienen. Im Politbüro der NJM und dem Kabinett werden die groben Umrisse der Politik abge-

steckt und wird entschieden, wie auf Ak-
tuelles zu reagieren sei.

Zu sehr wichtigen Entscheidungen, etwa
der Verabschiedung des Haushalts, werden
Nationalversammlungen einberufen, die
sich zusammensetzen aus Vertretern aller
gesellschaftlichen Bereiche (Gewerkschaf-
ten, Verbände etc.). Doch bevor der Haus-
halt auf nationaler Ebene verabschiedet
wird, ist er schon gründlich auf den Zonal
und Parish Councils (Zonen- und Bezirks-
versammlungen) diskutiert und mit Ände-
rungsvorschlägen versehen worden.

Grenada besteht aus sieben Parishes, und
jeder Parish hat drei bis fünf Zones, welche
die unterste politische Entscheidungsebene
bilden. In einem Zone sind ca. drei Dörfer
zusammengefaßt, und monatlich findet eine
Versammlung statt, bei der möglichst ein
Vertreter der PRG oder sonst eine in der
Reihe der Funktionsträger höherstehende
Person anwesend sein soll, um die Beschlüsse
oder die Diskussionsergebnisse nach oben
weiterzugeben. Es können aber auch
Regierungsverantwortliche auf die
Councils zitiert werden, um sich zu rechtfertigen,
wenn Unstimmigkeiten entstanden
sind. Meistens wird auf den Zonal

Councils sehr sachbezogen diskutiert. Der
Verkauf von landwirtschaftlichen Produk-
ten, die mangelnde Wasserversorgung, der
Entwurf eines neuen Sozialversicherungssystems
sind beispielsweise Themen. Auf der
Parish-Ebene läuft es analog.

Eine ähnliche Aufgabe der Transmission
haben auch die Massenorganisationen, aus
deren Vertretern sich die jeweiligen Vorbe-
reitungskomitees der Zonal und Parish
Councils zusammensetzen. Die Nationale
Jugendorganisation (NYO), die Nationale
Frauenorganisation (NWO), die Miliz und
die verschiedenen Einzelgewerkschaften
sind die Massenorganisationen – formal
alle unabhängig. Über die Personalunion
der Führungsspitze der jeweiligen Organi-
sation mit der Partei ergibt sich aber eine
direkte Verbindung zur Regierungspolitik.

Algemein besteht in der Karibik eine
gewisse Abwartungshaltung allem
gegenüber. Eine politische Basiskepsis
oder manchmal auch Gleichgültigkeit ist
einfach das Resultat der Geschichte. Die
Kolonialherrscher wechselten, und in der
jüngeren Vergangenheit wechselten eben

die sogenannten demokratischen Regierun-
gen – für die Bevölkerung änderte sich an
ihren bescheidenen wirtschaftlichen Ver-
hältnisse meist wenig, wozu sich dann groß
engagieren? Jetzt zeichnet sich zum ersten
Mal ab, daß sich tatsächlich was verändern
kann. Grenada will sich aus einer postkolo-
nialen Vergangenheit befreien, und um die
politischen, wirtschaftlichen und sozialen
Zielsetzungen zu erreichen, ist eine Einbin-
dung aller Individuen wohl notwendig. Ein
vorsichtiges und selbstkritisches Agieren ist
dabei nötig, um sich nicht über die Organi-
sierung der Menschen dieser selbst zu entle-
digen und nur Machtstrukturen zu schaf-
fen.

Miss Ruthi, meine Nachbarin, eine be-
reits ergraute ältere Frau, die schon mehre-
re Regierungen erlebt hat, ist etwas ent-
täuscht über die Revolution. Früher, bevor
die NJM die Macht in Händen hielt, wären
häufig Leute vorbeigekommen, hätten sie
nach ihrer Meinung gefragt oder eine Stra-
ßenversammlung abgehalten, hier in ihrer
Straße. Zu Versammlungen geht Miss Ru-
thi heute nicht mehr, es ist für sie schon ein
Aufwand, wenn sie sich einmal die Woche
für den samstäglichen Kirchgang in Schale
wirft. Wie Miss Ruthi geht es vielen: Politik
muß für sie, wenn sie nicht gänzlich an ih-
nen vorbei gehen soll, in ihrem Lebensbe-
reich stattfinden. In letzter Zeit hat es eine
Veränderung hin zu mehr offiziellen Gremien
gegeben, doch welche Haltung sich in der
jungen Revolution durchsetzen wird,
ob zu den Menschen zu gehen und nicht zu
warten, bis sie zu einem kommen, oder sich
auf die geschaffenen Strukturen von Parti-
zipation (Zonal und Parish Councils sowie
die Massenorganisationen) zu berufen, ist
noch nicht heraus. Ich hoffe ersteres für die
Revolution.

Grenada brauchte und braucht Geld. Es
kann sich nicht aussuchen, von wem es Un-
terstützung bekommt. Momentan leisten
hauptsächlich die Länder des „realexistie-
renden Sozialismus“ Hilfe, und wie ja wohl
bekannt sein wird, ist keine Hilfe gänzlich
umsonst. Um Grenada einen größeren poli-
tischen Spielraum zu geben, eine größere
Möglichkeit zu lassen, die Politik der
Blockfreiheit zu betreiben, wie sie es vorha-
ben, wäre eine stärkere finanzielle Un-
terstützung von seiten der westlichen Staaten
notwendig, die bis jetzt nur sehr spärlich
floß. Schnell wird die langsam wachsende
Unabhängigkeit eines so kleinen Landes
zwischen den Supermächten zerrieben.

Doch will ich zuversichtlich bleiben wie
die Grenadier (die Zuversicht ist auch nicht
unbegründet), will sie nicht durch abend-
ländischen Weltpessimismus zerreden.
Forward ever, backward never.

Enrico Demurray



Kundgebung vor dem bestreikten Bata-Schuh-Geschäft. In dem vierzehntägigen Streik
wurde eine Gewinnbeteiligung von 13% durchgesetzt.

In Ngugi wa Thiong'o's Roman „Freiheit mit gesenktem Kopf“ (A Grain of Wheat, 1967), der in Kenia zur Zeit der Unabhängigkeitsfeiern spielt, finden sich schon erste Ansätze einer kritischen Sicht der Früchte der Unabhängigkeit. Etwa an der Stelle, wo ein schwarzer Parlamentsabgeordneter die örtlichen Freiheitskämpfer hintergeht und für sich privat das Land eines Weißen aufkauft, das diese kollektiv bearbeiten wollten, oder wo ein Betrunkener fragt: „Die Regierung hat uns vergessen. Wir haben für die Freiheit gekämpft. Und was ist jetzt?“ In dem Theaterstück „Morgen um diese Zeit“ fällt die Antwort schon konkreter aus: „Ich war einer von denen, die in den Wäldern und in den Konzentrationslagern für Uhuru gekämpft haben. Aber was hat uns Uhuru gebracht? Nichts! Nichts hat uns Uhuru gebracht! Doch! Leute, die gerne Mercedes fahren und amerikanische Straßenkreuzer. Während wir in den Slums verhungern!“

In den neueren Kurzgeschichten in dem Band „Verborgene Schicksale“ wird drastisch geschildert, wie wenig die Unabhängigkeit den ländlichen und städtischen Massen gebracht hat und wie eine neue herrschende Klasse, diesmal mit schwarzer Haut, an die Stelle der alten Kolonialherren getreten ist. In dem, im vergangenen Jahr auf deutsch erschienenen Roman „Verbrannte Blüten“ (Petals of Blood, 1977) steht die Darstellung der neuen Klassenverhältnisse des nachkolonialen Kenia und der Folgen der Unabhängigkeit vom britischen Kolonialjoch für die Bauern und Arbeiter im Mittelpunkt. Ngugi wa Thiong'o zieht in diesem Roman eine niederschmetternde Bilanz der 20jährigen Unabhängigkeit Kenias, die für die Masse des Volkes nur neue Formen der Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung brachten.

Eine solche bittere, nichts beschönigende

Literatur im nachkolonialen Afrika:

Ngugi wa Thiong'o

Von Bernd Wagner



Neuere afrikanische Literatur hat vor allem eine zentrale Frage zum Gegenstand, die auch im Zentrum der Werke des kenianischen Schriftstellers Ngugi wa Thiong'o steht: „Welchen Nutzen hat ‚Uhuru‘ unseren Bauern gebracht? Hat unsere herrschende Elite versucht, die kolonialen Strukturen unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft zu ändern? Kontrollieren heute die Bauern und Arbeiter das Land, für das sie gekämpft haben?“¹ Ngugi fährt in seiner Rede über „die Aufgaben des Schriftstellers in einer veränderten Gesellschaft“ fort: „Sehe ich mich um, so erblicke ich traurige Gesichter, unerfüllte Hoffnungen und nicht eingelöste Versprechen.“²

Analyse der gesellschaftlichen Zustände in vielen Staaten des unabhängigen Afrikas findet sich in vielen Büchern afrikanischer Schriftsteller. In der afrikanischen Literatur hat sich seit den 60er Jahren der Prozeß der Desillusionierung der Intellektuellen und der Volksmassen über den Weg der nationalen Befreiung sichtbar niedergeschlagen. Die kritischen literarischen Arbeiten über die verratenen Hoffnungen auf Befreiung nicht nur von ausländischer Fremdherrschaft, sondern von jeglicher Fremdherrschaft und Ausbeutung haben vielfach zu einem Bruch der Intellektuellen und Schriftsteller mit der neuen herrschenden Klasse, die mit den alten Kolonialmächten verbunden und vielfach von ihnen abhängig ist, geführt und nicht wenige von ihnen sind ins Exil gezwungen oder ins Gefängnis geworfen worden.

Am Anfang der neueren afrikanischen Literatur stand die literarische Darstellung des Zusammentreffens zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme durch die Herrschaft des europäischen Kolonialismus über die afrikanischen Völker. Darauf folgte die Phase der Unterstützung und Parteinahme für den Befreiungskampf. Die dritte Phase afrikanischer Literatur ist gekennzeichnet durch die Auseinandersetzung mit der Zeit nach der Unabhängigkeit, durch die Kritik an der Herausbildung einer neuen herrschenden Klasse, der verhinderten Landaufteilung, der Verödung des Landes und dem Elend in den Städten.

Wollte man die Romane Ngugi wa Thiong'o's diesem groben Schema zuordnen, so würde „Der Fluß dazwischen“ (The River Between, 1965) in die erste Phase gehören; „Abschied von der Nacht“ (Weep Not Child, 1964) und „Freiheit mit gesenktem Kopf“ (A Grain of Wheat, 1967) in die zweite Phase und „Verbrannte Blüten“ (Petals of Blood, 1977) gehört in die dritte

Phase, umfaßt thematisch aber auch die beiden vorhergehenden Phasen.

Daß Ngugi wa Thiong'o heute der bekannteste ostafrikanische Schriftsteller ist, ist nicht allein Resultat seiner schonungslosen literarischen Kritik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände Kenias, sondern ergibt sich aus mehreren Faktoren. Seine Romane unterscheiden sich von der „Enthüllungsliteratur“ vieler anderer afrikanischer Schriftsteller dadurch, daß er versucht, die Ursachen für die Fehlentwicklung in der Geschichte des Befreiungskampfes aufzufinden. Literatur ist für ihn nicht nur Mittel der Enthüllung und Anklage gesellschaftlicher Zustände, sondern ein langer Prozeß mühevollen Rückerinnerns.

In Rückerinnerungen an die Kolonialzeit und an die Schwierigkeiten des Befreiungskampfes und die ersten Jahre der Unabhängigkeit, versucht Ngugi aufzuzeigen, wie und wodurch die gesellschaftliche Entwicklung der Gegenwart bestimmt wurde. Die Anklage der herrschenden Zustände und die Zerstörung der Mythen des Befreiungskampfes geraten bei Ngugi aber auch nicht in pessimistische Ausweglosigkeit. Er sieht die Möglichkeit wirklicher Befreiung durch den gemeinsamen Kampf der Bauern und Arbeiter, die die traditionellen Stammes- und Volksschranken überwinden und für „eine in vollem Umfang sozialisierte Wirtschaft, die Kollektivbesitz des Volkes ist und kollektiv von diesem kontrolliert wird“³, kämpfen. Diese sozialistische Perspektive ist bei ihm aber weder agitatorisch idealisiert und auf die Schönheit und Größe der noch Unterdrückten reduziert, noch ist sie plakativ aufgesetzt. Er sieht Ansatzpunkte für eine solche gesellschaftliche Veränderung in der traditionellen Dorfgemeinschaft (Vorstellungen, die vor allem von Nyereres Ujamaa-Idee geprägt sind), in dem gewerkschaftlichen Kampf der städti-



schen Arbeiter und allgemeiner, wie er es am Ende von „Verbrannte Blüten“ durch Joseph ausdrücken läßt, in dem Vorbild „der Volksrevolutionen in China, Kuba, Vietnam, Kambodscha, Laos, Angola, Guinea, Mozambique ... O ja und die Werke von Lenin und Mao“.

Obwohl Ngugi vom grundsätzlichen Gegensatz von Imperialismus und Freiheit, von Ausbeutern und Ausgebeuteten ausgeht, sind die Menschen in seinen Romanen nicht durch ein schwarz-weiß Raster dargestellt, wo immer klar ist, wer der Gute und wer der Böse, der Unschuldige und der Schuldige ist. Bei denen, die auf Seiten der Kolonialisten und Imperialisten stehen, werden Beweggründe und Handlungsmotive aufgezeigt, die sie dahin geführt haben und nicht in den einzelnen Personen liegen, sondern im gesellschaftlichen System ihre Ursachen haben. Ebenso und eigentlich noch viel drastischer werden die Schwächen und Fehler derjenigen geschildert, die auf der Seite des Volkes stehen, die häufig Druck nachgeben, resignieren und auch nicht selten die Sache der Befreiung verraten haben. Geschichte findet hier als Geschichte von Menschen statt, nicht von Ereignissen. Diese Menschen haben in ihrem Handeln Geschichte hinter sich und sind

von einer gesellschaftlichen Kultur geprägt.

Über die literarische Kritik in seinen Romanen und Theaterstücken hinaus ist Ngugi wa Thiong'o auch als Literaturwissenschaftler und politischer Essayist bekannt geworden, der immer wieder die Verantwortung und die Rolle des Schriftstellers und des Intellektuellen und die Bedeutung der Literatur und Kultur für den nationalen Befreiungskampf der afrikanischen Völker nach Unabhängigkeit hervorhebt.

Entscheidend für Ngugis Popularität in Kenia und Ostafrika sind aber weniger seine Romane und früheren Theaterstücke. Denn diese waren bis 1977 in englisch geschrieben und publiziert. Verständlich waren sie vor allem für die afrikanischen Intellektuellen und die europäischen Leser. Für die kenianischen Bauern und Arbeiter waren diese Bücher meist nicht nur unerschwinglich, sondern vor allem konnten nur wenige sie verstehen, da sie nicht selten Analphabeten sind oder höchstens ihre Volkssprache oder Suhaeli lesen und schreiben können. Die schärfste Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen konnte dadurch ihren Adressaten nicht erreichen und blieb daher weitgehend wirkungslos. So konnte auch der damalige Finanzminister und heutige Vizepräsident Kenias, Mwai Kibaki, im

Juli 1977 den Roman „Verbrannte Blüten“ der Öffentlichkeit vorstellen, obwohl über die Partei und die herrschende Klasse, die er vertritt, darin ein vernichtendes Urteil gesprochen wird.

Es liest sich heute wie ein Hohn, wenn Mwai damals davon sprach, daß „es zum Furchtbarsten in der modernen Welt gehört, daß so viele Schriftsteller in ein anderes Land emigrieren mußten, um sich die Möglichkeit zu erhalten, das Geschehen in ihrem Heimatland zu kommentieren“. Fünf Monate später wurde Ngugi verhaftet und ins Gefängnis geworfen von der glei-

„Verbrannte Blüten“

In diesem Roman, den Ngugi wa Thiong'o zwischen 1970 und 1975 geschrieben hat, finden sich die wichtigsten Charaktere und die wesentlichen Themen und Gegenstände der früheren Werke Ngugis wieder.

Die vordergründige Handlung ist eigentlich nur der Erzählanlaß. Beim Brand des Hauses der Prostituierten Wanja kommen drei führende Persönlichkeiten der afrikanischen Oberschicht Kenias ums Leben: Chui, der früher wegen eines Streiks gegen das Kolonialschulsystem aus der Schule geflogen war und nach der Unabhängigkeit als Schulleiter an der gleichen Schule einen Streik für die Afrikanisierung des Unterrichts mit Rauswürfen und Polizeieinsatz beendet; Mzigo, der regionale Schulleiter, und Kimeria, ein Kapitalist, der während des Befreiungskampfes Freiheitskämpfer an den Kolonialherren verraten hatte und nach der Unabhängigkeit schnell wieder einen führenden Platz in der neuen Gesellschaft gefunden hat. Die drei sind zudem die afrikanischen Direktoren der örtlichen Brauerei, die in ausländischem Besitz ist, und Eigentümer von großen Ländereien, die sie sich durch Beziehungen und Bestechungen erschwindelt haben. Der Tat verdächtig werden festgenommen: Munira, ein Volksschullehrer, Karenga, der Führer der

Gewerkschaft, die für die nächsten Tage einen Streik ausgerufen hat, und Abdulla, ein ehemaliger Mau-Mau-Kämpfer und kleiner Händler, dem die drei Getöteten seine Lizenz für die Brauerei entzogen hatten.

Im folgenden werden durch Rück Erinnerungen, vor allem von Munira, die vergangenen zwölf Jahre des Dorfes Ilmorog aufgerollt und in Rückblicken und Erzählungen in der Erzählung die koloniale und vorkoloniale Vergangenheit Kenias und des Befreiungskampfes geschildert. Munira, Abdulla, Karenga und Wanja sind aus unterschiedlichen Gründen nach der Unabhängigkeit in das Dorf Ilmorog gekommen. In dem Dorf hofften sie auf Vergessen und einen Ausweg aus ihrer Beziehungslosigkeit zu ihrer Umwelt, auf eine neue Gemeinschaftlichkeit und Antworten auf ihre Fragen. An diesen zwölf Jahren nachkolonialer Geschichte werden das Elend und die Armut, aber auch die Möglichkeiten einer dörflichen Gemeinschaft gezeigt; das Leben in der Großstadt, mit seinem Glitter und Protz der Reichen und der Arbeitslosigkeit und dem Elend der Massen, wird mit dem Landleben konfrontiert; es werden die Heuchelei und der Zynismus, die Korruption und Skrupellosigkeit der Politiker entlarvt, denen es nur um Besitz und Macht geht; und es wird die Zerstörung des Dorfes

durch den Aufbau eines kapitalistischen Touristen- und Industriekomplexes und die weitere Enteignung der Bauern dargestellt. Diese ganze Entwicklung wird illustriert an den Schicksalen einer Vielzahl von Personen, deren Handlungen sich immer wieder in einem ständigen Gegen- und Miteinander kreuzen und von unterschiedlichen gesellschaftlichen Wertsystemen bestimmt sind.

Die Erzählstruktur ist nicht mehr linear-chronologisch wie in den früheren Romanen, sondern noch stärker als in „Freiheit mit senktem Kopf“ diskontinuierlich. Literatur als Prozeß der Rück Erinnerung und Aufarbeitung drückt sich durch ständigen Wechsel der Perspektive, der Zeit- und Raumbene, in unterschiedlichen Stilformen und Erzählstrukturen aus.

Es ist ein Roman der Enttäuschung und Verbitterung über die neue Abhängigkeit und Armut, die erneute Entfremdung und Entwurzelung im nachkolonialen Afrika. Es ist aber auch ein Roman des Aufbegehrens und des Widerstandes gegen diese Zustände, die als überwindbar dargestellt werden, und der Kräfte, die vorhanden sind, um sie zu verändern.

Ngugi wa Thiong'o: Verbrannte Blüten, Wuppertal (Hammer) 1982 (473 Seiten, 38 DM)



chen Regierung, der damals noch Jomo Kenyatta vorstand, einer der Führer des kenianischen Unabhängigkeitskampfes. Ohne Anklage und Gerichtsurteil wurde Ngugi ein Jahr lang im Hochsicherheitstrakt eines alten Kolonialzuchthauses festgehalten, bis er durch eine Amnestie des neuen Staatspräsidenten Arap Moi frei kam.

Ursache der Verfolgung war ein Theaterstück, das er gemeinsam mit Ngugi wa Miiri in Kikuyu, der Sprache des größten kenianischen Volkes, geschrieben und gemeinsam mit Bauern und Arbeitern auf dem Land aufgeführt hatte. Zu den Aufführungen in dem Freilufttheater von Limuru, das von den Bauern und Arbeitern selbst aufgebaut worden war, kamen bis zum Verbot des Stückes (da es geeignet sei, den Klassenkampf zu propagieren) und der Verhaftung Ngugis über 20000 Menschen aus der Umgebung. Der Inhalt des Stückes geht nicht über die Aussagen von „Verbrannte Blüten“ hinaus, er war aber jetzt für die Arbeiter und Bauern verständlich, und das Stück wurde dadurch zu einer Gefahr für die, die darin angegriffen wurden.

„Zum ersten Mal konnten die Menschen auf dem Lande ihr eigenes Leben und ihre eigene Geschichte auf positive Art dargestellt sehen. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit ihres Landes war es so einem Teil der Bauernschaft möglich, aus einer bedrückenden Situation herauszukommen, die bisher ihr Schicksal war: sich nur zwischen Kirche und Kneipe entscheiden zu können.“⁴

Ngugi wa Thiong'o hatte damit selbst eine Wandlung seiner schriftstellerischen Tätigkeit vollzogen. „Für mich als kenianischer Schriftsteller hat das (Schreiben in englisch) bedeutet, daß ich in den letzten 17 Jahren meines Schreibens weder mit irgendeinem Teil der Bauernschaft noch der Arbeiterklasse Kenias verbunden war, und deshalb war das Schreiben von ‚Ngahiika Ndenda‘ in der Sprache der Kikuyu, die zumindest von einem Teil der kenianischen Bauern verstanden wird, ein Akt persönlicher Befreiung.“⁵

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, er hatte dadurch seine Stelle an der Universität verloren, arbeitete Ngugi weiter mit den Bauern und Arbeitern an einem neuen Stück. Das neue Stück des Laientheaters sollte im Februar 1982 in Nairobi im National-Theater aufgeführt werden, kurz zuvor wurde aber die Genehmigung zurückgezogen und die Aufführungen in der Universität verboten. Eine Einladung, das Stück am zweiten Jahrestag der Unabhängigkeit in Zimbabwe aufzuführen, wurde dadurch verhindert, daß den Darstellern keine Visa ausgehändigt wurden. Das Freilichttheater und das Gemeinschaftszentrum der Laien-Theatergruppe wurde zwischenzeitlich von der Polizei zerstört und abgerissen. Heute lebt Ngugi in der Emigration. Nachdem er während des Putschversuchs im letzten August Kenia verlassen hatte, darf er nicht mehr in seine Heimat zurückkehren.

1966 hatte Ngugi in einer Kritik an der beobachtenden Haltung des nigerianischen Schriftstellers Wole Soyinka seine Auffas-

sungen eines politisch engagierten Schriftstellers formuliert. In dem Augenblick, wo er diese Auffassung so umsetzte, daß er nicht mehr nur über die Bauern und Arbeiter schrieb, sondern mit ihnen gemeinsam in einer für sie verständlichen Sprache literarisch arbeitete, war er zu einer Bedrohung für die herrschende Klasse Kenias geworden. „Es genügt nicht, daß der afrikanische Künstler abseits stehend die Gesellschaft überblickt und ihre Schwächen beleuchtet. Er muß versuchen, darüber hinauszugehen, die Ursprünge, Gründe und Entwicklungen eines revolutionären Kampfes aufzuspüren, der bereits die von den kolonialistischen Nationen aufgezeichnete Macht-Karte zerstört hat. Und Afrika ist nicht allein. Überall in der Welt, von Amerika über Afrika und den Mittleren Osten bis zu den äußersten Rändern Asiens, fordert die ausgebeutete Mehrheit das, was ihr zusteht. Der Künstler steht mit seinen Schriften nicht außerhalb der Schlacht. In dem er zu deren Ursprüngen zurückgeht, kann er richtungsweisend wirken und eine Vision entwickeln, in dem Kampf, der, obwohl er zeitweilig Rückschläge erleidet, fortdauernd ist und das Antlitz des zwanzigsten Jahrhunderts verändert.“⁶

- 1 Uhuru (Kiswahili) – Freiheit von Sklaverei; Befreiung; Unabhängigkeit
- 2 Homecoming – Essays on African and Caribbean Literature, Culture and Politics, London 1972, S. 49
- 3 Ngugi wa Thiong'o: Auf dem Weg zu einer nationalen Kultur, in: R. Jistel (Hrsg.): Das Afrika der Afrikaner, Frankfurt 1982, S. 273
- 4 Ngugi wa Thiong'o: Entscheidung für Kenia, in: Börsenblatt des Deutschen Buchhandels, Nr. 70/1980, S. 2047
- 5 Interview mit Ngugi wa Thiong'o, in: *Die Zeit*, 11.5.1979
- 6 Wole Soyinka, T.M. Aluko and the Satiric Voice, in: Homecoming, a.a.O., S. 65 f.

Literaturhinweise

Im Buchhandel erhältliche Texte:

Verbrannte Blüten, Wuppertal (Hammer) 1982 (38 DM)
 Freiheit mit gesenktem Kopf, Frankfurt (Ullstein 20207) 1982 (9,80 DM)
 Verborgene Schicksale. Erzählungen Frankfurt (es 1111) 1982 (14 DM)

Weitere in Bibliotheken erhältliche DDR-Ausgaben: Der Fluß dazwischen, Berlin (Neues Leben) 1970
 Abschied von der Nacht, Berlin (Volk und Welt) 1969
 Der schwarze Eremit, Berlin (Volk und Welt), 1973

Englische Ausgaben, von denen es keine deutsche Übersetzung gibt (alle London, Heinemann):

Homecoming, 1972 (Essays und Kritiken; zwei Beiträge sind übersetzt in: Jistel (Hrsg.): Das Afrika der Afrikaner, Frankfurt (es 1039) 1982; und in der Zeitschrift „Spuren“ Heft 5/1980; Teilübersetzungen finden sich in: Al Imfeld:

Verlernen, was mich stumm macht, Zürich (Unionsverlag) 1980

This Time Tomorrow 1972 (eins der Stücke ist in dem Band: J. Fiebach (Hrsg.): Stücke Afrikas, Berlin (Henschel) 1974 abgedruckt)
 The Trial of Dedan Kimathi, 1976
 Devil on the Cross, 1981
 Writers in Politics, 1981
 Detained – a Writers Prison Diary, 1981

Sekundärliteratur (Auswahl):

Längere Beiträge finden sich u.a. in: Joachim Fiebach: Literatur der Befreiung in Afrika, München (Dammitz) 1979 (S. 201 – 222); Al Imfeld: Vision und Waffe, Zürich (Unionsverlag) 1981 (S. 157 – 177); in den Zeitschriften: African Literature Today, Vol. 1 (1967), 7 (1975), 10 (1979); The Benin Review No. 1 (June 1974); L76, Heft 11/1979; Zeitschrift für Kulturaustausch Heft 2/1979; Börsenblatt des Deutschen Buchhandels – Sondernummer vom 22.8.1980; Blätter des IZ3W, Sept. 1982; Zeitungsartikel: FR 12.5.79; 29.3.80; Zeit, 20.1.78; 19.3.82; Stuttgarter Zeitung, 22.1.82, NZZ, 20.3.82

VSA: Politische Bücher

Leo Kofler
Zur Kritik der
**„ALTER-
NATIVEN“**

VSA

92 Seiten; DM 12,90

Matthias Arkenstette u.a.

Sozial- Demontage

Vom Sozialstaat zur
konservativen
„Wende“

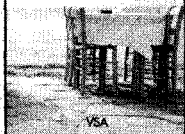
VSA

250 Seiten; DM 16,90
Hilfsgrundinformationen und
Analysen zum Sozialabbau.

Andris Kalvaks
Ryszard Bielecki

GRIECHEN- LAND

Ein politisches Reisebuch



330 Seiten; DM 22,-
Ein politisches Reisebuch

**Prospekt
anfordern**

VSA-Verlag
Postfach 501571
2000 Hamburg 50

Stalingrad als Probe

Joachim Fest, Hitlers Leibbiograph, hatte es ja schon immer gewußt; jetzt verkündete es Löwenthal (Richard) schlicht und doch entschieden: Der Faschismus war eine revolutionäre Bewegung; der 30. Januar 1933 Beginn einer Revolution. Wer auf dem Historikerkongreß im Reichstag zum Gedenken des bekannten Datums noch den Begriff „Konterrevolution“ in den Mund zu nehmen wagte, wurde verwart: Er war kommunistischer Propaganda erlegen.

Die eigentliche Überraschung bestand darin, daß eine Woche später E. Nolte mit einem Artikel in der FAZ nachzog: Jawohl, es gebe keinen prinzipiellen Unterschied zwischen den „Bewegungen“ in Rußland, Italien, Deutschland. Schlußfolgerung aller Politologen nach so langem Streit! War es nicht Nolte, der zwar geisteswissenschaftlich argumentierte, aber trotz allem der Braun-Rot-Theorie bisher immer widersprochen hatte?

Wenn es alle sagen, ist guter Rat teuer. – Wagen wir es trotzdem, die neue Theorie auf die Probe zu stellen.

Revolutionen – das zeigt die englische, französische und russische – lassen sich nie endgültig zurücknehmen. Es kann vielleicht etwas neues Schlechtes an die Stelle des vorrevolutionären Zustandes treten, aber nirgends ist es den Restauratoren gelungen, einfach den Zeiger zurückzustellen.

Eine zweite Fähigkeit entwickeln alle Revolutionen bei den Massen: diejenige einer massenhaften und neuartigen Verteidigung gegen die alten, der Revolution feindlichen Mächte. Ob man nun an Cromwells Reiter ohne adlige Vorübung denkt oder an die „Levée en masse“ (Erhebung der Massen) zur Rettung der französischen Revolution oder an die breite Partisanenbewegung in Rußland nach dem deutschen Überfall: Überall zeigte die Revolution eine Fähigkeit zur Mobilisierung, die regelmäßig dem Volkskrieg den Sieg über die Angreifer verschaffte.

Die lange und erbitterte Schlacht um Stalingrad vor nunmehr vierzig Jahren bietet sich als Probe aufs Exempel an.

Die *Nationalzeitung* (aber auch andere Blätter) ziehen gerade diese Schlacht heran, um die Gleichartigkeit der deutschen und russischen Armee und Kampfweise zu erhärten. Hatte die russische Armee in den Kämpfen ab August 1942 nicht als erste die Parole ausgegeben: Kein Schritt zurück – wie Hitler nach der Einschließung im November? „Wartet nicht beide Heere“, fährt die *Nationalzeitung* fort, „auf ein Wunder? Bei den Russen ereignete es sich eben, bei den Deutschen

blieb es aus!“ Wie war es wirklich? Geprüft: Auch die deutschen Soldaten vertriebenen Heldenaten. Augstein berichtete von Soldaten, die noch am 30. Januar '43 mit einem Molotowcocktail allein einen Panzer attackierten. Aus welchem Motiv? Jedem, der einen Panzer allein erlegte, war der Ausflug versprochen worden. Entfiel dieser Beweggrund, weil die Flugplätze verloren gegangen waren, so handelte der Soldat nur vernünftig, der nicht mehr kämpfen wollte: Es hätte ihm niemand sagen können, in welchem Interesse er hätte weitermachen sollen.

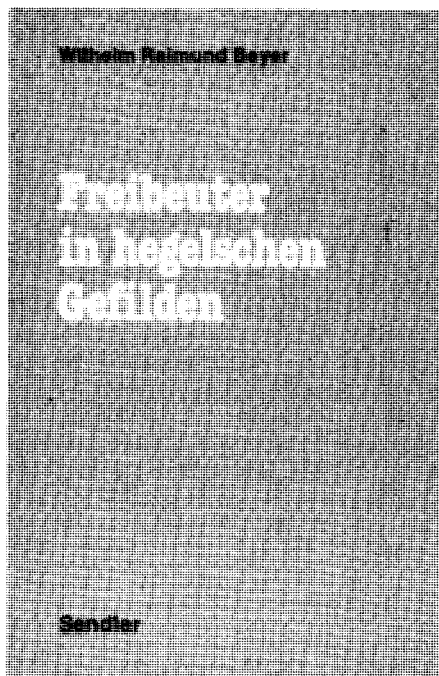
Anders die von August bis (teilweise Februar) am Wolgauer eingeschlossene Gruppe von Sowjetsoldaten. Sie wußten, daß sie durchhalten mußten, um die Frist zu gewinnen, innerhalb derer die Umschließungsgruppen herangeführt werden konnten. Noch deutlicher das Verhalten der Arbeiter in der Industriestadt Stalingrad: Es wird berichtet, daß sie unter direktem Beschuß die Panzer fertigstellten, die vom Flußband weg an die Front rollten, zum Teil von den Arbeitern gefahren, die sie eben mitproduziert hatten. Viele Zeitschriften zeigten Photos der Arbeiterbataillone, die ohne Uniform, von der Arbeit weg sich selbst den Angreifern entgegenstellten, um ihre Fabrik zu verteidigen. Studentinnen bedienten Kanonen. Immer noch gab es im eingeschlossenen Stalingrad Reste der Zivilbevölkerung: Viele Berichte zeigen, daß auch Frauen und Alte von ihren Verstecken aus den Kampf unterstützten.

Wo hat es etwas Ähnliches gegeben, als das schlesische Industriegebiet oder das Ruhrgebiet 1944/45 von den Alliierten besetzt wurde? Der Einwand, daß 1945 einfach jeder wußte, daß nichts mehr zu holen war, sticht nicht: Vom subjektiven Erleben her hätten die Stalingrader im August 1942 die Sache auch für hoffnungslos halten können. Die deutschen Arbeiter erkannten ihr eigenes Interesse – und zogen 1945 die weiße Fahne am Werkstor hoch. Die russischen erkannten das ihre – und kämpften. Rußland hatte von Anbeginn des Krieges an eine breite Partisanenbewegung: Der deutsche „Werwolf“ hinter den alliierten Linien blieb weitgehend Goebbels Wunschtraum und Hirngespinnst.

Trotz der Fehler Stalins setzte sich in Rußland die revolutionäre Kraft der Massen gegen die Angreifer durch – wie in allen bisherigen Revolutionen. Wo finden wir etwas Entsprechendes im Deutschen Reich des Nationalsozialismus? Vielleicht gab es 1933 doch keine Revolution in Deutschland . . . ? *Fritz Güde*

Ist es eine Schwäche der Hegelschen Philosophie, daß sich zu verschiedener Zeit, von verschiedenen philosophischen (und gesellschaftlichen) Richtungen auf sie berufen wird, daß Hegels Schriften als eine Art Steinbruch behandelt werden, aus dem nach jeweiligem „Eigeninteresse, Beute-gier, Erwerbstrieb und Egoismus“ (S. 8) herausgebrochen wird? Wobei es dann notwendig mit Hegels philosophischer Intention nicht so genau genommen wird? – Das vorliegende Büchlein enthält fünf Aufsätze von unterschiedlichem Charakter, über verschiedene Philosophen, über Zeitgenossen von Hegel (Krause und Cousin), über Spengler, bis zu einer Charakterisierung des zeitgenössischen Philosophiebetriebs. Das Gemeinsame ist die Auseinandersetzung mit der Freibeuterei, der Ausbeutung von Hegels Schriften unter fremder und stets wechselnder Flagge, ohne eigene Position (oder ohne diese offenzulegen). – Im Verlauf der Lektüre zeigt sich, daß die Ausgangsfragestellung (Kritik an der falschen Berufung auf Hegel) nur scheinbar eng (auf die falsche Nutzung dieses einen großen Philosophen) angelegt ist: Die Sammlung von Aufsätzen erweist sich als Studie, in der nach und nach eine allgemeinere erkenntnistheoretische Auffassung herausgeschält wird.

Für einen breiteren Leserkreis interessant (und weniger spezifische Kenntnisse voraussetzend) sind die Aufsätze „Spengler-Aden“ und vor allem „Chefideologen, Parteifunktionäre und andere Machthaber im geheutelten Respekt vor Hegel“. Spengler: der Befürworter eines „preußischen Sozialismus“, eines „Sozialismus“, gereinigt vom Proletariat – jedenfalls braucht nicht vom *arbeitenden*, sondern bloß vom *herrschenden* Menschen die Rede sein; Spengler, der offene Antidemokrat, ein weltanschaulicher Wegbereiter des Faschismus (wenn auch in „kritischer Distanz“ zu Hitler); der Lieferant von Stichwortphilosophie: Spengler beruft sich auf Hegel, versteht seine Philosophie als „bedeutendste Geschichtsphilosophie seit Hegel“ (S. 29). Negativ beruft er sich auf Hegel, indem er dessen Auffassung von Geschichte als einer Höherentwicklung des Geistes (hin zum preußischen Staat) die Auffassung von periodisch entstehenden und vergehenden „Hochkulturen“ auf dem Hintergrund äußerst tiefstehender Kulturen, angetrieben durch das alles erklärende Prinzip „Zufall“, entgegenstellt. – Beyer stellt Spenglers Lehre in das verdient richtige Licht, indem er (auch) über die Person Spengler handelt: Der „faustische Mensch“, Befürworter der „starken Persönlichkeit“ erweist sich als Snob, überaus aufs Geld aus; der Verherrlicher von Ge-



Wider die Reinheit der Lehre

walt und Krieg an sich („erst Gewalt, dann Aufbau“) erweist sich als – Drückeberger vorm „Dienen“, vorm Militär.

Aufregend zu lesen ist der Aufsatz über die „Chefideologen“ ... Dieser Bericht über den Philosophiebetrieb dürfte in der Hinsicht einmalig sein, als er den Philosophiebetrieb als Teil des Wissenschaftsbetriebes aus sehr persönlicher Erfahrung (Beyer ist Gründer und Ehren-Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft) von innen heraus darstellt. Wenn individuelle Eigenarten (von sowjetischen und DDR-Chefideologen und deren lehrstuhlstrebsamen Anhängern in der BRD) verhandelt werden, so geschieht dies unter dem Gesichtspunkt des Warencharakters, den Gedachtes gewinnen kann. (Dahingestellt, ob die Bestimmung „Warencharakter“ allgemein richtig trifft, worum es hier geht.)

Der „Chefideologe“: In dem Betrieb von Schaffung und Verbreitung von Gedanken steht er über beidem, hat dadurch Macht auch über diejenigen, welche das Gedachte aufnehmen sollen. „Gewissermaßen Inspirateur und Kontrolleur in Einem, der ideologische Wachbeamte, der Zensor, der Beamte des Gesamtapparates, der keineswegs der Staat sein muß.“ (S. 88) Nicht kraft Überzeugung leitet er das Tun der Menschen, sondern kraft der Institution herrscht er über die Gedanken der Menschen. In der Geschichte ist er immer wieder als Hüter der Reinheit einer Lehre aufgetreten, wobei die Lehre selbst verschieden sein kann. Als große Chefideologen skizziert werden: Athanasius, der Großinquisitor, Goebbels, Shdanow, Kurt Hager. Be-

sonders liebevoll wird in Manfred Buhr („Purus V“), einem bekannten Philosophen aus der DDR, ein „Demichiefideologe“ (demi, griechisch: halb) gekennzeichnet. Der Demichiefideologe ist die rechte Hand des Chefideologen, die das Einzelne regelt, Kongresse vorbereitet, Einladungen ausspricht und nicht ausspricht, Rednerlisten macht usw., aber nicht selbst inhaltlich auftritt. – Überflüssig und unmöglich, das hier im Einzelnen auszuführen, es sei bloß zum Lesen empfohlen. (Gesagt sei, daß die Charakterisierung der Personen, soweit ich sie persönlich kenne, mit meinen Erfahrungen übereinstimmt.)

Shdanow und später Buhr, nachdem Hegel zunächst zum Museumsstück erklärt worden war, erklärten sich als die wahren Erben Hegels, dazu berufen, die „Reinheit“ der Hegelschen Lehre wiederherzustellen und zu bewahren. Eine besondere Art der Freibeuterei, zu erben und „rein“ halten zu wollen, was anderes als „Reinheit“ intendierte.

Der sogenannten Reinheit der Lehre stellt Beyer die Unreinheit der Welt, ihre Farbigkeit, Vielfalt, auch Vieldeutigkeit gegenüber. In diesem Zusammenhang erst *expliziert* Beyer seine erkenntnistheoretische Vorstellung, die das Büchlein durchzieht: „Das ist eben das Große eines schöpferischen Werkes (was der kleine geschulte Geist eines Funktionäres nie verstehen wird), daß es vielfach und verschieden, sogar konträr, eben widersprüchlich interpretiert werden kann ... Stets wird ein und dasselbe Werk erst dadurch groß und geschichtlich bedeutend, daß es vielfältig ausgelegt wird. Die Größe würde verloren gehen, wenn solche Werke nur monoton, nur ‚reiner Lehre‘ getreu ausgedeutet verblieben.“ (S. 116)

Die Größe eines Gedankens besteht nicht einfach in dem Gedanken für sich genommen, sondern in seiner Wirkung: zu welchen (wenn auch) widersprüchlichen Gedanken er hinzufügen geeignet ist. Wobei dann frei- und ausbeuterische Fehldeutungen gerade nicht ausgeschlossen sind und sein können. Für die materialistische Erkenntnistheorie ist diese Auffassung Beyers eine Bereicherung. Soweit im „Marxismus-Leninismus“ der Fehler gemacht wird, mit der Feststellung der Objektivität von allgemeiner Materie und besonderem Erkenntnisgegenstand zu glauben, schon die objektive Darstellung desselben in der Tasche zu haben, ist dieser Gedanke eine Korrektur. Sofern man Beyer hinzufügen kann, daß es nicht einfach die Vielfalt der Gedanken ist, sondern letztlich die Frage, wie weit innerhalb der Vielfalt der angeregten Gedanken dem Gegenstand der Erkenntnis näher gekommen wird.

Franz Dick

Wolfgang Haug, Wieland Eifferding
(Hrsg.)

Neue soziale Bewegungen und Marxismus
(Internationale Sozialismus-Diskussion 2)
Berlin (Argument-Sonderband 78) 1982
(171 Seiten, 13,80 DM)

Der Titel ist bestimmt „marktgängig“, aber er verspricht mehr, als er halten kann – allein auf den Feminismus wird näher eingegangen. Und der Band enthält einige ärgerliche Artikel, nicht von der Aussage her, sondern ihrem Vorgehen, wo sich der Anschein einer profunden Marx- und Marxismuskritik gegeben wird, aber die Verfasser sich nur mit ihren eigenen Vorurteilen über diese Theorie herumschlagen. Für diese Popanz-Methode steht nicht nur der Beitrag von A. Parhamio. – Trotzdem ist der Band empfehlenswert, da er eine Reihe von Beiträgen enthält, die nützlich sind in der gegenwärtigen Diskussion über die Reichweite und Bedeutung der marxistischen Theorie und die notwendige theoretische Weiterentwicklung und auch Revision, damit die Marxistische Theorie als Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse und Anleitung zum Handeln wieder tauglich auch für die neuen gesellschaftlichen Bewegungen wird. (Bis auf eine Ausnahme handelt es sich um Beiträge eines internationalen Seminars über „Die neuen gesellschaftlichen Prozesse und die zeitgenössische Politische Theorie“ in Oaxaca, Mexiko, März/April 1981.) – Die Beiträge sind in drei Komplexe aufgeteilt. Im ersten Teil mit Beiträgen zur „Krise des Marxismus“ (E. Laclau; Diskurs, Hegemonie und Politik; Ch. Mouffe; Arbeiterklasse, Hegemonie und Sozialismus) enthält der Aufsatz von Ch. Buch-Gluckmann über Politikformen und Machtkonzeptionen wichtige Ansätze zur Entwicklung einer nichtreformistischen und nichtautoritär-staatlichen sozialistischen Strategie. Im zweiten Teil unter dem Thema „Nationalismus und Populismus“ findet sich u.a. eine nützliche Analyse des Zusammenhangs und der Unterschiede von lateinamerikanischen Populismusmodellen und einer sozialistischen Strategie (de ipola, J.C. Portantiero) und eine gute Darstellung der Probleme eines „lateinamerikanischen Marxismus“, in der besonders auf die Vorstellungen des peruanischen Marxisten Mariategui eingegangen wird. Im letzten Teil (Feminismus und Sozialismus) werden aus der Sicht zweier italienischer Frauen die Fragen nach einer eigenen feministischen Theorie (G. Bonacchi) und die Bedeutung des Feminismus für die Entwicklung der gesellschaftlichen Analyse und die politischen Formen sowie die Beschränkungen und Gefahren des Feminismus (C. Pasquinelli) diskutiert. bw

1982. Ein Jahresbericht
Herausgegeben von Michael Rutschky
Frankfurt (suhrkamp taschenbuch 871)
1983 (307 Seiten, 10 DM)

Sind die Ereignisse eines Jahres in essayistischer Form zu bewältigen; und stößt sich die Form des subjektiven Berichtens und Erzählens nicht mit der notwendigen analytischen Durchleuchtung der Ereignisse? Der vorliegende Jahresbericht erweist sich jedenfalls in der Tendenz doch als möglicher Träger gesellschaftlicher Analyse. In den vorliegenden dreizehn, sagen wir ruhig Erzählungen, haben Autoren vermittelt der All-



tagsbeschreibung eine ganze Menge Zeitgeist und Jahresereignisse verarbeitet. Naturgemäß geht es dabei manchmal etwas nabelschaumäÙig zu. In den Aufsätzen „Frau Dr. Lehmann“, „Das Haus gegenüber“, „Der Hausmeister“, „Der Nomade“ und „Der Unternehmer“ findet sich deshalb auch mehr die Verarbeitung des persönlichen Lebens unter dem Druck oder Einbruch der Ereignisse im Jahre '82 aus den Blickwinkeln verschiedener Zeitgenossen als die Aufarbeitung in analytischer Form. Demgegenüber gibt es aber auch Aufsätze, die an die Probleme dichter herangehen. In „Der Betriebsrat“ von Hans Joachim Sperling z.B. erhält man einen guten Eindruck von der Haltung eines sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden in der Metallindustrie (500er Belegschaft) gegenüber Krise, betrieblicher Rationalisierung bzw. Unternehmensstrategie, Umweltpolitik, parlamentarischem Geschäft und den Folgen bezüglich der eigenen Person. In dem Aufsatz „Dallas“ versucht Michael Zeller die Atmosphäre dieser Serie genauer unter die Lupe zu nehmen, um vor allem auch die Bezüge zwischen den Handlungsstrukturen in den „Dallas“-Folgen und spezifisch amerikanischer (jüngerer) Geschichte herauszuarbeiten. Mir erklärt zumindest seine Analyse einiges von dem „Reiz“ dieser Serie, zumal er sich nicht mit einer ironischen Distanzierung begnügt. Am aufschlussreichsten jedoch ist „Der Parteisekretär“. Hans-Josef Ortheil hat sich Peter Glotz zur Brust genommen. Er zeichnet die Tätigkeit des SPD-Parteisekretärs im vergangenen Jahr nach, geht auf dessen politische Entwicklungsgeschichte zurück und arbeitet so Stück für Stück heraus, wie „Diaglotz“ – der „Dialog-Mann“ in der Vergangenheit (und wohl auch in der näheren Zukunft) das taktische Geschick der SPD im Umgang mit gesellschaftlichen Brüchen und verschiedenen Wählerbasen der SPD erheblich bestimm(t)e, bis hin zum unfreiwilligen (?) Abgang von Schmidt. ma

Peter Bürger (Hrsg.)
Zum Funktionswandel der Literatur
(Heft für kritische Literaturwissenschaft 4)
Frankfurt/M. (edition suhrkamp 1157),
1983 (219 Seiten, 12 DM)

Für die gegenwärtige Diskussion über Aufgaben, Funktion und Wirkungsmöglichkeiten von Literatur leisten die Arbeiten in dem Band einen nützlichen Beitrag. Über historische Analysen wird versucht, die Begrifflichkeit und die Entstehung des Literaturverständnisses der Gegenwart zu klären und damit die Debatte weiter zu treiben. Der Band schließt sich von der Thematik und den Autoren her an eine Reihe von Einzelstudien und Sammelbänden an, die in der Vergangenheit in der *edition* oder in der Reihe *stw* erschienen sind. – Im Mittelpunkt der Beiträge stehen, teilweise durchaus konträr verstanden, die Begriffe „Autonomie der Literatur“ versus Engagement, Zweckliteratur etc. und die „Insti-

tution Literatur“ in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft und den politischen Klassen. In zwei allgemein-theoretischen Beiträgen geht es um den Zusammenhang der Literatur mit dem Modernisierungsprozeß und ihr Verhältnis zur bürgerlichen Herrschaft. P. Bürger skizziert dabei die Entwicklung des Literaturverständnisses von der Regelpoetik des Absolutismus über den aufklärerischen Literaturbegriff bis zur Kritik des Nützlichkeitsprinzips in den Genie- und Autonomievorstellungen der idealistischen Ästhetik. U. Meiers Aufsatz geht besonders auf die herrschaftsadäquate Funktion des Autonomiestatus der Literatur als Teil des bürgerlichen Hegemonieapparates ein. – Im weiteren enthält der Band eine Reihe von historischen Fallstudien, u.a. zum Übergang von der religiösen Zweckliteratur zur Autonomie der Literatur am Beginn der Neuzeit (J. Lefebvre); zum Verhältnis von philosophischer Ästhetik und Populärästhetik zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Ch. Bürger); zum gesellschaftlichen Selbstverständnis des Schriftstellers nach der Julirevolution am Beispiel von Victor Hugo (K. Biermann). bw

Hrsg. L. Zimmermann
Humane Arbeit – Leitfaden für Arbeitnehmer
Reinbek b. Hamburg (rororo aktuell 4941-45) 1982 (5 Bände zwischen 218 und 346 Seiten, 9,80 DM je Band, Gesamtpreis 49 DM)

Herausgeber L. Zimmermann ist Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB. Damit ist der Kreis der Interessenten, an die sich diese Reihe wendet, die in Zusammenarbeit mit der DGB-Projektgruppe „Arbeitswissenschaft für Arbeitnehmer“ und dem Arbeitsausschuß für Arbeitsstudien (AIA) entstanden ist, in etwa bestimmt: Funktionäre der Gewerkschaften und Betriebsräte. Die einzelnen Bände behandeln folgende Themen: ● Bd. 1 Arbeitsplatzgestaltung und Mitbestimmung, ● Bd. 2 Gesundheitsgefahren bei der Arbeit, ● Bd. 3 Computereinsatz: Auswirkungen auf die Arbeit, ● Bd. 4 Organisation der Arbeit, ● Bd. 5 Belastungen und Stress bei der Arbeit. Es gibt kein Buch und keine Reihe, die dieses Gesamtgebiet der Arbeitswissenschaft abdeckt. Obwohl es betont einfach geschrieben ist, bleibt es doch langweilig zu lesen. Die Aufmachung erinnert oft an gewerkschaftliches Schulungsmaterial – als das die Bände sicherlich oft Anwendung finden werden. Auch reicht die Darstellung nicht aus, um sich zu bestimmten Einzelproblemen eine genaue Auffassung zu verschaffen. Es ist eher eine enzyklopädische Darstellung der Arbeitswissenschaft, wie sie im Arbeitsalltag den Lohnabhängigen entgegentritt. Präzise Literaturhinweise, die den einzelnen Teilproblemen zugeordnet sind, bieten jedoch die Möglichkeit, sich dann weiter sachverständig zu machen. Das ist die Stärke der Darstellung. Darin liegt der Nutzen dieser Bände für den oben genannten Personenkreis. Weiter sind die Handlungshinweise auf Grundlage der entsprechenden gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen hervorzuheben. Eine preiswerte Gesamtdarstellung, die den Zugang zur tieferen Beschäftigung mit einzelnen Problemen leichter macht. gh

Mit der „Realpolitik“ hat ein Teil der linken Presse auch die Bedeutung der politischen Persönlichkeiten entdeckt. So war das schon zu Bismarcks Zeiten.

Insbesondere Dany Cohn-Bendit und den Pflasterstrand hatten die Vorstellung gestört, Augenblicke, in denen man die Geschichte beim Rockzipfel fassen könne, würden über die Grünen hereinbrechen, ohne daß sie einen im Parlament hätten, der zu solchem Griff auch in der Lage sei. Die Vorstellung quälte, einem geschichtsmächtigen Helmut Schmidt oder ähnlichen Persönlichkeiten könnte bei einer Gelegenheit wie der Koalitionsauflösung irgendein Teil grüner Basis entgegenreten und mit sich die ganze Szene blamieren.

Das steht jetzt nun nicht mehr zu befürchten. Hinreichend Persönlichkeiten scheinen auf den Landeslisten zu stehen, und zuversichtlich rechnet Dany Cohn-Bendit mit fesselnden Duellen im Parlament, Schily gegen Zimmermann, Joschka Fischer gegen ... , Hoss gegen Blüm und Petra Kelly gegen Vogel und Kohl. Insbesondere von Joschka Fischer, wortgewaltiger Spontigrüner, kann man erwarten, daß er, wenn es denn soweit kommen sollte, mit wenigstens gleichviel Nachdruck nicht mehr sagen wird als seine Kontrahenten in spe. Doch der Ton macht die Musik.

Ganz anderer Meinung ist freilich George Tabori im Kursbuch 70 (Dezember 1982) in seinen Überlegungen zum Staatstheater:

„Ich mag das Fernsehen, aber mit abgedrehtem Ton ... Meine Lieblingssendung ist die Bundestagsdebatte, natürlich ohne Ton, sie ist unterhaltsamer als die meisten Theaterabende.“ Klar, wenn laufend Gespensterstücke gespielt werden, und das bei Tag!

„Macht“ ist das Thema dieses Kursbuches. Dem Thema nach trifft es damit voll das, womit einige Linke sich herumquälen, seit ein Einzug der Grünen ins Parlament wenigstens nicht von vornherein ausgeschlossen erscheint.

Windhauch der Geschichte ist auch im Kursbuch zu spüren – auch bei Tabori. Bei seinem Abtritt ist Schmidt so manchen ans Herz gewachsen, die vorher zehn Jahre lang ganz sachlich über das Modell Deutschland schwadroniert haben:

„Zu Beginn seiner Regierungszeit schien er manchmal zu überziehen, die Stimme hatte einen militärischen Klang, die Finger stocherten und fuchtelten ein bißchen zu nachdrücklich herum, aber er wuchs mit den Schwierigkeiten und wirkt am besten, wenn er mit dem Rücken zur Wand steht. Im Unterschied zu den meisten, scheint er sich in seiner Haut ganz wohl zu fühlen. In der letzten Zeit hat ihn offensichtlich die

Weisheit der Melancholie erreicht, und der Erfolg ist ihm weniger wichtig als das Erbe, das er hinterläßt. Er wird, *horribile dictu* – schrecklich zu sagen –, *sympatisch*, und er scheint sich im Auge des Taifun ganz wohl zu fühlen. Wenn ich an ihn denke, dann denke ich daran, daß ich nachts durch einen deutschen Park gehe – anders als sonstwo rechne ich nicht damit, überfallen zu werden.“ Es mußte ein Ungar kommen, um so treffend zu formulieren, was einem westdeutschen Linken mit Schmidt abgeht.

Im gleichen Kursbuch – auf einer Wellenlänge mit dem Pflasterstrand – befaßt sich Sebastian Cobler mit grüner Basisnai-



vität und denen, die die Fäden ziehen. Wie man mit solchen Tacheles redet, erfährt man auch:

„Von verschiedenen Leuten oberhalb der Basis werde ich – wie schon Wochen zuvor – angesprochen, was ‚einer wie du‘ denn davon halten würde, für den Bundestag zu kandidieren, als Grüner‘ versteht sich. Ich nenne meine Koalitionsbedingungen: völlige Unabhängigkeit, keine Pflicht, an irgendwelchen Basis- und Fraktionsitzungen teilzunehmen; kein Vorwahlkampf, sondern ein sicherer Listenplatz. Seitdem warte ich vergebens darauf, daß die Partei mich ruft.“

Dabei sollte es nicht bleiben. Den Darmstädter Grünen war der Aufsatz eine Aufstellung Coblers wert. Doch ist der Ruf verhallt. Wir sind um eine Hoffnung ärmer.

„Macht“ heißt also das Thema des genannten Kursbuches. Wie sie aussieht und worin sie besteht, bleibt nach der Lektüre immer noch im Dunkeln. In Bayern liegt sie jedenfalls nicht bei den Sozialdemokraten, dagegen in NRW, wo Gerd Kröncke in ihren OBs die „neuen Barone von Ruhr und Emscher“ ausgemacht hat. Michael Lukas Moeller dagegen findet bei seinen „Streifzügen durch die Macht“ das Machtstreben in uns selbst. Uwe Wesel wiederum legt dar, daß Machtstreben dem Menschen keineswegs angeboren ist und nicht zu seinem Wesen gehört. Dabei schreibt er nicht nur „Zur Genealogie von Macht und Herrschaft“, sondern auch zur Genese seines Kursbuchaufsatzes. Eine Antje meint unterwegs zur endgültigen Niederschrift – in einem Cafe am Savignyplatz übrigens, in ei-

ner der Kasematten unter der S-Bahn: „Sag mal, wozu schreibst Du eigentlich solche Artikel?“ Dem Autor gelingt es nicht, im folgenden diese Frage schlüssig zu beantworten. Im Widerspruch zwischen Titel und Wellengang im Inneren, nach dem Motto „In meiner Badewanne bin ich Kapitän“, kann man gerade am Kursbuch absehen, wohin die Reise nach innen führt. An jeder Station dieser Reise finden sich allerdings Schätze, die nach Meinung der Autoren jedenfalls eine breitere Öffentlichkeit verdienen.

„Links“ ist eine vergleichsweise solide und biedere Zeitschrift. In der Februarnummer befaßt sie sich unter anderem mit den „neuen Informationstechnologien“, sachkundiger als die Januar-MOZ. Weitere Artikel zum Thema sollen folgen. Es finden sich kürzere Artikel zur „Wende“ und zu anderen politischen Themen. Wolfgang Fach interpretiert die wirtschaftspolitischen Differenzen innerhalb der Grünen als Widerspruch zwischen Utopie und Realpolitik. „Radikal und realitätstüchtig“ sei der Wahlspruch des „grünen Wirtschaftsflügels“. Ob das so einfach ist? Und sind manche Utopien überhaupt wünschbar?

Ursel Schmiederer liefert den ersten Beitrag zu einer Serie im Marxjahr: „Marx entrümpeln!“ Ihr nimmt man immerhin ab, wenn sie schreibt: „Akademisch-sterilen und sektiererisch-positiven Marx haben wir in letzter Zeit genug gehabt. Wir brauchen den dialektischen, zornigen, polemischen Marx.“ Am ehesten findet man ihn im Original.

Das Argument 137, Januar/Februar 1983, hat als Schwerpunkt „Literatur/Philosophie/ideologische Macht“. Gegenüber den „Volksparteien“ plädiert J. Raschke für die „postindustrielle Rahmenpartei“. So versucht er einen qualitativen Unterschied zwischen Grünen und SPD zu erfassen.

Das Argument geht inzwischen in den 25. Jahrgang, „mit Glauben an die Überlebensfähigkeit unseres Projekts“. Eine der Schwierigkeiten sieht die Redaktion darin, daß es über die Inhalte der Zeitschrift keine öffentliche Diskussion gibt. Mit diesem Heft wird eine neue Leserumfrage eingeleitet. Frage 21: „Es gibt große Schwierigkeiten, jüngere Studentengenerationen zu Lesern des Argument zu gewinnen, welche Möglichkeiten sehen Sie für einen Beitrag zur Abhilfe?“ Frage 22: „Würden sie beim Aufbau eines Argument-Clubs mitarbeiten?“ Trotz Dutzenden und Aberdutzenden Lehrbeauftragtenstellen scheint die universitäre Infrastruktur nicht mehr voll zu tragen. □

Weg mit dem §218

Karlsruhe: Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau! – Weg mit dem §218 – Abtreibung weiterhin auf Krankenschein! Demonstration am 26.2. in **Karlsruhe**. Treffpunkt Adenauererring (Uni-Vorplatz), 11.00 Uhr

„Gewerkschaftsbewegung und Neue Technologie“

Karlsruhe: Wochenendseminar. Arbeitsgrundlage ist das Buch von U. Briefs, „Arbeiten ohne Sinn und Perspektive“, Köln 1980. Es laden die Mitglieder des KBW in Karlsruhe ein. Das Seminar beginnt am **Sonntag, 27.2., um 9.00 Uhr**, und endet gegen 21.00 Uhr. Es findet in der Schützenstraße 63 (Hinterhaus) statt.

MEG-Frühjahrsschulung

Die **Marx-Engels-Bildungsgesellschaft (MEG)** führt zwischen dem 20.5. und 25.5.1983 eine Frühjahrsurlaubsschulung durch. **Anmeldungs-schluss** ist bereits der 15.3. Programm und weitere Bedingungen kann man sich von der MEG, 4650 Gelsenkirchen, Bochumer Straße 104, zusehen lassen.

„Wohnungspolitik“

Frankfurt: Treffen der Arbeitsgruppe des KBW. Themen: „Billiges Bauen“ – Politik mit Baunormen usw.; Geschichte und Tätigkeit der Wohnungsbaugesellschaften; Ökonomie der Wohnungsversorgung und staatliche Förderung – Kommunalen Wohnungsbau und Genossenschaften; Tendenzen der Raumentwicklung. Zu

termine

den Punkten werden jeweils Vortrag und Material vorbereitet. Neue Interessenten können ggf. ältere Arbeitsunterlagen zugeschickt werden. Kontakt: Friedemann Bleicher, c/o Kommune-Redaktion. **Termin: 12./13.3. Beginn: Samstag, 14.00 Uhr, Mainzer Landstraße 147**

„Ökologie und Marxismus“

Rüsselsheim: Zweites Arbeitsseminar der gleichnamigen Arbeitsgruppe. Vorgesehene Themen sind: „Weltbild der modernen Naturwissenschaften“, „Fortschrittstheorie zwischen Bourgeoisie und Arbeiterbewegung“, „Arbeit in zukünftiger Gesellschaft“. Vorbereitende Materialien können bei Jens Scheer, Lahnstraße 37/39, 2800 Bremen 1, oder Werner Heuler-Neuhaub, Moselstraße 38, 2800 Bremen 1, angefordert werden. Das Seminar beginnt am **Samstag, 26.2. um 9.00 Uhr und geht bis Sonntag, 14.00 Uhr**. Anreise möglichst Freitag abend. Das Seminar findet in der Jugendherberge Rüsselsheim statt.

„Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus“

Frankfurt: Wochenendseminar der Arbeitsgruppe II des KBW. Arbeitsgrundlage bildet das Buch von Alec Nove, „Das sowjetische Wirtschaftssystem“, Baden-Baden 1981. Eine schrift-

liche Zusammenfassung wird den Teilnehmer(innen) zugesandt. Das Seminar beginnt am **Sams-tag, 19.3., 14.00 Uhr, und endet am Sonntag um 15.00 Uhr**. Die Tagung findet in der Mainzer Landstraße 147 statt.

„Fragen der Friedensbewegung“

Frankfurt: Wochenendseminar der Arbeitsgruppe des KBW. Diskussion von Horst Afheldts Buch „Verteidigung und Frieden“ anhand vorliegender Thesen. Weiterhin Diskussion über das Buch von Mechttersheimer, „Rüstung und Frieden“. Das Seminar findet am **12./13.3.** in der Mainzer Landstraße 147 statt. Es beginnt am **Samstag um 14.00 Uhr**.

„Neue Technologie und die Aufgaben der Gewerkschaften“

Frankfurt: Diskussionsveranstaltung des KBW. **Freitag, 18.3., 20.00 Uhr**. Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147

„Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung“

Bremen: Diskussionsveranstaltung mit Wilfried Maier, Autor des gleichnamigen Artikels in *Kommune* 1/1983. **Freitag, 11.3., 20.00 Uhr**. Ort wird noch bekanntgegeben.

„Politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals“

Bremen: Diskussionsveranstaltung mit Joscha Schmierer, Autor des gleichnamigen Artikels in *Kommune* 1/1983. **Donnerstag, 17.3., 20.00 Uhr**. Ort wird noch bekanntgegeben.

Seit 12 Jahren bringen die „blätter des informationszentrum 3. Welt“ achtmal im Jahr auf 60–68 Seiten Berichte und Analysen u.a. zu Ausbeutung und Imperialismus, Befreiungsbewegungen, Ursachen der Unterentwicklung, Entwicklungstheorien, Solidaritätsarbeit, Verteidigung der Grundrechte in der BRD.

Probeexemplar anfordern!
Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Name

PLZ, Wohnort

Straße, Hausnummer

Unterschrift



blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Abo

ist *das* geflügelte Wort für uns als Herausgeber, Verlag und Redaktion. Ohne jede Menge solcher Garanten unserer und eurer Zeitschrift ist eben alles viel schwieriger und unsicherer.

Also, für uns ist *jedes*

Abo

von Bedeutung, damit wir den Start mit größtem Schub weiterführen können.

Leserinnen und Leser, die ein Probeexemplar erhielten, sollten sich jetzt für die regelmäßige Belieferung entscheiden.

Alle, die diese Zeitschrift unterstützen wollen und dies auch finanziell können, rufen wir auf, ein

Förder Abo

zu bestellen.

Und vielleicht waren ja die ersten beiden Ausgaben ein überzeugendes Argument!

Jetzt bestellen!

Kommune

Ja, ich abonniere Expl.

Wenn die folgende letzte Seite des Heftes nicht zerstört werden soll, dann erfüllt auch eine Kopie der Bestellkarte die gleiche Funktion.

Also das Absenden nicht vergessen!

Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

- Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00
 Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00
 Förderabonnement der Kommune DM 100,00
 Scheck / Bargeld liegt bei Einzugsermächtigung liegt bei
 Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEBHAGER
Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Für Auslandsabos berechnen wir Portomehrkosten
Garantie: Diesen Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Geldinstitut

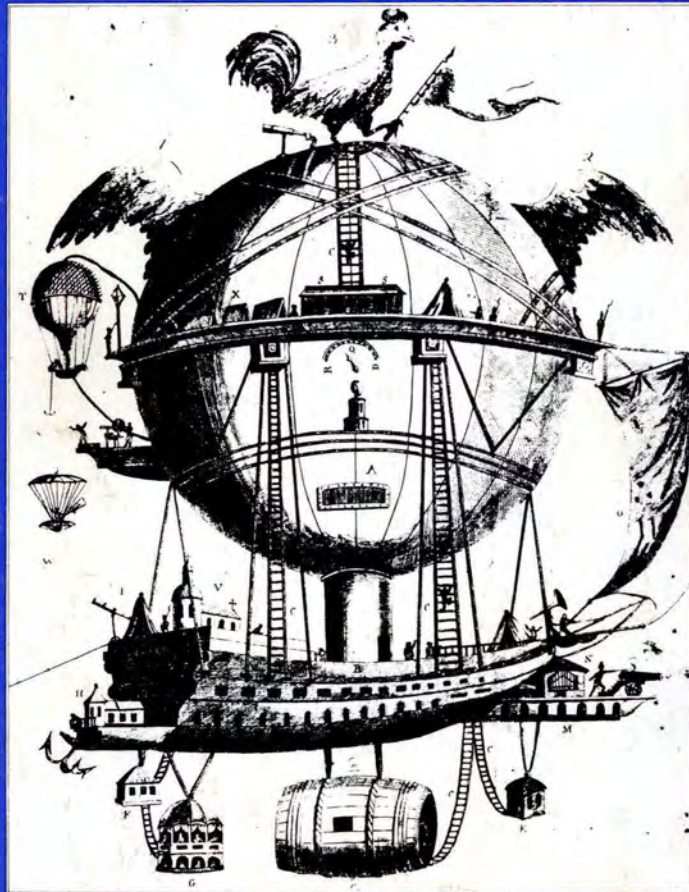
Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEBHAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Diese „Entfremdung“, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei *praktischen* Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine „unerträgliche“ Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus „Eigentumslos“ erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung voraussetzt – und andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte (womit zugleich schon die in *weltgeschichtlichem*, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandne empirische Existenz gegeben ist) auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner

nur mit dieser der Produktivkräfte ein Menschen gesetzt ist, Phänomen der Masse in Allen Völkern (allgemeine derselben von den andren abhängig macht, *weltgeschichtliche*, Individuen an die Stelle Ohne dies könnte 1. der eine Lokalität existieren, Verkehrs selbst hätten drum unerträgliche können, sie wären „Umstände“ geblieben, Erweiterung des Kommunismus aufheben.
Deutsche Ideologie



universellen Entwicklung *universeller* Verkehr der daher einerseits das „Eigentumslosen“ gleichzeitig erzeugt Konkurrenz), jedes Umwälzungen der und endlich empirisch universelle der lokalen gesetzt hat. Kommunismus nur als 2. die *Mächte* des sich als *universelle*, Mächte nicht entwickeln heimisch-abergläubige und 3. würde jede Verkehrs den lokalen

*Karl Marx und
Friedrich Engels*